



Festschrift zum 65. Geburtstag von Jörn-Peter Leppien

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



Mit Beiträgen von:

- Manfred Jessen-Klingenberg
- Reimer Hansen
- Lars N. Henningsen
- Hans-Christian Pust
- Hans Schultz Hansen
- Bernd Philipsen
- Matthias Scharl
- Peter Hopp
- Detlef Garbe
- Anke Spoorendonk
- Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt
- Klaus Bästlein
- Johannes Jensen
- Uwe Danker/Sebastian Lehmann
- Jørgen Kühl
- Gerret Liebing Schlaber
- Hans F. Rother

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT	Seite
Vorworte von Herausgeber und Redaktion	161
Tabula gratulatoria	166
<i>Manfred Jessen-Klingenberg</i>	
Dr. Jörn-Peter Leppien: Forscher, Vermittler, Anreger	169
<i>Reimer Hansen</i>	
Zur Bedeutung der Eider als historischer Grenze	175
<i>Lars N. Henningsen</i>	
Eine schleswigsche Lateinschule als Brückenbauer zwischen „Eiderdänen“ und „Schleswig-Holsteinern“ um 1790	187
<i>Hans-Christian Pust</i>	
Schleswig-Holsteinische Nagelungsdenkmäler im Ersten Weltkrieg. Ein Überblick	199
<i>Hans Schultz Hansen</i>	
Die Gründung von „Grænsesogneenes Danske Samfund“ 1933	209
<i>Bernd Philipsen</i>	
Die „Affäre C.G. Jung“ und der Rabbiner von Friedrichstadt	223
<i>Matthias Scharl</i>	
Störenfriede in den Augen der NS-Dorfbrigade. Zur Anwendung des „Heimtückegesetzes“ im Raum Flensburg	233
<i>Peter Hopp</i>	
Pastor Johannes Schmidt-Wodder und der Rostock-Mythos	243

<i>Detlef Garbe</i> Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken	257
<i>Anke Spoorendonk</i> Ein Denkzeichen am Grenzübergang Harrislee / Padborg	269
<i>Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt</i> Hans Schmidt – ein ganz normaler Nationalsozialist	279
<i>Klaus Bästlein</i> Der Fall Hartwig Schlegelberger	289
<i>Johannes Jensen</i> Ina Carstensen (1898-1985). Zur Geschichte des Aufbaues eines demokratischen Schulwesens nach 1945	305
<i>Uwe Danker / Sebastian Lehmann</i> „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“	315
<i>Jørgen Kühl</i> Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?	329
<i>Gerret Liebing Schlaber</i> Schleswigsche Gesichtsperspektiven. Geschichte zwischen Deutsch und Dänisch aus der Sicht eines Grenzgängers	341
<i>Hans-F. Rothert</i> Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Leppien	351
Mitarbeiter/innen dieses Heftes	363
Abbildungsnachweis	365



Dr. Jörn-Peter Leppien

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-Mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

Vorworte von Herausgeber und Redaktion

Eine Lebensleistung wurde noch nicht beendet – Dr. Jörn-Peter Leppien hatte 65. Geburtstag

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Mit dieser Ausgabe der Grenzfriedenshefte halten Sie eine „Sonderausgabe“ in der Hand, wie es sie weder vom Umfang noch vom Inhalt je vorher gegeben hat. Dieses Heft ist eine Hommage an unseren verantwortlichen Redakteur Dr. Jörn-Peter Leppien, der am 2. August dieses Jahres seinen 65. Geburtstag feierte.

Seit mehr als 30 Jahren arbeitet Dr. Leppien als ehrenamtlich tätiger Redakteur für die Grenzfriedenshefte. Hierfür qualifizieren ihn seine wissenschaftlich fundierte Fachkenntnis, sein starkes Interesse an der Aufarbeitung der Landesgeschichte und sein ausgeprägter Wille, das Verhältnis zwischen den Menschen im Grenzland zu befrieden.

Es war Artur Thomsen, der 1977 als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes – heute ADS-Grenzfriedensbund – auf den damaligen jungen Assessor an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg, Jörn-Peter Leppien, aufmerksam wurde. Um die hohe und anerkannte Qualität der Grenzfriedenshefte zu erhalten und auszuweiten – vorgegeben von so bedeutenden Grenzland-Persönlichkeiten wie beispielsweise Dr. Hans Peter Johannsen und Ernst Beier – berief Thomsen eine Redaktionskonferenz ein, um Grenzlandkenner, Journalisten und Historiker als Autoren für die Grenzfriedenshefte zu gewinnen. Nach einiger Zeit aber schmolz die Gruppe wieder auf den Kern mit Beier, Thomsen und Leppien zusammen. Das ging reibungslos, und Dr. Jörn-Peter Leppien entwickelte sich in wenigen Jahren zum leitenden Redakteur, der – nach dem altersbedingten Ausscheiden von Ernst Beier – mehr und mehr die Verantwortung für die Grenzfriedenshefte übernahm und gemeinsam mit A. Thomsen praktisch die Redaktion darstellte. Zwischen ihnen wurden die zu behandelnden Themen abgestimmt. Dr. Leppien fand immer wieder neue, junge Autoren, die Beiträge für die Grenzfriedenshefte schrieben, und leitete somit auch allmählich den inhaltlichen Wandel ein, der im deutsch-dänischen gesellschaftlichen und politischen Miteinander spürbar wurde. Dänische Verfasser kamen immer häufiger zu Wort und dokumentierten gemeinsam mit den deutschen Autoren den wachsenden Ausgleich zwischen den Menschen im Grenzland.

Zurückblickend auf ihre erfolgreiche zwanzigjährige Zusammenarbeit schildert Artur Thomsen Jörn-Peter Leppien als „sehr fleißigen und an der Grenzlandgeschichte interessierten Menschen, der einen Standpunkt hat und diesen auch zum Ausdruck bringen kann. In vielen Artikeln hat Dr. Leppien bestimmte historische Abläufe im Grenzland neu beleuchtet und damit ganz wesentlich zur hohen Bedeutung der Grenzfriedenshefte beigetragen“.

Den Wechsel im Verbandsvorsitz von Artur Thomsen auf Lothar Hay 1997 nutzte Dr. Leppien, um die Arbeit für die Grenzfriedenshefte wieder auf mehrere Persönlichkeiten zu verteilen.

Gemeinsam mit Ove Jensen, Dr. Matthias Schartl und Dr. Gerret Liebing Schlauber bildet Dr. Leppien heute die ehrenamtlich tätige Redaktion der Grenzfriedenshefte. Hier ballen sich hohes Fachwissen und die Bereitschaft zur Pflege der Beziehungen im Grenzland zusammen.

Mit diesem Team hat Dr. Leppien Menschen zur Mitarbeit gewonnen, die gemeinsam mit ihm Beiträge zu geschichtlichen, kulturell und politisch wichtigen Fragen auf allgemein anerkanntem hohem wissenschaftlichem und dennoch leicht verständlichem Niveau verfassen.

Die Bandbreite der Kenntnisse und Interessen von Jörn-Peter Leppien umfasst jedoch nicht nur die Tätigkeit für den Grenzfriedensbund. Ohne seine Gesamtleistung für den Grenzraum hier nochmals im Einzelnen zu würdigen (siehe dazu GFH 3/2003), wollen wir doch auch an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass er eine Reihe von Sonderpublikationen für den Grenzfriedensbund herausgebracht hat. Ein besonderes Anliegen war es ihm stets, Schülerinnen und Schüler mit den Problemen des Grenzlandes und den Geschehnissen des verbrecherischen Naziregimes sowie deren Folgen vertraut zu machen. Ein Beispiel hierfür ist das am Grenzübergang Harrislee-Padborg verwirklichte Projekt „Wir wollen ein Zeichen setzen. Schülerinnen und Schüler gestalten ein Mahnmal“.

Die hohe fachliche Qualifikation von Dr. Leppien führte wie selbstverständlich zur Berufung in bedeutende Organisationen und Einrichtungen. So war er seit der Gründung Mitglied des Kuratoriums des „Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte“ in Schleswig. Er war zeitweise dessen Sprecher und Vorsitzender. Auch im Aufbau sowie in der wissenschaftlichen und konzeptionellen Leitung der Dauerausstellung der Gedenkstätte Ladelund hat sich Dr. Leppien große Verdienste um die Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Geschichte erworben. Auch diese ehrenamtliche Arbeit ist geprägt von großer Energie und wissenschaftlicher Leidenschaft. Hier wird sein besonderes Bemühen sichtbar, diese schwierigen historischen Prozesse gerade den jungen Menschen zu vermitteln. Herr Dr. Leppien gehört – nach seinem Ausscheiden aus dem IZRG-Kuratori-

um im Jahre 2003 – zum „Wissenschaftlichen Beirat der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten“.

Für seine Grenzland- und politische Bildungsarbeit wurde Dr. Jörn-Peter Leppien hoch geehrt. Ministerpräsidentin Heide Simonis verlieh ihm bereits im Jahre 1995 die Ehrennadel des Landes, und der Bundespräsident Johannes Rau zeichnete ihn für sein ehrenamtliches Wirken im Jahre 2004 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus.

Trotz oder gerade wegen dieser hohen Anerkennung seiner Arbeit denkt Dr. Leppien erfreulicherweise nicht ans Aufhören. Mittlerweile im beruflichen Ruhestand, wird er sicher die neu gewonnene freie Zeit nutzen, um als Historiker die Geschichte des Grenzlandes weiter zu erforschen und zu publizieren. Dies wird auch dem ADS-Grenzfriedensbund und insbesondere den Grenzfriedensheften zugute kommen. Darüber freuen wir uns sehr und sind ihm dafür dankbar.

Die kulturellen wie politischen Geschehnisse in und um das Grenzland sind teilweise so kompliziert, dass sie immer wieder neu betrachtet und dargestellt werden müssen.

Und zum Schluss ein Wort an Sie persönlich:
Ihre Lebensleistung, lieber Herr Dr. Leppien, ist noch nicht zu Ende. Sie werden noch gebraucht, jetzt und in Zukunft.

Für Ihren Eintritt in den dritten Lebensabschnitt wünschen wir Ihnen viel Glück und Freude.

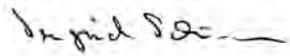
Herzlichst



Lothar Hay
Vorsitzender



Peter Rodewald
Geschäftsführer



Ingrid Schumann
Referentin für
Grenzlandfragen

Eine besondere Ausgabe der Grenzfriedenshefte

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vorliegende Ausgabe der Grenzfriedenshefte ist seit 56 Jahren die erste, die als gebundenes Buch erscheint. Hiermit wollen wir, der ADS-Grenzfriedensbund e.V. und seine Freunde, fachlichen Weggefährten und Mitredakteure Dr. Jörn-Peter Leppien zu seinem 65. Geburtstag gratulieren.

Seit bald 30 Jahren ist Jörn-Peter Leppien federführender Redakteur der Grenzfriedenshefte. Die hohe Wertschätzung, die die Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog im 56. Jahr ihres Bestehens erfährt, ist zu einem wesentlichen Teil sein Verdienst. Wir als teilweise auch schon langjährige Mitredakteure freuen uns, daran teilzuhaben und diese hervorragende Zeitschrift mittragen zu dürfen. Wenn die Grenzfriedenshefte ihre Inhalte zugleich auf hohem wissenschaftlichem Niveau und in lebendiger Form vermitteln, so ist dies nicht zuletzt das Ergebnis intensiver Redaktionsarbeit. Hat Jörn-Peter Leppien ein für die Grenzfriedenshefte vorgesehenes Textmanuskript in den Händen gehabt, sieht es oft aus wie eine mit „Mangelhaft“ bewertete Klassenarbeit. Auch in gut vorbereiteten Aufsätzen findet er immer noch Textstellen, die sich eleganter ausdrücken, inhaltlich präzisieren oder leichter verständlich machen lassen. Die Verfasserinnen und Verfasser nehmen diese Korrekturvorschläge in der Regel dankbar an. Diese Qualitätssicherung in Form durchgreifender Redaktionsarbeit ist im Sinne der Autoren, der Herausgeber und vor allem der Leserschaft.

Jörn-Peter Leppien weicht strittigen Fragen nicht aus, sitzt nichts aus, redet nicht um den heißen Brei herum. Er ist ein Mensch, der die Dinge direkt auf den Punkt bringt. Dabei wahrt er immer die Form und weiß auch mit menschlichen Empfindlichkeiten umzugehen. Er verzettelt sich nicht in endlosen Diskussionen, die sich letztlich nur im Kreise drehen, Zeit und Energie kosten und höchstens der Selbstdarstellung der Beteiligten dienen. Ihm geht es stets um ein vernünftiges Ergebnis in der Sache. Auch wenn er sich wohl nicht selbst als Geduldsmanchen bezeichnen würde, führt er einmal begonnene Projekte beharrlich und zielstrebig zu einem vorzeigbaren Ergebnis. Man weiß bei ihm immer, woran man ist.

Ebenso versteht er es, sich für den Erhalt und die Fortführung bestehender und funktionierender Einrichtungen einzusetzen. Jörn-Peter Leppien ist kein Traditionalist, der an überkommenen Strukturen und Standpunkten festhält, nur weil sie schon immer so waren. Er, der selbst so viel Pionierarbeit geleistet und auch gegen Widerstände notwendige Erneuerungen angestoßen und weitergeführt hat, wie es sein langjähriger Weggefährte Manfred Jessen-Klingenberg im folgenden Beitrag veranschaulicht, ist selbst immer offen für neue Wege und neue Anregungen, und zwar auch dann, wenn er selbst anderer

Meinung ist. Nicht zuletzt deshalb gelang es ihm, im Laufe der Zeit ein Netzwerk aus älteren wie jüngeren Fachleuten aufzubauen, die mit interessanten Beiträgen die Grenzfriedenshefte bereichern. Nach wie vor kommen fast in jeder Ausgabe neue Namen hinzu, und nicht wenige von ihnen bleiben den Grenzfriedensheften wie dem Grenzfriedensbund langfristig verbunden. Einen Mangel an Themen für die kommende Ausgabe des Heftes hat es noch nie gegeben.

Zudem hat Jörn-Peter Leppien immer wieder inhaltliche und auch optische Erneuerungen der Grenzfriedenshefte angestoßen. Dies geschah immer behutsam, ohne dass die Zeitschrift ihren Charakter verlor. In den vergangenen 30 Jahren hat sich der Schwerpunkt der Hefte immer mehr auf die Arbeit mit der Geschichte – und hier besonders der Zeitgeschichte – und der aktuellen Entwicklungen im schleswigschen Grenzland verlagert. Gerade die Bearbeitung verdrängter oder zu wenig beachteter Themen sind ein Markenzeichen nicht nur der Grenzfriedenshefte, sondern auch der weiteren Engagements des Jubilars. Sein ehrenamtlicher Einsatz für Frieden und Verständigung, für Begegnungen und Jugendinitiative im Grenzland auf so vielen Ebenen verdient in einer Zeit wachsenden beruflichen und gesellschaftlichen Drucks einen besonders hohen Grad an Respekt.

Eines spüren wir Mitredakteure durch und durch: Die Grenzfriedenshefte sind für Jörn-Peter Leppien eine Herzensangelegenheit und sie werden es auch bleiben. Wir wünschen unserem Jubilar für die weitere Zukunft alles erdenklich Gute und freuen uns auf noch viele Jahre intensiver Zusammenarbeit bei der Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog und darüber hinaus.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine angenehme und anregende Lektüre dieser besonderen Ausgabe Ihrer Grenzfriedenshefte. Ausgabe 4 wird wie gewohnt in Heftform mit allen Rubriken erscheinen.

Ove Jensen

Matthias Scharf

Gerret Liebing Schlaber

Tabula gratulatoria

INGE ADRIANSEN

Sonderburg

CHRISTIAN ANDERSEN

Dortmund

KLAUS BÄSTLEIN

Berlin

HENRIK BECKER-CHRISTENSEN

Flensburg

ECKHARD BODENSTEIN

Pattburg

ROBERT BOHN

Schleswig

UWE BONSEN

Altenholz

THEDE BOYSEN

Flensburg

BERND BRANDES-DRUBA

Kiel

DIETER BRANDT

Flensburg

JØRN BUCH

Hadersleben

WOLFGANG BUSCHMANN

Harrislee

PETER HARRY CARSTENSEN

Kiel

JENS A. CHRISTIANSEN

Flensburg

RUTH CLAUSEN

Sonderburg

UWE DANKER

Schleswig/Kronshagen

HANS DETHLEFFSEN

Flensburg

IMMO DOEGE

Apenrade

PETER DRAGSBO

Sonderburg

HILDEGARD ELSNER

Schleswig

ROLF FISCHER

Kronshagen

KIM FURDAL

Apenrade

DETLEF GARBE

Hamburg

KAREN GRAM-SKJOLDAGER

Århus

HARRO HALLMANN

Hadersleben/Apenrade

HANS HEINRICH HANSEN

Heisagge

INGE u. REIMER HANSEN

Berlin

LARS HARMS

Husum/Kiel

WOLFGANG HARMS

Meyn

LOTHAR HAY

Flensburg/Kiel

LUDWIG HECKER

Flensburg

PERKE HELDT

Husum

LARS N. HENNINGSEN

Flensburg/Apenrade

SABINE u. HANS-JÖRG HEROLD

Oeversee

BIRGITTE HERREBORG THOMSEN

Tondern

THOMAS HILL

Kiel

PETER HOPP
Kiel

ELKE IMBERGER
Schleswig

LONE ANKER JAKOBSEN
Flensburg

JOHANNES JENSEN
Behrendsdorf/Stöfs

JÜRGEN JENSEN
Kiel

OVE JENSEN
Hamburg/Stexwig

ELKE u. MANFRED JESSEN-KLINGENBERG
Rumohr

PETER IVER JOHANSEN
Apenrade/Hoptrup

AXEL JOHNSEN
Gravenstein

FRANK JUNG
Schleswig

HINRICH JÜRGENSEN
Apenrade/Tingleff

MARTIN KAYENBURG
Kiel

MARTIN KLATT
Sonderburg/Flensburg

DETLEV KRAACK
Plön

RANING KRÜGER
Flensburg

JØRGEN KÜHL
Schleswig/Harrislee

DIETER KÜSSNER
Jarplund/Flensburg

BENJAMIN LASSIWE
Berlin/Greifswald

SEBASTIAN LEHMANN
Schleswig

MIKKEL LETH JESPERSEN
Flensburg

RENÉ LEUDESORFF
Flensburg

DIETER LOHMEIER
Kiel

MARTIN LORENZEN
Flensburg

KLAUS-JOACHIM LORENZEN-SCHMIDT
Hamburg/Glückstadt

FRANK LUBOWITZ
Apenrade/Flensburg

HELGE MATTHIESEN
Bremen

HEINZ MAURUS
Kiel

FLEMMING MEYER
Flensburg/Handewitt

JÜRGEN MIETHKE
Molfsee

ANNELIE u. BERND MITTELSTAEDT
Harrislee

HENRY MOHRDIECK
Niebüll

INGWER E. MOMSEN
Mönkeberg

FRANK OBORSKI
Pattburg

JENS E. OLESEN
Greifswald

ORTWIN PELC
Hamburg

KARIN PENNO-BURMEISTER
Ladelund

BERND PHILIPSEN
Flensburg

FIETE PINGEL
Bredstedt/Husum

CARSTEN PORSKROG RASMUSSEN
Århus

HANS-CHRISTIAN PUST
Ludwigsburg

RENÉ RASMUSSEN
Tondern

KARL HERMANN RATHJE
Harrislee

KLAUSPETER REUMANN
Flensburg

BRIGITTE u. MANFRED REUTHER
Seebüll

MARTIN RHEINHEIMER
Kolding/Esbjerg

HARALD RICHTER
Ladelund

PETER RODEWALD
Flensburg

SISS u. HANS-FRIEDRICH ROTHERT
Kiel

MICHAEL RUCK
Flensburg

OLAF RUNZ
Harrislee

HARTMUT RUST
Stuhr

MATTHIAS SCHARTL
Schleswig/Flensburg

GERRET LIEBING SCHLABER
Flensburg/Apenrade

CLAUS-PETER SCHMIDT-RÖSCHMANN
Flensburg

RENATE SCHNACK
Braderup

ULRICH SCHULTE-WÜLWER
Flensburg

HANS SCHULTZ HANSEN
Apenrade

HEINRICH SCHULTZ
Tating

SABINE u. INGO SCHULTZ
Handewitt

OLIVER SCHULTZ-ETZOLD
Niebüll

GISELA u. WILLY SCHULZ
Meldorf

KURT SCHULZ
Eckernförde

INGRID u. HELMUT SCHUMANN
Flensburg

MARION u. KARL-WERNER SCHUNCK
Eckernförde

CAROLINE SCHWARZ
Kiel/Schleswig

BRODER SCHWENSEN
Flensburg

JOHANNES SEIFERT
Pinneberg

HEIDE SIMONIS
Kiel

HENRIK SKOV KRISTENSEN
Fröslee/Sonderburg

ANKE SPOORENDONK
Kiel/Harrislee

THOMAS STEENSEN
Bredstedt

BERND STICKLIES
Pinneberg

ANDREA TEEBKEN
Bau/Flensburg

ARTUR THOMSEN
Flensburg

FRANK TRENDE
Groß Vollstedt

JOHANNES TUCHEL
Berlin

CHRISTEL u. REIMER WITT
Schleswig

PETER WULF
Gettorf

Dr. Jörn-Peter Leppien: Forscher, Vermittler, Anreger

von *MANFRED JESSEN-KLINGENBERG*

Dieser Band der Grenzfriedenshefte enthält Aufsätze von Autoren, die alle zum engeren oder weiteren Freundeskreis von Jörn-Peter Leppien gehören und ihn anlässlich seines 65. Geburtstages am 2. August 2008 besonders ehren möchten. Die hier behandelten Themen und Probleme gehören zum umfangreichen Interessen- und Forschungsgebiet des Historikers und Gymnasiallehrers Jörn-Peter Leppien. Seit nunmehr 40 Jahren, seit seiner Studienzeit hat dieser sich intensiv und engagiert mit historischen Problemen des Landes auseinandergesetzt. Jörn-Peter Leppien wurde in St. Annen (Dithm.) geboren und wuchs zunächst in Pinneberg, dann in Ulsnis am Nordufer der Schlei auf. 1964 bestand er an der Domschule in Schleswig sein Abitur. Bis 1966 diente er bei der Bundeswehr, die er als Leutnant der Reserve verließ. Sodann begann er an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel sein Studium, zunächst der Anglistik und Geschichte, später der Geschichte, der Philosophie und der Politischen Wissenschaft. Sehr früh stand er in enger Beziehung zu seinem Lehrer und Doktorvater Prof. Dr. Alexander Scharff, dem Ordinarius für Schleswig-Holsteinische und Nordische Geschichte, bei dem er auch als wissenschaftliche Hilfskraft tätig war. Die erste Veröffentlichung des Studenten Leppien, die gleichsam programmatischen Charakter hatte, erschien im April 1969 in den Kieler Nachrichten. Er stellte hierin die politische Wirksamkeit von Theodor Brix (1844-1905) dar, einem aus Angeln stammenden konsequenten Gegner der deutschen Politik in Nordschleswig, der bis dahin von der Geschichtswissenschaft überhaupt nicht beachtet worden war. Der junge Jörn-Peter Leppien setzte sich schon als Student dafür ein, Vorurteile zwischen Dänen und Deutschen zu überwinden und mit dänischen Kollegen nach dem Vorbild Alexander Scharffs und Troels Finks unvoreingenommene Gespräche über gemeinsame historische Probleme zu führen. Brix hatte „die Grundsätze gezeigt, nach denen allein ein friedliches Zusammenleben verschiedener Volksstämme in einem Staat möglich ist: Freie Entfaltung des jeweiligen Volkstums, Gerechtigkeit, Achtung vor der Menschenwürde.“

Der Aufsatz über Brix kann als programmatisch für seine Arbeit gelten, weil es hier um das deutsch-dänische Verhältnis geht, das Leppien bis auf den heutigen Tag am Herzen liegt. Kennzeichnend für ihn ist weiterhin die Tatsache, dass am Anfang seiner Arbeiten immer die eigene Forschung steht, deren Ergebnisse er nicht nur an Fachkollegen, sondern an weite Kreise vermittelt. Gerade weil er,

wie im Aufsatz über Brix, auf fast allen Gebieten der schleswig-holsteinischen Geschichte gleichsam Neuland betreten und seine Erkenntnisse weit verbreitet hat, regen seine Publikationen immer zum Nachdenken und zur weitergehenden Beschäftigung mit dem behandelten Thema an.

Wie das von Hans F. Rothert zusammengestellte umfangreiche „Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Leppien“ zeigt, hat dieser bereits als Student an die 20 Aufsätze publiziert, u. a. auch über die Brüder Jürgen und Theodor Brix, und noch mehr Buchbesprechungen verfasst. Aufsehen und viel Zustimmung erregte sein in den Grenzfriedensheften 1972/73 erschienener Aufsatz „Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Eine kritische Bestandsaufnahme ‚traditioneller‘ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm Klüver.“ Hier hat er etliche der überlieferten, von Klüver vor allem in der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ (dem damals abermals neu aufgelegten Standardhandbuch zur Landesgeschichte) noch positiv bewerteten Schiefheiten, Anachronismen und Vorurteile gründlich widerlegt und damit auch vielen von Klüvers einseitigen Urteilen über das deutsch-dänische Verhältnis deutlich widersprochen. Eben diesem Verhältnis von Geschichte und Gegenwart hat sich Leppien, oft in Zusammenarbeit mit Weggefährten, immer wieder zugewandt und dabei etlichen historischen Legenden und nationalistischen Wertungen den Boden entzogen. Aber er hat auch die positiven, zukunftssträchtigen Auffassungen über die Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen bekräftigt und über die Wirksamkeit von „Brückenbauern jenseits des Zeitgeistes“ geforscht und geschrieben, so neben Brix auch über den dänischen Historiker Aage Friis. Zu den Brückenbauern zählten auch die dänischen Historiker Troels Fink und Lorenz Rerup, zu denen der junge Leppien ertragreiche Kontakte unterhielt.

Einen weiteren Brückenbauer hat Leppien gleichsam neu entdeckt: den deutschen Theologieprofessor Martin Rade. Mit seiner Untersuchung über diesen Theologen und „Politiker“ erwarb er 1979 den Doktorgrad der Philosophie. Es ist gleichsam eine Pionierarbeit über Probleme des Nationalismus und der historischen Friedensforschung. Am Ende der Dissertation heißt es: „Martin Rade hat sich nicht als Berufspolitiker, sondern als Wissenschaftler politisch engagiert, weil er davon ausging, dass dieser wie jeder andere Staatsbürger die ‚Pflicht zur Politik‘ habe und daran interessiert sein müsse, seine erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse in einen lebenspraktischen Zusammenhang zu bringen. Auf anderem Wege dürfte eine verantwortliche, kontrollierte Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Praxis auch heute nicht möglich sein.“

Jörn-Peter Leppien hat sich stets bemüht, seine Forschungsergebnisse „in einen lebenspraktischen Zusammenhang“ zu bringen. Das trifft nicht zuletzt für seine Arbeit mit Schülerinnen und Schülern zu. Seit 1978 unterrichtete er an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg. Der 1862 auf dem Alten Friedhof in Flens-



Projektwoche zum Thema „Ein KZ in Ladelund – nie gehört!“. Jörn-Peter Leppien (hinten r.) mit Schülern der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule im Pastorat Ladelund, 1982

burg aufgestellte, von H. W. Bissen geschaffene Idstedt-Löwe, der heute nach einer langen Odyssee beim Zeughausmuseum in Kopenhagen steht, war und ist wohl immer noch ein wichtiger Gradmesser für den Zustand der deutsch-dänischen Beziehungen. Mit seinen Schülern führte Leppien ein viel beachtetes Forschungs- und Ausstellungsprojekt zum umstrittenen Denkmal durch, und er hat zu diesem dem nationalen Streit ausgesetzten Kunstwerk auch eigene Veröffentlichungen beige-steuert.

Dass es auch in Schleswig-Holstein Konzentrationslager gegeben hat, war in den siebziger Jahren nur noch relativ wenigen bekannt; die Historiker hatten sie in ihren Darstellungen gar nicht zur Kenntnis genommen. Leppien führte – wiederum mit Schülern – von 1982 bis 1984 ein Forschungsprojekt zum KZ Ladelund durch mit dem Ziel, eine informative Wanderausstellung zu erarbeiten. Das ist bestens gelungen. 1990 wurde dann die Dauerausstellung unter Mitarbeit der Historiker Klaus Bästlein und Johannes Tuchel fertig gestellt, deren wissenschaftlicher Leiter Leppien bis heute ist. Er hat auch selbst über dieses KZ geforscht und seine Ergebnisse publiziert. Viel Beachtung – auch Widerspruch, aber mehr noch Zustimmung – fand seine quellenkritische Studie zur Kirchenchronik von Ladelund. Ein weiteres, viel beachtetes und viel gelobtes Projekt, bei dem Jörn-Peter Leppien führend mitarbeitete und nach wie vor mitarbeitet, ist das von Schülern der Flensburger Duborg-Skolen im Rahmen eines schulübergreifenden Vorhabens

1998 gestaltete Mahnmal am Grenzübergang Harrislee/Padborg, das sich zu einem Lernort besonderer Art entwickelt hat. Das Denkzeichen erinnert an die 1600 dänischen Häftlinge, die aus dem Internierungslager Frøslee von Deutschen in die Konzentrationslager Neuengamme und Dachau deportiert wurden; 220 von ihnen starben. Der Bahnhof von Harrislee war ihre erste „Station auf dem Weg in die Hölle“.

Jörn-Peter Leppien hat die schleswig-holsteinische Landesgeschichte in der Methode (so Projekte mit Schülern) und in der Fragestellung gleichsam modernisiert. So hat er sich als erster und bisher wohl einziger mit der gesellschaftlichen Position der Frauen Schleswig-Holsteins in den vergangenen Zeiten auseinandergesetzt. 1986 war er der Initiator der großen Dokumentation zum hundertjährigen Jubiläum der Auguste-Viktoria-Schule. Sie gilt bis heute methodisch und inhaltlich als wegweisend, und wer die „höhere Mädchenbildung“ in den vergangenen hundert Jahren beschreiben und analysieren will, ist gut beraten, diese Studie zuvor zu konsultieren, ebenso Leppiens Aufsätze zu diesem Thema. Auch über die Mädchenerziehung in der nationalsozialistischen Zeit hat er gleichsam wegweisend geschrieben, und zwar wiederum als einziger bis auf den heutigen Tag. Hingewiesen sei hier besonders auf das mit seiner Mutter Annemarie Leppien verfasste Buch „Mädel-Landjahr in Schleswig-Holstein“.

Manche der Publikationen Leppiens sind zugleich Beiträge zur historischen Friedensforschung in diesem Land. Auch auf diesem Feld hat sich Leppien als Pionier hervorgetan. Zu den wichtigsten Untersuchungen auf diesem Gebiet gehören seine Dissertation sowie seine Arbeiten über „Idstedt“ (1850) und „Düppel“ (1864). Gegen Ende seines Aufsatzes über Düppel (GFH 1989), der ausdrücklich auf Gedanken und Formulierungen von 1974 zurückgreift, heißt es: „Wir sollten die Ereignisse von 1864 ... zum Anlass nehmen, uns in kritischer Distanz zu fragen, ob die damaligen Ziele wirklich ‚Ströme Blutes wert‘ waren, ob es überhaupt politische Ziele gibt, die eine kriegerische ‚Lösung‘ rechtfertigen könnten. Eine allein verstehende Geschichtsschreibung, die einen (scheinbar) objektiven Standpunkt für sich in Anspruch nimmt und die Gegenwartsinteressen des Historikers schlicht leugnet, trägt nur zu leicht zur Unterstützung und Bestätigung des Status quo bei. Allen anders lautenden Beteuerungen zum Trotz tradiert sie nicht nur kritiklos die Werthaltungen der Vergangenheit, sondern führt ihre ‚Objektivität‘ oft genug auch dadurch selbst ad absurdum, dass sie Werthaltungen, die sie rational ablehnt, sich emotional zu eigen macht. Die Gefahren einer von solcher Geschichtsauffassung getragenen Erinnerung an die Erstürmung der Düppeler Schanzen oder die Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung sollten nicht unterschätzt werden.“

Unter dem Aspekt einer historisch-politischen (Friedens-)Erziehung gesehen, hat der Rückblick auf jene nicht nur für unsere Landesgeschichte so bedeutungs-

vollen Ereignisse aber sehr wohl eine Berechtigung, kann er doch – über die bloße Vermittlung von Fakten hinaus – als Mahnung und Verpflichtung verstanden, dazu beitragen, dass Gewalt nicht länger als Mittel der Politik akzeptiert wird und sich die Erkenntnis endgültig durchsetzt, dass Krieg und Frieden nicht Schicksal, sondern Ergebnis interessegebundenen menschlichen Handelns sind. – Auch für die allseits gewünschte Weiterentwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark dürfte eine solche Betrachtung der Ereignisse von 1864, ihrer Hintergründe und Folgen, eine wichtige Voraussetzung sein.“ Dass ein Historiker, der auf den „lebenspraktischen Zusammenhang“ seiner Forschungen, zumal als engagierter Lehrer, großen Wert legt, sich auch zu Fragen der Didaktik und der Lehrerbildung äußert, wird kaum überraschen. Der Geschichtsunterricht hierzulande verdankt J.-P. Leppien nicht wenige wertvolle Hinweise und Anregungen. Seine Aufsätze und ebenso seine zahlreichen Vorträge, die vornehmlich seinem weitgespannten Arbeitsgebiet gelten, haben immer den Zuhörern, und unter ihnen nicht zuletzt den Lehrern, neue Einsichten und vielerlei Anregungen vermittelt.

Der Mensch, Forscher und Pädagoge Leppien hat seit seiner Studienzeit weithin bei seinen Lesern und Zuhörern Respekt gefunden und bei den meisten von ihnen auch Zustimmung und Dank. Von seinem hohen Ansehen zeugt zum Beispiel seine Mitarbeit (schon als Student) im Wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, in der er mit seinen Freunden „Vorschläge für eine aktivere, effektivere und transparentere Arbeit“ durchsetzen konnte. Ein Ergebnis dieser Bestrebungen stellen die seither regelmäßig erscheinenden „Mitteilungen“ der Gesellschaft dar. Im Kuratorium des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte war Jörn-Peter Leppien als Sprecher aktiv, und zwar gerade in den schwierigen Anfangsjahren des Instituts. Durch sein unermüdliches Engagement, das angesichts einer oft von außen herangetragenem Kontroversen viel Kraft erforderte, hat er viel zur Stabilisierung der Verhältnisse beigetragen. Heute ist er zudem Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“.

Der Redaktion der Grenzfriedenshefte gehört Dr. Leppien seit 1980/81 an, und bereits seit 1981 ist er der hauptverantwortliche Redakteur. Die Grenzfriedenshefte erfreuten sich seit 1953 eines hohen Ansehens, und zwar vor allem deswegen, weil sie dazu beitrugen, das Verhältnis von Dänen und Deutschen im Grenzland von nationalistischen Vorurteilen und Verurteilungen zu reinigen. Unter Leppien hat dieses Ansehen noch beträchtlich zugenommen. Jetzt wurden für Schleswig-Holstein neue Forschungsgebiete (z.B. Frauen- und Friedensforschung) den Lesern vorgestellt. Bei der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein haben die Grenzfriedenshefte gleichsam Pionierdienste geleistet. Sie haben unser Geschichtsbild und damit

auch die Möglichkeiten der Gegenwartsorientierung erheblich erweitert und bereichert. Häufiger als zuvor kommen hier auch dänische Autoren zu Wort. Damit wurden die Grenzfriedenshefte noch mehr zu einem Publikationsorgan, in dem historische, historisch-politische und andere Themen unvoreingenommen, sachlich und gleichwohl engagiert dargestellt und analysiert wurden und werden. Gewiss, die GFH sind eine eher kleine Zeitschrift. Aber ihr hauptverantwortlicher Redakteur hat wesentlich dafür gesorgt, dass diese regionale Zeitschrift weit hin ein um so höheres Ansehen gewonnen hat, und zwar bei ihren Lesern und gewiss auch bei den Autoren, für die es gleichsam eine Auszeichnung ist, ihre Arbeiten in den GFH zu publizieren.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass J.-P. Leppien über 20 Schriften, zumeist im Namen des Grenzfriedensbundes, herausgegeben hat, darunter auch mehrere Schriften zum KZ Ladelund und zum Thema „Harrislee-Bahnhof“. Der engagierte, oft mühevolle und innovative Einsatz J.-P. Leppiens wird nicht nur von den Lesern seiner Publikationen und der GFH hoch geschätzt. Auch „offiziell“ hat seine Arbeit Anerkennung, Respekt und Dankbarkeit gefunden. 1995 verlieh ihm Ministerpräsidentin Heide Simonis die Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein. In der Begründung heißt es: „Oberstudienrat Dr. Jörn-Peter Leppien hat sich besondere Verdienste in der Erforschung und Vermittlung der regionalen Zeitgeschichte erworben. Seine langjährige Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen zu zeitgeschichtlichen und geschichtsdidaktischen Themen weisen ihn als einen der Initiatoren der modernen Landesgeschichtsforschung in Schleswig-Holstein aus. Darüber hinaus kann er als ‚Pionier‘ der regionalen historischen Friedensforschung bezeichnet werden.“ Im Juni 2004 wurde Leppien vom Bundespräsidenten das „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ verliehen. Der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes Lothar Hay schrieb dazu in den GFH 3/2004: „Der Grenzfriedensbund freut sich über die hohe Auszeichnung, die Dr. Leppien erhalten hat, und wünscht, dass er noch lange maßgeblich in der Redaktion der ‚Grenzfriedenshefte‘ mitwirken kann.“

Diesen Wunsch möchten alle Mitarbeiter dieser Festschrift an dieser Stelle gern mit Nachdruck wiederholen.

Zur Bedeutung der Eider als historischer Grenze

von REIMER HANSEN

In seiner Einleitung zur Veröffentlichung der Vortragsreihe über „Deutschlands Grenzen in der Geschichte“ hat Alexander Demandt eine Kartenskizze über die Dauerhaftigkeit der europäischen Grenzen nach S. Columb Gilfillan aus Norman J. G. Pounds Lehrbuch „Political Geography“ abgebildet, auf der die Eider- oder Eider-Levensau-Grenze mit „300 to 400 years“ angegeben wird.¹ Ein Blick in den Geschichtsatlas lehrt, dass sie allein rund ein Jahrtausend die Nordgrenze des abendländischen, zunächst Karolingischen, dann Römisch-Deutschen Kaiserreichs und nach dem Napoleonischen Interregnum noch einmal für ein halbes Jahrhundert des Deutschen Bundes bildete. Das alles wird bei Demandt an Ort und Stelle im einschlägigen Beitrag über die Nordgrenze Deutschlands stillschweigend korrigiert.² Die bleibende Diskrepanz beruht indes auf einem groben, unbemerkt übernommenen Fehler Pounds, der die Dauer der politischen Grenzen Europas bei Gilfillan gleichsam entfristet hat, denn dort wird sie nicht in ihrer absoluten zeitlichen Länge, sondern „since 1500“ abgebildet.³ So gesehen, trifft die relative Dauer der Eider- oder Eider-Levensau-Grenze wiederum zu, denn seit 1500 betrug sie noch gut dreieinhalb Jahrhunderte. Die verbreitete Kartenskizze Pounds verfälscht jedoch in drastischer Weise ihre Geschichte, indem sie sie auf einen Bruchteil ihrer historischen Existenz reduziert und damit in ihrer absoluten Dauer deutlich hinter die seit 1500 bis heute fortbestehenden Grenzen Portugals, der Schweiz oder der Niederlande zurücktreten lässt. Dabei war die Eider längst schon eine politische Landscheide, als sie zur Nordgrenze des Karolingerreichs wurde.⁴

Pounds kartographische Darstellung mag ein singuläres Versehen sein. Sie entspricht jedoch in der allgemeinen Tendenz ihres optischen Eindrucks dem vorherrschenden geschichtswissenschaftlichen Urteil, das der Eider als historischer Grenze seit dem Spätmittelalter einen merklichen Bedeutungsverlust attestiert. Befragt man die neuere landesgeschichtliche Literatur, so besteht grundsätzliche Einigkeit darüber, dass die Eider als Grenze zwischen dem Königreich Dänemark und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation mit der Personalunion der Territorien Schleswig und Holstein unter den letzten Grafen der Rendsburger Linie des Hauses Schauenburg und dann für ein halbes Jahrtausend unter den dänischen Königen des Hauses Oldenburg mit ihrer Gottorfer Seitenlinie die ursprüngliche Bedeutung einer zwischenstaatlich-politischen Scheidelinie weitgehend eingebüßt habe.

So schreibt Alexander Scharff, dass die Herzogtümer Schleswig und Holstein

aufgrund der Zugeständnisse des Ripener Freiheitsbriefes von 1460 in der dänischen Monarchie ein Sonderdasein geführt und eine durch wirtschaftliche, administrative und kulturelle Gemeinsamkeiten geprägte Eigenstaatlichkeit entfaltet hätten, derzufolge „die trennende Grenze des dänischen Reiches an der Eider praktisch mehr und mehr an Bedeutung“ verloren habe.⁵ Erich Hoffmann hat wiederholt geurteilt, dass die schon unter der Personalunion der Schauenburger beginnende Entwicklung einer Realunion Holsteins und Schleswigs, die Ausdehnung der deutschen Besiedlung nördlich der Eider und das Vordringen der Grundherrschaft des holsteinischen Adels in Südo Schleswig dazu geführt hätten, die Eidergrenze „bedeutungslos“ werden und die Königsaugrenze „immer deutlicher“ hervortreten zu lassen.⁶ Und Martin Rheinheimer bemerkt, die Vereinigung der Grafschaft Holstein mit dem Herzogtum Schleswig unter den Schauenburger Grafen und dem dänischen König habe zur Folge gehabt, dass die Eidergrenze „unwichtiger“ geworden sei. Die Schauenburger Landesherrn hätten die Grenze nach Norden, die Oldenburger nach Süden geöffnet, so dass eigentlich „nur die Binnengrenzen zwischen den einzelnen Territorien innerhalb des deutschen Reiches und der nordischen Reiche“ zurückgeblieben seien.⁷ Diese wenigen – wie mir scheint – repräsentativen Urteile aus der neueren Fachliteratur über die Bedeutung der Eider als historischer Grenze während der Personal- und partiellen Realunion der Territorien Schleswig und Holstein, die übrigens zugleich die letzten drei Generationen der einschlägigen Landesgeschichtsforschung und -schreibung zu Wort kommen lassen, mögen hier genügen. Sie laufen allesamt darauf hinaus, den Grenzcharakter der Eider seit dem Spätmittelalter zunehmend zurück- und vice versa den der Nordgrenze Schleswigs an der Königsau wie der Südgrenze Holsteins an der Elbmündung und Unterelbe hervortreten zu lassen. Sie ließen sich mühelos vermehren.

Am weitesten geht Hoffmann, der die Eidergrenze schließlich für bedeutungslos hält. Ob sie dabei – wie er meint – auch hinsichtlich der „Volkstumsverhältnisse“⁸ überwunden worden sei, wird man historisch in Frage stellen müssen, da das ethnische Argument erst während der Nationalisierung der Schleswig-Holstein-Frage im 19. Jahrhundert politische Bedeutung erlangen sollte. Das verfassungs- und politikgeschichtliche Argument der Personal- und Realunion wird man dagegen nicht von der Hand weisen können, da die gemeinsame Landesherrschaft, der noch unter den Schauenburgern entstehende Landesrat und der sich unter den ersten Oldenburgern herausbildende gemeinsame schleswig-holsteinische Landtag eindeutig grenzüberschreitende Bedeutung besaßen. Landesrat und Landtag wurden vom holsteinischen Adel dominiert, der im Spätmittelalter auch im Herzogtum Schleswig erheblichen Besitz in Gestalt von Pfandlehen und Grundherrschaften erworben und sich von der Lehnsmannschaft der Schauenburger Grafen zur ständischen Korporation der schleswig-holsteinischen Ritterschaft



Abb. 1 Die Südgrenze des Herzogtums Schleswig und des Königreichs Dänemark auf Johannes Mejers „Landcarte Vom Sudertheil des Hertzogthumbes Schleswig Anno 1650“ in: Caspar Danckwerth, „Neue Landesbeschreibung der zwey Hertzogthümer Schleswich vnd Holstein“, Schleswig 1652

entwickelt hatte. Die Wahl des dänischen Königs Christian I. zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein in Ripen 1460 geht auf den maßgeblichen Einfluss des in Schleswig ansässigen Großadels der holsteinischen Ritterschaft zurück. Damit ist freilich noch kein faktischer Bedeutungsverlust der Eider als staatlich-politischer Grenze erwiesen.

Die Beantwortung der Frage nach der Bedeutung historischer Grenzen setzt deren methodische Ermittlung und Bestimmung voraus. Sie verlangt daher zunächst eine spezifische inhaltliche, zeitliche und räumliche Erfassung, eine Identifikation oder – im ursprünglichen Wortsinn der lateinischen Bezeichnung für Grenze *finis* – Definition des jeweils Begrenzten oder voneinander Abgegrenzten. Dabei sollten jedoch Grenzen und Identitäten sachlich und begrifflich strikt auseinander gehalten und Grenzen ausschließlich zur Markierung der historischen räumlichen und zeitlichen Ausdehnung der untersuchten Identitäten verwandt werden.⁹ Jacob Grimm hat in diesem grundlegenden Verständnis vor mittlerweile 165 Jahren in seiner auch heute noch sehr interessanten akademischen Abhandlung über „Deutsche Grenzalterthümer“ auf bemerkenswert triftige, gültige Weise nicht die Identitäten selbst, sondern ihre „äusserste erstreckung in raum und zeit“ als bestimmendes Kriterium der Grenze bezeichnet.¹⁰

Das Königreich Dänemark und das abendländische Kaiserreich waren Herrschafts-, Rechts- und Verfassungsordnungen sui generis, die auch für ihre im Hochmittelalter entstandenen Territorien Schleswig und Holstein übergeordnete, integrale Bedeutung besaßen. Deren äußerste Erstreckung reichte seit dem

Friedensschluss zwischen Franken und Dänen 811 jeweils bis zur Eider, nach der Überwindung des Limes Saxoniae ab der Mitte des 12. Jahrhunderts auch bis zur Levensau. In der vertraglichen Verpflichtung der dänischen Eroberer zur Rückgabe der nordelbischen und westslawischen Gebiete 1225 wird diese Grenze bereits durch beide Wasserläufe bezeichnet: von der Mündung der Eider ins Meer bis zur Levensau und von dort bis zum Meer „a descensu Eidre in mare usque ad aquam leuoldesowe et ab eam aqua usque ad mare“. ¹¹ Mit der Fertigstellung des Schleswig-Holsteinischen- oder Eiderkanals 1784 wurde die Grenze zwischen Dänemark und dem Alten Reich schließlich mit geringfügigen Abweichungen von der ersten großen Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee gebildet.

Fragt man nach der präzisen Markierung der äußersten Erstreckung der Geltungsbereiche beider Herrschafts-, Verfassungs- und Rechtsordnungen, so findet man die Grenze im Verlauf ihrer langen Geschichte lediglich durch beide natürlichen Wasserläufe und zwischen beiden durch das Nordufer des Flemhuder Sees und eine kurze künstliche Landscheide aus Wall und Graben bezeichnet. Die seit dem Spätmittelalter allgemein üblich gewordene Teilung auch der Grenzflüsse durch ihre Mittel- oder Talweglinie scheinen Eider und Levensau allem Anschein nach nie erfahren zu haben. Die Eidergrenze wurde – wie es bei Saxo Grammaticus heißt – „fluminis Eydori interrivatione“, mithin durch das Flussbett, gebildet. ¹² Da ganz offensichtlich keine lineare Abgrenzung vorgenommen worden ist, haben sich das Karolingerreich, das aus ihm hervorgegangene ostfränkische Reich, das 962 erneuerte okzidentale Romanum Imperium, das hochmittelalterliche Sacrum Romanum Imperium und das spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Heilige Römische Reich Deutscher Nation sowie schließlich der Deutsche Bund auf der einen und das Königreich Dänemark auf der anderen Seite jeweils bis ans feste Ufer des Grenzflusses erstreckt. Das gilt analog für ihre beiden Grenzterritorien: das Herzogtum Schleswig nördlich und die Grafschaft, seit 1474 Herzogtum Holstein südlich des Wasserlaufs. Eine Ausnahme bildete die im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts auf einer Eiderinsel zwischen Ober- und Untereider gegründete holsteinische Reinoldesburg mit der nach ihr benannten Ansiedlung, aus der die Stadt Rendsburg hervorgegangen ist. Alle vorübergehenden Abweichungen im Früh- und Hochmittelalter waren Ausdruck machtpolitischer Veränderungen nördlich und südlich der Grenze, namentlich unter den Ottonen und den Söhnen Waldemars I. (d. Gr.), nicht jedoch der Grenze selbst.

Die vor den festen Ufern gelegene amphibische Zone und die Wasserläufe der Eider wie der Levensau galten im Früh- und Hochmittelalter, infolge mangelnder linearer Abgrenzung aber auch noch im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit weiterhin als exterritorialer oder herrschaftsfreier neutraler Grenzsaum. Streitigkeiten unter Anrainern bezogen sich durchweg nicht auf Besitz-, sondern auf Nutzungsrechte an der Eider. Im frühen und hohen Mittelalter war die Eider

nach altem, bis in die Gegenwart fortlebenden völkerrechtlichen Brauch ein bevorzugter Ort für Verhandlungen und Vertragsschlüsse unter den Grenznachbarn.¹³ Der fränkisch-dänische Friedensschluss 811 wurde „super fluvium Egidoram“ vereinbart.¹⁴ Waldemar I. (d. Gr.) und Heinrich der Löwe haben sich verschiedentlich „ad Eg(e)deram“,¹⁵ „apud Eydoram (Eidoram)“¹⁶ oder „op de Eydere“ getroffen.¹⁷ Der erste überlieferte gemeinsame Landtag der Stände Schleswigs und Holsteins fand 1462 „uppe de Levingesow“ statt.¹⁸ Die ersten Landesherrn aus dem Hause Oldenburg haben die „gemeinen Prälaten Ritterschaft Mannschaft und Städte dieser Lande“ auch noch in der Folgezeit bis 1569 mehrfach zu Landtagen an oder auf der Levensau versammelt.¹⁹ Hatten bislang eigene Versammlungen der Lehnsmannschaft des Herzogtums Schleswig in Urnehöved und der Grafschaft Holstein in Bornhöved stattgefunden, so war die gemeinsame Berufung der Stände beider Territorien an einen Ort auf der Grenze von hoher Symbolkraft. Sie bedeutete prinzipielle Gleichrangigkeit und vermied die problematische Ladung der einen auf die andere Seite und damit – wenn auch unter dem gleichen Landes- und Lehnsherrn, so doch – in ein anderes, auswärtiges und damit fremdes Territorium und Reich.²⁰

Die gemeinsame Landesherrschaft, ihr großräumiger Landesrat und der gemeinsame Landtag beider Territorien waren ohne Zweifel starke verbindende Elemente. Sie dürften auch zur Hauptsache erklären, weshalb der Grenzsaum zwischen Eider- und Levensaumündung offenbar keine lineare Aufteilung erfahren hat. Aber bedeuteten sie auch ein Zurücktreten und Schwinden des Grenzcharakters selbst? Hier sei zunächst noch einmal Jacob Grimm angeführt, der die generelle Bedeutung des historischen Begriffs der Grenze in seiner zitierten Abhandlung auf Grund des empirischen Materials der überlieferten alten Namen und Zeichen triftig nicht „blosz als trennendes, sondern zugleich als einigendes princip“ erklärt, aus dem sich „neben der nothwendigen scheid ein band der nachbarschaft und gemeinschaft“ entfalte.²¹ Grimm hatte noch die letzten beiden Jahrzehnte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erlebt, das während seiner Geschichte trotz aller notorischen Mängel und Schwächen in der Mitte Europas eine jahrhundertealte Verfassungs-, Rechts- und Friedensordnung von geradezu exemplarischer Nachbarschaft gewesen war, das nicht nur der dänischen, sondern auch der schwedischen Krone, dem Herzog von Burgund und dem russischen Zaren in Personalunion als Reichsfürsten Regalien und Landesherrschaft durch Belehnung übertragen hatte und dessen Kurfürsten in Personalunion souveräne Herrschaft außerhalb seiner Grenzen ausüben konnten: der König von Böhmen als König von Ungarn, der Markgraf von Brandenburg als Herzog und König in Preußen, der Herzog von Sachsen als König von Polen und der Herzog von Braunschweig-Lüneburg-Hannover als König von England, Schottland und Irland. Es war schließlich der hegemonialen Machtpolitik des westeuropäischen Nachbarn

Frankreich erlegen, der okkupiertes Reichsgebiet annektierte und inkorporierte, statt es wie der nordeuropäische Nachbar, die Großmacht Schweden, unter der Oberhoheit des Römischen Kaisers als immediates Lehen zu nehmen.²²

Landesherrschaft bezog ihre Legitimation aus der Belehnung mit den Regalien: der Herzog von Holstein empfing sie vom Römischen König oder Kaiser, der Herzog von Schleswig vom König von Dänemark. Daran änderte auch die Personal- und Realunion nichts. Beide Territorien waren und blieben somit weiterhin Teil unterschiedlicher Rechts- und Verfassungsordnungen, deren äußerste Erstreckung an Eider und Levensau endete. Und auch die Aufhebung der Lehnshoheit der dänischen Krone über das Herzogtum Schleswig 1658 hat an diesem grundlegenden Befund nichts geändert. Seit der Klärung des Lehnverhältnisses zwischen Kaiser Karl V. und den Herzögen von Holstein auf dem Reichstag zu Augsburg 1548 war das Herzogtum dauerhaft und umfassend in die Reichsverfassung integriert. Reichs- und Kreisangelegenheiten wurden nur separat von den holsteinischen Ständen des Landtags verhandelt, zu denen sie der Landesherr ausnahmslos an einen Ort in Holstein berief.²³ Diese territoriale Beschränkung galt ebenfalls für den traditionellen Geldtermin des Kieler Umschlags, der nur an einen anderen sicheren Ort „binnen dem lande to Holsten“ verlegt werden durfte.²⁴ Und auch die Landesuniversität konnte dem kaiserlichen Privileg von 1652 zufolge vom Gottorfer Herzog nur in Holstein („aliquo ducatus sui Holsatiae“) gegründet werden.²⁵

Längst schon vor der Entstehung der beiden Territorien war die Eider zur Diözesangrenze des Erzbistums Hamburg-Bremen geworden. Mit der Errichtung des Erzbistums Lund im Jahre 1104 trennte sie es dann dauerhaft von seinen ehemaligen Suffragandiözesen in Nordeuropa. Das galt unmittelbar für das Bistum Schleswig, partiell aber auch für das Bistum Ripen, das den nordwestlichen Teil Südjütlands umfasste, und für das Bistum Odense, zu dem die korrespondierenden Ostseeinseln Alsen, Ærø und Fehmarn gehörten. Die Eider bildete schließlich eine markante Rechtsgrenze. Nördlich von ihr galt das Jydske Lov, das König Waldemar II. 1241 erlassen hatte, in Dänemark 1683 durch das Danske Lov ersetzt worden ist, im Herzogtum Schleswig aber in seiner mittelniederdeutschen Fassung von 1592 bis 1900 in Kraft blieb.²⁶ In Holstein galt dagegen Holstenrecht, das wesentlich Gewohnheitsrecht war. Die 1573 in Kraft getretene und 1636 revidierte Langerichtsordnung für beide Herzogtümer band das Holstenrecht ausdrücklich an „Vernunft und Billigkeit“ sowie „des heiligen Reichs Ordnungen und Constitutionen“.²⁷ Als subsidiäre Quellen der Rechtsprechung sollten zunächst der Sachsenspiegel und danach das gemeine, mithin das Römische Recht herangezogen werden. Die Eider zog auch die Grenze zwischen Lübischem und Schleswiger Stadtrecht. Lübisches Recht ist in wenigen Ausnahmen nach Schleswig, Schleswiger indes nicht nach Holstein vorgedrungen.

Die Eider blieb Rechtsgrenze während der temporären Inkorporation Holsteins in die dänische Gesamtmonarchie zwischen dem Ende des Alten Reiches und der Begründung des Deutschen Bundes. Mit der Restauration Europas auf dem Wiener Kongress erhielt sie ihre alte Bedeutung als staats- und völkerrechtliche Grenze zurück. Auch wenn sie von der deutschen Nationalbewegung zunehmend in Frage gestellt wurde, behielt sie sie bis zur Eroberung und Annexion der Herzogtümer durch die deutschen Großmächte Österreich und Preußen 1864. Erst danach verlor sie ihre trennende wie ihre verbindende Funktion und wurde schließlich auch als Rechtsgrenze bedeutungslos. Alle grenzübergreifenden Gemeinsamkeiten der Personal- und Realunion, aber auch alle grenzüberschreitenden Veränderungen wie das Vordringen deutscher Siedlung und Sprache im Herzogtum Schleswig, die gemeinsame reformatorische Kirchenordnung beider Herzogtümer oder der aufgeklärte Reformabsolutismus des dänischen Gesamtstaats haben die spezifischen politischen, staats- und völkerrechtlichen Funktionen der Eider als Grenze indes nicht unwichtiger oder gar bedeutungslos werden lassen. Das sollte der nationalstaatlich motivierten kleindeutschen Machtpolitik Preußens vorbehalten bleiben, die beide Herzogtümer schließlich zu einer Provinz des Königreichs vereinigte und die deutsch-dänische Grenze von der Eider an die Königsau nach Norden verschob.

Dadurch erst war aus Schleswig und Holstein²⁸ Schleswig-Holstein²⁹ geworden. Das vorherrschende geschichtswissenschaftliche Urteil über den Bedeutungsverlust der Eider als Grenze seit dem Spätmittelalter stützt sich zu einem nicht geringen Teil auf die irrtümliche Deutung der Unteilbarkeitsklausel des Ripener Privilegs, „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“,³⁰ als Verbriefung der Untrennbarkeit beider Territorien. Sie geht auf Friedrich Christoph Dahlmann zurück und ist im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts von der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung zur populären politischen Kampfpapole „up ewig ungedeelt“ komprimiert und instrumentalisiert worden.³¹ Die ursprüngliche Bestimmung meint indes die Unteilbarkeit jedes der beiden Territorien. Die Fehldeutung ist nach wie vor virulent und zuletzt von Thomas Riis explizit wiederholt worden.³²

Degleichen ist auch das Wappen der Provinz oder des Bundeslandes Schleswig-Holstein – nicht selten mit der Untrennbarkeitspapole versehen – historisch missverstanden und ins Spätmittelalter zurückprojiziert worden. Das gespaltene, je zur Hälfte aus den beiden Schleswiger Löwen und dem holsteinischen Nesselblatt gebildete Landeswappen ist – wie „up ewig ungedeelt“ – eine Schöpfung der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, genau genommen: der Märzrevolution 1848. Die letzten Schauenburger Landesherrn der Rendsburger Linie, Gerhard VI. und Adolf VIII., führten beide heraldischen Symbole doppelt in einem quadrierten Herrschaftsschild, der die Löwen im



Abb. 2

Das neue dänische Königswappen Friedrichs II. in seiner ältesten Gestalt auf dem einzigen erhaltenen Exemplar eines Schutzbriefes („Salve garde“) aus dem Jahre 1563 (Riksarkivet Stockholm). Die direkte Herrschaft des Königs unter dem Danebrogkreuz reicht bis zur Eider und wird – mit dem Herzogtum Schleswig – im Mittelschild dargestellt, die indirekte über Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – mit dem Herzogtum Holstein-Stormarn – ist im Schildfuß abgebildet

1. und 4. und das Nesselblatt im 2. und 3. Feld abbildete. Ebenso der erste Oldenburger, Christian I., allerdings im Mittelschild über dem Hauptschild seines Königswappens, dessen Herzschild dem Stammland der Dynastie reserviert war. Seine Nachfolger variierten den Mittelschild verschiedentlich durch Aufnahme der heraldischen Symbole für Stormarn, Delmenhorst und Dithmarschen, bei fehlendem Herzschild auch Oldenburg.³³ Diese historischen Wappen sind allesamt heraldische Symbole der Personalunion oder gemeinsamen Landesherrschaft, nicht jedoch der staatlichen Einheit oder gar der Untrennbarkeit beider Lande. Als Friedrich II. sein Königswappen 1563 zu Beginn des Siebenjährigen Nordischen Krieges gegen den skandinavischen Nachbarn Schweden aus politisch-programmatischen Gründen neu gestaltete, löste er den Mittelschild auf und trennte die Schleswiger Löwen ostentativ aus der Gemeinschaft mit dem

holsteinischen Nesselblatt, indem er alle heraldischen Symbole für seine direkten historischen Herrschaftstitel unter dem Danebrogkreuz vereinte und die für seine indirekten, durch Belehnung erworbenen Landesherrschaften über Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in den Schildfuß setzte. So wurden die beiden Schleswiger Löwen – heraldisch gesehen – links innen unter dem Danebrogkreuz platziert, das Nesselblatt hingegen rechts außen im Schildfuß.³⁴ Friedrich II. hat ab 1569 neben dem neuen auch das traditionelle alte Königswappen wieder aufgenommen und fortgeführt, das im Mittelschild weiterhin die erstmals um den Dithmarscher Reiter ergänzten heraldischen Symbole für Schleswig, Holstein und Stormarn umfasste.³⁵ Ein Missverständnis des Mittelschildes des dänischen Königswappens seit Christian I. als Frühform des modernen schleswig-holsteinischen Landeswappens sollte freilich im Lichte seiner Neu- und Umordnung im neuen Königswappen Friedrichs II. ausgeschlossen sein. So gesehen, kam die umfassende historische Bedeutung der Eider als politischer, staats- und völkerrechtlicher Grenze zwischen dem Königreich Dänemark und dem Herzogtum Schleswig auf der einen, dem Alten Reich, dem Deutschen Bund und der Grafschaft oder dem Herzogtum Holstein auf der anderen Seite auch in der heraldischen Symbolik der Herrschaftsschilder der gemeinsamen Landesherrn der beiden Grenzterritorien deutlich zum Ausdruck.

Anmerkungen

- 1 Alexander Demandt (Hrsg.), *Deutschlands Grenzen in der Geschichte*, München³1993, S. 26; Norman J. G. Pounds, *Political Geography*, New York 1963, S. 37.
- 2 Wie Anm. 1, S. 94-138.
- 3 Columb Gilfillan, *European political boundaries*, in: *Political Science Quarterly* 39 (1924), S. 460 f.
- 4 Reimer Hansen, *Deutschlands Nordgrenze*, in: Demandt (wie Anm. 1), S. 104 f. In ausführlicherer Fassung: ders., *Die Nordgrenze Deutschlands im Lauf der Geschichte*, in: *GFH* 37 (1990), S. 3-48, hier S. 13 f. In lexikalischer Fassung: ders., *Grenze*, in: Klaus Joachim Lorenzen-Schmidt und Ortwin Pelc (Hrsgg.), *Schleswig-Holstein Lexikon*, Neumünster²2006, S. 216-219. Speziell zur Eidergrenze: Carsten Porskrog Rasmussen, *Ejderen – Danmarks grænse i middelalderen?*, in: Axel Johnsen og Birgitte Thomsen (Redaktion), *19 myter i Sønderjyllands historie (= Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland 88)*, Aabenraa 2002, S. 13-29. Die Eidergrenze verdeutlicht geradezu exemplarisch auf das anschaulichste eine historische „longue durée“. Fernand Braudel, *Histoire et sciences sociales: La „longue durée“*. in: *Annales E.S.C.* 13 (1958), S. 725-753.
- 5 Alexander Scharff, *Schleswig-holsteinischer Gedanke und deutsches Nationalbewußtsein im 19. Jahrhundert und heute*, in: ders., *Schicksalsfragen schleswig-holsteinischer Geschichte*, Neumünster 1951, S. 10.

- 6 Erich Hoffmann, Historische Voraussetzungen für die Herausbildung der heutigen deutsch-dänischen Staatsgrenze, in: ZSHG 106 (1981), S. 13.
- 7 Martin Rheinheimer, Grenzen und Identitäten im Wandel. Die deutsch-dänische Grenze von der Frühzeit bis heute, in: ders. (Hrsg.), Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 42), Neumünster 2006, S. 22.
- 8 Wie Anm. 6.
- 9 Ansonsten kann die Differenz zwischen beiden nur allzu leicht außer Acht geraten und die erstrebte Grenzbestimmung in eine real- und begriffs-, wenn nicht gar allgemeingeschichtliche Erörterung der tangierten Identitäten ausufern. Hilfreich dürfte dabei in jedem Fall die Konzentration der eigentlichen Definition, Limitation und Terminierung auf die lateinische Grundbedeutung von finis, terminus und limes als Grenze sein. Beispielsweise hierzu der in Anm. 7 angeführte recht inhomogene Sammelband. Der Herausgeber selbst orientiert sich systematisch an der stufenweise entwickelten Typologie von fünf Formen objektiver und subjektiver Selbstidentifikation nach Roy F. Baumeister, Identity. Cultural change and the struggle for self, New York, Oxford 1986, die sich allesamt auf das übergeordnete Thema ergiebig, aber schwerlich erschöpfend anwenden lassen. Der primäre Blick Baumeisters gilt eben der Identität. Bei der methodischen Erforschung historischer Grenzen sollte daher ebenfalls – und hinsichtlich brüchiger Prozesse sogar vornehmlich – das strukturalistische und systemtheoretische Erklärungsmuster der Diachronie in die epistemologischen Überlegungen mit einbezogen und praktisch genutzt werden. Allgemein hierzu: Jürgen Kocka, Die Grenzen Europas. Ein Essay aus historischer Perspektive, in: Gunnar Folke Schuppert, Ingolf Pernice, Ulrich Haltern (Hrsgg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, S. 275-287; Andreas Rüter, Flüsse als Grenzen und Bindeglieder. Zur Wiederentdeckung des Raumes in der Geschichtswissenschaft, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 25 (2007), S. 29-44.
- 10 Jacob Grimm, Deutsche Grenzalthertümer. Gelesen in der Akademie der Wissenschaften am 27. Juli 1843, in: ders., Abhandlungen zur Mythologie und Sittenkunde (= Kleinere Schriften 2), Berlin 1863, S. 38.
- 11 Paul Hasse (Bearb. u. Hrsg.), Schleswig-Holstein-Lauenburgische Regesten und Urkunden, Bd. 1, (786-1250), Hamburg und Leipzig 1886, Nr. 435, S. 199.
- 12 Saxonis Gesta Danorum. Ed. J. Olrik & H. Raeder, Tom. 1, Hauniae 1931, Præfatio II, S. 6. Diese Grenzziehung unterlag den nicht unerheblichen natürlichen Veränderungen der Eider, insbesondere ihrer Mündung und ihres Unterlaufs. Hierzu: Hansen GFH 1990 (wie Anm. 4), S. 12 f; Dirk Meier, Das Eidermündungsgebiet im Wandel der Zeit – Von der Steinzeit bis zum Frühen Mittelalter (Teil 1), in: Dithmarschen 2007, S. 62-71, Vom Hochmittelalter bis zur Neuzeit (Teil 2), ebd., S. 94-109.
- 13 Reinhard Schneider, Mittelalterliche Verträge auf Brücken und Flüssen (und zur Problematik von Grenzgewässern), in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 23 (1977), S. 20, passim.
- 14 MG SS. Annales regni Francorum inde ab a. 741 usque ad a. 829, qui dicuntur Annales Laurisenses maiores et Einhardi. Hrsg. v. Friedrich Kurze, Hannover 1893, 811, S. 134.

- 15 MG SS. Helmoldi presbyteri Bozoviensis Cronica Slavorum. Hrsg. v. Bernhard Schmeidler, Hannover 1937, Cap. CII, S. 201, Cap. CX, S. 217.
- 16 Saxonis Gesta Danorum (wie Anm. 12), Lib. dec. quart XLVIII, S.499, LII, S. 502, Lib. dec. quint. III 1, S. 523.
- 17 Detmar-Chronik von 1105-1276, 88: Die Chroniken der niedersächsischen Städte. Lübeck 1 (= Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert 19), Leipzig 1884 (Nachdruck Göttingen 1967), S. 31.
- 18 Urkunden und andere Actenstücke zur Geschichte der Herzogthümer Schleswig und Holstein unter dem Oldenburgischen Hause. Hrsg. v. Georg Waitz, 1. Heft (= Quellensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte 2), Kiel 1863, S. 30.
- 19 Ebd., S. 30 ff. Kurt Hector, Von den alten Landtagen und von der Stadt Schleswig als Landtagsort und Landstand, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 25 (1980), S. 28 f, 51.
- 20 Hierzu: Hansen, GFH 1990 (wie Anm.4), S. 24 f.
- 21 Grimm (wie Anm. 10), S. 31.
- 22 Reimer Hansen, Das Alte Reich und Dänemark. Eine europäische Grenznachbarschaft vom Ausgang des Mittelalters bis zum Anbruch der Moderne, in: Prague Papers on History of International Relations (PHIR) 2 (1998), S. 53. Wiederabdruck: Ders., Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft. Studien zur Geschichte Schlewigs, Holsteins und Dithmarschens. Hrsgg. v. Uwe Danker, Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien (= Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte 22), Malente 2005, S. 27 f.
- 23 Hector (wie Anm. 19), S. 28, 51 f.
- 24 Diplomatarium Neomonasteriense et Bordsesholmense, in: Monumenta inedita rerum Germanicarum praecipue Cimbricarum et Megapolensium, ed. Ernst Joachim von Westphalen, Tom II, Leipzig 1740, Sp. 437 ff. Reimer Hansen, Der Kieler Umschlag. Entstehung, Konjunktur und Funktionswandel eines internationalen Geldmarktes vom Ausgang des Mittelalters bis zum Anbruch der Moderne, in: ZSHG 117 (1992), S. 101-133. Wiederabdruck. Ders., Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft (wie Anm. 22), S. 121-150.
- 25 Carl Rodenberg, Die Anfänge der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Aus dem Nachlass überarbeitet, ergänzt u. hrsg. v. Volquart Pauls (= QuFGSH 31), Neumünster 1955, S. 22; Hansen, PHIR (wie Anm. 22), S. 50, 57.
- 26 Peter Skautrup (Hrsg.), Den Jyske Lov. Text med Oversættelse, Kommentar og Ordbog, København 1941, S. 2 f; Eugen Wohlhaupter, Rechtsquellen Schleswig-Holsteins, Bd. 1: Geschichte der Rechtsquellen Schleswig-Holsteins von den Anfängen bis zum Jahre 1800 (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 47), Kiel 1938, S. 7 ff.
- 27 Friderich Detlef Carl von Cronhelm (Hrsg.), Corpvs Statvtorvm Provincialivm Holsatiae, Altona 1750, S. 39.
- 28 Das ist die – im Unterschied zu den neueren deutschsprachigen Landesgeschichten – historisch treffendere Perspektive der zweibändigen dänischsprachigen Darstellung in Danmarks Historie – uden for Danmark: Hans Valdemar Gregersen, Slesvig og

- Holsten før 1830, København 1981; Lorenz Rerup Slesvig og Holsten efter 1830, København 1982.
- 29 Vgl. dazu: Robert Bohn, *Geschichte Schleswig-Holsteins* (= C.H. Beck Wissen in der Beck'schen Reihe bsr 2615), München 2006, S. 125.
- 30 Gottfried Ernst Hoffmann, *Das Ripener Privileg vom 5. März 1460 und die „Tapfere Verbesserung“ vom 4. April 1460*, in: Henning von Rumohr (Hrsg.), *Dat se bliven ewich tosamende ungedelt. Festschrift der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft zur 500. Wiederkehr des Tages von Ripen am 5. März 1960*, Neumünster 1960, S. 30.
- 31 Reimer Hansen, *Was bedeutet up ewig ungedeelt? Das Ripener Privileg 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts*, in: GFH 43 (1996), S. 215-232; mit Anmerkungen versehen: ders., *Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts*, in: ders., *Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft* (wie Anm. 22), S. 221-242.
- 32 Thomas Riis, *„Up ewig ungedeelt“ – ein Schlagwort und sein Hintergrund*, in: Thomas Stamm-Kuhlmann, Jürgen Elvert, Birgit Aschmann und Jens Hohensee (Hrsgg.), *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag* (= Historische Mitteilungen 47), Stuttgart 2003, S. 160 f, 163, 167. Riis bezeichnet überdies die Territorien zugleich ohne begriffliche Differenzierung als „Provinzen“ und nennt die Unteilbarkeitsklausel den „Up ewig ungedeelt-Grundsatz“ (S. 160).
- 33 Gerhard Kraack, *Die Verbindung von Schleswig und Holstein im Zeichen der Wapendarstellungen auf Siegeln und Münzen*, in: *Schleswig-Holstein 8/86* (1986), S. 7-14; Erling Svane, *Det danske Rigsvåben og Kongevåben – udvikling og anvendelse* (= Odense University Studies in History and Social Sciences 160), Odense 1981, insbesondere S. 82-106.
- 34 Nils Ludvig Rasmusson, *Ett okänt danskt tryck från 1560-talet och några likartade svenska tryck*, in: *Nordisk tidskrift för bok- och biblioteksväsen* (= NTBB) 27 (1940), S. 149; ders., *Det danska Salve Guard-trycket 1563 och andra liknande tryck*, in: NTBB 40 (1953), S. 123, 126; Svane (wie Anm. 32), S. 105-114. Im Herzschild über dem Schnittfeld beider Balken des Danebrogkreuzes, mithin im Zentrum des neuen Königswappens, erschien anstelle der Oldenburger Balken ein nach rechts reitender, zum Schwertschlag ausholender Ritter in goldener Rüstung mit griechischem Brustkreuz auf weißem Pferd im roten Feld, der von kundigen Zeitgenossen in Dänemark und Schweden unschwer als der Heilige Georg erkannt werden konnte und fortan – freilich ohne das griechische Brustkreuz auf dem Harnisch – in den Herrschaftsschilden des Hauses Oldenburg das Wappenbild für das 1559 von den drei Landesherrn des Herzogtums Holstein eroberten Landes Dithmarschen darstellen sollte. Reimer Hansen, *Entstehung und Bedeutung des Dithmarscher Reiterwappens*, in: ders., Wolf Dieter Könenkamp, Frank Trende, *Das Dithmarscher Reiterwappen*, hrsg. vom Verein für Dithmarscher Landeskunde, Heide 2004, S. 69-157, das neue Königswappen Friedrichs II.: S. 82, 94, 118; ders., *Der Heilige Georg und das Dithmarscher Reiterwappen*, in: *Dithmarschen 2005*, S. 41-60, das neue Königswappen Friedrichs II.: S. 45.
- 35 Hansen 2004 (wie Anm. 33), S. 92 f; ders., 2005 (wie Anm. 33), S. 45.

Eine schleswigsche Lateinschule als Brückenbauer zwischen „Eiderdänen“ und „Schleswig-Holsteinern“ um 1790

von LARS N. HENNINGSEN

Einleitung

Im allgemeinen Bewusstsein stehen die Jahre um 1800 für eine Zeit der Harmonie zwischen den Bevölkerungsteilen des dänisch-norwegisch-deutschen Gesamtstaats. Doch nur ein Jahrzehnt zuvor hatte es kräftige Spannungen zwischen bürgerlich-dänischen Kreisen in Kopenhagen und deutschen Holsteinern gegeben. Der Konflikt hatte bis tief nach Schleswig hinein gewirkt, und zwar so stark, dass besorgte Anhänger des Gesamtstaats in Hadersleben sich um eine neue Verbrüderungsinitiative bemühten. Im folgenden Beitrag wird eben diese Episode nachgezeichnet. In gewisser Weise kann man den Konflikt als Vorboten des Gegensatzes zwischen Eiderdänen und Schleswig-Holsteinern betrachten – 50 Jahre vor dessen flächendeckender Ausbreitung.

„Der sympathetische, moralische und gesellige Umgang zwischen geborenen Dänen und den Provinzialen ist noch etwas zurückhaltend, fremd und kalt“ – so ungefähr konnte man es 1791 einem Beitrag des Rektors der Haderslebener Lateinschule A. R. von Brincken in der damals verbreiteten Zeitschrift „Schleswig-Holstenische Provinzialberichte“ entnehmen.¹ Eine solche Wortwahl erscheint überraschend, wenn man bedenkt, dass der Beitrag im Zeitalter der „Ruhe des Nordens“, in der Ära Bernstorff erschien.

Aus jener Zeit ließen sich viele Zitate anführen, die eine staatspatriotische Haltung und eine loyale Gesinnung der jeweiligen Bevölkerung in den drei Reichsteilen Königreich Dänemark, Norwegen und „Holstein“, womit in der Regel auch das ganze Schleswig gemeint war, belegen. So wurde 1790 in Kopenhagen das Theaterstück „Høstgildet“ (Erntedankfest) von Fr. Thaarup mit Erfolg aufgeführt.² In diesem sangen ein seeländischer, ein norwegischer und ein holsteinischer Bauer im Chor:

„Enige Brødre det ville vi være!
– Bundne ved Slægtsskabs og Broderskabs Baand. –
Een er vor Konge, og een er vor Ære,
derpaa vi give hinanden vor Haand.“³

Ein anderer bekannter Fürsprecher des Zeitgeistes der Aufklärung war der holsteinische Dichter Johann Heinrich Voss, der mit einer Tochter des Flensburger Nikolaipastors Johann Friedrich Boie verheiratet war. In einem Gedicht beschrieb er das gute Verständnis zwischen den mehrsprachigen Bewohnern in der Heimat der Ehefrau, „wo der Dänische Pflüger den Deutschen, dieser den Dänen versteht.“⁴ In der Stadt Schleswig fragte Bürgermeister Georg Bruyn 1784: „Er vi ikke alle Led i een stor Kæde? af een Familie, der har at glæde sig ved samme faderlige Kærlighed og Omsorg fra Regentens Side?“⁵ 1797 dichtete der Theologe Heinrich Harries aus Flensburg sein „Dänenlied“. Dänemark war das Land der Freiheit, und einem solchen Land konnten alle mit Begeisterung als ihrem Vaterland huldigen:⁶

„O Dania! Was glüht bey deinem Namen
mir Wang' und Busen durch?
Ha! Es ist Dänenstolz! Es ist die Liebe
zu dir, mein Vaterland!

Gross durch ein Volk, das seiner Menschenrechte
unabgekürzt genießt,
das frey darf denken, kühn das Freygedachte
der Welt verkünden darf;

[...]

Hierher, zur Freyheit aller Unterdrückten,
fliehn edle Märtyrer;
hier suchen sich Kosmopolit und Denker
ein bessres Vaterland.“

Vier Jahre später stellten sich Dänen, Norweger und Holsteiner gemeinsam gegen den britischen Aggressor, der Kopenhagen anzugreifen wagte, und nach der umfassenden Zerstörung der Hauptstadt und der Eroberung der Flotte durch die Briten rückten die Bewohner der verschiedenen Teile der Monarchie noch enger im gemeinsamen Boot zusammen. Vor welchem Hintergrund konnte der Haderslebener Rektor 1791 behaupten, dass Reichsdänen und Menschen aus den „deutschen Provinzen“ des Königs einander etwas fremd und reserviert gegenüber standen?

Deutsch und Dänisch im Gesamtstaat des 18. Jahrhunderts

Eine Abgrenzung zwischen Deutsch und Dänisch war lange eine komplizierte Angelegenheit. Mit Sicherheit schufen die sprachlichen Unterschiede zwischenmenschliche Reibungen. Noch in den 1790er Jahren war Dänisch bis weit nach



Abb. 1 Ehemaliges Gebäude (1735-1854) der 1567 gegründeten Haderslebener Lateinschule unmittelbar nördlich der Marienkirche

Südangeln und bis nahe Schleswig und Husum die dominierende Volkssprache. An der Westküste sprach man südlich von Tondern außer auf Eiderstedt, Pellworm und Nordstrand vor allem Friesisch. Aber unabhängig von der Volkssprache war die Amtssprache überall im Herzogtum Deutsch, ebenso die Schul- und Kirchensprache südlich einer Linie nahe der heutigen Staatsgrenze. In den 1730er Jahren waren Christian VI. und die damaligen Pietisten darauf aufmerksam geworden, dass die fehlende Übereinstimmung von Schul- und Volkssprache die Arbeit von Kirche und Schule behindern könnte. Der König ließ die Sprachverhältnisse untersuchen und ordnete 1739 an, dass Pastoren und Schulmeister in ganz Schleswig beide Sprachen beherrschen sollten. Wer sich auf ein Pastorat bewarb, musste auch Dänisch können, um in beiden Sprachen arbeiten zu können.⁷ Auch in Kopenhagen wuchs das Interesse an dänischer Sprache und Geschichte. So kritisierte der bedeutende Theologe Erik Pontoppidan 1745 in seinem Büchlein „Det Danske Sprogs Skiæbne udi Sønder-Jylland eller Førstedømmet Slesvig“ die Benachteiligung der dänischen Sprache, die seiner Ansicht nach durch die Gottorfer Herzöge in Gang gebracht worden war.⁸ In den 1750er Jahren drückten mehrere Pastoren ihre Unzufriedenheit mit der Dominanz der deutschen Sprache aus. So bedauerte der Pastor in Uk südwestlich

von Apenrade, dass der Name der Gemeinde „aus Hochachtung vor dem, was nach dem Deutschen schmeckt“ in der deutschen Form „Uck“ geschrieben wurde und klagte: „Gleich als es sonst höchlich zu bejammern ist, dass obgleich wir hier bis an dem Dannewerk Dänen sind, unsere Muttersprache nicht destoweniger so veracht seyn soll, dass in Ecclesiasticis kaum bis der helfte des Amtes Tondern Dänischer Gottes Dienst gehalten wird, weiter aber nach dem Süden wird alles Deutsch gepredigt. Da Vulgus manchmahl nicht ein deutsch Wort geschweige Periodum noch weniger aber eine deutsche Predigt versteht und eben so auch in politicis, da e.g. der Juristische Stylus noch dazu alles um so viel unverständlicher macht, gleich als wenn man vorsetzlich haben wollte, dass Vulgus nichts verstehen sollte, dahero ein Prediger nach Verlesung der Verordnungen alles wiederhohlen und mit dänischen Erklärungen verständlich machen muss.“⁹ Sein Kollege Nicolaus Freuchen in der Nachbargemeinde Enstedt pflichtete ihm bei: „Wenn wir also ursprünglich dänische Untertanen sind, warum sollen wir uns nicht auch der dänischen Sprache bedienen? Wenn die dänische Sprache uns im allgemeinen Sprachgebrauch gut ist, warum soll die deutsche dann in offiziellen Schriften und Dokumenten bevorzugt werden?“¹⁰

In der Zentralverwaltung nahmen die deutsche Sprache und zugezogene deutsche Bedienstete eine hervorragende Stellung ein. Doch dies war nicht unproblematisch. Unter einer auf den ersten Blick glatten Oberfläche verbargen sich Spannungen zwischen dem Hof und den Zentralbehörden in Kopenhagen und holsteinischen Amtsträgern. Die Könige Frederik IV., Christian VI. und Frederik VI. verwarnten sich gegen jede Form der Einschränkung ihrer Souveränität. Der Begriff „Vaterland“ als Bezeichnung der gesamten dänischen Monarchie verbreitete sich in jener Zeit immer mehr. Ganz dem Zeitgeschmack entsprechend nahm Christian VII. die Worte „gloria ex amore patriæ“ zu seinem Wahlspruch.¹¹ Schleswig nahm dabei für Könige und Zentralbehörden einen besonderen Rang ein. So nannte J.H.E. Bernstorff das Herzogtum wiederholt das Herzstück der dänischen Staaten, dessen Verlust oder Teilung dem Verlust oder der Teilung der Krone gleichkommen würde.¹²

Vor einem solchen Hintergrund erscheint es weniger überraschend, dass die unregelmäßige Machtübernahme des Hallensers Johann Friedrich Struensee 1770-72 in bürgerlichen dänischen Kreisen einen Widerwillen gegen Deutsche im allgemeinen und auch gegen Holsteiner an die Oberfläche spülte. Die Unzufriedenheit erhielt freie Bahn, als 1770 jede Zensur aufgehoben wurde. Es erschien eine Sturzflut antideutscher Zwischenrufe und Schriften. Teile der bürgerlichen dänischen Opposition brachten zum Ausdruck, dass sie Holstein als Fremdkörper in der Monarchie betrachteten. Einige wie 1771 der Schriftsteller Suhm führten an, dass die holsteinischen Untertanen des Königs für weite Teile der dänischen Bevölkerung Deutsche und daher Fremde wären. 1774 schlug er dem König

vor, dass Holsteinern aufgrund ihrer Deutschsprachigkeit nur öffentliche Ämter südlich der Königsau zugestanden werden sollten.¹³

Solcherlei Gegensätze traten auch im Zuge der Verhandlungen über den Gebietsaustausch wegen des gottorfschen Teils von Holstein 1773 zu Tage. Die Zentralverwaltung war an einheitlichen Strukturen interessiert, eine holsteinische Machtelite hingegen am Erhalt alter Privilegien. So stand der Holsteiner Caspar von Saldern starken Gegnern wie Erbprinz Frederik, dem Hof und dem Staatsminister Ove Høegh-Guldberg gegenüber, als er besondere Regelungen für Holstein forderte. Einige Mitglieder der dortigen Ritterschaft meinten wiederum, dass die Dänen aus Neid und Missgunst den Erhalt alter Sonderrechte in Holstein verhindern wollten.¹⁴

Der Zusammenhalt des Gesamtstaats war somit keine Selbstverständlichkeit. Nach Struensees Sturz versuchten Ove Høegh-Guldberg und seine Mitstreiter gleichsam eine Front gegen Fremde aufzubauen und dennoch Deutsche und

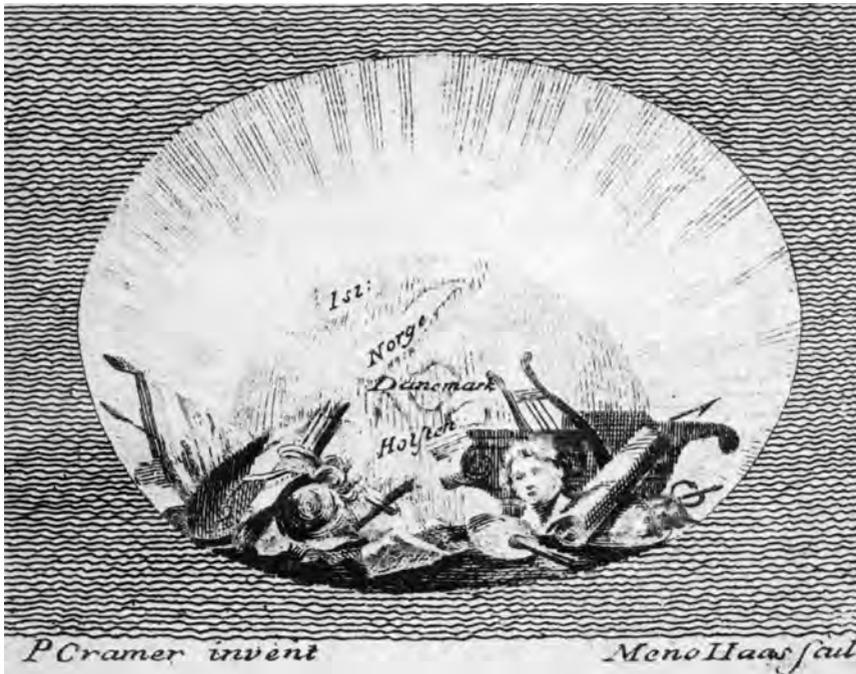


Abb. 2 Titelvignette von Ove Mallings programmatischer Schrift „Grosse und gute Handlungen einiger Dänen, Norweger und Holsteiner“ von 1777, den Zusammenhalt der Teile der Monarchie darstellend

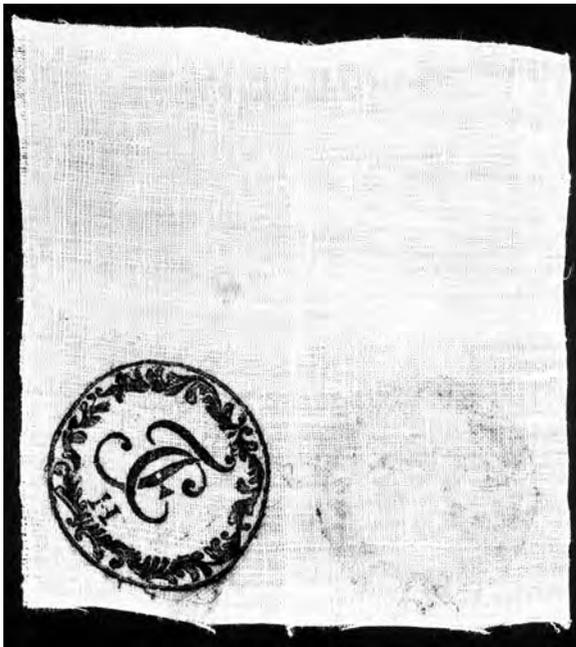
Dänen im Gesamtstaat vereint zu halten. Ein neues Indigenatsrecht von 1776 schrieb vor, dass Fremde von außerhalb der Monarchie keine Staatsämter mehr erhalten durften. Diese sollten Landeskindern aus den Reichsteilen Dänemark, Norwegen und Schleswig-Holstein vorbehalten bleiben. Deutschsprachige Holsteiner waren als Landeskinder also nach wie vor Dänen gleichberechtigt – im Gegensatz zu Deutschen aus anderen Staaten und anderen Auswärtigen.¹⁵ Doch dieser Versuch, ein Band der Harmonie um alle Untertanen des Königs zu spannen, gelang nur zum Teil. Aus Sicht betont dänischer Strömungen erschien Holstein als Deutsch, und ungeachtet des Versuchs, diesem Gegensatz durch das Indigenatsrecht den Boden zu entziehen, wuchsen die Gegensätze zwischen den Teilen der Monarchie allmählich weiter.¹⁶

Die Haderslebener Lateinschule als Ort deutsch-dänischer Begegnung

Vor dem geschilderten Hintergrund müssen wir einige Initiativen betrachten, die der königliche Beamte Johann Friedrich Camerer¹⁷ nach 1770 in der Haderslebener Umgebung vornahm. Camerer war aus Deutschland zugezogen, ausgebildeter Jurist, ab 1756 Auditeur beim Militär, ab 1769 Reitvogt in der Hviding- und Norderrangstrupharde im Haderslebener Westeramt. Seit seinem Studium in Göttingen hatten es ihm die Gedanken der Aufklärung und das Schulwesen angetan, und sein langes Leben hindurch äußerte er sich unermüdlich in Artikeln und Büchern zu den aktuellen Problemen der Zeit.

Camerer kannte Schulen in Kassel, Braunschweig und Göttingen, und auch das bekannte Gymnasium „Christianeum“ in Altona war ihm vertraut. Nach deren Vorbild hätte er gerne die schleswigschen Schulen reformiert. Seiner Auffassung nach sollten die weiterführenden Schulen mehr Gewicht auf moderne Sprachen und exakte Wissenschaften legen. Auch empfand er es als problematisch, dass Deutsch im dänischsprachigen Nordschleswig alleinige Amtssprache war, und forderte, dass die Beamten mehr über die dänischen Verhältnisse wissen müssten. Solche Gedanken lagen einem Schulplan für die Haderslebener Lateinschule zugrunde, den er 1770 an den Geheimkabinettsminister Struensee sandte. Durch dessen baldigen Sturz führte der Plan nicht zum Ziel. Doch 1781 entwarf er erneut einen Plan, den er dem Rektor der Schule zukommen ließ.¹⁸ Der Plan wurde sicherlich durch die immer deutlicher zu Tage tretenden Spannungen zwischen den verschiedenen Teilen der Monarchie beeinflusst. Demnach sollte die Schule zu einer modern eingerichteten weiterführenden Lehranstalt ausgebaut werden, die genauso junge Menschen aus Jütland wie aus den Herzogtümern anziehen sollte. Für solcherlei Kulturbegegnungen schien ihm Hadersleben der rechte Ort zu sein: „Beyde Sprachen dänisch und deutsch werden von den Einwohnern mehrentheils in gleicher Vollkommenheit gesprochen.“ Der Aufenthalt

Abb. 3
Johann Friedrich
Camerers Siegel
(J.F.C.H. = Johann
Friedrich Camerer
Hadersleben) als
Markenzeichen der
Textilprodukte, die im
von ihm 1765 begrün-
deten Haderslebener
Erziehungshauses
hergestellt wurden



an einem solchen Ort sollte die jungen Leute in einer Zeit günstig beeinflussen, in welcher die Herausbildung einer bewussten dänischen Identität immer ausgeprägter wurde: „Die Liebe zum Vaterlande wird mit jedem Jahr stärker und die Vereinigung junger Leute aus den Herzogthümern mit andern aus dem Reiche würde einen unendlichen Nutzen in Absicht des sympathetischen Umganges für das Reich hervorbringen“, schrieb Camerer. Der Plan ist beachtenswert – auch vor dem Hintergrund, dass der Gründer der Schule (1567), Herzog Johann der Ältere, bald nach seinem Tod dafür gelobt wurde, dass er ein „Band der Einigkeit zwischen Dänen und Holsteinern“ gewesen sei.¹⁹

Die „Deutschenfehde“ in Kopenhagen 1789-90

Allerdings blieb auch Camerers Plan von 1781 ungenutzt liegen. Knapp zehn Jahre später gab es jedoch einen Anlass, um ihn wieder hervorzuholen. 1789/90 stürmte die so genannte „Deutschenfehde“ durch Kopenhagen. Diese wurde durch die Oper „Holger Danske“ ausgelöst, die der deutsche Komponist F.L. Kunzen und der dänische Dichter Jens Baggesen geschrieben hatten. Einige bürgerliche dänische Kreise betrachteten Baggesen mit Argwohn, zumal er offensichtlich

Vorteile aus seinen guten Kontakten zu deutsch-holsteinischen Adelsfamilien wie den Schimmelmans, Reventlows und Stolbergs zog. Das Fass von Neid und Missgunst lief über, als die Oper ins Deutsche übersetzt und in den höchsten Tönen vom Kieler Professor J. F. Cramer gelobt wurde. Ein wahrer Sturm brach los, als dänische Kritiker die Oper verrissen und Gegensätzlichkeiten zwischen Deutsch und Dänisch im Allgemeinen und dänischen Bürgerlichen und deutschen Aristokraten im Besonderen sichtbar zu Tage treten ließen. Einige dänische Schreiber führten an, dass die Holsteiner lieber als Untertanen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation als der dänischen Monarchie angesehen werden wollten, und dass sie die dänische Sprache und alles Dänische verachteten. Mit aller Macht wollten sie Deutsche und nichts als Deutsche sein. Die dänische Sprache, welche vom Nordkap bis zur Schlei gültig war, war ihnen nicht nur gleichgültig, sondern sogar verachtenswert. Deshalb sollten Holsteiner nur in Holstein und höchstens noch im deutschsprachigen Teil von Schleswig öffentliche Ämter bekleiden können: „Unser Vaterland‘ bedeutet bei ihnen nicht der dänisch-norwegische Staat, sondern Schleswig und Holstein“, meinte einer der Schreiber. Der Schriftsteller Christen Pram führte an, dass die nationale Grenze an der Eider lag, auch wenn die Elbe die Staatsgrenze bildete. Schleswig war demnach dänisch, Holstein deutsch. Eiderdänentum und Schleswigholsteinismus wurden hier also schon über ein halbes Jahrhundert vor dem Ersten Schleswigschen Krieg (1848-50) in die Debatte geworfen.²⁰

Die Haderslebener Lateinschule als nationaler Brückenbauer

Die „Fehde“ wurde unter den Literaten in der fernen Hauptstadt ausgefochten, und bisher war man der Auffassung, dass die Öffentlichkeit in den Herzogtümern die Auseinandersetzung nicht zur Kenntnis nahm. Ganz unbeachtet blieb der deutsch-dänische Sturm südlich der Königsau jedoch nicht. Tatsächlich verfolgte die lesende und schreibende Öffentlichkeit den Streit. In Hadersleben wohnten einige gut informierte Akademiker, Offiziere, Beamte, Anwälte und Pastoren. Sie und ihre Gesinnungsgenossen im weit ausgedehnten Amt Hadersleben verfolgten die Debatten in den zeitgenössischen Zeitschriften- und Buchpublikationen. Zu diesem Kreis gehörte auch J. F. Camerer, der als Antwort auf den Sturm in Kopenhagen seinen alten Schulplan wieder hervorzog. Damals wohnte er in Wodder im Westen des Amtes. In ein Pastorat in der Nähe zog damals eine aus Kopenhagen stammende Ehefrau ein, und Camerer musste erleben, dass diese ihrem Dienstjungen von einem Job bei ihm abriet: „Was willst du bei Leuten, die ja doch nur Deutsche sind? Wie gut, meinst du, wirst du es dort bekommen?“, soll sie gesagt haben.²¹

Dies gab Camerer zu denken. Früher hatte er vorgeschlagen, dass man das

Dänische bei den Beamten im dänischsprachigen Schleswig stärken und das zweisprachige Hadersleben zu einem Ort kultureller Begegnung machen müsste. Deshalb sandte er seinen alten Schulplan an den neuen und an den Ideen der Aufklärung orientierten Schulrektor Adolph Rudolph von Brincken, der den Text in der einflussreichen Zeitschrift „Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte“ drucken ließ. Vorher änderte Camerer einige Passagen, indem er auf die weiter verstärkten Spannungen und den entsprechend gestiegenen Bedarf für eine kulturelle Begegnungsstätte hinwies: „Die Liebe zum Vaterlande wird mit jedem Jahr stärker, und die Vereinigung junger Leute aus den Herzogthümern mit andern Jünglingen aus dem Reiche würde einen unendlichen Nutzen in Absicht des sympathetischen, *moralischen und geselligen* Umganges, der *zwischen gebornen Dänen und den Provinzialen noch etwas hinterhaltend, fremd und kalt ist*, hervorbringen.“²² Die hier kursiv gesetzten Worte waren neu und weisen auf eine inzwischen weiter abgekühlte Atmosphäre zwischen Dänen und Deutschen hin. Camerers Initiative muss also vor dem Hintergrund von Spannungen zwischen Dänen in Kopenhagen und Deutschen aus Holstein und zwischen einem entstehenden Eiderdänentum und einem werdenden Schleswigholsteinismus betrachtet werden. All dies stand im Gegensatz zu der Harmonie, welche die Regierung mit dem 1776 erlassenen Indigenatsrecht aufrecht zu erhalten versuchte. Camerers Vorstoß zeigt, dass er die Debatte verfolgte und in seiner Auffassung bestärkt wurde, dass einer Lehranstalt in Hadersleben eine Mission als Brückenbauer zwischen Deutsch und Dänisch zukommen könnte.

Nach der Veröffentlichung von Camerers Gedanken publizierte Rektor Brincken seine eigenen Gedanken in den „Schleswig-Holsteinische Provinzialberichten“.²³ Hier ist wiederum der Einfluss der Kopenhagener „Fehde“ zu erkennen. Brincken meinte, dass Camerers Plan einen Beitrag für „den Frieden im Vaterlande“ leisten könnte. Damit würde man „die nähere Vereinigung der Gemüther der dänischen und deutschen Jugend in Liebe und Wohlwollen“ fördern. „Wie abgeneigt beide Partheien einander bis jetzt noch leider! sind, und welche gehässige Gesinnung sie gegenseitig hegen und äussern, das lehrt die Erfahrung dem Beobachter zu seinem Leidwesen nur gar zu häufig. Der grosse Haufe der Dänen schilt die Deutschen zum Beweise seiner Roheit – ‚Hunde!‘ ... Der Deutsche – es versteht sich, der minder gebildete – spricht von *dummen* Dänen. ... Warum verachtet und hasst denn eine Nation die andre?“, fragte der Rektor. „Auf welche Art soll nun diesem eingewurzelten Nationalhasse, der in seinen Folgen so verderblich und dem allgemeinen Wohl so nachtheilig ist, entgegen gearbeitet werden? Giebt es ein kräftiges Mittel zur Vertilgung dieses Erbübels?“ Seine Antwort war eindeutig: „Allerdings – und zwar in einer solchen Bildungsanstalt“.

Eine reformierte Schule nahe der Grenze zwischen Jütland und Schleswig hätte Lehrer sowohl aus dem Königreich als auch aus den Herzogtümern haben kön-



Abb. 4
Adolph Rudolph von
Brincken (1754-1808),
Rektor der Haderslebener
Lateinschule und später
Pastor in Wonsbek

nen, und zwar zu gleichen Teilen deutsche und dänische, und deren Umgang miteinander würde eine Aussöhnung viel besser ermöglichen, als es jemals in Kopenhagen erreicht werden könnte: „Gleiche Rechte, gleiche Vorzüge, gleiche Wirksamkeit hoben hier die unselige Spaltung auf, die zwischen Dänen und Deutschen so lange fort dauern wird, als die Lehrer nicht um persönlicher Vorzüge willen, sondern wegen nationeller Charaktere geachtet werden.“ Der persönliche Umgang führe zum Abbau der „Vorurtheile der Nationen. Man lernte sich kennen, achten und lieben, gewönne Zutrauen für einander ...“.

In einer solchen Schule würde die Jugend den „Geist der Eintracht“ erleben, die Literatur beider Sprachen lesen und die Verdienste des Brudervolkes kennen lernen: „Hier arbeitete man ämsig an der Ausrottung der etwa schon den jungen Seelen mitgetheilten Vorurtheile, woraus gegenseitiger Widerwillen entspringt, zeigte lebhaft und anschaulich das Unwürdige, Armselige und Niederträchtige, welches derjenige sich zu Schulden kommen lässt, der dem Nationalhasse fröhnet.“ Hier würden die Lehrer ihre Schüler vor unversöhnlichen Tönen war-

nen können, so wie sie gerade in der Kopenhagener „Deutschenfehde“ zu Tage getreten waren. Schüler einer solchen Schule „giengen in ihre Heimath als segnende Schutzgeister des Volkes zurück“. Nach ein paar Generationen schließlich „umarmten sich deutsche Provinzialen und Dänen als gute Söhne und Töchter eines Vaters!“.

Eiderdänentum, Schleswig-Holsteinismus, Gesamtstaatstraum – und Verbrüderung

Rektor Brincken erkannte in Camerers Plan demnach weit reichende Perspektiven. Als sein Text erschien, war die Fehde in Kopenhagen abgeebbt, und in den folgenden Jahren blieb die Öffentlichkeit von neuen Pressefehden zwischen Deutsch und Dänisch verschont. An der Lateinschule in Hadersleben blieben Camerers Pläne ohne direkte Folgen. 1799 übernahm Brincken ein neues Amt als Pastor in Wonsbek an der Haderslebener Förde.

Doch das Konfliktpotential lauerte unter der Oberfläche. Seit Ende der 1790er Jahre führte der Kronprinz (ab 1808 König als Frederik/Friedrich VI.) eine immer zentralistischere Politik. Dies führte zu Konflikten mit der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, die in Cay Reventlows Rücktritt als Präsident der Deutschen Kanzlei 1802 einen ersten dramatischen Höhepunkt fanden. Ab 1807 sollten alle Verordnungen in beiden Sprachen herauskommen und ab 1812 die Beamten beider Landessprachen mächtig sein. Am deutlichsten wurde das Bestreben nach mehr Zentralisierung, als Holstein 1806 nach dem Ende des deutschen Kaiserreichs uneingeschränkt in den dänischen Gesamtstaat einverleibt wurde.²⁴

Eine ideale Harmonie im Gesamtstaat unter der dänischen Krone ein halbes Jahrhundert vor dem Ausbruch des umfassenden deutsch-dänischen Konfliktes war also nicht vorhanden. Die Episode von 1789/90 förderte reale unterschwellige Spannungen zwischen Königreich und Holstein ans Tageslicht. Einige sprachen sich für die Eidergrenze aus, andere wiederum bemühten sich um die Verbrüderung der deutschen und dänischen Bevölkerung über Eider und Königsau hinweg. Die Episode zeigt also schon Elemente, die erst wesentlich später voll zum Tragen kamen. Zum Einen erkennt man hier bereits Keime der späteren nationalen Unversöhnlichkeit, zum Anderen aber auch Bestrebungen, um ebensolche Konflikte zu überwinden.

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Anmerkungen

1 Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte, Jg. 5.1, 1791, H. 2, S. 197 f.

- 2 Sønderjyllands Historie, red. Vilh. la Cour, III, 1942 S. 483.
- 3 „Einige Brüder wollen wir sein, verbunden durch das Band der Verwandtschaft und Brüderlichkeit, gemeinsam ist unser König, gemeinsam ist unsere Ehre, darauf geben wir einander die Hand.“
- 4 Flensburg in Bild und Wort, Flensburg 2003, S. 29,3.
- 5 Sønderjyllands Historie III, 1942, S. 483. „Sind wir nicht alle Glieder in einer und derselben Kette? Sind wir nicht aus einer und derselben Familie, deren Mitglieder sich derselben väterlichen Liebe und Fürsorge des Regenten erfreuen?“
- 6 Flensburg in Bild und Wort, Flensburg 2003, S. 29,7.
- 7 C.F. Allen: Geschichte der dänischen Sprache im Herzogthum Schleswig oder Süd-jütland Bd. II, 1858, S. 160-193.
- 8 Erik Pontoppidan: Det Danske Sprogs Skiæbne ... , reprint, Tønder 1943.
- 9 Pastor Nicolas Nissen, Uk, 5. Juni 1754, Bericht an Thurah, Landsarkivet for Sønderjylland, Præstearkiv Uge, Nr. H. 3.
- 10 Zitiert bei Lars N. Henningsen: Ensted sogns historie, Aabenraa 1987, S. 144.
- 11 Dansk Identitetshistorie Bd. 1, 1991, S. 152.
- 12 Edvard Holm: Danmark-Norges Historie ... 1720-1814, Bd. 3, 1, 1897, S. 291.
- 13 Dansk Identitetshistorie Bd. 1, 1991, S. 182-94.
- 14 Aage Friis: Andreas Peter Bernstorff og Ove Høegh-Guldberg, København 1899, S. 118-127. Geschichte Schleswig-Holsteins VI, 1960, S. 179-186.
- 15 Dansk Identitetshistorie Bd. 1, 1991. S. 185-201.
- 16 Dansk Identitetshistorie Bd. 2, 1991, S. 11-39.
- 17 Allgemein zu Camerer: Lars N. Henningsen: Johann Friedrich Camerer –en tysk-dansk patriot i 1700-årene, in: Sønderjyske Årbøger 1993, S. 29-64.
- 18 Der Plan mit dem Titel „Eine Grille“ ist erhalten, in: Landsarkivet for Sønderjylland, Haderslev katedralskole, Nr. 29.
- 19 „Vinculum concordiae inter Danos & Holsatos huc usque fuit“, T. O. Achelis: Haderslev i gamle dage 1292-1626, Haderslev 1926, S. 92.
- 20 Dansk Identitetshistorie Bd. 2, 1991, S. 9-97.
- 21 Lars N. Henningsen, 1993, S. 58.
- 22 Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte, Jg. 5,1, 1791, H. 2, S. 197 f.
- 23 Schleswig-Holsteinische Provinzialberichte, Jg. 5,2, 1791, H. 4, S. 45-49.
- 24 Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. VI, 1960, S. 297 ff.

Schleswig-Holsteinische Nagelungsdenkmäler im Ersten Weltkrieg

Ein Überblick

von *HANS-CHRISTIAN PUST*

1. Einleitung

Der Erste Weltkrieg gilt als der erste „totale“ Krieg, in den die gesamte Bevölkerung, nicht nur die Soldaten an der Front, mit einbezogen waren und der alle Lebensbereiche betraf. Die Bevölkerung in der Heimat war durch Angst um die Angehörigen an der Front, die Trauer um die Toten, die Abwesenheit zahlreicher Männer und die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage außerordentlich stark von den Kriegseignissen betroffen: Hunger, Kälte und Krankheiten waren an der Tagesordnung. Nachdem der Krieg schon sehr bald in einen Stellungskrieg übergegangen war und von einem schnellen Sieg der eigenen Truppen keine Rede mehr sein konnte, kam es in der Heimat mehr und mehr darauf an, die Stimmung nicht umkippen zu lassen. Dementsprechend steigerten sich die Durchhalteappelle bis zum Kriegsende hin ständig. Verbunden damit waren jedoch auch finanzielle Opfer an der „Heimatfront“: Durch Kriegsanleihen, Goldgeldspenden und andere Geldspenden für eine wachsende Zahl von Wohlfahrtsaktionen sollte die Bevölkerung in der Heimat helfen, die Kriegsfolgekosten aufzubringen. Diese beiden Aspekte – der Appell an das Durchhalten und die Finanzierung von Kriegsfolgekosten – lassen sich auch beobachten für eine besondere Art des Spendensammelns, die ab 1915 in Österreich und im ganzen Deutschen Reich aufkam: An zahlreichen Orten stellte man Holzdenkmäler zum öffentlichen Benageln auf.¹

Diese heute merkwürdig anmutenden Aktionen hatten ihre Wurzeln im so genannten „Stock im Eisen“ in Wien, einem Baumstumpf, der schon seit Jahrhunderten benagelt wurde. In Wien wurde diese Methode übertragen und weiterentwickelt: Man schuf eine große Holzfigur, einen „Wehrmann im Eisen“, der benagelt werden konnte. Mit diesen Aktionen wurden Erlöse erzielt, die der „Kriegswohlfahrt“ zugute kamen, da die einzelnen Nägel zu einem Vielfachen des Herstellungspreises verkauft wurden, wobei meist ein recht ansehnlicher Gewinn verbucht werden konnte.

Von Wien aus, wo der „Wehrmann“ am 6. März 1915 eingeweiht wurde, drang diese Form der Spendensammlung auch nach Deutschland vor. Das erste Beispiel war wohl der sog. „Eisenhart“ von Heilbronn, der am 7. Mai 1915 eingeweiht

wurde. Aber auch in die damalige preußische Provinz Schleswig-Holstein drang diese neue Aktivität schnell vor. Über die Nagelungen im heutigen Landesteil Schleswig und in Nordschleswig erschien 2002 ein ausführlicher Beitrag in den Grenzfriedensheften.² Zuerst scheint in Altona, der größten Stadt der damaligen Provinz, eine solche Aktion durchgeführt worden zu sein: Man schuf hier eine Holzstatue, „Isern Hinnerk“ genannt, bei der die historische Gestalt des Grafen Heinrich von Holstein (um 1317-1384) als Vorbild diente. Die Aktion begann am 7. Juli 1915; die Holzstatue hat – leicht beschädigt – bis heute überdauert und ist im Altonaer Museum zu sehen.³

2. Nagelungsmotive in Schleswig-Holstein

Die Wahl einer historischen Figur war typisch für die größeren Städte. Die in Altona gewählte Figur des „Isern Hinnerk“ eignete sich besonders gut zum Benageln: Hierdurch wurde eine solche Holzfigur tatsächlich – dem Namen entsprechend – „eisern“. Kein Wunder ist es daher, dass diese historische Figur auch in der Stadt Schleswig als Objekt für die Nagelung gewählt wurde – hier begann die entsprechende Aktion am 15. August 1915. Auch diese Figur ist im Original erhalten und im Städtischen Museum in Schleswig ausgestellt.⁴ In die Reihe der historischen Gestalten, die als Vorbild für figürliche Nageldenkmäler dienten, gehört in Schleswig-Holstein weiterhin die Figur Karls des Großen (747-814) in Itzehoe. Sie wurde am 19. Dezember 1915 eingeweiht und befindet sich heute im dortigen nicht öffentlich zugänglichen Ständesaal.

In Rendsburg wählte man die Figur Gerhards des Großen (um 1293-1340), die sich heute ebenfalls nicht öffentlich zugänglich im Alten Rathaus in Rendsburg befindet. Das „Nagelungsdenkmal“ wurde am 5. Dezember 1915 eingeweiht.⁵ Die Figur stellte Graf Gerhard von Holstein dar, auf ihn fiel die Wahl nicht zuletzt, weil er, so das Rendsburger Tageblatt, „für die Verbreitung deutschen Wesens in unserem Heimatlande kraftvoll“ eingetreten sei.⁶ Die Figur ist 2,20 Meter hoch, steht auf einem Holzsockel und zeigt einen Ritter in voller Rüstung: „Diese Stellung, ‚waffengerüstet und voll Gottvertrauen‘ verkörpert so recht die heutige Zeit“, meinte das Rendsburger Tageblatt.⁷ Zu den historischen Figuren in Schleswig-Holstein zählt weiterhin die Figur des Wulf Isebrand in Meldorf, die am 12. November 1916 eingeweiht wurde und sich heute im Dithmarscher Landesmuseum in Meldorf befindet.⁸

Ein beliebtes Motiv für Nagelungsfiguren war daneben die Darstellung des Erzengels Michael, der symbolisch als „Drachentöter“ für den Sieg über die „Feinde“ stand. In Schleswig-Holstein scheint es jedoch nur in Kaltenkirchen eine Figur dieses Typs gegeben zu haben.⁹

In einigen Orten in Deutschland und Österreich dienten lebende Personen als



Abb. 1
Postkarte der benagelten
Figur „Gerhard der Große“
in Rendsburg, 1915

Vorbilder für „Nagelfiguren“. Das bekannteste Beispiel ist wohl die größte Aktion dieser Art überhaupt, die Benagelung des „Eisernen Hindenburg“ in Berlin, einer 12 Meter hohen Statue, die am Königsplatz aufgestellt war.¹⁰ Entsprechende Beispiele scheint es in Schleswig-Holstein nicht gegeben zu haben, einzig eine Figur eines „Eisernen Landsturmmannes“ ist aus Sonderburg bekannt.¹¹ Dargestellt wird hier jedoch nur ganz allgemein der Typus „Landsturmmann“, der sich übrigens bevorzugt in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches findet, die man wohl am ehesten für militärisch bedroht und damit schützenswert hielt.¹² Das am häufigsten vorkommende Nagelungsobjekt im Deutschen Reich und ebenso auch in Schleswig-Holstein war das Eiserne Kreuz. Aufgrund des Attributes „eisern“ war dieses Motiv für die Nagelungsaktionen sehr gut geeignet, da hier aus einem Holzobjekt durch das Beschlagen mit den eisernen Nä-

geln tatsächlich ein „Eisernes“ Kreuz entstand. Der „Rote Kreuz-Kalender für Schleswig-Holstein“ weist 1916/17 für sieben Orte die Nagelung eines Eisernen Kreuzes aus.¹³ Weitere „Eiserne-Kreuz-Nagelungen“ finden sich in Ahrensböök, Bornhöved, Elmshorn, Enge, Erfde, Gettorf, Hadersleben, Krusendorf, Lunden, Neumühlen-Dietrichsdorf, Neumünster, Oldenburg in Holstein und Reinbek.¹⁴ „Eiserne Kreuze“ dienten zum Teil auch als Motiv für kleinere nicht öffentliche Nagelungsaktionen. So stifteten beispielsweise die Stammtischgäste des Flensburger Restaurants „Zur Börse“ im Mai 1916 ein „Eisernes Kreuz“ zur Benagelung.¹⁵ Beliebt waren neben dem Motiv „Eisernes Kreuz“ auch Stadt- und Ortswappen zum Benageln. Hier konnte man durch verschiedenfarbige Nägelköpfe farbige Bilder entstehen lassen. Solche Wappen zum Benageln sind aus Schleswig-Holstein beispielsweise für Burg auf Fehmarn, Heide in Holstein, Husum, Mildstedt, Neumünster und Wesselburen belegt.¹⁶ In Neumünster veranstaltete das Ersatz Bataillon Infanterie-Regiment Nr. 163 die Nagelung eines Schleswig-Holsteinischen Wappens.¹⁷

Neben diesen häufigsten Motiven stehen verschiedene andere Gegenstände, deren Modell zum Benageln genutzt wurde. Mehr oder weniger schlichte Säulen finden sich in Dagebüll, Hoyer und Flensburg. Alle drei Säulen waren in der Flensburger Kunstgewerbeschule hergestellt worden.¹⁸ Die Flensburger Säule konnte im Rahmen der „Deutschen Kriegsausstellung für die Nordmark“, die vom 22. Oktober bis zum 19. November 1916 in den Räumen der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg stattfand, benagelt werden.¹⁹ Sie ist damit ein Beispiel für eine sehr späte Nagelung, denn zu dieser Zeit war die Mode des „Nagelns“ schon wieder sehr stark abgeflaut, wohl aufgrund der sich allgemein ausbreitenden Kriegsmüdigkeit.

Ein eigentümliches Motiv, das sich ansonsten weder im übrigen Deutschen Reich noch in Österreich findet, ist das Motiv einer „Eisernen Truhe“. In Schleswig-Holstein erscheint es gleich in zwei Orten: in Breiholz und in Kellinghusen.²⁰ Der Erste Weltkrieg war der erste industrialisierte Krieg mit ganz neuen industriell hergestellten Waffen, die ein Vielfaches an Vernichtung möglich machten, so zum Beispiel das Maschinengewehr, der Panzer und das Flugzeug. Eine besondere Rolle als angebliche „Wunderwaffe“ spielte im Deutschen Reich das U-Boot. So verwundert es nicht, dass es auch als Motiv für Nagelungen in Schleswig-Holstein auftaucht: Während man in Eckernförde einen „Isern Düker“ benagelte, war das „Eiserne U-Boot“ von Hörnum aus einem Eichenblock aus Strandgut hergestellt und ruhte auf einer ebenfalls angespülten englischen Seemine.²¹ Unter allen Nagelfiguren gelangte die Hörnumer Figur aufgrund ihrer Originalität zu regelrechter Berühmtheit; von ihr wurde in überregionalen Blättern bis hin zur „Schweizer illustrierten Zeitung“ berichtet.²²

Mit die größte Aktion in Schleswig-Holstein dürfte die Benagelung des Kieler



Abb. 2 Postkarte zur Benagelung des „Eisernen U-Bootes“ in Kiel, 1915

„U-Bootes in Eisen“ gewesen sein, das unter einem eigens aufgestellten Baldachin am Alten Markt zur Benagelung bereit stand. Der zuständige Ausschuss hatte beschlossen, „für Kiel als Marinestadt unsere neueste und schneidigste Waffe zur See, das Unterseeboot als Wahrzeichen zu wählen“.²³ Die Wahl fiel wohl auch auf dieses Motiv, weil zahlreiche U-Boote auf der Kieler Germania-werft gebaut wurden.

Zahlreiche Postkarten und Zeitungsartikel machten das Kieler U-Boot wohl zu einem der bekanntesten Nagelungs-Objekte in Schleswig-Holstein, selbst Kieler Firmen warben mit dem Motiv des „Eisernen U-Bootes“ in Zeitungsanzeigen.²⁴ Auch dieses Denkmal erlangte überregionale Bekanntheit, so heißt es in einem Beitrag des „Illustrierten Blattes“ vom 10. Oktober 1915 beispielsweise: „Als Kriegs-Erinnerungsmal, das zur Nagelung bestimmt ist, wurde in Kiel das Modell eines U-Bootes aufgestellt, dessen Einweihung vor einigen Tagen stattfand. Es ist eine Schenkung des Ehepaares Krupp v. Bohlen und Halbach; [...] Das goldgetönte, auf einem 3,5 Mtr. hohen Eichenstamm ruhende U-Boot ist über vier Meter lang. Das Kopfende des Eichenstammes, der eine Widmungs-Inschrift enthält und durch Eiserne Kreuze ornamentiert ist, wird von einem Adler bekrönt, dessen Fittiche als Konsole ausgebildet sind und die farbigen, schmiedeeisernen Wappen Kiels und Schleswig-Holsteins tragen. [...] Das U-Boot ist in den Mo-

dell-Werkstätten der Germania-Werft erbaut worden. Bei der Einweihungsfeier hielt der Oberbürgermeister von Kiel, Lindemann, eine Ansprache und die erste Nagelung wurde von der Prinzessin Heinrich von Preußen vorgenommen.“²⁵

Unter den modernen Waffen, die die eigene Überlegenheit demonstrieren sollten, waren daneben Geschosse mit immer größeren Kalibern im öffentlichen Bewusstsein sehr präsent. Auch Modelle dieser Geschosse dienten als Vorlage für Nagelungsobjekte. So wurde zum Beispiel in Wandsbek das Holzmodell einer 42-cm-Granate benagelt, eingeweiht am 14. November 1915. Zur Herstellung hatten verschiedene örtliche Handwerker beigetragen: „Den Entwurf zu der Granate hat der Architekt Sauerwein, Hamburg, in liebenswürdiger Weise geliefert. Danach ruht die hölzerne 42 cm Granate auf einem Trawertin-Sockel [sic!], zu welchem 3 Marmorstufen hinaufführen. Die Ausführung des Sockels nebst Stufen hat in liebenswürdiger Weise das hiesige Marmorwerk übernommen, während die Granate selbst von der Tischler-Innung gespendet ist.“²⁶ Kleinere Aktionen, bei denen ebenfalls Modelle von Geschossen öffentlich benagelt wurden, gab es in Uetersen und in Friedrichsort-Pries, wo man einen eisernen Torpedo benagelte und ein Gedenkblatt herausgab mit dem Spruch „Unser Brot – Englands Not“.²⁷ Ein häufiges Nagelungs-Motiv waren daneben Ehrenschilde, in Schleswig-Holstein zum Beispiel in Risum, Tangstedt und Tönning.²⁸ In Klixbüll wurde die Nagelung eines Schildes vom „Vaterländischen Frauenverein“ durchgeführt, der in ganz Deutschland einheitliche „Ehrenschilde“ zum Benageln bereitstellte: „Derselbe zeigt im Grunde ein eisernes Kreuz, darauf das Vereinszeichen mit dem Roten Kreuz, beide umrahmt von Lorbeer- und Eichenlaub. In den Ehrenschild waren 154 Nägel eingeschlagen, die am Abend fast alle einen Abnehmer fanden. Die Nagelung brachte die schöne Summe von 137,50 M.“²⁹

Ein letztes interessantes Motiv sei noch genannt: Der Eiserne Baum. Das Beschlagen eines Baumes mit Nägeln findet sich in Schleswig-Holstein nur in Schnelsen.³⁰ Eine einzige weitere Nagelung eines „Eisernen Baums“ ist bekannt für Freiburg im Breisgau.³¹

3. Schulnagelungen in Schleswig-Holstein

An den Nagelungen nahmen immer auch Schülerinnen und Schüler teil, so auch in Schleswig-Holstein.³² So kamen beispielsweise zum Standbild des „Eisernen Gerhards“ nach Rendsburg Schüler der Gewerblichen Fortbildungsschule, der Altstädter Knabenschule und der Königlichen Tiefbauschule sowie Schülerinnen der Altstädter Mädchenbürgerschule.³³ Es wurden jeweils Feiern am Denkmal veranstaltet, Schülerinnen und Schüler schlugen Nägel in das Denkmal ein. Über die Feier der Mädchenbürgerschule hieß es im Rendsburger Tageblatt: „Die Feier wird später sicher zu den bleibenden Erinnerungen der Mädchen an



Abb. 4
Postkarte des
Kriegswahrzeichens
Motiv „Adler“, genagelt
von der Oberrealschule I
in Kiel, 1916

die gegenwärtige Zeit gehören.“³⁴

Daneben gab es jedoch auch speziell konzipierte Nagelungen an den Schulen selbst. Ein „Verein Jugendspende für Kriegerwaisen e.V. Essen“ vertrieb ab Mai 1916 Nagelschilder in der Größe von 73 cm x 73 cm mit verschiedenen Motiven, die von den Schulen inklusive Nägel und Hammer erworben werden konnten.³⁵ Die unterschiedlichen Motive entstanden auch hier wieder durch unterschiedlich farbige Nägel. Farbige Postkarten des jeweiligen Motivs mit dem Namenszusatz der Schule konnten zum Preis von 4 Pfennig erworben und für gemeinnützige

Zwecke zum Preis von 10 Pfennig von den Schülerinnen und Schülern weiterverkauft werden.³⁶ Zahlreiche Postkarten haben sich erhalten, unter ihnen auch einige von schleswig-holsteinischen Schulen, an denen die oben geschilderte Aktion offensichtlich auch durchgeführt wurde. Zu nennen wären: Schule Behrendorf (Nordfriesland), 4. Knaben-Volksschule zu Kiel, Königliches Lehrerseminar Kiel, II. Mädchen-Mittelschule am Ravensberg Kiel und die Oberrealschule I. Kiel, wo man das Motiv 1 „Adler“ benagelte, das 2928 schwarze, 220 Silber-, 1117 Gold- und 340 „Rand- und Flügelfassungs-Nägel“ enthielt.³⁷

4. Nagelungen in Schleswig-Holstein

Der Überblick über die Nagelungen in Schleswig-Holstein zeigt, dass auch hier – wie in den anderen preußischen Provinzen – in den Jahren 1915 bis 1917 Objekte zum Benageln außerordentlich beliebt waren. Die größten Aktionen mit den aufwendigsten Figuren fanden in den großen Städten des Landes statt. Überdurchschnittlich viele dieser Figuren haben sich in Schleswig-Holstein erhalten: Während die Figuren von Sonderburg, Schleswig, Altona und Meldorf in den jeweiligen Museen zu sehen sind, gilt das für die ebenfalls erhaltenen Figuren in Itzehoe und Rendsburg nicht.

Anmerkungen

- 1 Gerade in jüngster Zeit erschienen einige Aufsätze zum Thema, daraus nur eine Auswahl: Michael Diers: Nagelmänner, Propaganda mit ephemeren Denkmälern im Ersten Weltkrieg, in: ders. (Hg.): Mo(nu)mente, Formen und Funktionen ephemerer Denkmäler, Berlin 1993, S. 113-135. Stefan Goebel: Forging the industrial home front, Iron-nail memorials in the Ruhr, in: Jenny Macleod u.a. (Hgg.): Uncovered fields, Leiden 2004 (History on warfare; 20), S. 159-178. Alfred Hintz: Kriegswahrzeichen des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet als soziale Konstruktion der Heimatfront durch das Besitz- und Bildungsbürgertum, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 36, 2006, S. 45-64. Christoph Nübel: Mobilisierung der Heimatfront und Selbstbehauptung in Feindesland, die Nagelung von Kriegswahrzeichen und das Monument der Kriegsgefangenen in Münster 1915-1918, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 52, 2007, S. 131-156. Gerhard Schneider: Nageln in Niedersachsen im Ersten Weltkrieg, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Jg. 76, 2004, S. 245-284. Gerhard Schneider: Zur Mobilisierung der ‚Heimatfront‘, das Nageln sogenannter Kriegswahrzeichen im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 5, 1999, S. 32-62.
- 2 Hans-Christian Pust: „Eisern ist die Zeit ...“. Nagelfiguren im Ersten Weltkrieg als

- Symbole nationaler Gesinnungsbildung, in: Grenzfriedenshefte, 2002, S. 3-24.
- 3 Ausführlicher Beitrag in: Hamburger Nachrichten, 7.7.1915, Beilage, „Isern Hinnerk“, zit. nach: Ralph Winkle: Zur Dingbedeutsamkeit des Eisernen Kreuzes, in: Gottfried Korff (Hg.): KriegsVolksKunde, Tübingen 2005 (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen; 98), S. 47.
 - 4 siehe dazu: Hans-Christian Pust (s. Anm. 2).
 - 5 Rendsburger Tageblatt, 3.12.1915.
 - 6 Rendsburger Tageblatt, 8.10.1915.
 - 7 Rendsburger Tageblatt, 8.10.1915.
 - 8 Zu Meldorf siehe: Frank Trende: Die Schlacht bei Hemmingstedt, ein deutscher Mythos zwischen Politik, Poesie und Propaganda, Heide 2000, S. 113.
 - 9 Thomas Fliege: „Und wenn die Welt voll Teufel wär“. Die Instrumentalisierung des Michaelskultes im Ersten Weltkrieg, in: Gottfried Korff (Hg.): KriegsVolksKunde, Tübingen 2005 (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen; 98), S. 248f.
 - 10 Maximilian Rapsilber: Der Eiserner Hinderburg von Berlin. Ein Gedenkblatt, Berlin: Bartdorff 1918; Karl-Robert Schütze: Der eiserner Hinderburg, Bildergeschichte in Postkarten, Berlin 2007.
 - 11 Siehe dazu: Hans-Christian Pust (s. Anm. 2). Auch diese Figur wurde überregional rezipiert, siehe z.B.: Illustrierte Wochen-Rundschau, Gratis-Beilage zum Bayerischen Kurier, Jg. 1915, Nr. 47.
 - 12 Weitere Beispiele: Erfurt, Feldbach (Steiermark), Graz, Riga, daneben Metz und Landau (hier allerdings „Eiserner Feldgrauer“ genannt).
 - 13 Rote Kreuz Kalender für Schleswig-Holstein, Jg. 11, 1916/17, S. 37ff. Die Orte sind: Aumühle, Cismar (Kr. Oldenburg), St. Georgsberg (Kr. Hztg. Lauenburg), Groß-Berkenthin (Kr. Hztg. Lauenburg), Lindholm (Kr. Tondern), Putlos (Kr. Oldenburg) und Roest (Kr. Flensburg).
 - 14 Hans-Christian Pust (wie Anm. 2), Klaus Zutz: Die Nagelung des Eisernen Kreuzes in Ahrensböök, in: Jahrbuch für Heimatkunde Eutin, 33 (1999) S. 147-148. Elmshorn: Stadtarchiv Elmshorn G 7961.00, Neumühlen-Dietrichsdorf: Kieler Neueste Nachrichten, 26.10.1915, Neumünster: Holsteinischer Courier 20.11.1915 und öfter. Siehe daneben verschiedene Postkarten in der Privatsammlung Pust.
 - 15 Flensburger Nachrichten, 3.5.1916.
 - 16 Husum: Husumer Tageblatt, 29. 11.1915, Mildstedt: Husumer Nachrichten, 20.12.1915, siehe auch Postkarten-Sammlung Pust.
 - 17 Holsteinischer Courier, 29.9.1915 und öfter.
 - 18 100 Jahre Werkkunstschule Flensburg 1890-1990, Flensburg 1990, S. 34.
 - 19 Hans-Christian Pust: Kriegsausstellungen in Schleswig-Holstein im Ersten Weltkrieg, in: Schleswig-Holstein, Heft 12, 2003, S. 11-14, hier: S. 14.
 - 20 Siehe Postkarten Sammlung Pust.
 - 21 Reclams Universum. Weltrundschau, 1915, Nr. 47, S. 546.
 - 22 Schweizer Illustrierte Zeitung, Jg. 6, Nr. 23, 9.6.1917, S. 304.
 - 23 Stadtarchiv Kiel, 23686, Blatt 7.
 - 24 So z.B. eine Anzeige des Kaufhauses „Hettlage & Lampe“: Kieler Zeitung, 8.11.1915

Abendausgabe.

- 25 Das illustrierte Blatt, Nr. 41, 10. 10. 1915, S. 3.
- 26 Wandsbeker Kriegshilfe e.V. Bericht. Über die Zeit vom August 1914 bis 31. Dezember 1915, o.O. [Wandsbek], o.J. [1915], S. 25 f.
- 27 Siehe Dokumente in der Sammlung Pust.
- 28 Rote Kreuz Kalender für Schleswig-Holstein, Jg. 11, 1916/17, S. 37ff. Tondernsche Zeitung, 4.12.1915.
- 29 Tondernsche Zeitung, 4.12.1915; Das Rote Kreuz, Jg. 33, 1915, Nr. 21, 17. 10. 1915, S. 747.
- 30 Kieler Neueste Nachrichten, 8.8.1915.
- 31 Franz Laubenberger: Der Freiburger Nagelbaum, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins Schau-ins-Land, Jg. 105, 1986, S. 299-307.
- 32 Über die Nagelungen an höheren Mädchenschulen in Schleswig-Holstein siehe: Hans-Christian Pust: „Vaterländische Erziehung“ für „Höhere Mädchen“, soziale Herkunft und politische Erziehung von Schülerinnen an höheren Mädchenschulen in Schleswig-Holstein, 1861-1918, Osnabrück 2004, S. 414 ff.
- 33 Rendsburger Tageblatt, 27.1.1916, 12.2.1916, 19.2.1916.
- 34 Rendsburger Tageblatt, 18.12.1915.
- 35 Verein Jugendspende für Kriegerwaisen e.V. Essen: Kriegswahrzeichen, Essen: Glasmacher [1916].
- 36 Diese Vorgehensweise schildert zumindest Konrad Lehmann für das Gymnasium in Berlin Steglitz: Konrad Lehmann (Hg.): Weltkriegs-Erinnerungen aus dem Kreise des Gymnasiums zu Berlin-Steglitz. 1. Teil: Kriegschronik der Schule, Berlin-Steglitz: Selbstverlag 1925, S. 1.
- 37 Postkarten-Sammlung Pust; Verein Jugendspende für Kriegerwaisen (s. Anm. 35), S. 5.

Die Gründung von „Grænsesogneres Danske Samfund“ 1933

von HANS SCHULTZ HANSEN

Einleitung

Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 hielten führende schleswig-holsteinische Nationalsozialisten die Zeit für gekommen, die Forderung nach einer Revision der Grenze von 1920 zu erheben. Weder die deutsche Minderheit in Nordschleswig noch das nationalistische Lager in Schleswig-Holstein hatten diese Grenze je anerkannt. Der neue Vorsitzende des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Bürgermeister Dr. Wilhelm Sievers (Eckernförde), schlug am 24. März 1933 den Ton an, während der Grenzlandexperte der NSDAP, Pastor J. L. Peperkorn aus Viöl, am 5. April in die gleiche Kerbe schlug. Ganz unumwunden forderten sie eine Verlegung der Grenze. Darüber hinaus drohte Peperkorn mit einer Nazifizierung Nordschlewigs und äußerte sich höhnisch über Dänemark. Diese Reden lösten eine grenzpolitische Krise aus, die die Bezeichnung „Ostersturm“ erhielt. Nördlich der Grenze weckte dies Besorgnis und Empörung.¹

Die Versammlung im Folkehjem am 12. April 1933 und weitere Initiativen im Frühjahr 1933

Der erste dänische Protest, der sich gegen Sievers' und Peperkorns schwer provozierende Reden richtete, wurde bei einem Treffen im Folkehjem Aabenraa am 12. April artikuliert. Die Initiative hierzu hatten der Vorsitzende des „Sprogforeningens“, H. P. Hanssen, und der Vorsitzende des „Skoleforeningens“, Hans Jepsen Christensen, ergriffen. Das Treffen war vertraulich; an ihm nahmen ausgewählte Vertreter der verschiedenen Kirchspiele Nordschlewigs teil.² Die Initiatoren wollten nicht nur ihrer Empörung über die von den schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten und der deutschen Minderheit gestellten Forderung nach einer Grenzrevision Ausdruck verleihen. Sie wollten auch die dänische Regierung dazu bewegen, hier einzuschreiten. Dies geht aus der Resolution hervor, die von den etwa 400 Teilnehmern auf dieser Versammlung verabschiedet wurde. Außer dem Wunsch nach einem guten nachbarschaftlichen Verhältnis zu Deutschland sowie einer rigorosen Zurückweisung aller Forderungen nach einer Grenzrevision enthielt die Resolution vier Forderungen „an die Behörden des dänischen Staates“:

1. zu verhindern, dass irreguläre Truppenverbände, d. h. deutsche SA-Gruppen,

- die Grenze überschreiten,
2. eine scharfe Überwachung aller Bestrebungen, die Grenze zu verschieben,
 3. ein schnelles und nachhaltiges Einschreiten gegenüber Unruhestiftern sowie
 4. Sanktionen gegen dänische Beamte, die sich an der Agitation zur Grenzverschiebung beteiligten.

Diese vier Forderungen sind wohl im Zusammenhang mit einem Treffen im Außenpolitischen Ausschuss des dänischen Folketing am 7. April zu sehen. Hier hatte der nordschleswigsche Sozialdemokrat I. P. Nielsen ein Eingreifen der Regierung gefordert. Bereits am 12. April, dem gleichen Tag, an dem das Treffen in Aabenraa stattfand, verabschiedete das Folketing ein Gesetz, das mit sofortiger Wirkung das Tragen von Uniformen, Teilen von Uniformen, Armbinden sowie „anderer auffälliger Abzeichen“ verbot, die den Träger einer politischen Partei zuordnen konnten. Des Weiteren wurde beschlossen, die staatliche Polizei in Nordschleswig um 100 Mann zu verstärken.³ Tatsächlich wurden aber nur 37 neue Polizeibeamte in Nordschleswig stationiert.⁴

Auf zwei weiteren Versammlungen wurde die Folkehjem-Resolution unterstützt. Am 17. April trafen sich 300 Vertreter der Nordschleswiger Arbeiterbewegung in Tinglev. Die Resolution am Ende dieser Versammlung war in allen Punkten genauso klar wie die Folkehjem-Resolution hinsichtlich eines Protestes gegen die Forderung nach einer Grenzrevision und hinsichtlich der Forderung an die Behörden, hier einzuschreiten. Von größter Bedeutung war die klare Aussage an die Adresse der deutschgesinnten Arbeiterschaft: „Wir beschwören diejenigen *deutschen Arbeiter*, die bisher eine deutsch-bürgerliche Politik unterstützt haben: Es ist jetzt an der Zeit, dass *ihr die bisherige politische Linie verlasst* und dass ihr euch gemeinsam mit euren deutsch-dänischen Genossen gegen die drohende Gefahr wendet.“⁵

Auf einer großen öffentlichen Versammlung mit 3-4.000 Teilnehmern am 18. April in Haderslev wurde die Forderung erhoben, „dass Regierung und Parlament von Dänemark unsere Südgrenze zu bewachen und zu bewahren haben.“ Man entsandte eine Abordnung nach Kopenhagen, um die militärische Verteidigung Nordschleswigs zu fördern. Dies stieß dort jedoch auf die Uneinigkeit unter den Parteien in Fragen der Landesverteidigung. Die der Partei „Radikale Venstre“ nahestehende Tageszeitung „Politiken“ versah sofort die überparteilich zusammen gesetzte Delegation mit dem Etikett „Konservative Nordschleswiger“. Die Initiative endete ergebnislos.⁶

Die dänischen Nordschleswiger begnügten sich nicht damit, nur an die Politiker in Kopenhagen zu appellieren; sie bemühten sich auch aus eigener Kraft, das nationale Lager im Grenzland zu stärken. Hierzu wurden zwei Initiativen ergriffen, die beide zur Gründung einer neuen Grenzlandorganisation führten. Die eine Initiative ging von Lehrer Peter Marcussen, Haderslev, aus. Gemeinsam mit Pa-



Abb. 1
Martin Hammerich, um 1930

stor N. P. Nielsen, Vedsted, lud er einen Kreis von etwa 25 Personen zu einem vertraulichen Treffen am 7. April ins Folkehjem ein. Ziel war es, die Zusammenarbeit unter den nordschleswigschen Jugendorganisationen zu intensivieren. Dies führte zu einer größeren Versammlung im Folkehjem am 23. April. Dem folgten Jugendtreffen in Tønder am 12. Mai und in Dybbøl am 11. Juni sowie die Gründung von „Det Unge Grænseværn“ im September.⁷

Die zweite Initiative entstand auf der Versammlung im Folkehjem am 12. April. Ihren Ursprung hatte diese Initiative bei den gestandenen dänisch-nationalen Führungspersonlichkeiten.⁸ Bei dieser Versammlung wurde ein Ausschuss gebildet, der aus H. P. Hanssen, Hans Jepsen Christensen und Martin Hammerich als Sekretär bestand. Der Letztgenannte sollte entscheidenden Einfluss auf das weitere Geschehen nehmen. Hammerich, 1883 in Kopenhagen geboren, war „Reichsdäne“. Schon in seiner Schulzeit hatte die Nordschleswig-Frage ihn stark beschäftigt. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte er Kontakt zu H. P. Hanssen, der den Juristen Hammerich 1919 zu sich berief als Abteilungsleiter in dem nur vorübergehend existierenden Ministerium für Nordschleswig. In den folgenden Jahren war Hammerich Referent für Nordschleswig in der Staatskanzlei sowie später im Außenministerium. Diese Arbeit endete 1922. Danach bekleidete Hammerich bescheidene Stellungen u. a. als Grundbuchbeamter in Løgumkloster.

Hier begann er sich für die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu interessieren, und 1927 wurde er Direktor des „Sønderjydske Hypotheklaanefond“, dessen Aufgabe es war, der Landwirtschaftskrise zu begegnen.⁹

Martin Hammerichs Vorstellungen im Juli 1933

Am 17. Juli 1933 sandte Hammerich zwei Stellungnahmen an H. P. Hanssen, wo er zum einen die Organisationsstruktur der grenzlandpolitischen Arbeit erläuterte, andererseits aber auch die Aufgaben beschrieb, denen man sich gegenüber sah.¹⁰ In seiner ersten Stellungnahme nahm Hammerich eine Auswertung der dänischen Arbeit im Grenzgebiet seit 1920 vor. Die deutsche Minderheit hatte eine liberale Behandlung erfahren, und es waren ehrliche Versuche unternommen worden, bestimmte Schwierigkeiten als Folge der Grenzziehung und der schlechten Wirtschaftslage zu überwinden: „Es wurden entsprechende Gesetze verabschiedet, und es wurde viel Geld zur Verfügung gestellt.“ Dennoch musste man zu der Erkenntnis kommen: „Trotz dieser Anstrengungen wurde in der Praxis zu wenig erreicht. Ebenso wichtig wie die übergeordneten Konzepte sind die einzelnen kleinen Angelegenheiten – auch diejenigen, die sozusagen durch das Raster fallen. Sie müssen rechtzeitig und auf die richtige Art und Weise angepackt werden. Und es lässt sich nicht leugnen, dass an entscheidender, entfernt liegender Stelle [d. h. in Kopenhagen] allzu oft die genaue Kenntnis und die Vertrautheit mit den Verhältnissen vor Ort fehlte, die eine Voraussetzung dafür sind, dass das unbedingt Richtige getan werden konnte.“ Nach Hammerichs Auffassung fehlte „eine Institution, ein Gremium – oder wie man es nun konzipieren und benennen will –, das in der Lage wäre, alles zu registrieren, was sich im Grenzgebiet tut. Und diese Institution oder dieses Gremium hätte ganz diskret die entscheidenden Stellen auf alles Wesentliche hinweisen können. Dies wurde jedoch versäumt.“

Weiter führte Hammerich aus: „Wenn irgend möglich, sollte man in jedem Ort des Grenzgebietes den Besten unter den bewussten Dänen ausfindig machen. Diese sollten sich zusammenschließen und einen dreiköpfigen Lenkungsausschuss bilden. Alle drei Monate trifft man sich an einem festgelegten Tag. Darüber hinaus kann der Lenkungsausschuss zu weiteren Treffen einladen. Der Inhalt dieser Gespräche unterliegt der Schweigepflicht ... Bei diesen Zusammenkünften kann auch jede noch so kleine Frage zur Diskussion gestellt werden, wenn sie von national-politischer Bedeutung ist. In der Zeit zwischen den Treffen können Mitglieder dem Lenkungsausschuss von Dingen berichten, die von aktuellem Interesse sind.“ Der Lenkungsausschuss sollte dann auch die Behörden davon in Kenntnis setzen. Außerdem sollte es ein festes Büro als Anlaufstelle geben. In seinem zweiten Bericht zählte Hammerich die vielen dringlichen Aufgabenstel-

lungen im Grenzland auf. Zunächst müsse das Netz der Jugend- und Sportvereine systematisch ausgebaut werden. Sodann solle man die dänischen Schulen besser mit Unterrichtsmaterialien ausstatten. Ebenso wichtig sei es, die besten Lehrer ins Grenzgebiet zu schicken. Es habe sich nämlich herausgestellt, „dass diejenigen Lehrer, die man im Grenzgebiet angestellt hat, häufig nicht besonders gut waren.“ Auch die neuen Pastoren seien nicht besonders geeignet, da viele „ihr Priestergewand nicht richtig ausfüllten“, wie Hammerich es ausdrückte. Die Frage nach dem Besitz an Grund und Boden lag Hammerich – wie immer – besonders am Herzen. Der Staatliche Ausschuss für Landbesitz habe zu wenige Mitglieder, die mit den Verhältnissen in der Grenzregion vertraut seien. Außerdem arbeite der Ausschuss viel zu schwerfällig. Außerordentliche finanzielle Zuwendungen an junge Landwirte, die sich im Grenzgebiet niederlassen, seien von großer Bedeutung.

Vertrauliche Zusammenkünfte im Grenzgebiet im Juli-August 1933

Im Laufe des Sommers organisierten Hammerich, H. P. Hanssen und Jepsen Christensen vertrauliche Treffen mit Vertrauensleuten aus dem Grenzgebiet: am 19. Juli in Tønder, am 26. Juli in Tinglev und am 2. August in Aabenraa.¹¹ H. P. Hanssens Aufzeichnungen von diesen Treffen vermitteln einen Einblick in die wachsenden Hoffnungen einerseits und in die zunehmende Aktivität auf deutscher Seite andererseits. In Ubjerg rechneten die Deutschgesinnten damit, dass die Grenze bald verschoben werde. Die Deutschen in Højer – darunter auch die deutschen Arbeiter – waren nationalsozialistisch eingestellt: „Sie sind gut organisiert und sehr aktiv, um die Dänen auf ihre Seite zu ziehen. Die Arbeiter stehen unter Druck.“ Aus Abild verlautete: „Keine Agitation, aber Unterstützung des Nationalsozialismus. Dies wirkt ansteckend. Da gibt es keinen Zweifel. Eine Reihe von jungen Leuten bewegt sich schon sehr weit in diese Richtung.“ Aus Tønder berichteten die Vertrauensleute: „Zu Ostern hieß die Parole: In 14 Tagen sind wir deutsch“. An verschiedenen anderen Orten wurde festgestellt: „Die Deutschen haben großen Einfluss auf die Jugend. Die Deutschen dürfen sich nicht mit dänischen Jugendlichen treffen. Starke Bestrebungen nach Isolierung.“ Das gelang jedoch nicht überall; manchmal kamen die Deutschen auch zu populären dänischen Veranstaltungen. So wurde aus Ensted berichtet: „Es war außerordentlich erfreulich zu sehen, wie wohl sich die Schauspieler bei ihren Gastgebern fühlten – und umgekehrt. Die Deutschgesinnten waren auch dabei – sogar beim Kaffeetrinken. Das Versammlungshaus war von Leben erfüllt.“ In Bjolderup hatten die Deutschen bei einer ähnlichen Veranstaltung sogar in die dänische Nationalhymne „Der er et yndigt land!“ mit eingestimmt. Aber solche populären Veranstaltungen wurden auch von deutscher Seite für die

eigenen Ziele ausgenutzt. In Nr. Løgum und Øster Højst benutzte man die Agitation von L.S. („Landbrugernes Sammenslutning“, d.h. Verband der Landwirte) gegen das „System“. Aus Hostrup wurde dagegen nur von geringer Nazi-Agitation berichtet: „Die sozialdemokratischen Arbeiter gehen hart gegen die Nationalsozialisten vor und drohen ihnen mit Ausschluss.“ Die Sache hatte zwei Seiten; in Øster Løgum verließen die deutschen Arbeiter die Sozialdemokratische Partei und schlossen sich der Nazi-Partei an. In Burkal und Bylderup agitierte der Lehrer Hansen aus Burkal für den deutschen Nationalsozialismus. In Holbøl war der Nationalsozialismus besonders stark unter den deutschen Jugendlichen verbreitet: „Alle Jugendlichen nehmen an Versammlungen südlich der Grenze teil, es wird heftig agitiert. Sie haben sich Uniformen zugelegt, in denen sie in aller Öffentlichkeit herumlaufen“ – offensichtlich unter Missachtung des Uniformverbots. In den Kirchspielen nördlich und östlich von Aabenraa war die Nazi-Agitation nicht so spürbar, aber in Rise war man der Auffassung: „Wenn viele zusammenkommen, werden sie sehr draufgängerisch.“ Besonders auf die Bedeutung der deutschen Privatschulen für das Deutschtum vor Ort wurde hingewiesen, ebenso auf deren Bedeutung für die Bestrebungen, Kinder von den dänischen Schulen abzuwerben. In Rinkenæs übte man Druck auf die Handwerker aus, während man in Øster Løgum die Menschen lockte: „[In] Genner heftige Agitation auch gegenüber den Dänen. Man hat dänische Kinder durch Fahrräder für die deutsche Seite gewonnen.“ Auf dänischer Seite befand man sich in Ubjerg in einer besonders schwierigen Situation: „Hier gibt es keine dänischen Jugendlichen. Die Deutschen bestimmen alles. Dänische Amateurtheatervorstellungen werden auch von den Deutschen besucht. Uns fehlen dänische Materialien für die Kulturarbeit.“ In Højer befand sich die dänische Jugendarbeit „im Aufwind“. Tønder besaß starke dänische Jugendverbände und einen großen dänischen Ruderclub. In den nördlichen und östlichen Kirchspielen entwickelte sich die dänische Jugendarbeit gut. Vertrauensleute aus Øster Løgum meinten: „Die Jugend ist national durchaus bewusst. Dies ist der Eindruck seit der Wiedervereinigung. Aber die Jugendarbeit braucht mehr Unterstützung. Wir sollten keine zu billigen Redner holen. Die jungen Leute sind kritisch ... In Hovslund haben wir immer darauf geachtet, gute Redner zu bekommen. Wenn Tanz ist, haben wir guten Zulauf von jungen Leuten. Wir haben einen kleinen Ausschuss, der für gute Redner sorgt, und dann kommen auch die Jugendlichen.“

Aus anderen Kirchspielen berichteten die Vertrauensleute von Problemen mit der dänischen Jugendarbeit. Aus Nr. Løgum heißt es: „Wir vermissen die Begeisterung bei der dänischen Jugend“, und aus Ør. Højst: „Es fehlt die Begeisterung aus der deutschen Zeit.“ Mehrmals wies man auf die entscheidende Rolle der Jugendleiter hin, z. B. in Uge: „Wenn die Leiter ihrer dänischen Aufgabe nicht gewachsen sind, ist es schlecht um uns bestellt. Die Deutschen halten ihre Kinder

zu Hause. Sie besitzen die großen Höfe. Die meisten Dänen sind Kleinbauern, deren Kinder als Dienstboten arbeiten müssen. Wir brauchen tüchtige und energische Führungskräfte.“ In Bov gab es eine Reihe von tüchtigen Lehrern an den dänischen Schulen, dennoch fehlten Übungsleiter für das Turnen: „Es ist wichtig, Leute aus dem Norden hierher zu bekommen“, besonders auch dänische Knechte und Mägde. In Kliplev klagte man über den Mangel an guten Leitern, insbesondere an „jungen Leuten aus unseren eigenen Reihen“. Hier war es auch nicht leicht, die jungen Leute für Vorträge zu gewinnen. Zu den Versammlungen kamen nur 20-30, außer bei Amateurtheatervorstellungen, dann war das Haus voll. In Rise gab man dem Sport zu viel Raum – was bedeutete: Die Kultur kam zu kurz. In Rinkenæs war man zerstritten: „Es gibt Gegensätze zwischen den jungen Leuten aus dem Norden und denen von hier. Die entstandenen Reibungen müssen überwunden werden. Die Jugendarbeit muss sich erneuern. Alles ist zur Zeit im Fluss. Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Die jungen Leute wollen mit der Zeit gehen. Die Themen für Vorträge müssen mit Bedacht ausgewählt werden. Wir brauchen einen größeren geistigen Austausch zwischen uns und denen weiter aus dem Norden.“

An anderen Orten entstanden religiös bedingte Trennungslinien. Aus Hjordkær wurde berichtet: „Es gibt eine Spaltung unter den Dänen ... die Spaltung beeinträchtigt die alle verbindende nationale Arbeit.“ Die Mitglieder der Inneren Mission (Indre Mission) nahmen hier nicht an der dänischen nationalen Arbeit teil. Und aus Bedsted hieß es: „Es ist eine nationale Erhebung innerhalb der Inneren Mission zu verspüren. Das ist sehr erfreulich. Aber sie kommen nicht zu unseren Versammlungen im Versammlungshaus in Øster-Terp ... Könnte man von Seiten der nationalen Leitung nicht etwas für die Innere Mission tun.“ Aus Burkal hieß es, dass eine Bündelung der dänischen Kräfte besonders wichtig sei: „Wenn wir die Jugendarbeit im Kirchspiel bündeln könnten, wäre dies ein großer Fortschritt. Dänisch zu sein heißt Opfer zu bringen. Auf den Geist bei uns selbst kommt es an.“ In Burkal war die Nachschule in Rens ein großer Gewinn. In Holbøl gab es demgegenüber die Befürchtung: „Die Heimvolkshochschule in Rønshoved wird durch die neu eingeschlagene Richtung bedroht“, d.h. durch den Flirt des dortigen Leiters Aage Møller mit dem Nationalsozialismus.

Die Vertrauensleute wiesen auch auf die fehlenden Mittel hin – im Gegensatz zu den üppigen Ressourcen, auf die die deutschen Privatschulen zurückgreifen könnten. Aus Holbøl kam die bittere Klage: „Die Deutschen bekommen alles – und wir gar nichts.“ Bei den Zusammenkünften wurde der große Bedarf deutlich, z.B. ein Versammlungshaus in Rødekre, eine Turnhalle und ein Werkraum an der Schule in Rinkenæs, ein Sportplatz in Burkal, in Bov Unterrichtsmaterial für die Schule sowie Geräte und Liederbücher für das dortige Versammlungshaus. Aus Burkal kam der Wunsch nach einer Jugendherberge, mehr Patenschaften

erwartete man in Bjolderup, höhere Zuschüsse zu Heimvolkshochschul-Aufenthalten wünschte man sich in Rise, und von vielen Seiten kam der Wunsch nach Ausflügen nach Norden mit entsprechenden Gegenbesuchen. Schließlich war die Frage nach Grund und Boden von zentraler Bedeutung. Es wurden Informationen über Erwerb und Verkauf von Grundbesitz ausgetauscht sowie über die Aktivitäten der deutschen Kreditanstalt Vogelgesang. Immer wieder wurden die auf dänischer Seite verpassten Möglichkeiten beklagt, insbesondere die schwerfällige Arbeit des Staatlichen Ausschusses für landwirtschaftlichen Grundbesitz. So beklagte der Vertrauensmann aus Nr. Løgum: „Im Fall von zwei Höfen in Visbjerg hat man sich an den Ausschuss für landwirtschaftlichen Grundbesitz gewendet, aber vergeblich. Jetzt übernimmt Vogelgesang beide Höfe.“ Auf der anderen Seite herrschte auch bei einigen Mitgliedern der deutschen Minderheit Unzufriedenheit mit Vogelgesang; ein Deutscher aus Rise hatte zu einem dänischen Vertrauensmann gesagt: „Vogelgesang ist eine Judenfirma.“ Alles in allem zeigten die vertraulichen Treffen, dass auf dänischer Seite etliches benötigt wurde: neue Impulse und neue Mitarbeiter in der Jugendarbeit, bessere Räumlichkeiten, bessere Bündelung der Kräfte trotz interner Unterschiede – und mehr Geld. Die deutsche Offensive war eine Herausforderung, der die Dänen bisher nichts entgegenzusetzen hatten.

Gründung von „Danske Samfund“ in 32 Kirchspielen des Grenzgebiets im Oktober-November 1933

Am 16. August traf sich der Ausschuss mit Vertretern der Jugendorganisationen. Hier wurden die Wünsche an die Jugendarbeit vorgebracht, die man auf den vorigen Treffen geäußert hatte. Laut Hammerich wurde dem Ausschuss versprochen, dass die Jugendorganisationen diese Aufgabenfelder mit „Det unge Grænseværn“ besprechen würden, das kurz vor seiner Gründung stand. Auch die vorgeschlagenen verstärkten dänischen Anstrengungen im Kampf um Grund und Boden wurden an „die zuständigen Gremien“ weitergeleitet.

Im September oder Anfang Oktober wurde der Ausschuss um Hofbesitzer Hans Andersen aus Kongsbjerg bei Abild erweitert. Er war Vorsitzender der dänischen Kampforganisation für Grund und Boden „Landeværnet“. Hinzu kamen noch Vertreter der vier demokratischen Parteien: Gepäckangestellter N. S. Sørensen, Fårhus (Sozialdemokratie), Architekt Jep Fink, Aabenraa (Radikale Venstre), Pächter Hans Linnet, Store Tønde (Det konservative Folkeparti) und Hofbesitzer N. J. Gotthardsen, Tønder (Venstre). Diese breite Berücksichtigung der politischen Kräfte sollte verhindern, dass sich jemand in der zukünftigen Organisation übergegangen fühlte.¹²

Am 16. und 17. Oktober hielt der Ausschuss erneut vertrauliche Sitzungen mit

den Vertrauensleuten in Tønder bzw. Aabenraa ab. Auf beiden Treffen erfolgte die Begrüßung durch H. P. Hanssen, und Hammerich umriss die Arbeit des Ausschusses und legte dessen Vorschläge vor: Bildung von „Danske Samfund“ in allen 32 Kirchspielen des Grenzgebietes mit einheitlicher Satzung, sowie Bildung einer gemeinsamen Organisation aus den einzelnen Ortsvorsitzenden, und schließlich die Einrichtung eines Sekretariats, dessen Aufgabe es sein sollte, „alles aufmerksam zu registrieren, was sich im Grenzland tut“, sowie Statistiken auszuarbeiten, Vorschläge und Wünsche entgegenzunehmen und diese den dafür Zuständigen vorzulegen. Peter Gad aus Ravsted schlug vor, ganz Nordschleswig mit einzubeziehen – was aber erst nach der deutschen Besetzung 1940 erfolgte. Ansonsten wurde dem Vorschlag zugestimmt. Gepäckangestellter Keller aus Rødekro sagte: „Zur Zeit herrscht vielerorts Niedergeschlagenheit. Ich bin gewerkschaftlich organisierter Angestellter bei der Bahn. Ich weiss – genauso wie L.S. –, was eine gute Organisation bedeutet. Die Deutschen arbeiten zielbewusst und energisch. Es freut mich, dass nun an die Errichtung einer gemeinsamen dänischen Organisation gedacht wird.“¹³

Am 18. Oktober trat die neue Organisation mit einem Presseaufruf an die Öffentlichkeit. Hier wurde die Arbeit des Ausschusses kurz beschrieben. Danach verlautete über die soeben durchgeführten Treffen: „Auf diesen Zusammenkünften wurde einstimmig beschlossen, Danske Samfund in allen diesen Kirchspielen zu gründen, und zwar ohne Rücksicht auf politisch, sozial oder religiös Trennendes, um so kraftvoll und mit einem klaren Überblick besser als bisher die nationalen Aufgaben im Grenzland zu lösen. Die einzelnen Ortsverbände von Danske Samfund werden gleich nach der Gründung in einer gemeinsamen Organisation zusammengefasst.“¹⁴

Darauf begann man, die örtlichen „Danske Samfund“ zu gründen. Die ersten wurden am 26. Oktober in Ravsted und Ør. Løgum ins Leben gerufen. Ør. Løgum ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Ganze ablief. Die dänischen Vereine luden ein. Der Andrang im Gasthof war so groß, dass noch Stühle auf der Bühne aufgestellt werden mussten. Redner waren Chr. Nielsen und Ernst Christensen, die sich beide als Redner beim Dybbøl-Treffen im Juni einen Namen gemacht hatten. Beide sprachen von der Notwendigkeit, alle Kräfte auf dänischer Seite zu bündeln. Der Lehrer am Ort, Jens Christensen, berichtete über „Danske Samfund“. In den Vorstand wurden jeweils 1-2 Personen aus jedem Dorf des Kirchspiels gewählt. Dabei bemühte man sich, eine möglichst breite soziale Zusammensetzung zu erreichen: vier Hofbesitzer, die Frau eines Hofbesitzers, ein Lehrer, ein Schmiedemeister, ein Fischer und ein Arbeiter. Vorsitzender wurde Hofbesitzer Rasmus Callesen aus Lerskov. Es wurden noch einige kurze Reden von einigen Ortsansässigen vorgetragen. Der zweite Vorsitzende, Schmiedemeister Petersen aus Rugbjerg, gab die Stimmung wohl besonders treffend wieder, als er

sagte: „Bisher sind wir parteipolitisch zersplittert gewesen, ja, ich möchte sogar sagen, dass wir dem Parteiengozänk verfallen waren. Jetzt müssen wir Dänen – über alle Parteigrenzen hinweg – zusammenstehen, und das gilt für alle von uns. Lasst uns zeigen, dass wir da sind. Stellen wir doch wieder aufs Neue die alte, einfache Frage: Bist du dänisch oder deutsch!“ Vielen Nordschleswigern war auch noch 13 Jahre nach der Wiedervereinigung die Parteipolitik fremd, und der Redner erhielt den Zuruf: „Ja, genau!“¹⁵

Für das Kirchspiel Bjolderup sind die ersten Mitgliederlisten erhalten. Ein großer Teil dieser 506 Mitglieder machte auch Angaben zum Beruf. Aus der Landwirtschaft kamen 23 Hofbesitzer und Hofverwalter, 35 „Landwirte“ (Besitzer vornehmlich kleinerer Höfe), ein Kleinbauer sowie aus dem weiteren Umfeld der Müller und der Meierist. Unter den Geschäftsinhabern befanden sich 6 Kaufleute, 2 Händler, 1 Gastwirt und 1 Gärtner. 38 gaben als Berufsstand Handwerker an, dazu ein Bauunternehmer, ein Fuhrmann und 1 Musiker. Weiter waren 4 Lehrer oder Lehrerinnen, 1 Leiter einer Bankfiliale, 1 Krankenschwester, 1 Handelsvertreter sowie 2 nicht genauer spezifizierte „Beamte“ vertreten. Aus der Arbeiterklasse kamen 12 Arbeiter, 5 Bahnarbeiter, 1 Postbote und 1 Straßenarbeiter. Damit war das gesamte soziale Spektrum, wie es typisch für eine Landgemeinde ist, vertreten.¹⁶ Der zunächst letzte Ortsverein von „Danske Samfund“ wurde am 18. November in Feldsted gegründet.¹⁷ Das Schlusslicht bildete dann am 13. Dezember das Kirchspiel Broager.¹⁸ Eine Aufstellung – vor dieser letzten Gründung – belegt eine Mitgliederzahl von 14.177.¹⁹ In den 31 Kirchspielen, die diese Aufstellung umfasst, waren bei der Wahl zum Folketing 1932 18.148 dänische Stimmen abgegeben worden, darunter auch die Stimmen für die Sozialdemokraten. Dem standen 5.670 deutsche Stimmen gegenüber.²⁰ Die Mitgliederzahl von „Danske Samfund“ entsprach damit zu 78 Prozent den dänischen Stimmen im Grenzgebiet.

Gründung von „Grænsesognetes Danske Samfund“ am 20. November 1932

Mit der Errichtung der 31 Ortsvereine im Grenzgebiet war die Basis geschaffen für die Gründung des Dachverbandes „Grænsesognetes Danske Samfund“, die am 20. November 1932 im Tinglevhus vollzogen wurde. Wie im April im Folkehjem waren auch hier die Hauptredner H. P. Hanssen und Hans Jepsen Christensen. Sie unterstützten also ihre damalige Initiative weiterhin, traten danach aber in den Hintergrund. H. P. Hanssen hob hervor, dass Sievers und Peperkorn zwar nicht die Unterstützung Berlins hätten, aber: „Bei den Tatsachen, denen wir gegenüberstehen, handelt es sich nicht um die Befolgung von Anweisungen aus Berlin, sondern vielmehr um die heftige nationalsozialistische Agitation in Nordschleswig, was in vielen Bereichen verdeckt und versteckt vor sich geht, so dass wir nur schwer Genaueres darüber erfahren können. Wir kommen nicht umhin



Abb. 2
H.P. Hanssen, um 1930

zu erkennen, dass so manches von dem, was in den provozierenden Reden gesagt wird und was dann in Berlin abgemildert wird, jetzt in die Praxis umgesetzt wird. Mit erheblichen deutschen Geldmitteln gibt es vielfältige Bestrebungen, Nordschleswig zu nazifizieren.“ Deshalb sei „Danske Samfund“ ein notwendiges Gegengewicht. Hans Jepsen Christensen betonte, dass der Nationalitätskampf im Grenzgebiet entschieden werde.

Satzungsgemäß bildeten die Ortsvorsitzenden sowie deren Stellvertreter und Schriftführer das Leitungsgremium des Dachverbandes. Aus dem Gründungsausschuss wurden in den Vorstand gewählt: Direktor Martin Hammerich, Tønder, Hofbesitzer Hans Andersen, Kongsbjerg, Gepäckangestellter N. S. Sørensen, Fårhus, sowie Architekt Jep Fink, Aabenraa. Gewählt wurden außerdem der Arzt Hans Lorenzen aus Bov, der Hofbesitzer Johan Nielsen aus Klipleve, der stellvertretende Stationsvorsteher Hjortkilde aus Gråsten, der Hofbesitzer Jes Michelsen aus Jejsing sowie der Lehrer N. C. Spandet aus Jydevad.²¹

Auf der ersten Sitzung am 23. November 1933 in Tinglev wählte man die drei erstgenannten in den geschäftsführenden Vorstand mit Hammerich als Vorsitzendem. Der geschäftsführende Vorstand schickte einen Bericht über die Sitzung am 30. November an die Presse, in dem als Hauptaufgabe von „Danske Samfund“ die Abwehr von Anschlägen auf die Grenze beschrieben wurde. Die Äußerung war jedoch nicht feindlich gegenüber der Minderheit: „Die dänische

Grenzbevölkerung hat weder den Wunsch noch die Absicht, die Gegensätze zur deutschen Minderheit in Nordschleswig zu verschärfen. Sie hat vielmehr den Wunsch, dass die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nationalitäten den Charakter einer ehrlichen und friedlichen Kraftprobe haben mögen. Wir lehnen klar und deutlich jeden – insbesondere von außen kommenden – Versuch ab, das Niveau der nationalen und kulturellen Auseinandersetzungen zu senken und zu primitiven Mitteln zu greifen.“²²

Am 16. Dezember 1933 kamen die Vertreter der Dachorganisation zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Hier kritisierte Hammerich die „Nordschleswigsche Zeitung“, die „Danske Samfund“ als „dänische Front“ bezeichnet hatte: „Dansk Front‘ ist ein Kampfbegriff. ‚Dansk Samfund‘ dagegen ist eine weiter gefasste Bezeichnung; sie beschreibt eine Gemeinschaft, die nicht nur darin zum Ausdruck kommt, dass man sich in Reih‘ und Glied aufstellt, sondern auch darin, dass man seinen Mitgliedern in dieser Gemeinschaft positive Inhalte vermittelt.“ Hammerich betonte: „Aber um voranzukommen reicht es nicht, den Gegenspieler zu beobachten und zu neutralisieren. Letzten Endes besteht unser Kampf in einer geistigen Auseinandersetzung.“ „Danske Samfund“ sollte versuchen zu verhindern, „dass bestimmte Kreise nur ihre eigenen engen Interessen pflegen oder dass Cliquenwesen und interner Streit entsteht. Von vielen Seiten hat man mich davon unterrichtet, welchen Schaden eine solche Uneinigkeit anrichtet. Es hat auch Beispiele dafür gegeben, dass Einzelpersonen sich aus gekränkter Eitelkeit von der Arbeit zurückgezogen haben. Dansk Samfund bedeutet: dänische Einigkeit.“

In der Diskussion ging es insbesondere um die Dinge, die auf den vertraulichen Sitzungen im Sommer angesprochen worden waren. Unter den Teilnehmern befand sich der Seminarlehrer Claus Eskildsen aus Tønder, der mit einem verdeckten Seitenhieb gegen Hammerich sagte: „Man muss sich fanatisch für das Eigene einsetzen und dabei keine Rücksicht auf Andere nehmen. Natürlich dürfen die Fanfaren zum Kampf blasen, und wir dürfen durchaus die Waffen ergreifen, die die Gegenseite für uns bereithält, und dieser Waffen sollten wir uns auch bedienen. Wir sind nicht entschlossen genug.“ Zur Bedeutung der sozialen Wohltätigkeit für den nationalen Kampf sagte Realschulleiter Fallesen aus Tinglev: „Die Deutschen haben Nähschulen, deshalb sollten wir auch so etwas in allen Kirchspielen einrichten. Hier wird gebrauchte Kleidung umgenäht und dann den Armen geschenkt. Man kann die Menschen durch Geschenke an sich binden.“ Hammerich antwortete: „Die Idee, solche Nähschulen einzurichten, ist ausgezeichnet. Die Nähschulen stellen eine ausgezeichnete Waffe im Grenzkampf dar.“²³

Ausblick

Hammerichs Äußerungen zu den Nähschulen zeigen, dass die nationalpolitische „Kleinarbeit“ nach dem Ostersturm von 1933 große Bedeutung im Grenzkampf

erhalten hatte. Auf dänischer Seite sah man sich angesichts der deutschen Herausforderung der gleichen Forderung nach Zusammenhalt, Opferbereitschaft und Effektivität in den eigenen Reihen gegenüber wie vor 1920. Die Gründung von „Danske Samfund“ 1933 war erst der Anfang, aber es war ein organisatorisches Gerüst geschaffen. Hierauf konnte weiter aufgebaut werden, und zwar während des Wahlkampfes vor der „zweiten Abstimmung“ anlässlich der Wahl zum Folketing im April 1939 und auch nach der Besetzung Dänemarks 1940 durch deutsche Truppen, als „Danske Samfund“ sich ausweitete und sämtliche Kirchspiele in Nordschleswig umfasste. Unter der Bezeichnung „De sønderjydske Danske Samfund“ entstand eine erweiterte Dachorganisation. 1943/44 war „Danske Samfund“ mit 79.000 Mitgliedern die größte nationale Vereinigung, die es je in Nordschleswig gegeben hat.²⁴ Als die gegen die Grenze gerichtete Bedrohung aus dem Süden 1945 wegfiel, hatte „Danske Samfund“ seine Rolle ausgespielt. Dies machte sich insbesondere bemerkbar, als in den 1950er Jahren die nationale Entspannung einsetzte. Bei den nationalen Vereinigungen in Nordschleswig ist es jedoch oft so gewesen, dass die Organisationsstrukturen länger überlebten als die eigentliche Mission. Nachdem sich in den 1950er und 1960er Jahren viele Ortsvereine von „Danske Samfund“ aufgelöst hatten, kam 1970 auch das Aus für die Dachorganisation „De sønderjydske Danske Samfund“. Bald darauf folgten die noch verbliebenen Ortsvereine. „Danske Samfund“ hatte sich überlebt.

Übersetzung: Eckhard Bodenstein

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu Peter Hopp und Carsten Mogensen: Ostersturm/Påskeblæsten 1933. Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion/Kilder til den dansk-tyske grænseregions historie II. Flensburg 1983. Außerdem Peter Hopp: Bemerkungen zum „Ostersturm“ 1933 (Erich Hoffmann und Peter Wulff: „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins Band 81. Neumünster 1983, S. 189-207) und Sven Tägil: „Påskstormen“ 1933 – strukturelle element i en gränskonflikt (Historia och samhälle. Studier tillägnade Jerker Rosén. Malmö 1975, S. 209-226).
- 2 Einladung im Landsarkivet Åbenrå (LÅÅ), H. P. Hanssens Privatnachlass Nr. 162.
- 3 Karen Gram Skjoldager: Grænsen ligger fast! Det sønderjyske spørgsmål i dansk udenrigs- og indenrigspolitik 1920-1940, S. 108-110. Das Gesetz über das Tragen von Uniformen ist wiedergegeben bei Hopp und Mogensen (siehe Anm. 1), S. 119.
- 4 Hejmdal 16.11.1933: Haderslev 7, Toflund 1, Aabenraa 7, Sønderborg 15, Gråsten 2, Tønder 4, Ribe 1.

- 5 Hopp und Mogensen (siehe Anm 1), S. 154 f. Siehe auch Frede Nielsen: Fra Udmark til Forpost. Den sønderjydske Arbejderbevægelses Historie. København 1938, S. 192-198.
- 6 Hopp und Mogensen (siehe Anm. 1), S. 157-161.
- 7 Vgl. hierzu Knud Fanø, Fr. Rudbeck und Inger Bjørn Svensson (Hrsg.): Det unge Grænseværn DUG, Sønderborg 1983.
- 8 Bereits beschrieben bei Hans Andersen: Da der blev kaldt til samling. Oprettelsen af De danske Samfund i grænseområdet i 1933 (Nord*Syd, 2. Jahrgang, 1957/58, S. 204-211) sowie bei Kai Edvard Larsen: Fra en stormfuld tid. De sønderjydske Danske Samfunds historie. Sønderborg 1969, S. 29-42. Diese beiden Berichte beruhen im Wesentlichen auf persönlichen Erinnerungen, ergänzt durch Dokumente jener Zeit.
- 9 Dansk Biografisk Leksikon, Band V, København 1980, S. 527 f. (Hans Lund).
- 10 Rundschreiben im LAÅ, H. P. Hanssens Privatnachlass Nr. 50. Gutachten und Empfehlungen im LAÅ, Archiv von De sønderjydske Danske Samfund, Nr. 15/7.
- 11 Einladung zur Sitzung in Tønder im LAÅ, H. P. Hanssens Privatnachlass Nr. 50. H.P. Hanssens ausführliche stichwortartige Aufzeichnungen ebd. Nr. 162.
- 12 Bericht von Martin Hammerich auf der Sitzung in Tønder am 16.10.1933 im LAÅ, Archiv des Danske Samfund Nr. 15/7. Hejmdal 18.10.1933, Artikel: „Samling af alle Danske i Grænseområdet.“
- 13 ebd.
- 14 Hejmdal 18.10.1933.
- 15 Hejmdal 26.10.1933. Siehe auch Sønderjyske Årbøger 1994, S. 251-268.
- 16 LAÅ, Vereinsarchive acc. 338, Danske Samfund in Bjolderup Sogn.
- 17 Hejmdal Oktober-November 1933.
- 18 Hejmdal 14.12.1933.
- 19 LAÅ, Archiv von Danske Samfund 15/0, Anlagen zu den Sitzungsprotokollen 1933-40. Die vorliegende Aufstellung ist ohne Berücksichtigung der späteren Zuwächse an Mitgliedern in Aabenraa, Felsted und Tønder, jedoch mit Berichtigung einiger unwesentlicher Rechenfehler.
- 20 Franz von Jessen: Haandbog i det slesvigske Spøgsmaals Historie III, København 1938, S. 240-244.
- 21 Hejmdal 21.11.1933.
- 22 LAÅ, Archiv von Danske Samfund 15/0, Sitzungsprotokolle 1933-40 mit Anlagen.
- 23 ebd.
- 24 Vgl. hierzu Hans Schultz Hansen: Die „Zweite Abstimmung“. Die Folketingswahl am 3. April 1939 in Nordschleswig (GFH 3/1999, S. 149-170) sowie vom gleichen Verfasser: Sindelagskamp og samarbejdspolitik (Hans Schultz Hansen und Henrik Skov Kristensen (Hrsg.): Sønderjylland under krig og besættelse 1940-1945. Aabenraa 2003, S. 34-56).

Die „Affäre C. G. Jung“ und der Rabbiner von Friedrichstadt

von *BERND PHILIPSEN*

Die sogenannte „Affäre C. G. Jung“ schlug 1934 derart hohe Wellen, dass sie selbst die entlegene schleswig-holsteinische Provinz erreichten. Sie führten zu einem auf hohem intellektuellen Niveau und mit gegenseitigem Respekt ausgetragenen Dialog zwischen dem in Friedrichstadt amtierenden Bezirksrabbiner Benjamin Cohen und Carl Gustav Jung, dem weltberühmten schweizerischen Arzt, Psychologen, Psychiater und Begründer der Analytischen Psychotherapie, der die Debatte ausgelöst hatte. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach Jungs Haltung zum gerade erst etablierten nationalsozialistischen Regime und zur Rassentheorie der neuen Machthaber in Deutschland. „Ist Jung ‚gleichgeschaltet‘?“ titelten beispielsweise Zeitungen in der Schweiz und in Deutschland. Oder: „Ist Jung Antisemit?“

C. G. Jung – ein Wanderer zwischen verschiedenen Wissenschaften – gilt als einer der bedeutendsten Denker und Gelehrten des zwanzigsten Jahrhunderts. Geboren am 26.7.1875 in Kesswil (Thurgau/Bodensee) als Sohn eines reformierten Pfarrers, hatte er sich als 25-Jähriger entschlossen, Psychiater zu werden. Nach Promotion und Habilitation war er als Dozent für Psychiatrie an der Züricher Universität tätig; später lehrte er als Professor für Psychologie an der Universität Basel. 1911 übernahm er die Präsidentschaft der von ihm selbst gegründeten internationalen psychoanalytischen Vereinigung. Dieses mit beträchtlichem internationalen Renommee verbundene Amt legte er aufgrund eines Zerwürfnisses mit seiner einstigen wissenschaftlichen Leitfigur Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse, nach einigen Jahren nieder. Verbunden damit waren eine Abkehr Jungs von der „vergleichsweise rationalistisch-aufgeklärten Psychoanalyse Freudscher Prägung“¹ und die Entwicklung einer eigenen analytischen Psychologie, eines Verfahrens auf psychologischer und ganzheitlich-spiritueller Grundlage. Während im Mai 1933 auch Werke des Juden Freud auf den Scheiterhaufen der von NS-Organisationen in Deutschland inszenierten Bücherverbrennungen² in Flammen aufgingen, geriet Jung „wegen seiner doppelzüngigen Nähe zu einigen Elementen der nationalsozialistischen Ideologie (z. B. Rassismus)“³ zunehmend in die Kritik. Zu jenen, die sich öffentlich an der Diskussion über Jungs Einstellung zur NS-Ideologie beteiligten, gehörte von der jüdischen Seite Benjamin Cohen, Rabbiner für den Bezirk Friedrichstadt/Flensburg mit Sitz in Friedrichstadt.

Cohen entstammte einer alten sefardischen⁴, ursprünglich in Marokko ansässigen Rabbinerfamilie und wurde am 11.4.1895 als Rabbinersohn in Altona geboren.⁵ Benjamin Cohen studierte rabbinische Wissenschaften und Philosophie. In Göttingen promovierte er zum Dr. phil., seine Rabbinerausbildung schloss er gleichzeitig in Berlin ab mit dem Ziel, die Familientradition fortzuführen. Nach kurzen Amtszeiten als junger Rabbiner in Heilbronn, Berlin und Schönlanke (Westpreußen) übernahm er 1928 die neugeschaffene Position eines Bezirksrabbiners in Friedrichstadt. Sein beruflicher Weg führte ihn damit in eine Problemregion mit nur schwach ausgebildeter jüdischer Infrastruktur und zurückgehenden Mitgliederzahlen. Er nahm die Herausforderung an und setzte sich unermüdlich für den Ausbau jüdischer Einrichtungen, die Stärkung des Gemeindelebens und die Unterstützung jüdischer Familien zwischen Dithmarschen und Nordschleswig ein. Sein Rabbinatshäuschen in der Westermarkstraße war zugleich eine Gelehrten- und Studierstube: Hier entstanden zahlreiche Vortrags-, Aufsatz- und Buchmanuskripte sowie Zeitungstexte vor allem zu religionsphilosophischen Themen. Sein Kieler Amtskollege Arthur Posner charakterisierte ihn als einen „selbständigen Denker, erfahren in Talmud und Halacha“.⁶ Cohen identifizierte sich ein Stück weit mit der von ihm zu betreuenden Region und wollte lange Zeit nicht wahrhaben, dass es den zur Macht strebenden Nationalsozialisten gelingen werde, „den gesunden Sinn des Volkes völlig zu verderben und gegen uns einzunehmen [...]. Auf persönliche Verunglimpfung stößt der Jude in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt heute nicht, selbst wo nur die uns feindlichste Partei gewählt wurde.“⁷ Doch es sollte anders kommen: Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30.1.1933 und dem antijüdischen Boykott-Tag am 1.4.1933 nahmen die antisemitische Hetze und Hassausbrüche gegen Juden und ihre Einrichtungen neue, erschreckende Dimensionen an – auch im als tolerant gepriesenen Friedrichstadt. Cohen reagierte darauf zunächst mit dem eindringlichen Appell an seine Glaubensbrüder, im Gottvertrauen Kraft zu schöpfen und – allen Anfeindungen zum Trotz – an den jüdischen Traditionen festzuhalten.⁸ Erst später sollte auch er die Notwendigkeit von Abwehr und Selbstbehauptung erkennen. Als die Affäre um die umstrittenen Thesen C. G. Jungs auf ihren Höhepunkt zu-steuerte, schaltete sich Cohen in die Debatte ein. Jung, der 1933 Präsident der Internationalen Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie geworden war⁹, hatte ein Jahr darauf im inzwischen „nazifizierten“¹⁰ verbandseigenen „Zentralblatt für Psychotherapie und ihre Grenzgebiete“, deren Herausgeber er war, gegen die so genannte jüdische Psychoanalyse polemisiert – und das zu einem Zeitpunkt, an dem die jüdische Bevölkerung in Deutschland aufgrund des politischen Druckes und erster staatlich gesteuerter Willkürmaßnahmen in Bedrängnis geraten war und zahlreiche Familien bereits das Land fluchtartig verlassen hatten.¹¹ In seinem 16-seitigen Aufsatz „Zur gegenwärtigen Lage der



Abb. 1 Bezirksrabbiner Benjamin Cohen



Abb. 2 Psychoanalytiker Carl Gustav Jung

Psychotherapie“ war es vor allem folgende Passage, die eine schlagzeilenträchtige Auseinandersetzung auslöste und selbst wohlmeinenden Jung-Gefährten Rätsel aufgab:

„Der Jude als Angehöriger einer etwa 3000jährigen Kulturrasse, ist wie der gebildete Chinese in einem weiteren Umkreise psychologisch bewußt als wir. Infolgedessen ist es auch für den Juden im allgemeinen weniger gefährlich, sein Unbewußtes negativ zu bewerten. Das arische Unbewußte dagegen enthält Spannkkräfte und schöpferische Keime von noch zu erfüllender Zukunft, die man nicht ohne seelische Gefährdung als Kinderstubenromantik entwerten darf. Die noch jungen germanischen Völker sind durchaus imstande, neue Kulturformen zu schaffen, und diese Zukunft liegt noch im Dunkeln des Unbewußten in jedem einzelnen, als energiegeladene Keime, fähig zu gewaltiger Flamme. Der Jude als relativer Nomade hat nie und wird voraussichtlich auch nie eine eigene Kulturform schaffen, da alle seine Instinkte und Begabungen ein mehr oder weniger zivi[li]siertes Wirtsvolk zu ihrer Entfaltung voraussetzen. Die jüdische Rasse als Ganzes besitzt darum nach meiner Erfahrung ein Unbewußtes, das sich mit dem arischen nur bedingt vergleichen läßt. Abgesehen von gewissen schöpferischen Individuen ist der Durchschnittsjude schon viel zu bewußt und differenziert, um noch mit den Spannungen einer ungeborenen Zukunft schwanger zu gehen.

Das arische Unbewußte hat ein höheres Potential als das jüdische; das ist der Vorteil und der Nachteil einer dem Barbarischen noch nicht völlig entfremdeten Jugendlichkeit. Meines Erachtens ist es ein schwerer Fehler der bisherigen medizinischen Psychologie gewesen, daß sie jüdische Kategorien, die nicht einmal für alle Juden verbindlich sind, unbesehen auf den christlichen Germanen oder Slawen verwandte. Damit hat sie nämlich das kostbarste Geheimnis des germanischen Menschen, seinen schöpferisch ahnungsvollen Seelengrund als kindisch-banalen Sumpf erklärt, während meine warnende Stimme durch Jahrzehnte des Antisemitismus verdächtigt wurde. Diese Verdächtigung ist von Freud ausgegangen. Er kannte die germanische Seele nicht, so wenig wie alle seine germanischen Nachbeter sie kannten. Hat sie die gewaltige Erscheinung des Nationalsozialismus, auf den eine ganze Welt mit erstaunten Augen blickt, eines Besseren belehrt? Wo war die unerhörte Spannung und Wucht, als es noch keinen Nationalsozialismus gab? Sie lag verborgen in der germanischen Seele, in jenem tiefen Grunde, der alles andere ist als der Kehrichtkübel unerfüllbarer Kinderwünsche und unerledigter Familienressentiments. Eine Bewegung, die ein ganzes Volk ergreift, ist auch in jedem einzelnen reif geworden.“¹²

Der erste Widerspruch gegen Jungs Gegenüberstellung von jüdischer und germanischer Psychologie und seine rhetorischen Anleihen an der NS-Diktion kam aus dem eigenen Land: Der gebürtige deutsche, aber in der Schweiz lebende Psychoanalytiker Gustav Bally warf Jung in einem Zeitungsartikel vor, nicht deutlich gemacht zu haben, dass das Fach der Psychotherapie von Juden und Nichtjuden und Menschen romanischer wie germanischer Abkunft begründet worden sei.¹³ Er warnte Jung vor einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten und betonte: „Wer sich mit der Rassenfrage als Herausgeber einer gleichgeschalteten Zeitschrift vorstellt, muß wissen, daß sich seine Forderung vor einem Hintergrund organisierter Leidenschaft erhebt, der ihr schon die Deutung geben wird, die in seinen Worten impliziert erhalten ist.“

Das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz“ griff den – wie es schrieb – „temperamentvollen Angriff Dr. Ballys“ in Form einer erläuternden Meldung unter der Überschrift „C.G. Jung ‚gleichgeschaltet‘“ auf und transportierte damit Informationen über die „Äffäre Jung“ bis nach Friedrichstadt ins dortige Rabbinat.¹⁴ Rabbiner Benjamin Cohen, Mitarbeiter verschiedener jüdischer Zeitschriften, war wohl auch regelmäßiger Leser des „Israelitischen Wochenblattes“ aus der Schweiz. Der publizistisch erfahrene Cohen reagierte auf Jungs Äußerungen mit einer ausführlichen, ausgewogenen Stellungnahme, die er der Redaktion der in Zürich beheimateten Wochenzeitung zur Veröffentlichung zusandte. Sein mit „B. Cohen“ gezeichneter Text erschien – eingeleitet von dem redaktionellen Hinweis „Wir erhalten aus Deutschland folgende interessante Zuschrift“ – in der Ausgabe vom 16. März 1934 auf der Titelseite mit der mit einem Fragezeichen

versehenen Schlagzeile „Ist C. G. Jung ‚gleichgeschaltet‘?“ und wurde wegen der Länge im Innern des Blattes fortgesetzt.¹⁵ Der Autor aus Deutschland – eindeutig ein Jung-Kenner – formulierte einleitend ein gewisses Verständnis für Positionen des Psychoanalytiker aus der Schweiz. „Da nun C. G. Jung eine Minderbewertung jüdischen Denkens von sich weist, so sehen wir hiezulande den Fall nicht hoffnungslos an; zumal wenn man jahrelang sich der Erforschung Jungschen Denkens gewidmet hat, würde es ein schmerzliches Gefühl sein, dem Urteil Ihres Gewährsmannes [gemeint ist Jung-Kritiker Gustav Bally; d. Verf.] voll beipflichten zu müssen“, schrieb Cohen und bezog sich damit auf eine Klarstellung Jungs, es sei nicht seine Absicht gewesen, Juden herabzusetzen. „Und in C. G. Jungs Munde ist selbst das keine Herabwürdigung, wenn er das psychologische Schaffen moderner europäischer Juden mit dem der fernöstlichen Menschen in Vergleich stellt“, nahm er Jung in Schutz und schrieb weiter: „Selbst bei objektivitätsbeflissenen Forschern wie Jung wollen wir es verzeihlich finden, wenn ihnen der Weg zum seelischen Begreifen klarer jüdischer Gesetzessymbole bisweilen verschlossen scheint [...]. Hier wirkt [...] noch die protestantische, der Werkheiligung feindliche Präformierung Jungs sichtlich nach. Von dieser Position aus ist eben der tief seelisch begründete Unterschied einfach unverkennbar, der sich zwischen Milah [= Beschneidung, ein Grundgebot des Judentums, die am 8. Tag nach der Geburt des Jungen zu vollziehen ist; d. Verf.] und – heidnischen Kinderopfern auftut. Hinzu kommt, daß Jung selber zur Kenntnis der Einzelgesetze nie gelangt ist, aus denen unsere Tradition [...] die sittigenden Lehren etwa des Milahgesetzes ableitet. [...] Falsche Uebersetzungen Luthers und anderer tun ein weiteres dazu, dieses Nichtverständnis zu vervollständigen. [...] Es dürfte, angesichts so mancher auf Nichtinformiertheit und auf Anwendung heimisch-christlicher Maßstäbe beruhenden einzelner Irrtümer, wohl nicht angebracht sein, einen Forscher wie C. G. Jung wegen seiner politischen Einstellung die Größe und Bedeutung abzusprechen, ja ihm kleinliche Motive für die genannte Einstellung zu imputieren. [...] Zur Abwehr aber der Mißverständnisse, die auch ihm nicht erspart blieben, sei von unserer Jugend das verlangt, was von dem außenstehenden Weltweisen nicht zu erwarten steht: Vertiefen in Gesetzeskunde und Gesetzesgeist, bis daraus das Verständnis des Gesetzes in allen seinen Tiefen erblüht. Vielleicht erstet dann dem kommenden Geschlecht der Mann, der aus tiefer Kenntnis der Thora und Tradition das erbaut, das uns und das selbst den größten Geistern der Gegenwart fehlt: die Psychologie des gelebten Judentums, von der Welt aus gesehen, oder noch besser: die Psychologie der Welt, vom gelebten und gekannten Judentum aus gesehen. [...] Das beste Mittel aber, die Gegnerschaft von Leuten wie C. G. Jung, die nur auf unvollständiger Kenntnis jüdischer Traditionen beruht, zu ertragen und abzuwehren ist: Selbst besser machen, gründlicher jüdische Lehren lernen.“

Damit hatte Benjamin Cohen aus der Sicht des „Israelitischen Wochenblattes“ doch zu viel Verständnis für Jung und seine angreifbaren Positionen gezeigt, und die Redaktion sah sich herausgefordert, die Stellungnahme des Friedrichstädter Rabbiners mit distanzierenden Sätzen zu ergänzen. In der redaktionellen Anmerkung wurden an dem in dem Jung-Text erwähnten Vergleich zwischen jüdischer und chinesischer Psychologie deutliche Kritik geübt und namentliche Beispiele angeführt, „wie der Jude der Psyche europäischer Völker nahegekommen ist.“¹⁶ Daran anknüpfend wurde die Frage aufgeworfen: „Steht es ähnlich mit den fernöstlichen Menschen?“ und folgendermaßen beantwortet: „Der Jude, der jahrhundert-, ja jahrtausendlang neben dem Nichtjuden lebt, steht ihm psychisch unendlich näher als der Mongole des Ostens, ist in seiner eigenen Psyche auf tiefste von seiner Umwelt beeinflusst. Er ist mit ihr oft so verwachsen, daß er selbst schöpferisch ‚deutschstämmige‘ Eigenwerke schaffen kann. Es mag sein, daß C. G. Jung’s Auffassungen tiefer fundiert sind, als der erste Eindruck es vermuten ließ. Aber der von ihm gewählte Vergleich ist sicher abwegig und erweckt das Empfinden, daß er, auch im Rahmen von Jung’s Auffassungen, willkürlich weit gegriffen und nicht mehr objektiv ist, daß also doch eine gewisse ‚Gleichschaltung‘ Jung’s eingetreten ist, selbst wenn er es im übrigen nicht wahrhaben will, daß er ‚gleichgeschaltet‘ ist. Ein fundamentaler Unterschied zwischen deutschstämmiger und semitischer Psychologie, wie Jung ihn neuerdings feststellen will, wird eben von allen nicht ‚gleichgeschalteten‘ Forschern bestritten.“

Jung fühlte sich von der Stellungnahme Cohens positiv angesprochen und bedankte sich in einem Brief an den Verfasser für den „verständnisvollen wie anständigen Artikel“ und hob hervor: „Solch‘ ein Ereignis ist in jetziger Zeit, wo die Dummheit wahre Orgien feiert, eine Seltenheit.“¹⁷ Ferner ging er auf einige von Cohen angesprochene Kritikpunkte ein und schrieb: „Ihre Kritik meiner Unwissenheit in jüdischen Dingen ist sehr berechtigt. Ich verstehe kein Hebräisch. Sie scheinen mir aber eine politische Einstellung zu imputieren, die ich in Wirklichkeit nicht besitze. Ich bin ganz und gar nicht ein Gegner der Juden, wenn ich auch ein Gegner Freuds bin; denn ich kritisiere ihn wegen seines materialistischen und intellektualistischen und nicht zuletzt wegen seines irreligiösen Standpunktes, aber nicht deshalb, weil er ein Jude ist. Insofern seine Lehre in gewissen Hinsichten auf der jüdischen Prämisse beruht, ist sie für den Nichtjuden ungültig. Ich bestreite auch nicht meine protestantische Voreingenommenheit. Wäre Freud für die Ideen anderer etwas toleranter gewesen, so stünde ich heute noch an seiner Seite. Seine Intoleranz – das für mich Anstößige – halte ich für eine persönliche Eigentümlichkeit.“

Cohen brauchte knapp einen Monat, um Jung zu antworten. In seinem handschriftlichen Antwortbrief konstatierte er zunächst die „geringe Lust der Presse an der Wahrheit, die Sie mit Recht beklagen“ und thematisierte dann den von

habe China ja überhaupt nur deshalb angeführt, weil ich drastisch zeigen wollte, wie unsinnig es ist, mir Antisemitismus vorzuwerfen, wenn ich behaupte, daß zwischen dem Juden und dem europäischen sog. Arier Unterschiede bestünden.“¹⁹ Zwar riss nun der direkte Dialog zwischen Jung und Cohen ab, doch die öffentliche Diskussion ging weiter. Vor allem die „Jüdische Rundschau“, die einflussreiche, zionistisch ausgerichtete Berliner Wochenzeitung, veröffentlichte weiterhin zahlreiche Stellungnahmen. „Die Judenfrage in der Psychotherapie“ hieß es zum Beispiel in der Ausgabe vom 29.5.1934. Weitere Texte folgten unter derselben Schlagzeile am 15.6.1934 und 22.6.1934. Am 3.8.1934 titelte die „Jüdische Rundschau“ „Schatten einer Diskussion“ und „Ist Jung Antisemit?“. Auch Benjamin Cohen meldete sich nochmals zu Wort: In einem Beitrag für den „Israeliten“, laut Untertitel „Centralorgan für das orthodoxe Judentum“ mit Sitz in Frankfurt am Main, beklagte er, dass „die herrschenden Strömungen der heutigen Wissenschaft, insbesondere Relativitätstheorie und Psychoanalyse, geeignet [seien], in der Menschheit, insbesondere der überlieferungstreuen Judenheit, viele geistige Verwilderungen anzurichten“.²⁰ In diesem Zusammenhang sprach er von „der [...] g'ttfremden Psychoanalytik“²¹ und der „nicht dem jüdischen Denken wohlgesinnte[n] Analytik C.G. Jungs“. Cohen zählte viele Jahre zu den Hausautoren dieses Blattes. In einem seiner letzten Beiträge, der zum jüdischen Neujahrsfest im September 1938 erschien, klagte er mit Blick auf die sich verschärfende antijüdische Politik Hitler-Deutschlands über „die schicksalsschwere Jahreswende“, auf die „mit noch innigerer Andacht als in früheren Jahren“ geantwortet werden müsse.²² Doch die Gewaltexzesse während des Novemberpogroms vom 9./10.11.1938 machten auch den letzten Zauderern klar: Für Juden gibt es in diesem Deutschland keine Zukunft. Auch Cohen sah sich bald zur Flucht gezwungen: Er emigrierte nach Holland und wurde dort später – nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen – von Judenhäschern der Nazis verhaftet. Am 16.11.1943 wurde er von dem niederländischen Sammellager Westerbork aus nach Auschwitz deportiert. In dem NS-Vernichtungslager wurde er am 31.3.1944 ermordet.²³

C. G. Jung hatte die Affäre von 1934 letztlich nicht geschadet. Er konnte seinen Ruhm in den folgenden Jahren noch mehren, wurde als Wissenschaftler international gefeiert und hochdekoriert. Doch nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er kurzzeitig von seiner Vergangenheit eingeholt: Vor allem in den USA, aber auch in der Schweiz flammte erneut Kritik an seinem „Verhalten während der Zeit des Nationalsozialismus“ auf; dabei wurde ihm auch vorgeworfen, sich antisemitisch geäußert zu haben.²⁴ Jung starb hochbetagt am 6.6.1961 in seinem Haus in Küsnacht und wurde in aller Stille in der Begräbnisstätte der Familie beigesetzt.

Anmerkungen

- 1 Richard Gebhardt: C.G. Jung und der deutsche Faschismus, Seminararbeit im Fachbereich Politische Psychologie, S. 9, 1997, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Institut für Politische Wissenschaften.
- 2 Auch in Schleswig-Holstein wurde „undeutsches Schrifttum“ öffentlich verbrannt, und zwar in Kiel, Lübeck, Flensburg, Schleswig, Eutin und Rendsburg.
- 3 Peter Seidmann: Jung, Carl Gustav, in: Deutsche Biographische Enzyklopädie, 2., überarbeitete und erweiterte Ausgabe, München 2006, Band 5, S. 414.
- 4 Die Judenheit teilt sich hauptsächlich in sefardische und aschkenasische Juden. Die sefardischen Juden gelten als Nachkommen der im 15. Jahrhundert aus Spanien (hebr. Sefarad) und Portugal vertriebenen Juden, die sich anschließend in Südosteuropa, Nordafrika, Asien, aber auch in Holland, England, Nordwestdeutschland und Amerika niederließen. Die aschkenasischen Juden stammen aus Mittel- und Osteuropa.
- 5 Bernd Philippen: „...ein selbständiger Denker, erfahren in Talmud und Halacha.“ Dr. Benjamin Cohen, Bezirksrabbiner von Friedrichstadt/Flensburg, in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz – Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, S. 108.
- 6 Arthur Posner: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Familien in Friedrichstadt an der Eider, unveröffentlichtes handschriftliches Manuskript, Jerusalem 1955, S. 130, Central Archives for the History of the Jewish People, P 40/33. – Mit Halacha werden die überlieferten jüdischen Religionsgesetze bezeichnet.
- 7 Benjamin Cohen: Aus der „braunsten“ Provinz, in: Israelitisches Familienblatt, Hamburg, Nr. 22 vom 2.6.1932. S. 11.
- 8 Awi Blumenfeld: „Geistige Führer in ernster Zeit“? Bedeutung und Aufgabe der Rabbiner in Schleswig-Holstein, in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz – Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, S. 89 f.
- 9 Der bisherige Präsident Ernst Kretschmer war aus Protest gegen die Nazi-Regierung in Deutschland und ihre Gleichschaltungsabsichten zurückgetreten.
- 10 Deirdre Bair: C.G. Jung – eine Biographie, München 2005, S. 639. – Auch der in der Schweiz lebende Exilant Thomas Mann spricht in seinem Tagebuch von einer „gleichgeschalteten Zeitschrift“ (Thomas Mann: Tagebücher 1933-1934, Frankfurt/Main 1977, S. 339).
- 11 Auch die Jung-Biographin Deirdre Bair (s. Anm. 10) wundert sich über den Zeitpunkt dieser Veröffentlichung: „Rätselhaft ist, warum Jung diesen kritischen Moment wählte, um in voller Absicht auf ‚das jüdische Problem‘ aufmerksam zu machen. Er wusste ja, dass die Nazis seine Psychologie für ihre antisemitische Propaganda ausnutzen und auch um die Verfolgung der Juden zu rechtfertigen“ (S. 641).
- 12 C.G. Jung: Zur gegenwärtigen Lage der Psychotherapie, in: Zentralblatt für Psychotherapie und ihre Grenzgebiete, Leipzig 1934, Heft 1, S. 9.
- 13 Gustav Bally: Deutschstämmige Psychotherapie, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.2.1934, S. 2.
- 14 C.G. Jung „gleichgeschaltet“, in: Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz, 2.3.1934., S. 12. – In der Meldung heißt es resümierend: „Uns scheint, daß man hier ganz

- klar den Psycho-Analytiker Jung selbst analysieren kann. Der Schatten des großen Juden Freud hat ihm sehr, sehr lange im Wege gestanden ... Unter dem jüdischen Publikum hat die Schwenkung Jungs peinliches Erstaunen erregt [...].“
- 15 B. Cohen: Ist C. G. Jung „gleichgeschaltet“? – Der „Fall C. G. Jung“ und das Judentum, in: Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz, 16.3.1934, S. 1 ff.
 - 16 Genannt wurden u. a. der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy, der Dichter Heinrich Heine, der Maler Wilhelm Steinhausen, der Gottfried-Keller-Herausgeber Jonas Fränkel, der Goethe-Biograf Emil Ludwig und der Politiker Theodor Duesterberg.
 - 17 Brief C. G. Jungs vom 26.3.1934 an Benjamin Cohen, abgedruckt in: Aniela Jaffé: C. G. Jung Briefe, erster Band 1906 bis 1945, Olten 1972, S. 201 f.
 - 18 Handschriftlicher Brief von Benjamin Cohen an C. G. Jung vom 22.4.1934, Bibliothek der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Archive und Nachlässe, HS 1056:2744.
 - 19 Brief C. G. Jungs vom 28.4.1934 an Benjamin Cohen, abgedruckt in: Aniela Jaffé: C. G. Jung Briefe, erster Band 1906 bis 1945, Olten 1972, S. 207 f.
 - 20 Benjamin Cohen: Der Thora Huldigung aus fremdem Munde, in: Der Israelit, Frankfurt/Main, Nr. 17 vom 26.4.1934, S. 4 ff.
 - 21 Orthodoxe Juden ersetzen bei dem Wort Gott das o durch ein Apostroph. Das geht auf das Verbot zurück, dass der geschriebene Name Gottes nicht ausgelöscht oder verunstaltet werden darf.
 - 22 Benjamin Cohen: Der Hüter Israels, in: Der Israelit, Frankfurt/Main, Nr. 39 vom 29.9.1938, S. 4 f.
 - 23 Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Koblenz 2006, Band I, S. 479.
 - 24 Deirdre Bair: C. G. Jung – eine Biographie, München 2005, S. 923.

Störenfriede in den Augen der NS-Dorfbobrigkeit

Zur Anwendung des „Heimtückegesetzes“ im Raum Flensburg

von *MATTHIAS SCHARTL*

Einleitung

„Allerdings gibt es noch immer einige, ewig nörgelnde Querulanten, die scheinbar [!] etwas Angst in den Knochen haben, die faseln [von] einem kommenden Krieg und landwirtschaftlichem Arbeitsmangel, ... Solche Leute sind nicht zu gebrauchen, man kann nur wünschen, dass sie so schnell wie möglich eines seligen Todes sterben.“ Diese markigen Worte finden sich in einem „Geheimbericht“ des NSDAP-Ortsgruppenleiters, Bürgermeisters und Amtsvorstehers von Viöl, Hans Hermann Carstensen, in dem er am 30. März 1935 routinemäßig das Husumer Landratsamt über die Stimmung in seinem Dorf unterrichtete.

Eigentlich war die Stimmung, wie er es selbst empfand, „im allgemeinen in letzter Zeit, wohl hervorgerufen durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bei dem allergrößten Teil der Bevölkerung gut. Es liegt wohl daran, dass ein jeder vernünftig denkende Mensch jetzt einsieht, dass unser Führer ein Mann der Zeit ist, der unserem Volk die Ehre wiedergegeben hat und damit der Freiheit entgegenführt. Und zweitens hoffen unsere Geestbauern jetzt auf eine allgemeine Wirtschaftsbelebung, deren Folgen auch für sie bessere Milchpreise bringt.“¹

Ungeachtet der von ihm konstatierten und tatsächlich auch vorhandenen breiten Unterstützung für das NS-Regime gab es durchaus Gründe für Unzufriedenheit und Enttäuschung, die den schönen Schein der neuen Volksgemeinschaft erheblich trübte. Nicht alle Menschen ließen sich von der NS-Propaganda blenden und waren angesichts bestehender Alltagsprobleme widerspruchslos zum Mitmachen bereit². Über diese „Miesmacher“ und „Querulanten“ wollte auch Carstensen seine Vorgesetzten nicht im Unklaren lassen. Er begnügte sich jedoch nicht nur mit allgemein gehaltenen Stimmungsberichten. Gut vier Jahre später ließ er seinen Wünschen Taten folgen, in dem er einen ihm unbequemen und dem NS-System kritisch gegenüberstehenden Dorfbewohner bei den vorgesetzten Behörden meldete.

Grundlage seiner Anzeige war das Ende Dezember 1934 erlassene „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform“. Dieses Gesetz ist gleichsam ein Spiegelbild des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs. Es richtete sich gegen alle, deren Verhalten „nicht in begeisterter Bejahung, Gefolgschaftstreue und respektvoller Ehrerbietung oder Bewunderung gegenüber den Führern, Organen und Symbolen des Regimes“

stand³. Ihnen drohten Sondergerichtsverfahren, in denen willfähige Juristen den Erwartungen der braunen Machthaber nachkamen, Todesurteile sprachen oder Haftstrafen verhängten, die manche der Angeklagten nicht überlebten.⁴ Immer wieder waren es private und aus nichtigen Gründen veranlasste Anzeigen von „linientreuen“, zum Teil aber einfach auch nur „rachsüchtigen Volksgenossen“, welche die nationalsozialistischen Verfolgungsorgane zum Handeln veranlassten⁵. Klaus Bästlein stellte schon 1988 bei der Sichtung der Akten des ehemaligen Sondergerichts Kiel, vor dem die Mehrzahl dieser Fälle in Schleswig-Holstein zwischen 1933 und 1945 verhandelt wurde, fest, es sei „erschreckend, dass offenbar simple Denunziation bei den örtlichen Polizei- und Parteistellen ausreichte, um missliebige Personen vor Gericht zu bringen“.⁶ Die Gestapo, personell unterbesetzt und allein viel zu schwach, um von sich aus ihre gefürchtete Rolle auch tatsächlich wahrzunehmen, avancierte dabei nach den Worten von Gerhard Paul zum „Mülleimer des Reiches“⁷. Ohne die Mithilfe der Bevölkerung hätte demnach das System des menschenverachtenden Terrors nicht funktionieren können.

„Die Erregung hier im Ort ist sehr groß.“ – Bäckermeister Hans Petersen aus Viöl

Die beiden im Folgenden präsentierten Vorfälle zeigen, dass Denunziation und darauf fußendes Unrecht auch und gerade in kleinräumigen sozialen Gemeinschaften verbreitet waren – selbst in Dörfern, in denen jeder jeden kannte. Hans Herrmann Carstensen, Hauptperson im ersten Fall, wurde 1901 in Viöl geboren. Hier bewirtschaftete er einen landwirtschaftlichen Familienbesitz. Carstensen war ein überzeugter Nationalsozialist. 1929 war er der NSDAP und der örtlichen SA beigetreten, wurde 1931 Kassierer der Ortsgruppe und war von 1933 bis 1945 Ortsgruppenleiter. Im Herbst 1933 erfolgte seine Ernennung zum Bürgermeister, Amtsvorsteher und Kirchspiels-Landgemeinden-Vorsteher. Bis Kriegsende amtierte Carstensen zudem als „Kreisbauernführer“ im Kreis Husum.

Opfer seiner Denunziation war der 51-jährige Bäckermeister Hans Petersen, der seit 1929 in Viöl ein florierendes Fachgeschäft betrieb. Dieses erweiterte er wenig später durch eine kleine Filiale. Mit einem Kleintransporter lieferte er seine Backwaren auch in die umliegenden Dörfer. Anders als die Mehrheit der Dorfbewohner arrangierte sich Hans Petersen nicht mit den neuen Machthabern und galt im Ort als NS-Gegner. Wegen seiner kritischen Haltung hatte ihn Carstensen sogar einmal offiziell verwarnt, denn Petersen hatte mehrfach den Hitlergruß verweigert und seinen Gesellen verboten, in der Backstube das Parteiabzeichen zu tragen.⁸

Bei einer seiner Auslieferungsfahrten suchte Hans Petersen am 25. August

1939 eine benachbarte Familie auf, die er beim Abendessen antraf. Es waren die Tage unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff auf Polen machten die Runde. In dem beiläufig geführten Gespräch betonte Petersen u. a., dass er selber ausländische Rundfunksender höre und daher bezweifele, dass die deutschen Nachrichten immer richtig seien. Dieser Sachverhalt wurde – möglicherweise vom ältesten Nachbarnssohn – dem stellvertretenden Bürgermeister Johannes Petersen mitgeteilt. Johannes Petersen muss über das Verhalten des Bäckermeisters sehr aufgebracht gewesen sein. Jedenfalls hielt er die ihm zugetragene Nachricht für so wichtig, dass er noch am selben Tag seinen Amtsvorsteher und Ortsgruppenleiter Carstensen informierte, als dieser an seinem Grundstück vorbeiging. Später bezeichnete er dies als privates Gespräch unter Nachbarn. Carstensen hielt es für geboten, die vorge-setzten Behörden zu unterrichten. Er informierte den Husumer Landrat Werner Kalmus⁹, der ebenso kurz entschlossen mit der Staatspolizei in Kiel telefonierte. Von dort erhielt Carstensen schließlich die Weisung, Hans Petersen durch den zuständigen Landgendarmen verhaften zu lassen und einen detaillierten Bericht über die Vorkommnisse zu verfassen.

In diesem Bericht ließ Carstensen seiner Phantasie freien Lauf und nutzte die sich ihm bietende Gelegenheit, sich eines unbequemen Mitbürgers zu entledigen. Er beschuldigte Hans Petersen wiederholt „gerade bei unseren Frauen eine miese und drückende Stimmung“ erzeugt zu haben. Er sei „von früher her als scharfer Gegner und Miesmacher“ bekannt. Carstensen hielt es daher für dringend geboten, „dass es solchen Kreaturen unmöglich gemacht wird, dass sie jetzt, wo die ganze Bevölkerung ruhige Nerven behalten muss, noch von Haus zu Haus gehen können, um ihre schlechte Stimmung zu verbreiten.“ Petersen müsse in „Schutzhaft“ genommen und „der Fall zur weiteren Veranlassung der Geheimen Staatspolizei übergeben werden“.¹⁰

Dieser Bericht erreichte über den Dienstweg die Staatspolizeistelle in der Kieler Düppelstraße, die schon zuvor Petersens Überführung zur staatspolizeilichen Vernehmung veranlasst hatte. Von dort kam er – ganz im Sinne Carstensen – in „Schutzhaft“ und wurde ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert¹¹. Ein Gericht wurde mit seinem Fall nicht betraut. In dem auf den 20. September 1939 datierten Schutzhaftbefehl des in den Fall eingeschalteten Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin hieß es zu den Gründen: „Er (Hans Petersen, M. S.) gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellung durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er durch hetzerische und defätistische Reden Unruhe in die Bevölkerung trägt.“¹²

Hans Petersens Ehefrau war nicht in der Lage, die Bäckerei allein fortzuführen und musste den Betrieb wenige Monate später einstellen. Die Familie mit den



Abb. 1
Bäckermeister
Hans Petersen, Viöl

vier minderjährigen Kindern hatte ihren Ernährer verloren, war praktisch mittellos und fiel der örtlichen Fürsorge anheim. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss Carstensen erkannt haben, dass er Hans Petersen Unrecht zugefügt hatte und setzte sich – wenn auch vergeblich – mehrfach für dessen Entlassung ein. Hans Petersen starb, entkräftet von den Entbehrungen im Konzentrationslager Sachsenhausen, nach gut zweieinhalbjähriger Haft am 23. Januar 1942.

Hans Hermann Carstensen wurde nach Kriegsende vom Flensburger Landgericht in einem Verfahren wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt, wobei eine zuvor gegen ihn verhängte Internierungshaft wegen seiner Verstrickungen in das NS-Unrechtssystem als Ortsgruppenleiter und Kreisbauernführer zum Teil angerechnet wurde. Sein mitangeklagter Stellvertreter Johannes Petersen wurde freigesprochen. Das Gericht sah von einer möglichen Zuchthausstrafe nur deshalb ab, weil Carstensen kooperationsbereit und geständig war. Strafmildernd wirkte ebenso sein Einsatz für die Haftentlassung von Hans Petersen, womit er aus Sicht der Richter, zumindest „die schwersten Folgen seines Unrechts“ verhindern wollte – nämlich Petersens Tod.

„Eine Belehrung oder Aufklärung des C. ist völlig aussichtslos.“ – Bauer und Altenteiler Nikolaus Cordsen aus Großenwiehe

Während Carstensen's Verhalten nach Kriegsende durch eine rechtskräftige Verurteilung bestraft wurde, erging in einem ähnlichen, ebenso vor dem Flensburger Landgericht verhandelten Verfahren ein Freispruch. Schauplatz des zur Verhandlung stehenden Vorfalls war das Kirchdorf Großenwiehe südwestlich von Flensburg. Hier lebte der 1883 in Atzbüll bei Esgrus (Nordangeln) geborene Altbauer Nikolaus Cordsen. Er hatte dort eine Hofstelle bewirtschaftet und wohnte nun nach der Betriebsübergabe an den ältesten Sohn zusammen mit seiner Frau Magda als Altenteiler. Im Dorf hatte er seine Abneigung gegen den Nationalsozialismus nie verhehlt, den er, wie es in späteren Berichten hieß, „besonders mit der Bibel bekämpfte“. Eine aktive Mitgliedschaft bei den Zeugen Jehovas konnte ihm zwar nicht nachgewiesen werden, für die NS-Dorfobrigkeit aber war er ein Störenfried. Mehrfach wurde er vom Bürgermeister vorgeladen, verwart und sogar einmal für einige Tage inhaftiert.¹³

Die Situation eskalierte am 9. Juni 1940, nachdem Cordsen gegenüber einem auf dem Hof beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen bemerkt haben soll, „dass Italien diese Woche gegen uns kämpfen und dass dann die ganze Welt vernichtet würde. Nachher würde es in 1 000 Jahren keinen Krieg mehr geben.“ Der Dorfklatsch trug seine Äußerung weiter, die auf diesem Weg auch den damaligen Bürgermeister Wilhelm Petersen erreichte. Wilhelm Petersen, Parteimitglied seit 1932, NSDAP-Zellenleiter und anschließend Ortsgruppenleiter sowie seit 1944 Amtsvorsteher in Großenwiehe, machte Meldung bei der zuständigen Dorfgendarmerie in Lüngerau. Diese veranlasste die Festnahme von Nikolaus Cordsen. Cordsen wurde ins Grenzkommissariat der Gestapo nach Flensburg verbracht, mehrfach vernommen und nach einer von der Staatsanwaltschaft veranlassten Untersuchung seines Geisteszustandes am 20. Dezember 1940 wegen Verbrechens gegen das Heimtückegesetz und verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen vom schleswig-holsteinischen Sondergericht in Kiel zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach Verbüßung der Strafe blieb Nikolaus Cordsen in Haft und kam nach Überstellung an die Gestapo in Neumünster ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Hier starb er nach offizieller Darstellung an den Folgen einer Ruhrerkrankung und doppelseitiger Lungenentzündung am 21. August 1942.¹⁴

Den wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagten stellvertretenden Bürgermeister Wilhelm Petersen sprach das Flensburger Landgericht im Rahmen der juristischen Aufarbeitung nach Kriegsende aus Mangel an Beweisen frei. In den Fokus rückte dafür ein weiterer lokaler NS-Funktionsträger, der damalige Amtsvorsteher von Großenwiehe, Hans Christian Beck aus Nordwiehe. Beck



Abb. 2
Bauer und Altenteiler
Nikolaus Cordsen,
Großenwiehe

war der NSDAP am 1. September 1930 beigetreten. Schon einen Monat später wurde er Ortsgruppenleiter, 1931 Amtsleiter für Agrarpolitik, 1934 Erbhofrichter. Von 1943 bis September 1944 war er schließlich im „Reichskommissariat Ostland“ als „Gebietslandwirt“ eingesetzt. Nach Kriegsende wurde er als Angehöriger der regionalen NS-Funktionseleite mehr als zweieinhalb Jahre interniert.¹⁵ Was für den eingangs geschilderten Fall von Hans Petersen gilt, wiederholte sich im Fall Nikolaus Cordsen. Waren die vorgesetzten Stellen erst einmal informiert, ließ sich das Rad nicht mehr anhalten. Beeck forcierte das Verfahren sogar und hatte damit wesentlichen Anteil daran, dass Cordsen nicht mehr zu seiner Familie zurückkehrte. In seinem an das Flensburger Landratsamt gerichteten Bericht, mit Abschrift an den zuständigen Gestapobeamten Richard Bruns vom Grenzpolizeikommissariat Flensburg¹⁶, hielt er fest: „Nach der Verhaftung des C. hört man in der Bevölkerung nur eine Meinung, nämlich dass es Zeit wurde, dass dieser Hetzer verschwand. Eine Belehrung oder Aufklärung des C. ist völlig aussichtslos. Er wird sofort nach seiner Entlassung wieder seine bisherige Tätigkeit, nämlich das Vertrauen und die Zuversicht der Führung des deutschen Volkes zu unterhöhlen, aufnehmen. Es kann vor allem nicht angehen, dass der

C. vor Beendigung des Krieges wieder zurückkehrt, da er sonst von neuem eine Beunruhigung in die Bevölkerung trägt.“ Ähnlich lautete es in einer bei ihm von der Staatsanwaltschaft angeforderten Führungsanfrage, in der er Nikolaus Cordsen schon im ersten Satz als „ein(en) sehr unverträgliche(n) Mensch(en)“ diffamierte. „Die Beweggründe zu seiner zersetzenden Tätigkeit liegen einzig und allein in seiner Ablehnung des nationalsozialistischen Staates. Irgendwelche Reue kommt für C. nicht in Frage. Ich bin davon fest überzeugt, dass er nach der Bestrafung seine Wühlereien fortsetzen wird.“

Die Entscheidungen des Landgerichts nach 1945

Obwohl die Flensburger Staatsanwaltschaft nach Kriegsende am 19. Oktober 1949 Anklage wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ erhob, wurde Beeck nicht zur Verantwortung gezogen. Die Beweise für die Eröffnung des Verfahrens reichten der 3. Strafkammer des Landgerichts nicht aus. Ihm wurde sogar zugute gehalten nicht aus „eigenem Entschluss“ – also vorsätzlich –, sondern pflichtgemäß als Amtsvorsteher auf besondere landrätliche Anweisung gehandelt zu haben. Wer diese Anweisung gegeben hatte, blieb jedoch ungeklärt. Die durch die Staatsanwaltschaft vernommenen Zeugen im Umfeld des Flensburger Landratsamtes – die früheren Landräte Heino Schröder und Claus Hans, der Kreisbauernführer und Landratsvertreter Wilhelm Thomsen, Sankelmark, Kreisoberinspektor Heinrich Rademacher sowie der Bezirksleutnant der Gendarmerie Wilhelm Lucht – griffen zu der Schutzbehauptung, sich nicht erinnern zu können. In der Begründung zur Verfahrenseinstellung bezeichnete die 3. Strafkammer Beecks damalige, im Rahmen der Führungsanfrage vorgenommene Einschätzung von Cordsen sogar als „wahrheitsgemäß“ und bescheinigte diesem damit ein formal einwandfreies Vorgehen. Sein Bericht an die Gestapo habe „keine Unwahrheiten oder auch nur erhebliche Übertreibungen“ enthalten. „Bei der Strafzumessung (gegen Beeck, M. S.) musste die oben geschilderte Persönlichkeit des Cordsen, die durch dessen Verhalten hervorgerufene Erregung der Bevölkerung und die Tatsache, dass der Angeklagte den Cordsen bereits früher schon wegen seines Verhaltens in freundschaftlicher Weise verwarnet hatte, zu Gunsten des Angeklagten wesentlich berücksichtigt werden“, hieß es in der Begründung. Was an einer solchen Verwarnung, die Cordsen sogar kurzzeitig in Haft führte, „freundschaftlich“ gewesen sein soll, hinterlässt hinsichtlich der Wertvorstellungen der hier urteilenden Juristen nicht nur einen faden Beigeschmack. Deren Haltung ist zugleich Ausdruck fehlender Sensibilität im Umgang mit offenkundigen nationalsozialistischen Menschenrechtsverletzungen. Mit Hinweis auf den Fall des früheren Amtsvorstehers Carstensen aus Viöl, auf den zu Beginn dieses Beitrags eingegangen wurde, legte die Staatsanwaltschaft zwar Beschwerde beim Ober-

landesgericht ein. Diese wurde dort nach kurzer Prüfung jedoch verworfen.¹⁷ Mitentscheidend für die Beeck widerfahrende Milde war möglicherweise, dass dieser als belasteter NS-Funktionsträger mehr als zwei Jahre in Internierungshaft zugebracht hatte und vom zuständigen Bielefelder Spruchgericht nur zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt worden war. Eine Strafe hätte daher das zu diesem Zeitpunkt – am 13. Dezember 1949 – vom Deutschen Bundestag verabschiedete und im Einstellungsbeschluss auch erwähnte Straffreiheitsgesetz verhindert. Dieses Gesetz hatte die auf dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 beruhenden, vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als strafwürdig anerkannten und als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichneten Denunziationsvergehen faktisch ausgehebelt¹⁸, denn es amnestierte alle vor dem 15. September 1949 begangenen Taten, die mit Gefängnis bis zu sechs Monaten beziehungsweise bis zu einem Jahr auf Bewährung hätten geahndet werden können. Das Straffreiheitsgesetz war Ausdruck der in der jungen Bundesrepublik aufkommenden Bereitschaft des „kommunikativen Beschweigens“ der NS-Vergangenheit mit dem Ziel, einen Schlussstrich zu ziehen¹⁹.

Die Verfahrenseinstellung im Falle Beeck reiht sich damit ein in eine Vielzahl gleichgelagerter Fälle, die vor den zuständigen Gerichten nach Kriegsende verhandelt wurden. Nur selten reichte aus Sicht der Justiz die Beweislage für Anklagen oder gar Verurteilungen²⁰. Für Schleswig-Holstein sind lediglich 837 Verfahren gegen 1903 Personen wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen überliefert. Dabei überwogen Verfahren wegen Denunziation mit 239 Fällen, Urteile wurden indes nur in 45 Verfahren gesprochen. Im bundesrepublikanischen Vergleich betrug der Anteil der beschuldigten Personen 3,1 Prozent, der Anteil der Verurteilungen lag bei knapp zwei Prozent.²¹

Vollends ausgeblendet im Verfahren gegen Carstensen und Beeck wurden die Beurteilung der subjektiven Schuld der Angeklagten und deren Wissen um mögliche Folgen. Diese hätten den beiden aber bewusst sein müssen. Erschwerend kam hinzu, dass sie den ihnen zustehenden Ermessensspielraum nicht zu Gunsten der Beschuldigten Hans Petersen und Nikolaus Cordsen genutzt, sondern im Gegenteil durch ihr energisches Eingreifen noch dafür gesorgt hatten, dass deren unbeschadete Rückkehr unmöglich wurde. So blieb der tragische Tod von Nikolaus Cordsen ungesühnt. Das berechnete Verlangen der Angehörigen, Auskunft über Tathergang und Täter zu erhalten, wurde von den urteilenden Richtern sträflich vernachlässigt und damit eine sich an den Geboten der Menschlichkeit orientierende Chance für die Aufarbeitung individuell erlittenen nationalsozialistischen Unrechts vertan.

Anmerkungen

1 Das Zitat entstammt einer wörtlichen Abschrift im Gerichtsurteil des Flensburger Land-

- gerichts vom 9. Oktober 1949 gegen Hans Hermann Carstensen, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) Abt. 354/996. Hierin dokumentiert ist auch der zweite in diesem Beitrag erwähnte Fall des Bauern Nicolaus Cordsen, Großenwiehe. Erstmals erwähnt von: Heinrich Lienau, Zwölf Jahre Nacht. Mein Weg durch das „Tausendjährige Reich“, Flensburg 1949, S. 65.
- 2 Auf derartige Probleme wie etwa eine oft unzureichende Lebensmittelversorgung, hohe Lebenshaltungskosten und als zu niedrig empfundene Löhne verweisen Friedrich Wilhelm Henning, Das industrialisierte Deutschland 1914-1976, Paderborn 1974; Gisela Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation im NS-Regime oder: Die kleine Macht der „Volksgenossen“, Bonn 1994, S. 72 f.; vgl auch die Stimmungsbilder der sog. SOPADE-Berichte – Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934-1940, Neudruck Frankfurt 1980.
 - 3 Peter Hüttenberger, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933-1939, in: Martin Broszat u. a. (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 6: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1981, S. 443.
 - 4 Für Schleswig-Holstein: Stefan Grimm, Das Sondergericht als „Maulkorb des kleinen Mannes“: Heimtückeverfahren, in: Robert Bohn, Uwe Danker (Hg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932-1945, Hamburg 1998, S. 190 ff.
 - 5 Gisela Diewald-Kerkmann, Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen „Helfer“ aus der Bevölkerung, in: Gerhard Paul, Klaus Michael Mallmann, Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 288 ff.
 - 6 Klaus Bästlein, Die Akten des ehemaligen Sondergerichts Kiel als zeitgenössische Quelle, in: ZSHG 113 (1988), S. 157 ff.
 - 7 Gerhard Paul, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein, Hamburg 1996, Zitat S. 121.
 - 8 Wie Anm. 1.
 - 9 Werner Kalmus, 1892 in Liebstadt im Kreis Mohrungen (Ostpreußen) geboren, war Landrat in Husum von 1936 bis 1940, kam von dort als Landrat nach Prenzlau, kehrte nach Internierung 1948 nach Husum zurück, wo er 1972 verstarb.
 - 10 Carstensen handelte bewusst und in völliger Kenntnis der Folgen. Er konnte durchaus selbst entscheiden, die „Verfehlung“ von Hans Petersen an die Gestapo zu melden oder es, wie ja schon zuvor geschehen, bei einer erneuten Verwarnung zu belassen. Auf den Ermessensspielraum verweist Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, S. 231 f.
 - 11 Die Verhängung von „Schutzhaff“ ohne vorheriges Gerichtsverfahren war ein überaus wirksames Instrument der Einschüchterung und zugleich „universell einsetzbare Allzweckwaffe“ als Ersatz für den zumeist aufwändigen kriminalistischen Schuld-nachweis, Paul, Staatlicher Terror, S. 201 ff.
 - 12 Cit. bei Lienau (Anm. 1), S. 65.
 - 13 Hierzu die schon oben genannte Akte in LAS Abt. 354/996 sowie Lienau, S. 92 ff.
 - 14 Laut Lienau (wie Anm. 1), S. 93, wurde der Tod willentlich durch ärztliche Experimente herbeigeführt, was er durch einen vertraulichen Hinweis eines Krankenpflegers

- erfahren haben will. Einen weiteren Beleg für diese Behauptung liefert er allerdings nicht, so dass deren Wahrheitsgehalt durchaus anzweifelbar bleibt. Im offiziellen Schreiben, mit dem die Familie über den Tod unterrichtet wurde, hieß es: „Es wurde ihm die bestmögliche medikamentöse und pflegerische Behandlung zuteil. Trotz aller angewendeten ärztlichen Bemühungen gelang es nicht, der Krankheit Herr zu werden.“, Cit. ebd. S. 93.
- 15 Zur Rolle der „Schleswig-Holsteiner“ im Reichskommissariat Ostland: Uwe Danker, Die drei Leben des Hinrich Lohse, in: Demokratische Geschichte 11, Malente 1998, S. 105 ff. Ders., Astrid Schwabe Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster, 2005.
 - 16 Bruns hatte in Großenwiehe ein Jagdrevier gepachtet. Zu Richard Bruns, der 1941 nach Norwegen beordert und dort nach Kriegsende wegen seiner Beteiligung bei der Erschießung von norwegischen Widerstandskämpfern hingerichtet wurde: Paul, Staatlicher Terror, S. 109, 139 und 243.
 - 17 Angefügt sei, dass die 3. Strafkammer des Landgerichts in einem anderen, allerdings zu einem früheren Zeitpunkt verhandelten Fall ungleich härter entschieden hatte. Dabei erhielt eine 53-jährige Frau aus Satrup wegen Denunziation des Satruper Kirchendiener Hermann Jacobsen „aus persönlicher Rachsucht“ drei Jahre Zuchthaus. Jacobsen selbst war vom Volksgerichtshof 1944 zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet worden. Hierzu: Jens Christian Jacobsen, Satrups Geschichte von 1918 bis 1945, in: Satrup. Das Herz von Angeln, Satrup 2002, S. 17 ff, S. 47.
 - 18 Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nach der Definition des 1945 von den alliierten Siegermächten eingerichteten Internationalen Gerichtshofes Humanitätsverbrechen wie Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation sowie Verfolgung aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen u.a. unmenschliche Handlungen, die an einer Zivilbevölkerung vor und während des 2. Weltkriegs begangen wurden, wie etwa die aus unehrenhaften Beweggründen erstattete Anzeige, durch die jemand einer strafbaren Handlung beschuldigt wird (Denunziation).
 - 19 Vgl.: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; für Schleswig-Holstein: Klaus Detlev Godau-Schüttke, Ich habe nur dem Recht gedient. Die „Renazifizierung“ der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945, Baden-Baden 1993. Das KRG 10 wurde im August 1951 zurückgenommen, Gerichte konnten danach Fälle von NS-Denunziation nur noch nach dem deutschen Strafgesetzbuch beurteilen.
 - 20 Hierzu: Claudia Bade, „Das Verfahren wird eingestellt“. Die strafrechtliche Verfolgung von Denunziation aus dem Nationalsozialismus nach 1945 in den Westzonen und in der früheren BRD, in: Historical Social Research 26 (2001), S. 70 ff.
 - 21 Mandy Jakobczyk, „Das Verfahren ist einzustellen“. Staatsanwaltlicher Ermittlungen wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Schleswig-Holstein bis 1965: Überblick auf der Basis eines empirisch-quantifizierenden Ansatzes, in: DG 15 (2003), S. 239 ff., S. 259, S. 290.

Pastor Johannes Schmidt-Wodder und der Rostock-Mythos

von *PETER HOPP*

Historische Legenden sind zählebig. Dies gilt auch für den Rostock-Mythos, obwohl er schon häufig entzaubert wurde. Die jüngste Abrechnung mit dieser Legende vollzog der dänische Historiker René Rasmussen in einigen scharfsinnigen Darlegungen, die insbesondere die vielschichtigen Interessen aufdeckten, die mit dieser Fabel verbunden sind.¹ Der Rostock-Mythos lebt von dem Ammenmärchen, dass der damalige linksliberale dänische Außenminister Peter R. Munch im Einvernehmen mit einigen Ministerkollegen, hohen Militärs und dem sozialdemokratischen Staatsminister Thorvald Stauning während eines Treffens in Bad Doberan/Rostock am 17. März 1940 eine kampflose deutsche Besetzung Dänemarks mit dem deutschen Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler abgesprochen habe.² Wahr ist, dass Hitler-Deutschland am 9. April 1940 im Zuge des auf Norwegen ausgerichteten militärischen Überfalls Dänemark sozusagen im Spaziergang „reibunglos“ besetzte. Zwar tastete die deutsche „Friedensbesetzung“ zur großen Enttäuschung der deutschen Minderheit in Nordschleswig die dänische territoriale Integrität nicht an, sie wurde aber dänischerseits auch weit über nationalbürgerliche Kreise hinaus als tiefe Demütigung empfunden, zumal Dänemark den deutschen Einmarsch fast widerstandslos hingenommen hatte. Letztlich war die Haltung der dänischen Regierung nur die logische Konsequenz einer dänischen Neutralitätspolitik mit schwacher militärischer Rüstung, die Munch und Stauning seit Jahren als Schutzmaßnahme gegenüber dem übermächtigen Nachbarn Deutschland befolgt hatten.³

Die schnelle Kapitulation am 9. April erregte Misstrauen gegenüber den Dispositionen der dänischen Regierung. Dies dokumentiert z. B. ein Schreiben des konservativen Politikers J. Christmas Møller an dänische Minister vom 15.5.1940.⁴ In diesem Brief wird auf Axel Chr. Hartel verwiesen, einen deutschfreundlichen Folketingsabgeordneten der den dänischen Nationalsozialisten nahestehenden Bauernpartei. Hartel war zudem maßgeblich am vergeblichen Versuch beteiligt, Stauning am 20.5.1940 zugunsten einer dänisch-nationalsozialistischen Regierung zum Rücktritt zu bewegen. Nach 1945 spielte Hartel eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Rostock-Legende. Ähnliches trifft auch auf Jørgen Sehested⁵ zu, der 1940 an mehreren dänisch-nationalsozialistischen Versuchen beteiligt war, die amtierende dänische Regierung zu stürzen. Beide, Hartel und Sehested,

waren Gutsbesitzer und verloren nach 1945 im Zuge der Rechtsabrechnung wegen landesverräterischer Tätigkeit erhebliche Teile ihrer Güter. So liegt es auf der Hand, dass beide nur von einem Rostock-Mythos profitieren könnten, um ihre Rehabilitation und die Rückgabe ihrer Güter zu erreichen. Und beide knüpften deswegen auch gute Kontakte zu Pastor Schmidt-Wodder (1869-1959).

In den folgenden Ausführungen soll keineswegs eine Gesamtdarstellung der Rostock-Legende geboten werden, sondern es soll vor allem versucht werden, Schmidt-Wodders Rolle und Absichten im Rahmen der Entstehung und Pflege des Rostock-Märchens aufzuzeigen.

Der Rostock-Mythos wurde erst nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands im Mai 1945 geboren, erst vorsichtig und zurückhaltend in den dänischen Internierungslagern und Gefängnissen für Landesverräter, um dann in den fünfziger Jahren eine wahre Blüte zu erleben, die danach in immer grotesker wirkenden Formen weiterlebte.⁶ Unlösbar sind Rostock-Mythos und Rechtsabrechnung in Dänemark⁷ miteinander verknüpft, durch die die deutsche Minderheit hart bestraft wurde.⁸ Allerdings fühlte sich die dänische Mehrheitsbevölkerung in Nordschleswig ganz überwiegend vom provokanten Auftreten der weitgehend nationalsozialistisch eingestellten deutschen Nordschleswiger und von deren unübersehbarer Sympathie für die deutsche Besatzungsmacht äußerst gedemütigt, so dass aufgestaute Hass- und Rachegefühle sich nach dem Ende des Krieges entladen wollten.⁹ Dass es aber in Dänemark nicht zu einer Nacht der „langen Messer“ kam, ist auch der kritisierten Rechtsabrechnung zu verdanken, auch wenn diese mit Hilfe von Gesetzen mit rückwirkender Kraft – insbesondere dem Strafzusatzgesetz vom 1. Juni 1945 – durchgeführt wurde. Die Rechtsabrechnung vermittelte letztlich das Gefühl, dass landesverräterisches Verhalten während der Besatzungszeit nicht ungesühnt blieb, und ermöglichte deswegen, langfristig im Grenzland auf eine Aussöhnung zu hoffen. Die damals Internierten und Verurteilten hatten allerdings für diese Sicht der Rechtsabrechnung wenig Verständnis, glaubten sie doch, der „Maßlosigkeit“ der Freiheitskämpfer und der „Doppelzüngigkeit“ der Zusammenarbeitspolitiker ausgeliefert zu sein. Die Minderheit (ca. 25.000 Personen) „beklagte“ rund 3.000 Verurteilte – davon 2.150 Kriegsdienstleistende – und ein fast gänzlich ausgeschaltetes kulturelles Leben. Sie empfand diese Behandlung, die wenig Rücksicht auf ihren nationalen Loyalitätskonflikt genommen hatte, als „übelste Rechtsverkehrungen“ und „unverzeihliche Unterminierung des Rechtsbewußtseins“.¹⁰ Selbstkritik am eigenen Verhalten während der Besatzungszeit oder gar Scham über Krieg und Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands war – auch angesichts der eigenen persönlichen und materiellen Not – kaum spürbar. Somit war insbesondere innerhalb der deutschen Minderheit ein idealer Nährboden für den Rostock-Mythos vorhanden, der Hoffnungen auf eine vollständige Rehabilitation schürte.



Abb. 1
Johannes Schmidt-Wodder

Mit der Veröffentlichung von Aksel Olesens¹¹ Buch „Fra utrykte Kilder“¹² erlangte der Rostock-Mythos 1951 seinen großen Durchbruch. Im Zentrum dieser Legende, oder wie scharfe Gegner dieser Gerüchte sich ausdrückten, als „Spinne in diesem Gewebe von Lügen“¹³ präsentierte sich nun Pastor Schmidt-Wodder, der Nestor der deutschen Minderheit, mit seiner Erklärung vom 15.11.1950 in Olesens Werk, einer Trumpfkarte für alle Anhänger des Rostock-Mythos.¹⁴ Durch seinen „Friedensverein“ vor dem Ersten Weltkrieg hatte Schmidt¹⁵ einigen Respekt in dänischen Kreisen erlangt, obgleich dieser gegen die preußisch-deutsche Köllerpoltik in Nordschleswig gerichtete Verein kaum pazifistisch oder demokratisch ausgerichtet war. Von 1920 bis 1939 vertrat er die deutsche Minderheit im dänischen Folketing und forderte stets eine Revision der Grenze von 1920 sowie kulturelle Autonomie für die deutschen Nordschleswiger. Der Durchbruch des Nationalsozialismus nach Nordschleswig drängte ihn 1933 ins politische Abseits, obwohl er nationalsozialistischen Vorstellungen weitgehend

zustimmte, sieht man von Gesinnungszwang, Gewalt und förmlicher Parteizugehörigkeit ab. Während der Besatzungszeit setzte er sich in Schrift und Wort, doch weitgehend den öffentlichen Auftritt meidend, für ein Zusammengehen eines vereinten Nordens mit Deutschland in einem großgermanisch geprägten Europa unter deutscher Führung ein und unterstützte gegen Kriegsende immer nachdrücklicher den nationalsozialistischen „Lebenskampf“, was seinem Ansehen in Dänemark sehr schadete.

Nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation im Mai 1945 scheute sich Schmidt nicht, gegen die „brutale“ Behandlung – auch im Rahmen der Rechtsabrechnung – der deutschen Minderheit und deutschfreundlicher Dänen zu protestieren, wobei er wenig selbstkritisch zu Werke ging.¹⁶ Vorläufiger Höhepunkt dieser Proteste von Schmidt war die Eingabe an den dänischen Reichstag im November 1945, die sein deutscher Mitstreiter in Nordschleswig, der Bauer und Dichter Hans Schmidt-Gorsblock, entworfen hatte. Über ein angebliches Rostock-Treffen fiel hierbei kein Wort.¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt stand Schmidt zudem in hoffnungsloser politischer Opposition zu den neuen loyalen und demokratischen Kräften innerhalb der deutschen Minderheit, die zur Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger (22. 11. 1945) führten. Grundlage dieser unausweichlichen politischen Neuorientierung der Minderheit waren die demokratischen Kräfte des kleinen Haderslebener Kreises von 1943 und das politische Geschick des pragmatischen Journalisten Ernst Siegfried Hansen.¹⁸

Schmidts politisches Wirken war vor, während und nach der Besatzungszeit von dänischen Behörden beobachtet worden. Nach einer verordneten Durchsicht seines umfangreichen Privatarchivs¹⁹ wurde er am 15.2.1946 mit dem Vorwurf des Hochverrats und der Werbung für Kriegsfreiwillige verhaftet.²⁰ Gut drei Wochen saß er im Sonderburger Gefängnis, bis er unter besonderen Auflagen nach Petersholm, seinem Alterssitz, in „Hausarrest“ entlassen wurde. Eine förmliche Anklage wurde nie erhoben; erst 1948 erfuhr er durch die Presse,²¹ dass gegen ihn aus „Altersgründen“ und wegen seiner „allgemeinen Verhältnisse“ nicht weiter ermittelt werde. Aber warum offenbarte er nicht sein angebliches Wissen über das Rostock-Treffen im Frühjahr 1940 mit seiner „merkwürdigen“ Begegnung mit Munch und seinem Verwandten, dem SS-Standartenführer Dr. Rudolf Jacobsen? Ein solcher Schritt hätte doch ihn und die Minderheit, von der viele bereits wegen „landesschädlicher Tätigkeit“ verurteilt worden waren, entlastet und die gesamte Rechtsabrechnung in Frage stellen können!

Doch auch ohne Schmidt bahnten sich 1948 die Gerüchte von angeblichen Absprachen langsam ihren Weg an die Öffentlichkeit, genährt vor allem von dänischen Inhaftierten, die durchweg einen nationalsozialistischen deutschfreundlichen Hintergrund aufwiesen. Dieses Gerede gab den Anstoß für Schmidts oben genannte Erklärung vom 15. 11. 1950. Der schon erwähnte Axel Hartel hatte über

den verhafteten konservativ-nationalsozialistischen Grafen Bent Holstein „erfahren“, dass Dänemark Mitte März 1940 mit Himmler verhandelt habe. 1946 traf Hartel dann den ebenfalls inhaftierten Leutnant Ove Leif Guldberg im Gefängnis, der Ende 1945 als Internierter im englischen Gefangenenlager 031 Nienburg an der Weser von ebenfalls eingesperrten deutschen SS-Männern von „Verhandlungen“ Himmlers mit Dänemark „gehört“ habe. Sich gegenseitig einredend, sie seien nun den „wahren“ dänischen Landesverrätern auf der Spur, schickten sie beide, Hartel und Guldberg, Schreiben an das dänische Justizministerium, ohne dort allerdings für voll genommen zu werden. Dennoch waren die Mitglieder der parlamentarischen Kommission, die die Verhältnisse während der Besatzungszeit zu untersuchen hatten, verunsichert und unterzogen Munch am 20.9.1946 einer eher formlosen Befragung, ob er etwas über mögliche Verhandlungen in Rostock kurz vor der Besetzung wisse. Munch verneinte dies in seiner „kühlen“, „ruhigen“ und „lächelnden“ Art.²² Ein damals eindringlicheres Verhör Munchs, verbunden mit einer Durchsicht seines umfangreichen Archivs, hätte den Rostock-Gerüchten schon früh den Wind aus den Segeln nehmen können. Nach seinem Tod im Jahre 1948 gab es dazu keine Möglichkeit mehr.²³

Doch Guldberg ließ nicht locker: Am 25.6.1947 – mit dem Zusatzdatum „Fastnacht 1948“ – wandte er sich in einem „Rundschreiben“ an den dänischen König: „Nun werden die wahren Gesichter gezeigt“ („Nu falder maskerne“).²⁴ Zudem verkündigte er in einem weiteren Aufruf an das dänische Volk vom August 1950, dass Munch durch einen Repräsentanten Himmlers über die bevorstehende Besetzung Dänemarks informiert worden sei und dass dieses Treffen von einem „Landsmann“ bekräftigt werden könne.²⁵ Als „Landsmann“ offenbarte sich nun Ende August 1950 in der dänischen Presse Schmidt-Wodder: Ja, er habe Munch im März 1940 in Mecklenburg getroffen.²⁶ Mit dem altgedienten dänischen Nationalsozialisten Olesen, der Schmidt vor 1945 unbekannt war, hatte dieser wohl eher „beiläufig“ schon vor 1950 über sein „merkwürdiges“ Treffen mit Munch im Frühjahr 1940 gesprochen. Aber Olesen, obwohl tief verbittert über seine Verhaftung (18.5.1945) und spätere Internierung im Faarhuslager (bis 24.9.1945), die wie bei Schmidt ohne Anklage endete, kämpfte vorerst mehr mit seiner Zeitung „Revision“ gegen die „ungerechte“ Rechtsabrechnung. Durch Guldbergs Behauptungen angeregt, denen er allerdings wenig traute, versuchte er nun dennoch im Jahre 1950 immer mehr, Schmidt zu einer öffentlichen Erklärung in der Rostock-Sache zu bewegen. Im Sommer 1950²⁷ hatte Olesen von Schmidt die deutsche Anschrift von dessen Verwandten, dem ehemaligen SS-Standartenführer Dr. Rudolf Jacobsen, und auch ein Empfehlungsschreiben erhalten, so dass er schließlich Jacobsens eidesstattliche Erklärung vom 28.11.1950 über dessen „Wissen“ von angeblichen deutsch-dänischen Verhandlungen in Rostock im März 1940 mit nach Apenrade nehmen konnte.²⁸ Zu diesem Zeitpunkt hatte

Schmidt bereits seine – zweite – Erklärung vom 15.11.1950²⁹ Olesen übergeben. Schmidts erste Erklärung vom 6.11.1950³⁰ tauchte erst später bei seinen Vernehmungen durch das Kommissionsgericht der parlamentarischen Kommissionen auf, „entdeckt“ in den Unterlagen einer Berufungsklage J. Sehesteds, der zeitlebens für einen Beweis der „Absprachen“ vom März 1940 in der Hoffnung auf persönliche Rehabilitierung kämpfte. Deshalb hielt er auch engen Kontakt zu Schmidt,³¹ der keinen Freund der Deutschen im Stich lassen wollte.

Die Weichen für Schmidts aufsehenerregende Erklärung scheinen im Frühsommer 1950 gestellt worden zu sein; denn Ende Mai 1950³² bedankte sich Axel Hartel, einer der Drahtzieher des Rostock-Mythos, bei Schmidt für den freundlichen Empfang auf Petersholm und wiederholte dabei sein oben erwähntes Gespräch mit Graf B. Holstein im April 1945, „unserem verstorbenen Freund“. Munch sei sicherlich nicht von der Besetzung Dänemarks überrascht worden, so dass er, Hartel, tief von dem beeindruckt sei, was Schmidt ihm über sein „merkwürdiges“ Treffen in der Umgebung Rostocks mit Munch und Jacobsen berichtet habe.³³ Provoziert durch Guldbergs Aufrufe und Olesens Publikation „Fra utrykte Kilder“, sahen sich die parlamentarischen Kommissionen des Folketings nun um die Jahreswende 1950/51 genötigt,³⁴ den Rostock-Gerüchten auf den Grund zu gehen. U.a. Guldberg, Hartel, Sehested, Olesen, Jacobsen (dieser im Hildesheimer Büro seines Rechtsanwalts) und vor allem Schmidt sind wiederholt vernommen worden.³⁵ An dieser Stelle kann nicht jedes Verhör, wobei sich Schmidt recht defensiv verhielt, in allen Einzelheiten analysiert werden. Einige wichtige Aspekte zu Schmidts Erklärung vom 15.11.1950 mögen jedoch erläutert werden. Es stellte sich bald heraus, dass er den 17. März 1940 als Datum der „Begegnung“ von seinem Verwandten Rudolf Jacobsen erfahren hatte. Dies war auch deutlich aus der ersten Erklärung Schmidts vom 6.11.1950 abzulesen. Schmidt konnte zudem nicht eindeutig erklären, was er in „Mecklenburg“ damals „privat“ gewollt habe, versteifte sich dann aber doch auf die Behauptung eines Treffens mit seinem Schwiegersohn aus Ostpreußen. Wo in Rostock er Munch getroffen hatte, blieb auch unklar, vielleicht in einem Hotel beim Frühstück oder dann noch einmal auf einem Spaziergang, bei dem er dann auch Jacobsen begegnet sei. Vage blieb auch der Inhalt seines Gespräches mit Munch.

Jacobsens Aussage gegenüber Schmidt, er solle vielleicht bei Verhandlungen Himmlers mit Munch „assistieren“, entsprach nicht der Wahrheit. Es blieb nach den Vernehmungen Jacobsens nur dessen Auftrag nach Rostock zu kommen, um Himmler beizustehen – aber wobei? Jacobsen versprach, „später“ für Klarheit zu sorgen, was wohl nie geschah. Auch Schmidts „Überlegungen“ zum weiteren Verlauf des Krieges, der möglicherweise Dänemark einbeziehen könnte, gehören in die Schublade der Vermutungen, gefüllt vom Wissen der später tatsächlich eingetretenen Ereignisse. Schließlich klammerte sich Schmidt nur noch an die

Petersholmen 15.11.1950

Kære Aksel

Habemus

De har henvendt Dem til mig ang. Dobersan-
Rostock-mødet. Det er vigtigt, at jeg ved et Tilfælde blev
vidne til at Dr. Munch og Dr. Jacobsen samme Dag,
17. Marts 1940 var tilstede i Rostock.
Jeg var dengang i Mecklenburg i et fuldkommen privat
brevde og var ikke saa lidt overrasket over at møde
Dr. Munch i Rostock. Vi havde en kort samtale. Dr. Munch
mente at skulle forklare sin tilstedeværelse som et
Weekendbesøg. Min Overraskelse forøgedes, da jeg
kort efter mødte Dr. Jacobsen og erfarede, at han var
tilstede for multipoligt arbejde ved Forskandlingen
mellem Munch og Hirscher. Da jeg snart mærkede
at mit tilfældige Ophold i Rostock paa begge Sider
virkede genærende, prøvede jeg ikke paa at faa nærmere
Besked, men reiste videre.

Det var for mig dog klart, at det ikke var Umagtigt man
ville tale om, og nærmest om Krigen videre Forløb,
og at det muligvis kunde betyde, at Danmark blev
inddraget i Krigen, men det Positive jeg her at sige
om Dobersan-Rostock-mødet indskrænker sig til, at de
to Herre Munch og Jacobsen var i Rostock samme
Dag.

Med venlig Hilsen

J. Schmidt

Abb. 2 Schreiben von Johannes Schmidt-Wodder an Aksel Olesen, 15.11.1950

Behauptung, Munch und Jacobsen am gleichen Tag im Frühjahr 1940 in Rostock getroffen und wohl auch gesprochen zu haben. Offen blieb zudem die Frage, wie sehr Aksel Olesen auf Schmidts und Jacobsens Erklärungen inhaltlich eingewirkt hatte. Jedenfalls hatte er sich bemüht, in den „korrigierten“ Erklärungen keine zu großen Widersprüche aufkommen zu lassen.

Untersucht wurde natürlich auch, ob der 17. März 1940 als „Verhandlungstag“ überhaupt in Frage kommen konnte. Durch den damaligen Direktor im dänischen Außenministerium Otto Carl Mohr erfuhr die Kommission von einem weiteren Treffen zwischen Munch und Schmidt am 25.9.1938, wohl auf einem Bahnsteig in Rostock bei einem Zwischenstopp zwischen Berlin und Warnemünde.³⁶ Außerdem hatte Mohr in einem früheren Schreiben³⁷ schon darauf hingewiesen, dass Munch sich mit Sicherheit am 16.3. und 18.3.1940 und wahrscheinlich auch am 17.3.1940 in Kopenhagen aufgehalten habe. Nach einigem Zögern „erinnerte“ sich Schmidt auch an das Treffen mit Munch im September 1938, aber er bestritt jede Verwechslung mit der Begegnung im März 1940, die fest in seinem Gedächtnis verankert sei.³⁸ Dem widersprach der Journalist und Historiker Bjørn Svensson, der in seinen scharfsichtigen Darlegungen von 1957³⁹ allen Kolporteuren und „Hauptzeugen“ in der Rostock-Sache eine überzeugende Lektion erteilt hat. Bereits in einer Artikelserie im Februar 1955 hatte Svensson Schmidts Aussagen kritisch unter die Lupe genommen. Er wollte diesen auf den 25.9.1938 für dessen Treffen mit Munch festnageln und vor allem wissen, warum Schmidt erst 1950, nachdem die Rechtsabrechnung längst im Gange war, mit seinem „Wissen“ an die Öffentlichkeit gegangen war.⁴⁰ Svenssons Überlegungen brachten Schmidt nicht aus der Fassung. Er monierte nun immer deutlicher, dass die parlamentarische Kommission sich zu wenig um deutsche Zeugen gekümmert hätte, auf deren Auftauchen Schmidt für die Bestätigung seiner Behauptungen ständig hoffte.⁴¹ Auch forderte er, endlich Munchs Archiv zu durchleuchten. Zu dem Vorwurf, sich erst 1950 gemeldet zu haben, verwies er wenig glaubwürdig für die Zeit vor und während der Besatzungszeit auf „Rücksichten“ gegenüber Munch und Dänemark und nach 1945 auf die allerdings „enttäuschte“ Hoffnung, dass Dänemark auch ohne seine Aussage schon zur Vernunft kommen werde. Persönlich sei er nicht an Munch herantreten, da dieser das Rostock-Treffen ganz sicher geleugnet hätte, und außerdem kenne man ja solche Dementis oder Geheimhaltungen aus der dänischen Geschichte.⁴²

Dass der Rostock-Mythos, der nach den Verhören der parlamentarischen Kommissionen (1951-1952) offiziell ins Land der Fabeln und Märchen verbannt worden war, keineswegs seinen Geist aufgegeben hatte, ist auf die nimmermüde Agitation von Jon Galster zurückzuführen.⁴³ Er lehnte die Kompetenz der parlamentarischen Kommissionen strikt ab und prangerte die verantwortlichen Regierungsmitglieder von 1940 als die „wahren“ Landesverräter an. Vor Gericht wollte er diese – auch

mit einem Beweis für das Rostock-Treffen – des Landesverrats überführen. Dies misslang ihm in zwei Beleidigungsprozessen (1957-1958) in Holstebro und Viborg, die ihm eine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen Ehrenkränkung einbrachten. Schmidt beharrte in zwei Vernehmungen (14.6.1957 und 22.11.1957) zu diesen Prozessen auf seiner allgemein gehaltenen Behauptung, Munch und Jacobsen am gleichen Tag im Frühjahr 1940 getroffen und kurz gesprochen zu haben. So stand er weiter im Rampenlicht und genoss den Trubel um Jon Galster. Allerdings musste er den 17. März 1940 als Datum für das angebliche Treffen endgültig zu den Akten legen und auf den 18. März „ausweichen“. Für diese Umdisponierung hatten Svenssons exakte Nachforschungen in Celle gesorgt, die eindeutig ergaben, dass Schmidt dort am 17. März an der Konfirmation eines Enkelkinds teilgenommen hatte und deshalb erst am späten Abend in Rostock hätte eintreffen können.⁴⁴ Doch diese Tatsache störte Schmidt wenig. Dann wurde das Treffen eben auf den 18. März verlegt, schließlich gebe es ja Flugzeuge, die Munch schnell, d. h. zum 18.3.1940, nach Kopenhagen hätten bringen können. Schmidt blieb bis zu seinem Lebensende bei seiner dürftigen Aussage und lobte – im krassen Gegensatz zu Galster – die „staatsmännische“ Klugheit von Munch und Stauning, die durch ihre „Absprache“ mit Deutschland schlimmes Leid für Dänemark verhindert hätten.⁴⁵ Dänemarks eigentlicher „Verrat“ beginne erst nach 1945 mit der „unverzeihlichen“ Rechtsabrechnung.

Schmidts „Hilfsbereitschaft“ gegenüber deutschfreundlichen Dänen, die durch die Rechtsabrechnung bestraft worden waren, beschränkte sich keineswegs auf die schon genannten Hartel, Sehested oder Olesen. So beteiligte er sich publizistisch mit einem Beitrag über „Die Nationen und die nationalen Minderheiten“ an einem Großprojekt altgedienter dänischer Nationalsozialisten, das 1951 veröffentlicht wurde.⁴⁶ Hierbei erneuerte er u. a. alte Kontakte zum „ersten dänischen Nationalsozialisten“⁴⁷ Ejnar Vaaben, lernte den „kämpferischen“ nazistischen Flugkapitän Erik Lærum⁴⁸ und den nationalsozialistisch geprägten Journalisten Christen Pedersen Christensen⁴⁹ kennen. Die größte Unterstützung für seine Rostock-Behauptungen fand er aber bei dem dänischen nationalsozialistischen Dichter Harald Bergstedt⁵⁰, der unermüdlich für die Rostock-Legende in Olesens „Revision“ warb und dort auch in einem Interview mit Schmidt dessen Standhaftigkeit in dieser Angelegenheit pries.⁵¹ Durch diese Verbindungen verstärkte sich Schmidts Selbstbewusstsein in der Rostock-Sache im Takt mit den eigenen Rehabilitationsbestrebungen dieser fragwürdigen Freunde Deutschlands. Rostock-Mythos und Rechtsabrechnung bleiben untrennbar miteinander verkettet und führen zu einer notwendigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dies gilt auch für Schmidt-Wodder. Während der Vernehmungen durch die parlamentarische Kommissionen stellte er sich gern als Persona non grata der Nationalsozialisten dar, aber er sah es keineswegs als „Makel“ an, Nationalso-

zialist gewesen zu sein.⁵² Es komme aber darauf an, „das deutsche Volk zu reinigen von seinen undeutschen Entgleisungen, von seinen schweren Verstößen gegen Toleranz und seinem verhängnisvollen Gewissenszwang, und das wird geschehen, denn das deutsche Volk war mehr als andere Völker Vertreter der Toleranz.“⁵³ Schmidts Verhältnis zum menschenverachtenden Nationalsozialismus bleibt in dieser Zeit ungeklärt zwiespältig und ohne eine kritische grundsätzliche Distanzierung, die als logische Konsequenz eine vorbehaltlose Gesamtüberprüfung seines nationalkonservativen Weltbildes hätte bewirken müssen. Er flüchtete sich vielmehr in seine Lieblingsidee eines Europas der Völker, für das der „verführte Kämpfer“ Adolf Hitler bereits ins Feld gezogen sei.⁵⁴

Letztlich ist jedes politische Denken und Handeln Schmidts im religiös verwurzelten Glauben an die „Ehre“ des deutschen Volkes verankert.⁵⁵ Deshalb forderte er auch vom neuen Deutschland, aus dem Schatten des Nationalsozialismus herauszutreten und selbstbewusst durch eigene deutsche Zeugen Schmidts „unanfechtbare“ Aussage zu den deutsch-dänischen Vereinbarungen vom Frühjahr 1940 zu bekräftigen, damit die „furchtbare Verfolgung aller Deutschen und Deutschfreunde“, die in dänischen Gefängnissen „darben“, endlich beendet werde.⁵⁶

Schließlich sind Schmidts widersprüchliche und unglaubwürdige Rostock-Erklärungen, die kurzfristig dem Rostock-Mythos Aufwind gaben, im politischen Nichts verlaufen. Sie schadenen ihm persönlich und in gewisser Weise auch dem deutschen Ansehen in Dänemark.

Anmerkungen

- 1 René Rassmussen, 9. April var aftalt spil – Rostock-myten, in: 19 myter i Sønderjyllands historie, Skrifter udg. af Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 88, Aabenraa 2002, S. 229-240; ders. Rostock-myten, <http://www.skeptica.dk/2007/rostock1.htm>. Dieser Internet-Artikel wurde am 7.4.2005 in der Kieler Hermann-Ehlers-Akademie vorgetragen: 9. April 1940: Besetzung ohne Widerstand – der Rostock-Mythos, eine dänische Dolchstoßlegende.
- 2 Gads Leksikon om dansk Besættelsestid 1940-45, red. H. Kirchhoff, J. T. Lauridsen, A. Trommer, København 2002, S. 405 – Die beste Analyse der Rostock-Legende liefert immer noch Bjørn Svensson, Mytedannelse omkring den 9. april 1940, København 1957 und ders., Derfor gik det sådan 9. april, København 1965.
- 3 Karen Gram-Skjoldager, Grænsen ligger fast! Det sønderjyske spørgsmål i dansk udenrigs-og indenrigspolitik 1920-40, skrifter udg. af Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 95, Aabenraa 2006.
- 4 Beretninger til Folketinget afgivet af Tinget under 8. januar 1948 og 25. Oktober 1950 nedsatte Kommissioner i Henhold til Grundlovens § 45, Bd. III, Supplement

- til de ved de under henholdsvis 15. juni 1945 og 19. December s. Å. nedsatte parlamentariske Kommissioner tilvejebragte Oplysninger vedrørende Forholdene ved Danmarks Besættelse den 9. April 1940/Redegørelse fra den under 3. Februar 1947 nedsatte Kommissionsdomstol, Bilag/Akstykker (parlamentariske Kommissioner/Kommissionsdomstolen), København 1951; Tillæg til Beretning III (parlamentariske Kommissioner), Bilag og stenografiske Referater (Kommissionsdomstolen), København 1952, Aktstykker, Nr. 270, S. 700.
- 5 John T. Lauridsen, Dansk Nazisme 1930-45 – og derefter, København 2002, S. 540.
 - 6 Siehe Anm. 1 sowie Jon Galster, Den 9. april 1940 – en sand myte! Dansk Historisk Håndbogsforlag, (Lyngby) 1990.
 - 7 Ditlev Tamm, Retsopgøret efter besættelsen, Viborg/Haderslev 1984.
 - 8 Sabine Lorek, Rechtsabrechnung- Retsopgør. Politische Säuberung nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordschleswig. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtskreise Apenrade/Aabenraa, Gravenstein/Gråsten und Tønder/Tønder, QuFGSH, Bd. 108, Neumünster 1998; Frank Lubowitz, Det tyske mindretal, in: Sønderjylland under krig og besættelse 1940-45, udg. af Hans Schultz Hansen og Henrik Skov Kristensen, Skrifter udg. af Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 91, Aabenraa 2003, S. 57-76 (Literaturangaben, S.191 ff.).
 - 9 Henrik Skov Kristensen, Besættelsens sidste år og befrielsen, interneringerne og retsopgøret, vgl. Anm. 8), Sønderjylland under krig og besættelse 1940-45, S. 138-170; ders., Fra Frøslevlejre til Faarhuslejre, in: Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1933-1945, udg. af Robert Bohn, Uwe Danker, Jørgen Kühl, IZRG/Institut for Grænseregionsforskning, Haderslev 2001, S. 181-209; ders., Det tyske mindretal og Fårhuslejren – retsopgøret på museum, in: Historie 2005, S. 54-110.
 - 10 Pastor D.h.c. Johannes Schmidt, Von Wodder nach Kopenhagen, von Deutschland zu Europa, Mein politischer Werdegang, Flensburg 1951, S. 230 – vgl. die kritische Besprechung Johan Hvidtfeldts, in: SøÅ 1952, S. 251-255.
 - 11 Søren Billeschou Christiansen og Rasmus Hyllested, Idealist og mytebærer – Aksel Olesen, in: Over strengen – under besættelsen, red. af John T. Lauridsen, København 2007, S. 656-670.
 - 12 Aksel Olesen, Fra utrykte Kilder, Aabenraa 1951.
 - 13 Rostocksagen – „en Torpedo under Udrensningen“ (Ausspruch von Ingeborg Refslund Thomsen, in: Revision (die Zeitung A.Olesens), 15.12.1954. I. Refslund Thomsen hatte Schmidts Rostock-Aussage und überhaupt seine Doppelzüngigkeit im Folketing scharf angegriffen, wogegen Schmidt protestierte: Völlig aus der Luft gegriffen. Stellungnahme von Pastor Schmidt-Wodder zu dem persönlichen Angriff von Frau Refslund-Thomsen im Folketing, Petersholm, 27.10.1953, in: Der Nordschleswiger, 29.10.1953.
 - 14 Olesen (wie Anm. 12), S. 35.
 - 15 Kurzbiographien in: SHBL, Bd.3, S. 243-249 (Peter Hopp), Neumünster 1974; DBL, Bd.13, S. 147-148 (Jørgen Witte), København 1983 (3. Aufl.).
 - 16 Schmidt-Wodder, Wo Licht, da ist auch Schatten, in: Nordschleswigsche Zeitung, 11.5.1945; Ernst Siegfried Hansen, Disteln am Wege, Bielefeld 1957, S. 89 ff. – Schmidts Denkschrift vom 19.5.1945 an den dänischen Staatsminister Vilhelm Buhl.

- 17 Dazu (wie Anm. 16), Hansen, S. 396-403.
- 18 Jan Hyldal Christensen: „Die neue Entwicklung in Dänemark hat begonnen“. Det tyske mindretal i Nordslesvig 1945-47, in: SøÅ, 2004, S. 87-132; Gese Friis Hansen, „Das alte ‚up ewig ingedeelt‘ (...) hört ein für allemal auf“ – Der Haderslebener Kreis und der Kampf um die Loyalität, in: Heimatkundliche AG für Nordschleswig, 2007, Heft 82, S. 9-41.
- 19 Heute im Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 399.71 und im Archiv der historischen Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Apenrade, N II (bei meiner früheren Durchsicht jeweils nur teilweise geordnet).
- 20 Protokollbuch des Gerichtshauses (domhuset) in Gravenstein, Sagliste for Strafesager Nr.12, Rkr.95, Særsager; Rks.95, Bind XLI, 21.8.1945-10.7.1946; Bind XLIV, 28.1.1946-30.12.1950; Jyske Tidende, 15.2.1946, Pastor Schmidt venter at blive anklaget for Højforræderi; Berlingske Tidende, 16.2.1946, Pastor Schmidt fængslet; Schmidt, Werdegang, vgl. Anm. 10), S. 252 ff.
- 21 Dannevirke, 16.9.1948, Tiltale er frafaldet mod Johs. Schmidt, Vodder; Der Nord-schleswiger, 25.9.1948, Keine Anklage gegen Pastor Schmidt.
- 22 Vgl. insgesamt zu den Vorgängen: Beretninger til Folketinget (wie Anm. 4), zu Munch: Bilag (Aktstykker), S. 715: „Dr. Munch kender intet dertil. Han har ikke været i Rostock på det omtalte tidspunkt. Har aldrig talt med Himmler.“
- 23 Erst Ende der fünfziger Jahre erfolgte nach langen Debatten eine „staatlich“ angeordnete Durchsicht des Munch-Nachlasses: Kein Hinweis auf ein Rostock-Treffen. Vgl. Der Norschleswiger, 8.4.1959 und 21.5.1959.
- 24 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 90-92, S. 94-95.
- 25 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 505-506, Ove Leif Guldberg, August 1950, Det danske folk ført bag lyset! Rostock-mødet opklaret.
- 26 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 507-508, Artikel i dagbladet „Hjmdal“ torsdag den 31. august 1950 – Pastor Schmidt som vidne til „Rostock-mødet“.
- 27 Vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II, , Olesen an Schmidt, 16.7.1950.
- 28 Vgl. Anm. 12, S. 53-54.
- 29 Vgl. Anm. 14.
- 30 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Bilag og stenografiske Referater, S. 9-10, Schmidt an Olesen, 6.11.1950.
- 31 Vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II und auch Sehesteds Privatarchiv (Gut Broholm auf Fünen).
- 32 Vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II, Hartel an Schmidt, 23.5.1950.
- 33 Vgl. Anm. 32. Wie Sehested lobte Hartel sein Leben lang Schmidts unerschütterliches Auftreten in der Rostock-Sache – Privatarchiv Axel Hartel, Gilleleje.
- 34 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, der ganze Bd. III ist der Spurensuche nach der „Wahrheit“ von Rostock gewidmet.
- 35 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, zum 17. März 1940 wurde Schmidt einer polizeilichen Vorvernehmung am 30.11.1950 unterzogen, dann am 7.2.1951 und 2.3.1951 von der parlamentarischen Kommission verhört und schließlich am 17.4.1951 (zweimal), am 31.8.1951 (zweimal, einmal zusammen mit Olesen), am 7.9.1951 (in Apenrade) und am 5.7.1952 (zweimal) durch das Kommissionsgericht als Zeuge

vernommen.

- 36 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Beretning C, S. 83-84, Mohr an die Kommission, 22.2.1951.
- 37 Vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 514-515, Mohr an die Kommission, 22.11.1950.
- 38 Vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II, nach dem „Terminstagebuch“ Schmidts hat dieser abends am 24.9.1938 in Apenrade zur aktuellen Sudetenfrage gesprochen, für den 25.9. gibt es keinen Eintrag und am 26.9.1938 befand er sich auf dem Wege nach Petersholm.
- 39 Vgl. Anm. 2, Svensson, Mytedannelser, S. 52-67, Schmidt, S. 64-67. Im Sommer 1957 kam es im „Nordschleswiger“, der Zeitung der Minderheit, zudem zu einer heftigen Kontroverse über Schmidts Rolle in der Rostock-Legende und damit auch über die Rechtsabrechnung zwischen Dr. Lorenz Christensen (Lauridsen, wie Anm. 5, S. 484), einem deutschen Nordschleswiger mit markanter nationalsozialistischer Vergangenheit, und Bjørn Svensson. Hierbei wirkte L. Christensen als vorbehaltloser Parteigänger Schmidts sehr hilflos gegenüber B. Svenssons Argumenten und Einschätzungen. Auch Schmidt griff in diese Diskussion ein und sprach nun als Grund für seine späte öffentliche Rostock-Erklärung von „Rücksichten“ auf Bonn.
- 40 Svensson, Da Pastor Schmidts Tale var nej, nej, men ændres til ja, in: Dannevirke, 22.2.1955; ders., Erindringsforydning er altid mulig, in: Dannevirke, 24.2.1955; ders., Brevet, der kan bevise, hvor Pastor Schmidt var, er borte, in: Dannevirke, 25.2.1955; ders., Pastor Schmidts Indtryk fra Rostock kan ikke være rigtigt, in: Dannevirke, 26.2.1955; Schmidt, Selbstbewußtsein und feste Haltung, Pastor Schmidt-Wodder beantwortet Angriffe in „Dannevirke“, in: Der Nordschleswiger, 5.5.1955.
- 41 Ins Blickfeld geriet hierbei der ehemalige SS-Sturmbannführer Prof. Dr. Johann von Leers, der, mit Himmler „befreundet“, von diesem 1943 erfahren habe, dass eine Abmachung mit Dänemark getroffen worden sei, um Blutvergießen und Zerstörungen zu vermeiden: Himmlers Beretning om Aftale med Danmark om den kampløse Besættelse, in: Revision, 1.5.1953; Prof. Dr. J. von Leers, Cairo – Rettens Dom – og Historiens, in: Revision, 15.10.1957. Himmler selbst war höchstwahrscheinlich am 17. März 1940 in der Wewelsburg bei Paderborn, vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 638-650, Tagebuchaufzeichnungen des persönlichen Stabes Himmlers. Deutsche Rostock-Zeugen scheinen wenig überraschend vorrangig aus SS-Kreisen zu stammen.
- 42 Schmidt verwies hierbei auf die Verheimlichung der Verhandlungen des dänischen Marineoffiziers Louis Carl Frederik Lütken im Jahre 1906 mit dem Chef des deutschen Generalstabes Helmuth Graf von Moltke und auf das Dementi des dänischen Ministers Edvard Brandes zum Verkauf der dänischen westindischen Inseln im Jahre 1916.
- 43 Vgl. Anm. 6.
- 44 Schmidt hatte der parlamentarischen Kommission schon 1951 zwei persönliche Briefe an seine Frau vorgelegt (Flensburg, 15.3.1940 und Celle, 21.3.1940), die seine Anwesenheit in Rostock am 17.3.1940 untermauern sollten – vgl. Anm. 4, Beretninger til Folketinget, Aktstykker, S. 535-540.
- 45 Zum Galster-Prozess, von Pastor Schmidt-Wodder, in: Der Nordschleswiger, 4.2.1958;

- Der Nordschleswiger (Leitartikel), 5.12.1957, Warum es in Viborg nicht ging.
- 46 Schmidt, „Nationerne og de nationale mindretal“, Heft 8, in: „Hvad skete der og hvorfor?“, København 1951, Nordisk Informator-Verlag.
- 47 Vgl. Anm. 5, Lauridsen, Dansk Nazisme, S. 550.
- 48 Vgl. Anm. 11, Lauridsen, Over strengen, Mikkel Kirkebæk, Aldrig usynlig – Den nazistiske flyverkaptajn Erik Lærum, S. 524-541.
- 49 Vgl. Anm. 5, Lauridsen, Dansk Nazisme, S. 483-484.
- 50 Vgl. Anm. 5, Lauridsen, Dansk Nazisme, S. 478.
- 51 Harald Bergstedt, Mødet i Rostock d.17. Marts 1940 – Interview med Pastor Schmidt, Petersholm, in: Revision, 1.11.1953 – vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II, Bergstedt an Schmidt, 7.10.1953 – überhaupt standen Schmidt und Bergstedt in regem Briefwechsel.
- 52 Vgl. Anm. 10, Schmidt, Werdegang, S. 249 und S. 266.
- 53 Vgl. Anm. 10, Schmidt, Werdegang, S. 249-250.
- 54 Schmidt, Europa muß frei seinen Willen gehen, in: Der Nordschleswiger, 25.8.1951.
- 55 Schmidt, In mein Credo schließe ich den Glauben an mein Volk mit ein, in: Der Nordschleswiger, 9.6.1959.
- 56 Vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II, Schmidt an Ministerpräsident Walter Bartram, 24.3.1951 – ähnliche Gedanken finden sich auch in einem Schreiben Schmidts an Bundeskanzler Adenauer, 19.11.1951, vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N XI Hans Schmidt-Gorsblock, 2.1.; vgl. auch den „wissenschaftlichen“ Fragebogen H. G. Dahms, der über R. Jacobsen zur Beantwortung an Schmidt am 20.11.1954 weiter geleitet worden war und in dem Schmidt die Frage vorgelegt worden war, ob es sich „einwandfrei nachweisen“ lasse, „daß Sie/Schmidt/ kurz vor dem deutschen Einmarsch (am 17. März) privat in Rostock gewesen sind, also hinsichtlich der Möglichkeit einer Begegnung mit Munch kein Gedächtnisirrtum vorliegt?“ Schmidt gab dazu folgende kurze, reichlich zurückhaltende Antwort: „Wenn die deutschen Zeugen nicht für ihr Brot fürchteten. Ja. So ist die Zeit noch nicht genug reif. Deutschl. will Ruhe, nimmt es hin als Verbrecher gestempelt zu werden, verteidigt nicht seine Ehre, wo es das doch könnte.“ (vgl. Anm. 19, Volksgruppenarchiv N II).

Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme

Geschichte und Gedenken

von *DETLEF GARBE*

1. Zur Geschichte der Außenlager Ladelund und Husum-Schwesing

Zum KZ Neuengamme zählten insgesamt 87 Außenlager, die sich über einen geographischen Raum erstreckten, der vom Emsland bis über die Elbe und vom Weserbergland bis zur dänischen Grenze reichte.¹ Die Bedeutung der in der zweiten Kriegshälfte und verstärkt erst im letzten Kriegsjahr errichteten Außenlager zeigt sich auch daran, dass gegen Kriegsende in ihnen insgesamt dreimal so viele Häftlinge inhaftiert waren wie im Stammlager: Ende März 1945 mussten in den Außenlagern, wie der letzte Vierteljahresbericht des SS-Standortarztes vom 29. März 1945 ausweist, 39 880 Häftlinge, davon 12 073 Frauen, Sklavenarbeit leisten.² Zur gleichen Zeit befanden sich im vollkommen überbelegten Hauptlager bis zu 14 000 Gefangene.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Außenlagern unterschieden sich deutlich. Insbesondere in den Lagern zum Bau von Befestigungsanlagen und U-Boot-Bunkern, auf den Werften und bei der Untertageverlagerung herrschten mörderische Zustände, während die Todesrate in feinmechanischen Rüstungsbetrieben mit Bedarf an Spezialisten und in einigen Frauenaußenlagern vergleichsweise niedrig war.

Husum-Schwesing und Ladelund waren die nördlichsten Außenlager des KZ Neuengamme. Zur Einschätzung ihrer Bedeutung ist zunächst ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte notwendig.

Seit Mitte 1943 herrschte beim Oberkommando der Wehrmacht Angst vor einer Landung der Alliierten an der Atlantikküste und dem Beginn eines Zweifrontenkrieges an Land. Die deutsche Küste wurde zunächst nicht als gefährdet angesehen.³ Dies änderte sich mit der Landung alliierter Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944. Bereits drei Tage später verfasste der Oberbefehlshaber des Marineoberkommandos Nordsee einen Bericht, der vor der Gefahr einer Invasion direkt an der deutschen Nordseeküste warnte.⁴ Ein Führerbefehl vom 28. August 1944 beauftragte den Reichsverteidigungskommissar des Wehrkreises X, den Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann, mit dem Bau von Abwehrstellungen und insbesondere mit der hierfür erforderlichen Arbeitskräftebeschaffung.⁵ Kaufmann ließ umfangreiche Pläne für den Stellungsbau ausarbeiten. Vorrang hatte demnach der Ausbau der ersten Linie direkt an der Küste, der bis zum

1. November 1944 abgeschlossen sein sollte. Anschließend sollte eine zweite Stellungslinie, der so genannte „Friesenwall“, etwa zehn Kilometer landeinwärts bis Januar 1945 fertig gestellt werden.

Ein für die Baumaßnahmen eingerichteter Gau-Einsatzstab sowie die Bauleitung der Organisation Todt (OT) hatten ihren Sitz in Husum. Um den Ausbau von Panzergräben voranzutreiben, griffen Kaufmann und die OT auch auf Häftlinge des KZ Neuengamme zurück. Die ersten 1500 Häftlinge trafen am 25. September 1944 in Husum ein.⁶ Am folgenden Tag wurden die Männer, unter ihnen sehr viele Gefangene aus Dänemark und den Niederlanden, in dem leer stehenden, am Bahndamm der damaligen Eisenbahnstrecke Flensburg-Husum gelegenen Barackenlager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in Schwesing untergebracht, das ursprünglich für 400 Personen eingerichtet worden war. Es bestand aus neun Standardbaracken des RAD, von denen acht zur Unterbringung der Häftlinge und eine als Krankenrevier genutzt wurden, und zwei größeren Baracken, die als Küche und Werkstätten dienten. An allen vier Ecken des eingezäunten Lagers befanden sich Wachtürme. Zudem gab es vier Latrinen, die über Erdlöchern standen und nie ausreichten. Sie waren nur durch ein Meer von Pfützen und Matsch erreichbar.

Im Oktober 1944 erreichte ein zweiter Transport mit 1000 Häftlingen das Lager, sodass zeitweilig bis zu 2500 Menschen in den völlig überfüllten Baracken leben mussten.

Der nördlichste Punkt der zweiten Sperrlinie befand sich wenige Kilometer westlich von Ladelund. Die für diesen nördlichen Abschnitt zuständige OT-Bauleitung hatte ihren Sitz im benachbarten Niebüll. Am 1. November 1944 trafen in Ladelund 1000 Häftlinge ein. Es handelte sich um jenen Transport, der im Oktober vorübergehend zusätzlich in Schwesing untergebracht worden war. Weitere 1000 Männer wurden direkt aus dem Stammlager Neuengamme nach Ladelund transportiert. Auch hier wurden die Häftlinge in einem ehemaligen Barackenlager des Reichsarbeitsdienstes untergebracht, das ursprünglich für 250 Personen gebaut worden war. Die größten Gruppen stellten in Ladelund Häftlinge aus den Niederlanden, Polen und der Sowjetunion.

Für den „Friesenwall“ richtete die OT auch in Aurich zwischen Weser- und Emsmündung den Sitz für eine Oberbauleitung ein. Hier kamen 2000 Häftlinge des KZ Neuengamme zum Einsatz, die in der zwölf Kilometer von Aurich entfernten Gemeinde Engerhufe untergebracht wurden.

Auch für den Bau der direkt durch das emsländische Meppen verlaufenden Ems-Rhein-Stellung, die ebenfalls aus Panzergräben sowie aus MG-Stellungen bestehen sollte⁷, wurden Häftlinge aus dem KZ Neuengamme eingesetzt. Hierfür entstand Mitte November 1944 ein erstes Außenlager in Meppen-Versen mit einer Belegungsstärke von 3000 Häftlingen.



Abb. 1 Außenlager des KZ Neuengamme

Der Arbeitseinsatz beim Panzergrabenbau für das „Friesenwall“-Projekt im Herbst und Winter 1944 war selbst für KZ-Verhältnisse außerordentlich hart. Die Häftlinge hatten täglich zehn bis zwölf Stunden Schwerstarbeit zu verrichten. Bei strömendem Regen oder Eiseskälte mussten sie den Arbeitstag immerfort schauelfeind und mit Holzschuhen im Grundwasser stehend verbringen.

Eine weitere Gemeinsamkeit war dadurch gegeben, dass die Außenlager in Husum-Schwesing und Ladelund dem gleichen Kommandoführer unterstanden, dem äußerst rücksichtslosen und gewalttätigen SS-Untersturmführer Hans Hermann Griem. Das Wachpersonal stellten SS-Männer und Marineartilleristen; die Bauaufsicht übten in der Regel OT-Angehörige aus.

Da aufgrund des Vormarsches der Alliierten, die sich im Westen den Reichsgrenzen näherten, mit deren Landung in der Deutschen Bucht kaum noch zu rechnen und somit der weitere Ausbau des „Friesenwalls“ nutzlos geworden war, wurden die drei Lager in Ladelund, Aurich-Engerhufe und Husum-Schwesing noch vor Ablauf des Jahres 1944 aufgelöst, als erstes am 16. Dezember 1944 das damit insgesamt nur sechs Wochen existente Außenlager in Ladelund,

sechs Tage später Aurich-Engerhufe und schließlich am 29. Dezember 1944 Husum-Schwesing. Hier war allerdings die große Mehrheit der zumeist kranken Häftlinge bereits eine Woche zuvor abtransportiert worden. Aus allen drei Außenlagern wurden die Häftlinge nach Neuengamme zurückgebracht.

Der Arbeitseinsatz beim Panzergrabenbau in Meppen wurde hingegen mit Nachdruck fortgesetzt, da die Ems-Rhein-Stellung, die zur Verhinderung des Vordringens alliierter Landkräfte vom Westen ins Reich angelegt wurde, ihren militärischen Zweck behielt. Hier entstand neben dem Lager in Versen im Januar 1945 noch ein weiteres Außenlager mit bis zu 1000 Häftlingen in Dalum, in dem wiederum Griem als Lagerführer eingesetzt wurde.⁸

Da einige Wochen vor den Lagerauflösungen in Husum-Schwesing und Ladelund eine Inspektion unter Beteiligung des Neuengammer SS-Standortarztes stattgefunden hatte, wird die Räumung der Lager zum Teil auch auf die dramatische Zunahme der Todesfälle zurückgeführt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass vermutlich eher die veränderte militärische Lage als die Inspektion für die Schließung verantwortlich war.⁹

Die Zahl der bei den Grabungsarbeiten für das wahnwitzige „Friesenwall“-Projekt zugrunde gerichteten Menschen ist enorm. Von den etwa 9000 Häftlingen, die insgesamt beim Panzergraben-Bau eingesetzt waren, starben innerhalb weniger Monate zwischen 1700 und 2100 Häftlinge infolge von schlechter Ernährung, Nässe, Kälte, mangelnder ärztlicher Versorgung und von Misshandlungen.

Für Husum-Schwesing (297) und Ladelund (301) sind insgesamt 598 Tote registriert. Die tatsächliche Zahl der Opfer ist jedoch noch höher, weil viele der „arbeitsunfähigen“ Häftlinge ins Hauptlager zurückgebracht wurden und dort körperlich völlig ausgezehrt auf den so genannten „Schonungsblocks“ starben. Die Zahl der geschwächten Häftlinge, die vor Auflösung des Lagers durch Arbeitsfähige aus Neuengamme ausgetauscht wurden, betrug mindestens 750.

Aufgrund der katastrophalen Bedingungen gehörten die Sterblichkeitsraten in den beiden nordfriesischen Außenlagern zu den höchsten im KZ-System Neuengamme. Wie Marc Buggeln in seiner kürzlich fertig gestellten Dissertation¹⁰ zum Außenlagersystem des KZ Neuengamme akribisch nachgewiesen hat, lag in den acht Lagern, bei denen die Häftlinge zu militärischen Schanzarbeiten gezwungen wurden, die monatliche Sterblichkeit in der letzten Phase ab November 1944 bei 5,6 Prozent. Den höchsten Wert erreichte die monatliche Sterblichkeitsrate im Außenlager Husum. Sie betrug dort 9,4 Prozent, was hochgerechnet den Tod aller dort arbeitenden Häftlinge in weniger als elf Monaten bedeutet hätte. In Ladelund lag die monatliche Sterblichkeitsrate mit 7,9 Prozent nur geringfügig niedriger. Es stellt sich also die Frage, warum die Sterblichkeit gerade in diesen Außenlagern eine solche dramatische Höhe erreichte. Dafür möchte ich etwas ausführlicher auf die Verhältnisse im Lager Husum-Schwesing eingehen. Dank der frü-

hen Forschungen von Klaus Bästlein und anderen¹¹, der hoch aufschlussreichen Veröffentlichungen der KZ-Überlebenden Professor Paul Thygesen¹² und des Priesters Pierre Jorand¹³ sowie wertvoller Quellen wie des Küchentagebuchs von Husum ist vergleichsweise viel über die Geschichte des Außenlagers Schwesing bekannt. Auch existiert aufgrund der Ermittlungen von britischen und bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden eine Vielzahl von Zeugenaussagen zu den Vorgängen im Lager.

Am 27. September 1944, einen Tag nach der Ankunft, begann der Arbeitseinsatz. Den bis zu 15 Kilometer weiten Anmarschweg zu den Baustellen mussten sie anfangs zu Fuß zurücklegen. Da die Häftlinge jedoch bereits nach kurzer Zeit völlig ausgezehrt waren, wurde der Transport schließlich per Bahn arrangiert. Die Bedingungen beim Panzergrabenbau hat der Überlebende Jean Le Bris, der langjährige Präsident der französischen Amicale de Neuengamme, wie folgt beschrieben: „Das war die Hölle, denn in Nordfriesland ist das Land völlig flach. Wenn man dort Gräben aushebt, dann können die SS-Leute und die Kapos bis zum Horizont alles sehen: man konnte nur schwerlich aufhören zu arbeiten. Und wenn jemand erwischt wurde, wurde er sofort verprügelt. Und außerdem, auf diesem Gelände, sowie man ein bisschen kratzt, sowie man sich ein bisschen nach unten vorgräbt, kommt einem schon das Wasser entgegen, und wir arbeiteten dann im Wasser. Und da waren jeweils drei Leute, einer war unten drin, einer war an der Seite des Grabens und der andere dann oben, aber derjenige, der unten war, der stand im Wasser. Und morgens zogen dann die SS-Leute und die Kapos vorbei und stießen die Leute hinab, weil niemand nach unten wollte, und dann, dann stießen sie jeden dritten hinab, der den ganzen Abhang hinunterstürzte und dann ins Wasser fiel.“¹⁴

Infolge ihrer chronischen Unterernährung waren die Häftlinge zu dieser schweren Arbeit nicht lange in der Lage. Die minderwertige Verpflegung war so kärglich, dass pro Mann und Tag durchschnittlich unter 1000 Kalorien zur Verfügung standen.¹⁵ Ausweislich des Küchentagebuchs sank die Belegung vom 1. bis zum 19. November 1944 um 106 von 1468 auf 1360 Mann. Es muss davon ausgegangen werden, dass in dieser Zeit durchschnittlich sechs Häftlinge pro Tag vor allem an Hunger und Krankheiten, aber auch aufgrund von Arbeitsunfällen und Misshandlungen starben.¹⁶ In den folgenden Wochen verschlechterte sich die Situation durch die zunehmende Kälte weiter. Nach einem vom Häftlingsarzt Paul Thygesen aus dem Lager geschmuggelten Rapport vom 25. November 1944 betrug die Krankenzahl an diesem Tag 734. Demnach litten 125 Häftlinge an Darmkrankheiten, 139 an anderen inneren Krankheiten und 470 an offenen Wunden. Bei 242 Häftlingen sei der Zustand sehr kritisch. Wie der Bericht weiter vermerkt, müsse davon ausgegangen werden, dass „eine sehr große Anzahl sterben wird“¹⁷. Die von Thygesen genannten Zahlen deuten darauf hin, dass

zu dieser Zeit die Arbeitsfähigkeit so stark eingeschränkt war, dass faktisch nur jeder zweite Gefangene für den Arbeitseinsatz uneingeschränkt zur Verfügung stand. Die SS reagierte darauf mit der Rücküberstellung von 750 Kranken, die in drei Transporten zurück nach Neuengamme gebracht wurden. Dafür wurden im Austausch neue Häftlinge nach Husum-Schwesing geschickt.

Den Angaben von Paul Thygesen zufolge wogen die Häftlinge in Husum durchschnittlich zwischen 40 und 45 Kilogramm. Die Auswirkungen der Unterernährung beschrieb er im Nachhinein so: „Was nun das Essen betrifft, so lag der vorgeschriebene Kalorienwert noch unter dem Minimum, das selbst bei ganz leichter Arbeit erforderlich ist, und auf die notwendige Beigabe spezieller wertvoller Nahrungsstoffe wie Vitamine, Eiweiß etc. wurde überhaupt nicht geachtet. Auch hier handelt es sich um eine Folge des sich immer wieder erweisenden Mangels an Logik bei den Nazis: ein Arbeitslager einzurichten, das an sich nicht als Vernichtungslager gedacht war – und dann die Arbeit mit einer vollkommen unzureichenden Kost zu sabotieren.“¹⁸

Verantwortlich für diese Situation war nicht zuletzt der brutale und korrupte Kommandoführer Hans Hermann Griem und die von ihm ausschließlich aus der Gruppe der deutschen Kriminellen ernannten Funktionshäftlinge, die im Lager Angst und Schrecken verbreiteten. Die Funktionshäftlinge sicherten sich und einigen von ihnen begünstigte Häftlinge höhere Rationen, während die große Zahl der KZ-Gefangenen unter diesen Kürzungen zusätzlich zu leiden hatten. Noch folgenreicher war jedoch das Verhalten Griems, der regelmäßig Häftlinge misshandelte und einige von ihnen auch direkt ermordete. Von der Schusswaffe machte er rücksichtslos Gebrauch. Zudem zweigte er für sich, für ihm untergeordnete SS-Angehörige und auch für seine Familie Lebensmittel von den ohnehin geringen Verpflegungsrationen ab. Seit dem 1. November war Griem gleichzeitig Lagerführer in Ladelund, wo er sich die meiste Zeit aufhielt. Für die Husumer Häftlinge bedeutete dies jedoch keine Erleichterung, da der bei ihnen gefürchtete SS-Rottenführer Josef Klingler ihm nacheiferte und sich ebenfalls zum Herrn über Tod und Leben erklärte.

Namentlich nachweisbar sind für das Außenlager Husum 291 Tote. Von ihnen starben 34 im Oktober 1944, 178 im November und 79 im Dezember. Durch die drei Selektionstransporte in das Stammlager gibt es jedoch tatsächlich weit mehr Opfer; ihre Zahl kann bis zu 1000 betragen haben. Die weitaus meisten der in Husum Verstorbenen kamen aus den Niederlanden. Mit 232 Toten stellten sie einen Anteil von 79,7 Prozent. Die nächst größeren Gruppen stellten mit weitem Abstand 20 französische, 11 dänische und 9 polnische Häftlinge. 142 Tote – und damit nahezu die Hälfte (genau 48,8 Prozent) – waren Jahrgang 1921 und jünger, also zum Zeitpunkt ihres Todes unter 24 Jahre alt. Aus diesen Zahlen folgert Marc Buggeln: „In Husum starben demnach also vor allen Dingen

junge niederländische Häftlinge. Es ist kaum anzunehmen, dass die SS gerade diese Gruppe zur willentlichen Vernichtung ausgesucht hatte. Vielmehr spricht einiges dafür, dass der SS im vornherein nicht klar war, unter welchen mörderischen Bedingungen die Arbeiten stattfinden würden. Die mörderische Situation entwickelte sich aufgrund des kalten Winters, des aufsteigenden Grundwassers und der schweren körperlichen Arbeit. Hinzu kamen ein korrupter und brutaler Lagerführer, ein brutaler Blockführer und ebenso brutale Funktionshäftlinge, sowie ein vermutlich durch die Angst der Kriegsmarine vor einer Invasion befördertes hohes Arbeitstempo.“¹⁹

Zusammenfassend möchte ich nochmals die Besonderheiten der nordfriesischen Außenkommandos Husum-Schwesing und Ladelund im System der Außenlager des KZ Neuengamme benennen:

1. Die Einrichtung der beiden Lager lässt sich zumindest teilweise auf die Initiative des Hamburger Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars Karl Kaufmann zurückführen.
2. Die Bedeutung der nur relativ kurz existierenden nordfriesischen Außenlager erschließt sich nicht nur aufgrund ihrer Größe – in ihnen waren nahezu fünf Prozent aller Häftlinge des KZ Neuengamme inhaftiert –, sondern vor allem aufgrund der sehr hohen Todesraten, die von den besonders schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen beiden Lagern zeugen.
3. Der menschenverachtende Charakter zeigt sich hier nicht nur in der Sinnlosigkeit des „Friesenwall“-Projekts, sondern auch in der Skrupellosigkeit der SS-Lagerführung und der ihr willfährigen Funktionshäftlinge.
4. Opfer wurden hier in erster Linie weder die aus rassistischen Gründen verfolgten Juden noch die in der SS-Wertehierarchie niedrig eingestuft Russen und Ukrainer, sondern vor allem niederländische, dänische und französische Häftlinge.

2. Zur Bedeutung der Gedenkstätten Ladelund und Husum-Schwesing

In Schleswig-Holstein erinnern heute fünf Gedenkstätten in Ahrensböök, Husum-Schwesing, Kaltenkirchen, Ladelund und Neustadt in Holstein mit Ausstellungen an die Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bis auf Ahrensböök stehen diese Orte alle in enger geschichtlicher Beziehung zum KZ Neuengamme. Bereits 1949/50 ließ der Ladelunder Gemeindepastor Johannes Meyer für die 1944 auf dem kirchlichen Friedhof Beigesetzten eine Gedenkstätte herrichten, in deren Mitte ein „Kreuz der Versöhnung“ aufgestellt wurde. Diese Gedenkstätte ist eine der ersten deutschen KZ-Gedenkstätten. Unter den in Ladelund Bestatteten befanden sich 107 Tote aus einem einzigen kleinen Ort – der niederländischen Gemeinde Putten.²⁰ Nachdem Pastor Meyer bereits 1946

einen Brief an Angehörige der Toten geschickt hatte, entwickelte sich seit den 1950er Jahren eine immer enger werdende Beziehung zwischen der Gemeinde Ladelund und dem ebenfalls stark kirchlich geprägten Putten. Hiervon zeugen zahlreiche gegenseitige Besuche und gemeinsame Veranstaltungen. Diese frühe Versöhnungsarbeit über den Gräbern lässt Ladelund bundesweit zu einem Sonderfall werden,²¹ wobei die Ausnahmesituation ohne die kirchlichen Verbindungslinien zwischen dem streng calvinistischen Putten und dem lutherischen Ladelund undenkbar wäre.²²

In den Jahren 1982 bis 1984 begann eine Schülergruppe der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg mit ihrem Lehrer Dr. Jörn-Peter Leppien mit der Erforschung und Dokumentation der Geschichte des Außenlagers Ladelund. Am Rande des Friedhofs und in Sichtweite der Gräber der KZ-Häftlinge errichtete die Kirchengemeinde Ladelund 1989/90 ein Dokumentenhaus, das die von J.-P. Leppien kuratierte Dauerausstellung²³ über die Geschichte des Außenlagers beherbergt, die später vor allem um biographische Zeugnisse erweitert wurde. Am Rande des ungefähr einen Kilometer vom Dokumentenhaus entfernt gelegenen ehemaligen Lagers, dessen letzte Baracke 1970 abgerissen wurde, erinnern seit 1985 ein Gedenkstein und seit 2002 eine von Jugendlichen des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerkes in Husum geschaffene Skulptur sowie eine Informationstafel an das Schicksal der Häftlinge.

Die als einzige deutsche Gedenkstätte in kirchlicher Trägerschaft befindliche „KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund“, die seit 1995 von der Religionspädagogin Karin Penno-Burmeister hauptamtlich betreut wird, verfügt heute über ein eigenes Programmprofil (Schwerpunkte u. a. internationale Versöhnungsarbeit, Minderheitenrechte), bietet Sonderausstellungen und pädagogische Angebote.²⁴ Die Besucherzahlen sind stetig gestiegen und betragen nunmehr jährlich um 15.000 Personen, worunter sich auch viele Gruppen aus dem benachbarten Dänemark befinden.

Im Jahr 2006 wurde das Dokumentenhaus um einen Anbau erweitert, der vollständig aus Europamitteln, Kollekten sowie den Erträgen einer von der Gedenkstättenleiterin in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag realisierten Spendenkampagne finanziert worden ist und die Bedingungen für die pädagogische Arbeit deutlich verbessert.

Während in Ladelund bereits in der frühen Nachkriegszeit der KZ-Opfer gedacht wurde, verstrichen in Husum vier Jahrzehnte, bis sich eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des nahe der Stadt gelegenen Konzentrationslagers zeigte.²⁵ Nach heftigen Diskussionen wurde am 27. November 1987 in Schwesing eine auf Beschluss des Kreistages von Nordfriesland angelegte und stark künstlerisch geprägte Gedenkstätte eingeweiht. Initiatoren waren überlebende Häftlinge des Lagers und die „Arbeitsgruppe zur Erforschung



Abb. 2 Figurengruppe am heute landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Lagergelände in Ladelund

der nordfriesischen Konzentrationslager“, die sich seit Anfang der 1980er Jahre für eine Gedenkstätte eingesetzt hatten und deren Forderungen zu öffentlichen Auseinandersetzungen führten.²⁶ Ausgangspunkt der von dem Bildhauer Ulrich Lindow gestalteten Gedenkstätte ist das noch erhaltene Pumpenhaus, an das ein zehn Meter langer und fünf Meter hoher Gang angebaut wurde, über den sich die Besucher einem hohen vergitterten Fenster nähern, das einen Blick auf ein Modell des Lagers freigibt. Im Zentrum der Gedenkanlage befindet sich ein abstrakt gehaltenes Mahnmal. Trotz der eindrucksvollen Gestaltung fanden der weitgehende Verzicht auf Information, die Nichtbeachtung der historischen Topografie und das unansehnliche Umfeld der Gedenkstätte Kritik. Auch erfolgten erst ab 1995, nachdem das ehemalige Lagergelände unter Denkmalschutz gestellt worden war, Maßnahmen zur Sicherung der zahlreichen über das Gelände verstreuten Relikte (z. B. Fundamentreste, Hydrant) und der Lagerstraße (freigelegt im Sommer 2000). Inzwischen sind einige weitere der anfänglichen Kritikpunkte beseitigt: Es gibt nunmehr mehrsprachige Informationstafeln mit Hinweisen zur Geschichte des Lagers und eine angemessene Zuwegung. Im September 2002

erfolgte die Fertigstellung eines Stelenfeldes. 297 zwischen 80 und 120 Zentimeter hohe Stelen aus Cortain-Stahl, die auf ihrem abgeschrägten oberen Ende jeweils den Namen eines der umgekommenen Häftlinge tragen, symbolisieren in ihrer verstreuten Verteilung im Gelände die Zufälligkeit des Tötens in einem Konzentrationslager. Auch dieses Projekt wurde ausschließlich mit Spenden finanziert.

Die unterschiedlichen Trägerschaften, in denen sich die fünf schleswig-holsteinischen Gedenkstätten befinden – Kreis Nordfriesland (Husum), Stadt Neustadt (Museum Cap Arcona), Kirchenkreis Südtondern (Ladelund), private Trägervereine (Ahrensbök und Kaltenkirchen) – verweisen darauf, dass sie ihre Entstehung nicht einer Gedenkstättenpolitik des Landes verdanken. Erst in den letzten Jahren hat die Landesregierung die Gedenkstättenarbeit als wichtige öffentliche Aufgabe erkannt, die einer kontinuierlichen Unterstützung bedarf (einen entsprechenden Haushaltstitel gibt es überhaupt erst seit 1993).

Unter dem Zwang weiterer Haushaltskonsolidierungen hat das Land Schleswig-Holstein im Bereich der von ihm im Vergleich mit anderen Bundesländern ohnehin erst kurz und eher zurückhaltend betriebenen Projektförderung von Gedenkstätten seit 2002 einen neuen Weg beschritten, der mittelfristig diesen Bereich aus der eigenen Verantwortung in die Zuständigkeit der vom Land initiierten und mit einem – allerdings bei weitem nicht hinreichenden – Anfangskapital ausgestatteten „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“ überleiten soll.²⁷ Nach den bisherigen Erfahrungen hat dieser Weg jedoch noch nicht zu einer nachhaltigen Stärkung der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein geführt. Hier bleibt noch viel zu tun. Auch deshalb ist sehr zu hoffen, dass eine Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit in Husum-Schwesing bisher Versäumtes ausgleicht und in Kooperation mit Ladelund einen Lernort schafft, der weit über Nordfriesland hinaus von Bedeutung sein könnte.²⁸

Anmerkungen

- 1 Legt man die heutige Landkarte zugrunde, so befinden sich die Außenlager-Standorte in acht Bundesländern: Niedersachsen (33), Hamburg (17), Bremen (10), Schleswig-Holstein (9), Mecklenburg-Vorpommern (6), Nordrhein-Westfalen (7), Sachsen-Anhalt (3), Brandenburg (1). Ein weiteres Außenlager existierte zeitweilig auf der besetzten britischen Kanalinsel Alderney; als dieses Häftlingskommando im Zuge der „Evakuierung“ nach Sollstedt (Thüringen) verlegt wurde, wechselte die Zuständigkeit zum KZ Mittelbau-Dora.
- 2 Bericht des SS-Standortarztes Dr. Alfred Trzebinsky an das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS vom 29.3.1945, abgedruckt in: Hermann Kaienburg: Das

- Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945, hrsg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bonn 1997, S. 123-126.
- 3 Vermerk der Seekriegsleitung über den Besuch des Oberbefehlshabers der Marine beim Führer am 20./21.3.1944, in: Bundesarchiv (Militärarchiv) Freiburg, RM 7/227, Bl. 165 f.
 - 4 Fernschreiben, 9.6.1944, in: ebd., Bl. 160 f.
 - 5 Vgl. Manfred Asendorf: Karl Kaufmann und Hamburgs langer Weg zur Kapitulation, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 2 (1995), S. 12-23.
 - 6 Vgl. Klaus Bästlein (u. a. Hrsg.): Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte, 2. verb. Aufl. Bredstedt/Bräist 1983.
 - 7 Vgl. Elke Suhr: Das Konzentrationslager im Pfarrgarten. Ein Panzergraben-Kommando für den Friesenwall, Aurich/Engerhufe 1944, Oldenburg 1984, S. 80.
 - 8 Zu den genannten Außenlagern siehe die Beiträge von Marc Buggeln in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, Red.: Angelika Königseder, München 2007, S. 457-462, 467-470 und 480-482.
 - 9 Vgl. Bästlein, Husum-Schwesing (Anm. 6), S. 27 und 42.
 - 10 Marc Buggeln: Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Dissertation, Universität Bremen, 2008 (die Veröffentlichung befindet sich in Vorbereitung).
 - 11 Vgl. Bästlein, Husum-Schwesing (Anm. 6); ferner das sich eng an die frühen Forschungen anlehrende Buch von Olde Lorenzen: Macht ohne Moral. Vom KZ Husum-Schwesing zum Mahnmal für die Opfer, Heide 1994; Gedenkstätte Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Hamburg-Neuengamme, hrsg. v. d. KZ-Arbeitsgruppe Husum-Schwesing, Perke Heldt, Husum o. J. (2000); sowie Fiete Pingel/Thomas Steensen: Die KZ-Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, in: Uwe Danker/Nils Köhler/Eva Nowotny/Michael Ruck (Hrsg.): Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland 1939-1945, Bielefeld 2004, S. 271-293.
 - 12 Paul Thygesen: Arzt im Konzentrationslager, in: Bästlein, Husum-Schwesing (Anm. 6), S. 7-29 (auf Dänisch: Læge i Konzentrationslejre, 2. opl., København 1964); ders.: Famine Disease in German Concentrations Camps, Copenhagen 1952; ders.: Konzentrationslagerüberlebende in Dänemark, in: Johan A. Barth (Hrsg.): Ermüdung und vorzeitiges Altern, Leipzig 1973.
 - 13 Pierre Jorand: Husum – Hier wird Leben ausgerottet. Das Martyrium der Gefangenen des KZ-Außenlagers Schwesing. Aus dem Französischen übersetzt von Jürgen Hansen und dem Leistungskurs Französisch der Theodor-Storm-Schule in Husum (Abiturjahrgang 1995). Verlag Nordfriisk Instituut, Bräist/Bredstedt 1996 (Übersetzung des 1946 unter dem Titel „HUSUM ... Ici on exterminé! Les camps de la mort“ in Nancy veröffentlichten Berichts des Abbé Jorand über das Außenlager Husum des KZ Neuengamme).
 - 14 Interview mit Jean Le Bris, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Ng. 2.8.1544.
 - 15 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, IV 404 AR 1400/67.

- 16 Küchentagebuch, BAB, NS 4/ Ne 1.
- 17 Thygesen, Arzt (Anm. 12), S. 25 f.
- 18 Thygesen, Arzt (Anm. 12), S. 19.
- 19 Buggeln, Arbeit und Gewalt (Anm. 10).
- 20 Von den 589 Männern, die aus Putten am 2.10.1944 im Rahmen einer Vergeltungsaktion der Wehrmacht verschleppt und ins KZ Neuengamme deportiert wurden, kehrten nach der Befreiung nur 49 heim. Das Geschehen ist von der Stichtung Oktober 44 in Putten (www.oktober44.nl) und dem Niederländischen Institut für Kriegsdokumentation umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Vgl. Madelon de Keizer: Razzia in Putten. Verbrechen der Wehrmacht in einem niederländischen Dorf. Aus dem Niederländischen übersetzt und bearbeitet von Stefan Häring, Köln 2001.
- 21 Ute Erdsiek-Rave: 50 Jahre KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 4/2000, S. 297-302.
- 22 Harald Richter: Wir haben das Selbstverständliche getan. Ein Außenlager des KZ Neuengamme bei uns in Ladelund, in: Detlef Garbe (Hrsg.): Die vergessenen KZs?, Bornheim-Merten 1983, S. 121-143.
- 23 Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Ladelund, Schleswig-Holstein, hrsg. v. d. Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund, 2. verb. Aufl., Ladelund 1995; Jörn-Peter Leppien, Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 4/2006, S. 277-294 (dort weitere Literaturangaben).
- 24 Karin E. Penno: KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte der Kirchengemeinde St. Petri Ladelund, in: Detlev Gause/Heino Schomaker (Hrsg.): Das Gedächtnis des Landes. Engagement von BürgerInnen für eine Kultur des Erinnerns, Hamburg 2001, S. 74-86.
- 25 Erstmals wurde die Geschichte des Außenlagers einer größeren Öffentlichkeit bekannt in einer von der Arbeitsgruppe zur Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager am 30.1.1983 mit 800 Besuchern im Husumhus, dem dänischen Kulturhaus in Husum, ausgerichteteten Veranstaltung, an der auch mehrere KZ-Überlebende mitwirkten. Vgl. Friedrich Pingel: Macht ohne Moral, in: Grenzfriedenshefte 1/1983, S. 32-36.
- 26 Perke Heldt: KZ-Arbeitsgruppe Husum-Schwesing 1983-1987, in: Gause/Schomaker, Gedächtnis (Anm. 24), S. 87-93.
- 27 Stephan Opitz: Schleswig-Holstein gründet die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteini-sche Gedenkstätten, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 109, Berlin 2002, S. 38 f.
- 28 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die für den Druck überarbeitete Fassung eines Referats, das bei einer von der Kulturabteilung des Kreises Nordfriesland organisierten Fachtagung zum Thema „Weiterentwicklung der KZ-Gedenkstätten Ladelund und Schwesing“ am 3.7.2008 im Nordfriisk Instituut in Bredstedt gehalten wurde.

Ein Denkzeichen am Grenzübergang Harrislee/Padborg

von ANKE SPOORENDONK

Einleitung

Auf Einladung der Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten hielt Professor Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung am 28. November 2003 in der Kieler Kunsthalle einen bedenkenswerten Vortrag unter der Überschrift „Wozu Gedenkstätten?“¹ Seine Antwort auf diese Frage lautete, dass es in der Gedenkstättenarbeit grundsätzlich nur zwei zentrale Problemstellungen geben könne: Zum einen das Bewusstsein zu fördern, dass unser Zivilisationsprozess nicht unumkehrbar, sondern „fragil“ und gefährdet ist; zum anderen für „eine bis in die anthropologische Substanz gehende Scham“ zu sensibilisieren – eine Scham über Unmenschlichkeit, „die, abgelöst von der Schuldfrage, jeden ergreift, der sich ergreifen lässt.“ Beides zu wecken, dafür ist die Gedenkstättenarbeit da.

Doch, was heißt es konkret, das Bewusstsein um die „Fragilität unserer Zivilisation“, zu wecken? Reemtsma regt in seinem Vortrag an, sich eine Karte Europas anzugucken, in die die Lager der Nazis – die Konzentrations- und Vernichtungslager, die Arbeitslager und so viele Nebenlager wie überhaupt – eingezeichnet worden sind. Auch, wer sich vorher nicht sonderlich detailliert mit der Geschichte des Nationalsozialismus befasst hat, wird erkennen, dass Deutschland Europa mit diesem System der Lager überzogen hatte, mit Orten wie Auschwitz oder Bergen-Belsen, die der Qual, der Sklaverei und der Ermordung von Menschen gewidmet waren. Orte, an denen es heute Gedenkstätten gibt, die eben dies zum Thema haben. „Wo vor wenig mehr als fünfzig Jahren dies die Wirklichkeit war, leben wir heute“, sagt Reemtsma. „Wo immer wir leben, haben wir es nicht weit zu einem Lager oder einem, mehreren Nebenlagern.“

Harrislee als Ort des Schreckens

Vom 15. September 1944 bis zum 4. April 1945 wurden gut 1.600 Gefangene aus dem Frøslev-Lager, wenige Kilometer nördlich der deutsch-dänischen Grenze gelegen, in deutsche Konzentrationslager deportiert – vorzugsweise nach Neuengamme. Sie wurden über die Grenze bei Padborg zum Bahnhof Harrislee transportiert – für sie „die erste Station auf dem Weg in die Hölle“, wie einer

von ihnen später in seinen Erinnerungen schrieb. Rund 220 dieser Deportierten kamen in den deutschen Konzentrationslagern ums Leben.²

Aus den Erinnerungen der ehemaligen Häftlinge geht weiterhin hervor, dass der Abtransport aus dem Frøslev-Lager meistens nach dem gleichen Muster verlief: In Lkws verladen, wurden die Gefangenen über die Grenze gefahren, um dann am kleinen Harrisleer Bahnhof in Güterwagons zusammengepfercht zu werden. Sie berichten, dass die Menschen in Padborg schnell mitbekamen, worum es bei diesen Transporten ging, und – am Straßenrand stehend – schweigend von ihnen Abschied nahmen. Und sie erzählen, dass Bauern aus Harrislee den Gefangenen Heu verkauften – 2 kr. pro Ballen, die in die Wagons mit hinein geworfen wurden. Die Deportation der dänischen Häftlinge verlief also nicht als „Nacht- und Nebel-aktion“. So liegt ein der Flensburger Schutzpolizei zugegangener „Transportbefehl“ vom 9. Januar 1945 vor, aus dem sich ergibt, dass die Verladung der Gefangenen auf dem Bahnhof Harrislee von 8.15 bis 10.30 Uhr stattfinden sollte. Es liegt nahe anzunehmen, dass normalerweise Polizeisoldaten aus Flensburg abkommandiert wurden, um die Transporte aus Harrislee in Richtung Süden zu bewachen, während die Polizeisoldaten des Frøslev-Lagers für die Bewachung auf dem Weg nach Harrislee zuständig waren.³

Auch Harrislee hat also seinen Platz auf der Landkarte des Schreckens, die in der Zeit der Nazidiktatur ganz Europa überzog, denn auch von Harrislee aus fuhren Züge der deutschen Reichsbahn nach Neuengamme und nach Dachau. Viele Menschen wussten es damals, und – wie an anderen Bahnhöfen in anderen Städten – gab es auch in Harrislee Menschen, die an dem Elend der Deportierten verdienten.

Seit 1994 verfolgt die private deutsch-dänische Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ das Ziel, zur Erinnerung an jene damals noch weithin unbekanntem Geschehnisse anzuregen. Sie besteht vorwiegend aus Historikerinnen und Historikern aus dem Schul-, Museums- oder Archivdienst mit einschlägiger Erfahrung auf dem Gebiet historischer Forschung und Vermittlung.⁴

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe gehören nicht nur der Mehrheitsbevölkerung südlich und nördlich der deutsch-dänischen Grenze an; auch die in Schleswig-Holstein lebende dänische Minderheit ist vertreten. Diese Art der Zusammenarbeit wirkt heute selbstverständlicher als noch vor zehn Jahren. Die Geschichte des Harrisleer Bahnhofs ist aber nach wie vor stets eine schwierige Geschichte: Die deutsche Besetzung Dänemarks von 1940-1945 gehört genauso dazu wie die persönlichen Leidensgeschichten von Menschen, die – wie die im Frøslev-Lager inhaftierten dänischen Grenzgendarmen – in Sønderjylland zu Hause waren und nach ihrer Rückkehr aus den deutschen Konzentrationslagern dort wieder Fuß fassen mussten. Und auch die Geschichte der dänischen Minderheit während der Nazizeit gehört dazu – eine Geschichte, die zwischen Anpassung und Wi-

derstand hin- und herpendelt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ waren und sind der Überzeugung, dass das damals begangene Unrecht nicht in Vergessenheit geraten darf. Zunächst galt es, die Geschichte zu erzählen! Diesem Zweck diente am 8. Mai 1996 eine zweisprachige Veranstaltung im Harrisleer Bürgerhaus, wo es in erster Linie um einen Zeitzeugenbericht von Hans-Christian Rasmussen aus Christiansfeld ging. Als dänischer Widerstandskämpfer wurde er von Frøslev über Harrislee in die Konzentrationslager Neuengamme und Husum-Schweising verschleppt.⁵ Weiterhin erschien in dieser ersten Arbeitsphase eine Studie, in der die historischen Fakten von zwei Mitgliedern der Arbeitsgruppe aufgearbeitet wurden: Dr. Henrik Skov Kristensen, Leiter des Frøslevlejrens Museum, und Dr. Matthias Scharl, Leiter des Kreisarchivs Schleswig-Flensburg. Ihre Forschungsergebnisse wurden zunächst in den Grenzfriedensheften⁶ und danach in einer zweisprachigen Broschüre publiziert, die der Grenzfriedensbund und Historisk Samfund for Sønderjylland 1996 gemeinsam herausgaben.⁷ Da diese in hoher Auflage erschienene Broschüre nach einigen Jahren vergriffen war, beschloss die Arbeitsgruppe, eine überarbeitete und erweiterte Neuauflage herauszugeben. Vorgenommen wurde diese Überarbeitung von Dr. Henrik Skov Kristensen. Er konnte dabei zwar auf die Erstausgabe der Schrift und auf

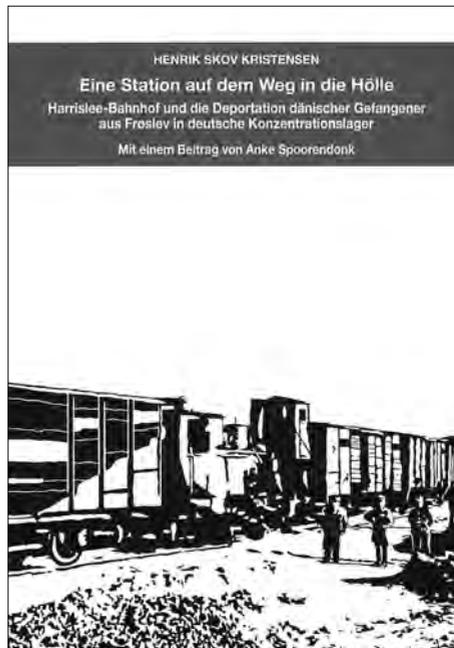


Abb. 1
Umschlag der Broschüre von
Henrik Skov Kristensen unter
Verwendung eines Fotos vom
Bahnhof des KZ Neuengamme,
1943/44

seinen in den Grenzfriedensheften (H. 1/2001) erschienenen Aufsatz über „Das Schicksal der dänischen Grenzgendarmen in deutschen Konzentrationslagern 1944/45“ zurückgreifen, hat aber letztlich einen ganz neuen Beitrag geliefert.⁸ Für beide Publikationen – sowohl für die erste Ausgabe von 1996 als auch für die erweiterte Neuauflage von 2002 gilt, was der damalige Vorsitzende von Historisk Samfund for Sønderjylland, Dr. Lars N. Henningsen, in einem Vorwort zur ersten Ausgabe schrieb: „Der gute Wille, gerade den unangenehmen Teil der Geschichte ans Tageslicht zu rücken, um ihn zu bewältigen, ist seit einer Reihe von Jahren in Deutschland verbreitet. Die heutige Publikation belegt diese Tendenz. Wir Dänen haben diesen guten Willen wohl nicht immer zur Kenntnis genommen. Die heutige Publikation ist aber ein weiteres Beispiel für diesen guten Willen.“⁹ Um diesen grenzüberschreitenden Ansatz ging es der Arbeitsgruppe also von Anfang an. Es ging ihr aber genauso sehr um die daraus erwachsene öffentliche Verpflichtung, denn Harrislee ist nun einmal der Ort, der für die deportierten Häftlinge aus Frøslev zu einer „ersten Station auf dem Weg in die Hölle“ wurde. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass die Gemeinde Harrislee diese Verpflichtung auch angenommen hat, so dass es zu einem gemeinsamen Anliegen geworden ist, der Erinnerung an das Leiden der Deportierten Ausdruck zu verleihen.

Drei Arbeitsphasen

Auch wenn es sich dabei eher um einen theoretischen Ansatz handelt, so ist es doch gerechtfertigt, bei dem bisherigen Engagement der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ von drei Arbeitsphasen zu sprechen. Während es in der ersten darum ging, die historischen Fakten aufzuarbeiten, um überhaupt ein Fundament für die weitere „Gedenkstättenarbeit“ im Sinne Reemtsmas zu haben, ist die zweite Arbeitsphase durch das Bemühen gekennzeichnet, die Geschichte des Harrisleer Bahnhofs sichtbar zu gestalten. Als Ergebnis eines Schulprojekts, woran Schülerinnen und Schüler der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg, der Duborg-Skolen Flensburg und der Zentralschule Harrislee beteiligt waren, entstanden somit neun Modelle eines Mahnmals an der deutsch-dänischen Grenze, die im Sommer 1997 im Harrisleer Bürgerhaus ausgestellt wurden. Anwesend war dabei auch eine Delegation ehemaliger Häftlinge aus Dänemark.

In Abstimmung mit der Gemeinde Harrislee entschied sich die Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Vorschlages einer 10. Klasse der Duborg-Skolen. Als Standort war eine Fläche in unmittelbarer Nähe des Grenzüberganges Harrislee/Padborg vorgesehen, der nur wenige Meter von der Bahnlinie und nur einige hundert Meter vom ehemaligen Harrisleer Bahnhof entfernt liegt.

Die Entstehung des Mahnmals „Harrislee-Bahnhof“ fand breite öffentliche Un-



Abb. 2 Schnitzarbeiten von Schülern der Duborg-Skolen an den für das Mahnmal verwendeten Eisenbahnschwellen, 1998

terstützung – durch die im Harrisleer Gemeinderat vertretenen Parteien (SPD, SSW und CDU), durch Behörden und Vereinigungen, durch das Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein, den Kreis Schleswig-Flensburg sowie zahlreiche Banken und nicht zuletzt durch Harrisleer Firmen aus dem Baugewerbe.¹⁰ In einem Beitrag für die Grenzfriedenshefte beschrieb Christoph Wiegang, Kunstlehrer an der Auguste-Viktoria-Schule, dieses schulübergreifende Projekt.¹¹ Der genannte Aufsatz erschien anschließend in einer zweisprachigen Broschüre, die der Grenzfriedensbund gemeinsam mit der Arbeitsgruppe am Tag der Mahnmalseinweihung herausgab.¹²

Die offizielle Übergabe des Mahnmals an die Gemeinde Harrislee fand am 15. September 1998 statt – am Jahrestag der ersten Deportation aus dem Frøslev-Lager. Gleichzeitig stellte die Einweihung des Mahnmals für die Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ einen vorläufigen Schlusspunkt ihrer Arbeit dar. Andererseits stand noch der Wunsch im Raum, aus diesem „Mahnmal“ ein echtes „Denkzeichen“ zu machen. Aus Sicht der Arbeitsgruppe war dies ein notwendiger Schritt, weil nur so das Engagement für Humanität und Demokratie geweckt werden kann – weil unser Zivilisationsprozess eben nicht unumkehrbar ist. Vor diesem Hintergrund war es sehr erfreulich, dass sich die Duborg-Skolen und die Zentralschule Harris-

lee bereit erklärten, die Patenschaft für das neue Denkzeichen zu übernehmen. Die Patenschaftserklärung sagt aus, dass „das von Jugendlichen konzipierte und miterbaute Denkzeichen dauerhaft ein Anliegen insbesondere von Schülerinnen und Schülern aus Harrislee“ bleiben soll. Sie sollen so motiviert werden, „sich mit der lokalen und regionalen Zeitgeschichte aktiv und kritisch auseinander zu setzen, um auf dieser Basis die Gegenwart besser zu verstehen und die demokratische Weiterentwicklung der Grenzregion engagiert mitzugestalten.“¹³ Seit der Übernahme der Patenschaft für das Mahnmal „Harrislee-Bahnhof“ haben Schülerinnen und Schüler der Duborg-Skolen und der Zentralschule Harrislee den Menschen aus der Grenzregion immer wieder in beeindruckender Weise vor Augen geführt, dass an der deutsch-dänischen Grenze ein Ort lebendigen, das heißt gegenwarts- und zukunftsbezogenen Erinnerns gewachsen ist, in das gerade junge Menschen einbezogen sind.¹⁴ Nicht zuletzt die Veranstaltungen im Umfeld des 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, wozu die Gemeinde Harrislee in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe seitdem einlädt, bestätigen dies. Damit stellen sich die Schülerinnen und Schüler auch den Herausforderungen des Erkenntnisprozesses, der von Jan Philipp Reemtsma in dem Bild von der „Zerbrechlichkeit unserer Zivilisation“ zusammengefasst wurde, da das Engagement für eine humane Gesellschaft ohne Kenntnis der historischen Dimension nicht möglich ist.¹⁵

Auch die Arbeitsgruppe wurde damit vor neue Herausforderungen gestellt – in der Frage nämlich, was sie in einer dritten Arbeitsphase beitragen kann, um diese historische Dimension zu erweitern und zu vertiefen. Anlässlich der Präsentation der von Dr. Henrik Skov Kristensen verfassten Neuauflage der oben erwähnten Schrift¹⁶ lud die Arbeitsgruppe im September 2002 somit zu einem Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Paul von der Universität Flensburg ein: „Widerstand an der Grenze. Das Café Waldheim und das Ehepaar Lützen.“ Mit diesem Vortrag sollte aus Sicht der Arbeitsgruppe in das Bewusstsein der Harrisleer Öffentlichkeit gerückt werden, dass die Gemeinde in der Nazizeit auch ein Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus war.

Dabei ging es um das Ehepaar Lützen, das in der Weimarer Zeit in der Hainstraße das Café Waldheim betrieb. Ab 1933 wurde das Café Waldheim zu einem Zentrum der illegalen Kommunikation. Es fungierte als Schaltstelle zwischen der verbotenen SPD und dem Grenzsekretariat der Exil-SPD in Kopenhagen. Über das Café Waldheim wurde zum einen der Schmuggel von Druckschriften von Dänemark nach Deutschland organisiert; zum anderen war das Café eine Drehscheibe des Emigrantenschmuggels: Zahlreichen Verfolgten des Naziregimes ermöglichten das Ehepaar Amandus und Sophie Lützen und seine Freunde den Weg über die grüne Grenze in die Freiheit. Zur Widerstandsgruppe um das Ehepaar Lützen gehörten auch der ehemalige SPD-Vorsitzende von Harrisleefeld



Abb. 3 „Standbilder gegen rechts“ von Schülerinnen und Schülern der Zentralschule Harrislee bei einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am Mahnmal „Harrislee-Bahnhof“, 26.1.2001

Wilhelm Schmehl und der dänische Lokomotivführer Aage Lassen in Padborg. Nach der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 wurde zunächst Aage Lassen, später auch das Ehepaar Lützen und Wilhelm Schmehl verhaftet. Sophie Lützen durchlitt sechseinhalb Monate Einzelhaft. Amandus Lützen und Wilhelm Schmehl wurden „wegen Vorbereitung des Hochverrats“ zu jeweils eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Amandus Lützen starb bald nach der Befreiung 1945; Sophie Lützen folgte ihm 1959. Wilhelm Schmehl kehrte nach 1945 in die Politik zurück; von 1948 bis 1958 war er Bürgermeister der Gemeinde Harrislee. Das Café Waldheim wurde 1942/1943 geschlossen.¹⁷

Am 20. September 2004 konnte eine – von Dr. Jörn-Peter Leppien gestaltete – und von der Gemeinde Harrislee in Auftrag gegebene Informationstafel zum „Café Waldheim“ eingeweiht werden. Sie befindet sich an der Süderstraße – der Ecke Hainstraße gegenüber – und verweist somit auf eine Spur des Widerstandes in Harrislee. Eine weitere Spur in der Geschichte des Widerstandes ist die 1928 eingeweihte Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld, die 1933 durch die Nationalsozialisten geschlossen und später zur Provinzialfeuerweherschule umgewidmet wurde. Heute ist dort die Landesfeuerweherschule untergebracht. Andererseits führt die Spur zur Süderstraße Nr. 15, wo am 25. Februar 1933 der junge Arbeiter



Abb. 4 Das Café Waldheim in Harsilee, Hainstraße 1. Zeitgenössische Zeichnung

Julius Zehr im Laufe einer Auseinandersetzung durch einen 19-jährigen SA-Mann niedergeschossen wurde. Nach der Präsentation der Informationstafel wurde durch Vorträge von Jens Christian Jacobsen und Dr. Matthias Schartl auch an diese in Vergessenheit geratenen Aspekte der Harsileer Geschichte erinnert.¹⁸ Und eine weitere „Spur“ soll hier genannt werden: Im September 2006 gelang es der Arbeitsgruppe „Harsilee-Bahnhof“ in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, eine Sonderausstellung des Politihistorisk Museum Kopenhagen in das Harsileer Bürgerhaus zu holen. Thema der Ausstellung war die Internierung der dänischen Polizei.¹⁹ Denn zu den Gefangenen aus dem Lager Frøslev gehörten auch 288 der 2000 dänischen Polizisten, die am 19. September 1944 von der deutschen Besatzungsmacht verhaftet und in die Konzentrationslager Neuengamme und Buchenwald verschleppt wurden. Die Ausstellung und ein begleitender Vortrag des Leiters des Politihistorisk Museum Kopenhagen dokumentierten die „polizeilose Zeit“ in Dänemark, das Leiden und Sterben der Polizisten im KZ, ihre endliche Befreiung, aber auch die Kollaboration einiger Kollegen.

Zehnjähriges Bestehen des Mahnmals

Das Mahnmal „Harsilee Bahnhof“ existiert mittlerweile seit 1998. Wenn es im

Herbst diesen Jahres sein 10-jähriges Bestehen feiern kann, dann sollte nicht zuletzt gewürdigt werden, dass es sich wirklich zu einem Lernort und zu einem Ort des Erinnerns entwickelt hat – zu einem Denkzeichen also. Genannt sei, dass es im Laufe der Zeit auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen als Ort des Nachdenkens angenommen worden ist. So ist es kein Zufall, dass der DGB am 1. September als Anti-Kriegstag regelmäßig auch zu einer Kranzniederlegung am Mahnmal „Harrislee-Bahnhof“ einlädt. Eine neue Informationstafel, die am 18. September 2008 eingeweiht wird, soll den Besuchern den Zugang zum Mahnmal und den damit verbundenen Absichten erleichtern.

Entscheidend für den Erfolg dieses Prozesses war ohne Zweifel, dass der Grenzfriedensbund das Vorhaben der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ von Anbeginn publizistisch begleitet und gefördert hat. Ohne die Unterstützung des Grenzfriedensbundes wäre es nicht möglich gewesen, den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs in dieser Sache voranzubringen. Konkret bedeutet dies: Die Grenzfriedenshefte – allen voran Dr. Jörn-Peter Leppien als Redakteur der Grenzfriedenshefte – haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Mahnmal in seiner schlichten Eindringlichkeit sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze eine so hohe Akzeptanz erfahren hat, wie es aus heutiger Sicht der Fall ist. Für die Grenzfriedenshefte wird einmal mehr deutlich, dass der Name auch Programm ist – wodurch sie sich von allen anderen historischen und gesellschaftspolitischen Schriften des Grenzlandes unterscheiden. Und nicht nur „Insider“ wissen, dass dies in erster Linie mit dem Engagement von Dr. Jörn-Peter Leppien zusammenhängt. Als Historiker und Pädagoge hat er bereits in den 80er Jahren durch die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern in die Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Konzentrationslagers Ladelund neue Maßstäbe gesetzt. Ohne sein Expertenwissen in Sachen Gedenkstättenarbeit, ohne seinen Fleiß und seine fachliche Kompetenz gäbe es aber auch das Mahnmal „Harrislee-Bahnhof“ nicht. Auch dafür sei ihm an dieser Stelle gedankt!

Anmerkungen

- 1 Jan Philipp Reemtsma, Wozu Gedenkstätten? (Texte und Gedanken. Zeit- und kulturgeschichtliche Publikationsreihe der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein. H. 1), Kiel 2004.
- 2 Henrik Skov Kristensen: Eine Station auf dem Weg in die Hölle. Harrislee-Bahnhof und die Deportation dänischer Gefangener aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager/ En station på vej til helvede. Harreslev banegård og deportationen af danske fanger fra Frøslev til tyske koncentrationslejre. Mit einem Beitrag von Anke Spoorendonk/ Med et bidrag af Anke Spoorendonk; Hrsg./Udg. Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof, Grenzfriedensbund u. Hist. Samfund for Sønderjylland; Aabenraa/Flensburg 2002.

- 3 Kristensen (wie Anm. 2), S. 48.
- 4 Die Arbeitsgruppe besteht aus: Ludwig Hecker, Lone Anker Jakobsen, Dr. Henrik Skov Kristensen, Dr. Jørgen Kühl, Dr. Jörn-Peter Leppien, Karl-Hermann Rathje, Dr. Matthias Scharl und Anke Sporendonk als Sprecherin.
- 5 Grenzfriedenshefte 2/1996, S. 114-115; Wiedergabe eines Presseartikels aus dem Flensburger Tageblatt vom 13.5.1996 über die Veranstaltung mit Hans-Christian Rasmussen.
- 6 Grenzfriedenshefte 3/1995, S. 143-185.
- 7 Harrislee-Bahnhof – eine „Station auf dem Weg in die Hölle“. Die Deportation dänischer Gefangener aus dem Internierungslager Frøslev in deutsche Konzentrationslager 1944/45/Harreslev banegård – en „station på vej til helvede“. Deportationen af danske fanger fra Frøslevlejren til tyske koncentrationslejre 1944/45, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. Historisk Samfund for Sønderjylland, Flensburg 1996.
- 8 Siehe Anm. 2.
- 9 Siehe Anm. 7.
- 10 Jörn-Peter Leppien: „Mahnmal als Vorbild“. Einweihung eines Denkzeichens zur Erinnerung an die Deportation aus dem Lager Frøslev – ein Pressebericht, in: Grenzfriedenshefte 4/1998, Seite 273-281.
- 11 Christoph Wiegand: „Bahnhof Harrislee – Schüler/innen gestalten ein Mahnmal, in: Grenzfriedenshefte 3/1997, S. 193-207.
- 12 Christoph Wiegand/Anke Sporendonk: „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Schülerinnen und Schüler gestalten ein Mahnmal / Elever skaber et mindesmærke. Hrsg./Udg.: Grenzfriedensbund und/og Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof, Flensburg 1998.
- 13 Siehe Anm. 2, Seite 134.
- 14 Siehe Anm. 2, Seite 137.
- 15 Siehe auch: Karl-Hermann Rathje/Jörn-Peter Leppien: „Erinnerung braucht Orte.“ Das Mahnmal am Grenzübergang Harrislee/Padborg, in: Grenzfriedenshefte 1/2001, Seite 51-58.
- 16 Siehe Anm. 2.
- 17 Text der Informationstafel „Café Waldheim“.
- 18 Gerhard Paul: Widerstand an der Grenze. Das „Café Waldheim“ und das Ehepaar Lützen, in: Zwischen Konsens und Kritik. Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933-1945 (Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 4) Flensburg 1999, S. 331-354. Jens Christian Jacobsen: Vom Landarbeiter zum Lokalredakteur. Die Arbeitervolkshochschulen Tinz und Harrisleefeld, in: Grenzfriedenshefte 4/1993, S. 273-287. Matthias Scharl: „Nach alledem hat der beschuldigte in Notwehr gehandelt.“ Der Tod des Julius Zehr am 25. Februar 1933 in Harrisleefeld, in: Grenzfriedenshefte 1/1997, S. 33-59.
- 19 Flensburger Tageblatt vom 21.9. 2006.

Hans Schmidt – ein ganz normaler Nationalsozialist

von *KLAUS-JOACHIM LORENZEN-SCHMIDT*

Einführung

Nach der Kapitulation Deutschlands, der Entnazifizierung, dem beginnenden Wiederaufbau, der in das sog. „Wirtschaftswunder“ mündete, und der sich rasch beschleunigenden Rückkehr der ehemals „Belasteten“ (Nationalsozialisten) in das öffentliche Leben war es in Westdeutschland schwer, die Verstrickung des weitaus größten Teils der deutschen Bevölkerung in die NS-Diktatur zu diskutieren. Für die Untaten der NS-Barbarei gar die Verantwortung zu übernehmen wird beileibe nicht nur von dummdreisten Neonazis verweigert – es gab und gibt bis heute subtilere Formen, sich gegenseitig (und die Vorfahren gleich mit) zu exkulpieren, wie der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger kürzlich bei seiner Trauerrede für seinen verstorbenen Amtsvorgänger Karl-Hans Filbinger zeigte und diesen dabei wider besseres Wissen sogar als „Widerstandskämpfer“ bezeichnete.¹ Man muss wohl nicht so weit gehen, alle Deutschen der NS-Zeit zu „willigen Vollstreckern“ zu erklären, wie es Daniel Goldhagen tat.² Aber man tut doch gut daran, eine breite Zustimmung in der Bevölkerung zu der „Friedenszeitpolitik“ 1933-1939 der NS-Regierung zu konstatieren³ und den Blick darauf zu richten, wie die hier begonnene Ausgrenzung von Menschen dann während des Krieges zu massenhafter Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung von Völkermord führte. Einer aus dem Millionenheer der Zustimmung und Bejaher, in gewisser Weise auch der Nutznießer des NS-Systems soll im Folgenden kurz skizziert werden.⁴

Die Biographie

Am 3. Mai 1906 wurde dem Postassistenten und Verwalter der Kaiserlichen Poststelle von Bredebro in Nordschleswig, Friedrich Wilhelm Schmidt (1878-1955)⁵, und seiner Ehefrau Ida Robertine Johanne Louise, geborene Müller (1876-1940)⁶, der erste Sohn in ihrer damals knapp einjährigen Ehe geboren. Er erhielt die Vornamen Hans Erich und wurde zwei Jahre darauf durch Geburt des zweiten Sohnes Hermann Otto (1908-1965) älterer Bruder. In diesem Jahr wurde der Vater auf die Postverwalterstelle in Krempe (Holstein)⁷ versetzt, wo die beiden Schmidt-Jungen heranwuchsen und ihre Jugendzeit verbrachten. In

der kleinstädtischen Gesellschaft inmitten der Krempermarsch war der Postassistent Schmidt durchaus eine Person, die sich in den Honoratiorenkreis einreihen konnte: Neben dem Bürgermeister (Hermann Ruhe) waren das der praktische Arzt, der Tierarzt und der Bahnhofsvorsteher. In Krempe war der Beitritt zur Brand- und Schützengilde von 1541 für Hausbesitzer und auch für Beamte, selbst wenn sie hier nicht über Grund und Boden verfügten, obligatorisch. So ist Schmidt schon 1909 beim Auszug der Gilde zum alljährlichen Fahnenschwenken auf dem Marktplatz der Kleinstadt abgelichtet worden. Friedrich Wilhelm Schmidt wurde zudem Mitglied im örtlichen Kriegerverein und leitete während des Krieges als „unabkömmlich gestellt“ die Jugendkompanie. 1918 wurde er zum Postsekretär und 1921 zum Postmeister befördert.

Sein Berufsleben fand 1935 jedoch ein jähes Ende, als nach einer Revision des Kremper Postamtes Unterschlagungen von Mitarbeitern aufgedeckt wurden und der Postmeister dafür die Verantwortung zu übernehmen hatte. Die Folge war seine Versetzung in den Ruhestand zum 31. Dezember 1935. Friedrich Wilhelm Schmidt verzog nach Elmshorn, fühlte sich aber als zu jung, um sich tatsächlich schon zur Ruhe zu setzen. Stattdessen engagierte er sich in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und brachte es bis zum Kreisamtsleiter dieser Organisation für den Kreis Pinneberg. Auch übernahm er das Amt des NSDAP-Zellenleiters in Elmshorn-Klostersande.

Sohn Hans durchlebte, von seiner Mutter und den wechselnden Hausmädchen, daneben von Waschfrau und Küchenhilfe betreut, eine sonnige Jugend. Krempe war damals auf dem Höhepunkt seiner zweiten Blüte: Eine Lederfabrik beschäftigte zahlreiche Arbeiter, das ländliche Handwerk und Gewerbe gediehen dank der Agrarkonjunktur der Kaiserzeit prächtig, zwei Sparkassen und eine Bankniederlassung waren nötig, um den Bauern des Umlandes bei ihren Geldtransaktionen zu helfen. Gleichwohl gab es eine nicht unerhebliche Schicht von Land- und Hausbesitzlosen in der Stadt und den ländlichen Gemeinden ringsum, aus der sich auch in dem kleinen Städtchen die bescheidenen Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung rekrutierten, die in der Kommune aber durch das Klassenwahlrecht von jeglicher Mitwirkung ausgeschlossen waren. Der wirtschaftliche Aufschwung Krempes, der ein jahrhundertlanges Siechtum mit einhergehendem Verfall der Baustruktur ablöste, reichte allerdings nicht aus, um die Stadt grundlegend umzugestalten.⁸

Der Eintritt in die kurz zuvor erweiterte und modernisierte Volksschule zu Ostern 1912 fiel dem jungen Hans anfangs nicht ganz leicht – er war gemeinsam mit seinem Bruder doch von seiner Mutter, die schon damals mit einer beginnenden Gicht zu kämpfen hatte, ziemlich stark verwöhnt worden. In der Schule ging es jedoch wider Erwarten recht gut. Hans hatte in den ersten Schuljahren immer Platz 1 bis 3 unter den 21 bis 29 Schülern seiner Klasse, so dass der aufstiegs-

bewusste Vater (die Mutter hatte ohnehin eine ihrer kleinbürgerlichen Hamburger Herkunft entsprechende Töchterausbildung durchlaufen) daran denken konnte, seinen ältesten Sohn ab Ostern 1915 auf das Gymnasium zu schicken. Dafür bot sich die Anstalt in der benachbarten, acht Kilometer entfernten Hafenstadt Glückstadt an, die allerdings für den verhätschelten Hans nur mit der Eisenbahn zu erreichen war. Bahnfahrt und fremde Umgebung mögen dazu beigetragen haben, dass der Gymnasialbesuch bereits in der Quinta scheiterte. Hans selbst sagte später erinnernd, dass seine große Faulheit der Hauptgrund für das Schulversagen gewesen sei. So kam er im letzten Kriegsjahr 1917 zurück nach Krempe. Das Kriegsende und die Umwälzung der politischen Verhältnisse in der Revolution 1918/19 wurden in Krempe und seinem Umland sicher nur von den wenigen Sozialdemokraten bedingungslos begrüßt.⁹ Auch in (klein-)bürgerlichen Familien war man über das Ende des Krieges froh – aber die Bedingungen des „Schmachfriedens“ von Versailles und die anhaltenden Probleme der Versorgung in den ersten Kriegsjahren, dann der Verlust von Vermögen durch die kalte Enteignung der Kriegsanleihen und von Sparvermögen durch die Hyperinflation von 1923 schufen ein politisch aufgeheiztes Klima, das es der jungen Weimarer Republik auch in der Krempermarsch nicht leicht werden ließ, um Sympathie zu werben. In dieser Phase wurde Hans Schmidt Ostern 1921 mit einem Zensurendurchschnitt von „1“ (sehr gut) aus der Schule entlassen.

Dank der guten Beziehungen, die sein Vater zum Rathaus hatte, begann er eine Verwaltungslehre unter der Aufsicht von Bürgermeister Ruhe. Politisch gehörte Ruhe ebenso wie Friedrich Wilhelm Schmidt und die anderen Honoratioren der Stadt zu den konservativen Kräften, die Demokratie und Sozialstaat verachteten. Zu sehr in den Kategorien der kaiserzeitlichen Klassengesellschaft, in der sie zu den staatstragenden Kräften gehört hatten, verhaftet, lehnten sie die Weimarer Republik und ihre politischen wie administrativen Erscheinungsformen innerlich ab, ohne freilich den offenen Konflikt zu wagen. Kennzeichnend ist die Flaggenfrage für diese Haltung: Im privaten Umgang sprach man nicht von „Schwarzrotgold“, sondern von „Schwarzrot-Senf“.

Nach nur einem Jahr auf dem Bürgermeisteramt in Krempe wechselte Hans Schmidt für eineinhalb Jahre zum Bankverein Itzehoe. Im November 1923 kehrte er zurück und arbeitete hier als Verwaltungsgehilfe bis Ende März 1926. Nach wechselnden Tätigkeiten wurde er zum 1. April 1935 als Angestellter beim Katasteramt Elmshorn eingestellt.

Im konservativ-bürgerlichen Milieu der Kleinstadt Krempe organisierten sich die Heranwachsenden im Umfeld von Hans Schmidt. Einerseits die zur Republik stehenden Söhne der Arbeiterklasse, die unter den schwierigen Beschäftigungsverhältnissen in ihren Hauptbetrieben (nicht nur die Kremper Lederwerke, sondern auch die Industriebetriebe in Glückstadt, Itzehoe und Lägerdorf) zu leiden hatten

und oft arbeitslos waren; andererseits die Söhne des (Klein-)Bürgertums, die zunehmend eine unfähige bzw. angeblich von „Feinden Deutschlands“ gesteuerte politische Elite für die schwierige Wirtschaftslage verantwortlich machten. Hans Schmidt fühlte sich – auch getragen von den Meinungsäußerungen im Elternhaus und in seinem Lehrverhältnis – dem nationalistischen und revanchistischen Gedankengut völkischer Gruppierungen zugeneigt. Politisch war er zwar nicht sonderlich interessiert, allerdings organisierte er für kurze Zeit in Krempe eine Ortsgruppe des „Deutsch-völkischen Jugendbundes“. Hans Schmidt, der sich seit der Rückgewinnung des 1875 bei der standesamtlichen Registrierung vergessenen Doppelnamens im Jahr 1927 wieder Lorenzen-Schmidt nannte, trat zudem am 1. April 1929 unter der Mitgliedsnummer 123.393 der NSDAP bei,¹⁰ wurde nach eigener Aussage aber schon im September desselben Jahres durch SA-Führer Paul Hayer aus Partei und SA¹¹ ausgeschlossen. Sein Interesse an dem paramilitärischen, von verhinderten Frontsoldaten geprägten Betrieb in dieser Jungmännergruppe war nicht allzu groß.

Sein Interesse blieb jedoch begrenzt. Zu sehr absorbierten ihn die normalen Vorlieben der heranwachsenden Kremper Jugend: Kino, Tanz und Jungmännerrunden, daneben der intensive Kontakt zum anderen Geschlecht. Auch im Verein für Leibessport Krempe engagierte sich Hans Schmidt, zwar nicht als Fußballer, wohl aber als Schiedsrichter. Doch auch hier hielt die Begeisterung nicht lange an. Er fühlte sich eher zur Musik hingezogen, hatte er doch jahrelang Klavierunterricht erhalten. Dies verschaffte ihm die Möglichkeit, sich gemeinsam mit dem Geige spielenden Bäckergehilfen Paul Strauß ein Zubrot als Ensemble zur Untermalung der in Krempe vorgeführten Stummfilme zu verdienen. Er liebte den einfachen „Negerjazz“, der sich auch in den Schlagern und Modetänzen der 1920er Jahre niederschlug, aber lehnte andererseits die politischen Verhältnisse, die diese kulturelle Freizügigkeit ermöglichten und förderten, ab.

Kaum hatte allerdings die NSDAP ihren politischen Durchbruch auf der Reichsebene geschafft, bemühte sich Hans Lorenzen-Schmidt sofort wieder um die Partei- und wenig später um die SA-Mitgliedschaft. Wohl auch wegen seiner unrühmlichen Parteivergangenheit trat er nicht in Krempe, sondern im nur 20 km entfernten, aber dem benachbarten Kreis Pinneberg zugehörigen Elmshorn erneut in die Partei ein (1. Mai 1933 – Mitgliedsnummer 2.744.049); hier erfolgte auch ein SA-Eintritt am 10. November 1933. Später wurde er Mitglied in der NSV, in der Deutschen Arbeitsfront und im Reichskolonialbund. In der Elmshorner SA beteiligte er sich als Flötist am Spielmannszug und dürfte an den zahlreichen Aktivitäten regen Anteil genommen haben.¹²

In beruflicher Hinsicht tat sich auch etwas: Nach gut eineinhalb Jahren am Katasteramt Elmshorn wurde Hans Lorenzen-Schmidt am 1. Dezember 1936 zur Katasterverwaltung des Regierungspräsidenten in Schleswig versetzt. Das hatte



Abb. 1
Hans Lorenzen-Schmidt als
Marine-SA-Mann im Sommer 1935

am 19. April 1937 den Eintritt in den Marine-SA-Sturmbann II/44 als Rottenführer zur Folge. Am 9. November 1938 wurde er zum Scharführer befördert. Das SA-Sportabzeichen (Nr. 80486) hatte er bereits zuvor in Elmshorn erworben. Am 25. Oktober 1937 begann für den 31-Jährigen seine erste Wehrübung bei der 15. Ersatzkompanie des Infanterieregiments 46 in Heide. Nach zweimonatiger infanteristischer Grundausbildung wurde er als Unterführer-Anwärter nach Schleswig entlassen, um dann jeweils nach Übungen 1938 zum Gefreiten der Reserve und Reserve-Offiziersanwärter und am 1. Juni 1939 zum Reserveunteroffizier ernannt zu werden. Die nächste Reserveübung begann am 26. August 1939 bei der 7. Kompanie des Infanterieregiments 26 in Flensburg und führte ihn als Führer eines Maschinengewehr-Halbzuges direkt in den Polenfeldzug, wo er vom 7.-19. September 1939 an der Schlacht an der Bzura teilnahm. Nach Offiziersanwärterlehrgang wurde er im August 1940 zum Feldwebel, am 1. September 1940 zum Leutnant befördert. Verschiedene Lehrgänge und kurzzeitige Verwendungen in der Etappe folgten. Dann kam er am 19. April 1941 zu einer motorisierten Felddruckerei beim Oberkommando des Heeres (ab 1. Januar 1942 Felddruckerei-Abteilung (mot.) 631), als deren Angehöriger er auch in den Russlandfeldzug 1941/2 involviert war und weit hinter der Front bis Winniza in der Ukraine verlegt wurde. (Übrigens wurde er am 19. April 1941 als „besonders

beauftragte Person“ im Sinne der Heeresdrucksache 99, Nr. 29 verpflichtet; diese Personen hießen im Umgangsjargon der Wehrmacht „NS-Führungsoffiziere“ und stellten das Gegenstück zum sowjetischen Kommissar dar.)

Die Felddruckerei war für die tägliche Herstellung der Lagekarten für die höchsten Kommandostellen zuständig; hier war man also ständig auf dem neuesten Stand, was die Kenntnisse des Frontverlaufs anging. In Winniza wurde er am 1. September 1942 zum Oberleutnant befördert und erhielt das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern. Zurückverlegt in das Reich, kam die Abteilung zum Oberkommando des Heeres in das große Lager „Z“ (Zeppelin bei Zossen) südlich von Berlin. Die Unterkunft bestand aus einem kleinen Einfamilienhäuschen im Wald, die Platz für ein angenehmes Leben im Kreise der Offizierskameraden und fröhliche Geselligkeit (auch mit Nachrichtenhelferinnen) bot. Das Motto eines erheblichen Teils dieser Männer war: „Genießt den Krieg, der Frieden wird furchtbar!“ Lorenzen-Schmidt war dabei – ebenso wie viele seiner Offizierskameraden – nicht ungebunden, denn er hatte am 6. April 1940 in Süderbrarup in Angeln standesamtlich die nicht berufstätige Annita Magdalena Andresen (geb. 24. April 1914), die dort wohnte, geheiratet. Er hatte sie in Schleswig kennen und lieben gelernt, doch konnte er als von seiner Ehefrau weit entfernter Gatte den Verlockungen des „süßen Lebens“ in der Etappe nicht widerstehen.

Die junge Frau, die ihn am meisten faszinierte, war Maria Stefanie Muschiol (geb. am 13. Mai 1921), Tochter eines Starkstromelektrikermeisters aus Chorzów im 1920 polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens. Sie war erst 1939 als Volksdeutsche Reichsangehörige geworden. Gemeinsam mit ihren deutschen Freundinnen hatte sie die Chance ergriffen, als Nachrichtenhelferin bei der Wehrmacht zu arbeiten. Da zudem ein fast europaweiter Einsatz möglich war, verlockte die Werbung der Wehrmacht. Nach Stationen bei Gießen und in Brüssel kam Stefanie Muschiol zum Oberkommando des Heeres nach Zossen, wo sie den 15 Jahre älteren Hans Lorenzen-Schmidt kennen lernte. Im August 1944 wurde sie von ihm schwanger und daraufhin im Dezember von der Wehrmacht entlassen. Da sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in ihre von der Roten Armee unmittelbar bedrohte Heimat zurückkehren konnte, reiste sie nach Süddeutschland zu Bekannten und fand Unterkunft in Bamberg.

Die Einheit von Hans Lorenzen-Schmidt wurde noch in den letzten Kriegsmonaten in die „Alpenfestung“ verlegt. Hier wurde er als Oberleutnant am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen gefangen genommen und in ein Lager in Berchtesgaden überführt. Doch schon am 1. August 1945 wurde er nach Hause, das hieß nach Süderbrarup, entlassen. Kurz zuvor war – gar nicht so weit von ihm entfernt – sein unehelicher Sohn Hans Ulrich am 21. Mai 1945 von seiner Geliebten geboren worden (die Anerkennung seiner Vaterschaft erfolgte allerdings erst am 14. November 1946 in Elmshorn). Mit seiner Ehefrau verstand er sich



Abb. 2 Stab der 1. und 2. Batterie der Felddruckereiabteilung mot. 631 beim Oberkommando des Heeres (Zossen), Sommer 1944. Oberleutnant Lorenzen-Schmidt in der hinteren Reihe, 3. von links

nicht mehr, er ließ sich scheiden und wurde am 23. April 1946 in die Wohnung seines Vaters in Elmshorn eingewiesen. Der Heimkehrer war aufgrund einer Anordnung der britischen Militärregierung bereits am 26. September 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden.

Wie sollte es jetzt weitergehen? Von September 1945 bis Mai 1946 war Hans Lorenzen-Schmidt arbeitslos, dann für zweieinhalb Monate Torfarbeiter bei der Baufirma Sölter & Kurzhals in Elmshorn. Es folgte eine erneute einmonatige Arbeitslosigkeit und dann eine Beschäftigung für 13 Monate als Bauhilfsarbeiter bei dem Bauunternehmer Diedrich Thun in Elmshorn. Am 8. Oktober 1947 stellte er seinen Antrag auf Entnazifizierung; seine Angaben waren – soweit sich das überprüfen lässt – zutreffend und beschönigten nur seinen ersten Eintritt in die NSDAP. Wie viele andere in das NS-Regime Verstrickte hatte er sich auch Entlastungszeugnisse besorgt.

Ganz verständlich zeigte Hans Erich Lorenzen-Schmidt nach dem Zerplatzen der Hoffnungen, die sich bei ihm mit dem NS-Regime verbanden, eine rasche Distanzierung vom Nationalsozialismus. Damit hoffte er, wie so viele andere auch, seine Chancen für ein möglichst erfolgreiches Weiterleben zu erhöhen. Der Bescheid des Entnazifizierungsausschusses des Kreises Pinneberg vom 15.

April 1948 reichte ihn jedoch in die Kategorie IV (Mittläufer) ein. Das erschwerte eine erneute Anstellung im öffentlichen Dienst. Deshalb beantragte er am 2. Februar 1949 unter Bedingungen eines nun wieder teilsouveränen westdeutschen Staates eine nochmalige Überprüfung. Tatsächlich wurde er am 10. Februar 1949 als unbelastet eingestuft.

Hans Lorenzen-Schmidt hielt ständig Kontakt zur Mutter seines Sohnes. Am 9. Mai 1947 heirateten die beiden in Bamberg und bald darauf siedelten Ehefrau und Sohn zu ihm nach Elmshorn über, wo die – inzwischen mit einer dreiköpfigen Flüchtlingsfamilie zusätzlich belegte – Wohnung des Vaters Friedrich Wilhelm als Anlaufstelle diente. Aus der Ehe ging mit dem am 5. Oktober 1948 geborenen Klaus-Joachim ein zweiter Sohn hervor.

Aushilfsarbeiten bei der Spar- und Leihkasse der Stadt Elmshorn im Rahmen der Währungsreform (Juni 1948 – Januar 1949) und bei der Butter- und Eierzentrale Hamburg (Juli – Dezember 1949) wurden von Phasen erneuter Arbeitslosigkeit unterbrochen. Am 9. Juni 1950 fand Hans Lorenzen-Schmidt endlich eine dauerhafte Anstellung als vermessungstechnischer Angestellter beim Katasteramt Pinneberg, die er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand am 31. Mai 1971 beibehielt, auch wenn er bei Gründung der Bundeswehr 1956 noch einmal mit dem Gedanken der Wiederaufnahme einer aktiven Offizierslaufbahn liebäugelte – vor allem, um seine Einkommenslage zu verbessern. Doch dafür war er als Oberleutnant mit dem Geburtsjahrgang 1906 deutlich zu alt. So blieb er Angestellter, zuletzt in der Vergütungsgruppe BAT Va.

Hans Erich Lorenzen-Schmidt war nach dem desaströsen Krieg und der Wiederkehr der westdeutschen Normalität kein unverbesserlicher „Nazi“, sondern wandelte sich schnell zum Verfechter der jungen Demokratie. Zwar trat er nie einer bundesrepublikanischen Partei bei, doch galt seine Sympathie nun den Sozialdemokraten, die er bei Wahlen, an denen er stets teilnahm, unterstützte. Er wurde Ende der 1950er Jahre „Spiegel“-Leser und war Freund des politischen Kabarets, soweit es im Rundfunk übertragen wurde. Aber es dominierte doch die Haltung, dass „Politik ein schmutziges Geschäft“ sei. Beweise dafür lieferte die bundesrepublikanische Politikszene mit der Spiegel-Affäre, den anhaltenden Turbulenzen um den damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß und den vielen kleinen und großen Skandalen und Skandalchen, die der „Spiegel“ genüsslich aufzuspießen pflegte. Er durfte sich in dem Kreis der „Bescheidwisser“, den die „Spiegel“-Lektüre angeblich schuf, zu Hause fühlen; aber er suchte nie die öffentliche Meinungsäußerung oder das öffentliche Bekenntnis zu einer Partei. Er beteiligte sich nach 1955 auch immer weniger am geselligen Leben etwa in der Elmshorner Liedertafel, der er zwischen 1949 und 1955 noch als Dirigent zur Verfügung gestanden hatte und mit der er so manche feucht-fröhliche Übungsstunde sowie diverse ebensolche Ausflüge (insbesondere zu Himmelfahrt)

unternahm. Vielmehr zog er sich nach seinem 50. Geburtstag mehr und mehr in sein kleines häusliches Reich zurück, wozu der Umzug in eine Wohnung mit Garten beträchtlich beitrug.

Nun widmete er sich in seiner Freizeit neben der Gartenarbeit vor allem der Lektüre philosophischer Werke und hörte viele Übertragungen klassischer Musikaufführungen – oft mit Partitur vor sich; auch das (übrigens wenig erfolgreiche) Üben klassischer Klaviermusik nahm mehr Zeit in Anspruch. Außerhäusliche Aktivitäten waren neben dem Beruf nur noch im Zusammenhang mit den mit dem Schulbesuch seiner Jungen verbundenen Angeboten der Bismarckschule (Theater- und Musikaufführungen) möglich; äußerst selten wurde ein Kinofilm besucht. Mit der Anschaffung eines Fernsehgerätes 1955 hörten dann auch die wenigen Kinobesuche auf.

Die NS-Vergangenheit wollte er wie viele seiner Altersgenossen möglichst rasch und effektiv verdrängen. Er erzählte weder aus seiner Jugend noch aus den Jahren vor der zweiten Eheschließung. Kriegserlebnisse kamen im Familienkreis auch bei Nachfragen nur höchst spärlich zum Vorschein. Sobald seine beiden Söhne, die er in Erinnerung an sein eigenes Schulversagen auf dem Gymnasium nicht nur auf das Jungen-Gymnasium „Bismarckschule“ in Elmshorn schickte, sondern auch stets förderte und zu fleißigem Lernen aufforderte, damit sie sich nicht eines Tages in seiner (von ihm selbst als zu niedrig angesehenen) beruflichen Position wiederfänden. Als diese aus dem Schulunterricht (wenig genug) antifaschistische Elemente an den gemeinsamen Abendbrottisch mitbrachten, wurde ihnen bedeutet, dass „nicht alles, was Adolf Hitler gemacht hat, schlecht gewesen“ sei und „nicht alle Juden gut“ wären – aber dann stets mit dem Bemerkung, dass das nichts für die Ohren der Lehrer wäre. Auf Nachfragen über das Wissen der Eltern von „Konzentrationslagern und Judenvernichtung“ wurde den Söhnen bedeutet, dass man davon nichts gewusst habe.

Sprüche wie: „Rasche Entschlusskraft ziert den SA-Mann!“ kamen erst wieder über seine Lippen, als seine beiden Jungen schon über 15 Jahre alt waren, und das in leicht angeheiteter Stimmung zu später Stunde auf dem Klavier hingehauene „Horst-Wessel-Lied“ erklang zum ersten und einzigen Mal Silvester 1966. Ansonsten bemühte er sich, seinen Söhnen ein Selbstbild von Individualismus (anders zu sein als andere; nicht das zu tun, was alle tun) zu vermitteln; das deckte sich nicht mit ängstlicher Anpassung an die umgebende Nachbarschaft. Also: Selbst komplett angepasst, versuchte er vor allem seinem jüngeren Sohn individuelles „Standing“ zu vermitteln und dessen Distanz zur herrschenden Norm zu bestärken. Lange Haare indes und die aufmüpfige Art und Weise der „68er Generation“, das behagte ihm ganz und gar nicht. Mein Vater starb am 11. August 1973 nach knapp halbjähriger Krankheitszeit an Krebs in Elmshorn.¹³

Anmerkungen

- 1 Harald Welzer, Wer waren die Nazis? Günther Oettinger und die gefühlte Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 52 (2007), S. 562-576.
- 2 Daniel J. Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- 3 So auch in Schleswig-Holstein – vgl. Uwe Danker und Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005, S. 46-51, 55-65.
- 4 Anders als unserem Jubilar, der mit seiner Mutter Annemarie Leppien einen Teil ihrer Biographie unter Vorzeichen der NS-Erziehung aufarbeiten konnte (A. Leppien u. J.-P. Leppien, Mädel-Landjahr in Schleswig-Holstein. Einblicke in ein Kapitel nationalsozialistischer Mädchenerziehung 1936-1940, Neumünster 1989), war es mir nicht vergönnt, mit meinem Vater ähnlich offen über seine Erlebnisse während der Jahre 1933-1945 zu sprechen.
- 5 Friedrich Wilhelm Schmidt (geb. 21.6.1875 in Beken, Kreis Apenrade, gest. 8.1.1955 in Elmshorn, Kreis Pinneberg) war das dritte Kind des Schulmeisters Hans Heinrich Lorenzen-Schmidt und dessen Ehefrau Ingeborg Catharina geb. Damm in einer Reihe von zehn Kindern, die zwischen 1871 und 1893 geboren wurden.
- 6 Ida Robertine Johanne Louise Müller (geb. 30.8.1876 in Hamburg, gest. 20.8.1940 in Elmshorn) war die Tochter des Restaurateurs Johann Carl Friedrich Müller und dessen Ehefrau Friedericke Wilhelmine Christiane geb. Carstens gesch. Richter. Sie heiratete F. W. Schmidt am 15.7.1905 in Hamburg.
- 7 Johannes Petersen, Die Post von Krempe, Holstein, in: Post- und Fernmeldegeschichte zwischen Nord- und Ostsee, 25 (1985), S. 89-101.
- 8 H. Ruhe, Chronik der Stadt Krempe, Glückstadt u. New York 1938.
- 9 Zur sozio-ökonomischen und politischen Situation im Kreis Steinburg s. Reimer Möller, Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch (1860-1933). Die Folgen der Industrialisierung im Landkreis Steinburg (Elbe), Hamburg 2007, S. 255-400.
- 10 Eine Ortsgruppe der NSDAP wurde in Krempe am 11.4.1929 gegründet – vgl. 10 Jahre NSDAP. Ortsgruppe Krempe i. H. 1929-1939, Krempe (1939), S. 4.
- 11 Die SA Krempe wurde am 29.7.1929 gegründet.
- 12 Zur NSDAP in Elmshorn vgl. 10 Jahre NSDAP. Elmshorn 1925-1935, (Elmshorn 1935).
- 13 Alle Unterlagen, die diese biographische Skizze ermöglichten, befinden sich in meinem Besitz. Leider sind die tagebuchartigen Aufzeichnungen, die Hans-Erich Lorenzen-Schmidt vermutlich bereits in den 1930er Jahren verfasste, bis auf den vorletzten (13.) Band, der die Jahre 1965 bis 1970 umfasst, nicht erhalten geblieben – sie wurden von der Witwe nach seinem Tode vernichtet.

Der Fall Hartwig Schlegelberger

von *KLAUS BÄSTLEIN*

Einleitung

Anfang der sechziger Jahre wurden erstmals Vorwürfe gegen den schleswig-holsteinischen Finanz- und späteren Innenminister Hartwig Schlegelberger (CDU) laut, als Marin Richter wegen geringfügiger Delikte die Todesstrafe verhängt zu haben. Doch Ministerpräsident Helmuth Lemke wischte die Vorwürfe mit einer „Ehrenerklärung“ vom Tisch. Ende der achtziger Jahre gab es wieder Kritik an der Vergangenheit Schlegelbergers, der zwischenzeitlich Chef der Landesbank in Kiel war und nun als DRK-Präsident im Lande fungierte. Jetzt war es die Staatsanwaltschaft Kiel, die erklärte, Rechtsbeugung sei ihm nicht nachweisbar. Schlegelberger wechselte wenig später nach Berlin, um den maroden DRK-Landesverband zu sanieren. Doch 1995 publizierte „Der Spiegel“ Auszüge aus seinen Urteilen. Schlegelberger musste zurücktreten. 2007 wurden wieder Vorwürfe gegen den mittlerweile Verstorbenen laut. Jetzt hieß es, er habe in den fünfziger und sechziger Jahren mit der Stasi kooperiert. Doch bei den diesbezüglichen Unterlagen handelte es sich offenbar um eine Fälschung. Teile der dänischen Medien nahmen den Vorgang aber ernst.

Schlegelberger war von 1954 bis 1989 auch Vorsitzender des Deutschen Grenzvereins und Autor der „Grenzfriedenshefte“. Bei der dänischen Minderheit genoss er hohes Ansehen. Dieser Beitrag ist daher ebenfalls ein Stück der überfälligen Auseinandersetzung vor allem des Grenzvereins, aber auch des Grenzfriedensbundes und der dänischen Minderheit mit der eigenen Vergangenheit. Dabei geht es um ein lange verdrängtes Kapitel der Landesgeschichte, nämlich die jahrzehntelange Duldung und Förderung von NS-Tätern in öffentlichen Ämtern und Funktionen. Der Fall Schlegelberger steht hier als *pars pro toto*.

Zur Biographie Hartwig Schlegelbergers bis 1960

Hartwig Schlegelberger wurde am 9. November 1913 in Berlin geboren. Sein Vater Franz und seine Mutter Olga stammten aus wohlhabenden Kaufmannsfamilien in Königsberg.¹ Vater Franz Schlegelberger war bei der Geburt des Sohnes Kammergerichtsrat. Er wechselte 1918 ins Reichsjustizministerium, stieg zum Abteilungsleiter auf und wurde – was damals eine große Ehre war – Honorarprofessor an der Berliner Universität. 1932 folgte die Ernennung zum Staatssekretär unter Minister Franz Gürtner. Nach dessen Tod amtierte

er von Januar 1941 bis August 1942 als geschäftsführender Reichsjustizminister. Dann folgte die Versetzung in den Ruhestand mit einer hohen Dotation Hitlers. 1947 wurde Franz Schlegelberger als Hauptangeklagter im „Nürnberger Juristenprozess“ zu lebenslanger Haft verurteilt.² Schon 1950 entlassen, kam er zu seinem Sohn Hartwig nach Flensburg, wurde bei der Entnazifizierung als „Unbelasteter“ eingestuft und erhielt vom Land Schleswig-Holstein die Pension eines Staatssekretärs a. D. Bis zu seinem Tode 1972 war er als juristischer Autor tätig.

Für Hartwig Schlegelberger war das Elternhaus mit dem bekannten Vater prägend. Wie die Eltern gehörte er der evangelischen Kirche an. Die Familie lebte im vornehmen Berlin-Nikolassee. Vater Franz neigte – ohne Mitglied zu sein – der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) zu. Sohn Hartwig gehörte von 1929 bis 1932 deren Jugendorganisation an, der „Freischar junger Nation“. Just zu Hitlers „Machtergreifung“ machte er das Abitur und nahm – wieder dem Vater folgend – das Studium der Rechtswissenschaften auf. Im Sommersemester 1933 „bezog“ er die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Für das Wintersemester 1933/34 und das Sommersemester 1934 immatrikulierte Hartwig sich in Tübingen und wurde Mitglied der Burschenschaft „Corps Franconia“. Dann kehrte er nach Berlin zurück. Nach nur sieben Semestern, am 27. Oktober 1936, legte er hier die erste juristische Staatsprüfung ab. Am 1. Dezember 1936 nahm er den juristischen Vorbereitungsdienst auf. Wie sein Vater, so trat auch Sohn Hartwig der NSDAP nicht bei. Allerdings gehörte er kurze Zeit der SA und ab Ende 1933 dem NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) an, wo der „Dienst“ – wie er später erklärte – einfacher war.³ Daneben wurde er 1938 Mitglied der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt).

Am 9. Oktober 1940 legte Hartwig Schlegelberger die zweite juristische Staatsprüfung in Berlin ab. Ein gutes Jahr später promovierte er am 21. Dezember 1941 zum „Dr. jur.“ an der Universität Tübingen. Bald danach wurde er am 21. März 1942 Gerichtsassessor, d. h. Richter auf Probe. Es folgte die Einberufung zur Marine, der konservativsten der drei Waffengattungen. Nach eigenen Angaben kam Hartwig Schlegelberger wegen eines Augenleidens nicht zur kämpfenden Truppe, sondern wurde beim Oberpräsidium in Hamburg eingesetzt, der über aufgebrachte Schiffe und sonstiges Eigentum von „Feindstaaten“ entschied. Dort soll der frühere Justizsenator und Oberlandesgerichtspräsident Curt Rothenberger die Hand über ihn gehalten haben.⁴ Jedenfalls avancierte der mittlerweile verheiratete Schlegelberger junior bald zum „Marinekriegsgerichtsrat der Reserve“. Im Zivilberuf folgte die Ernennung zum Landgerichtsrat, die Hitler persönlich aussprach, nachdem Roland Freisler – zu dieser Zeit noch Staatssekretär im Justizministerium – den Vorschlag „in Vertretung“ unterzeichnet hatte.⁵ Etwa ein Jahr später kam Hartwig Schlegelberger doch noch zu einer „kämpfenden

Truppe“ – aber nicht an die Front, was mit Gefahr für Leib und Leben verbunden gewesen wäre, sondern in der Heimat. Da führten die Marinekriegsgerichte nämlich einen rücksichtslosen Kampf gegen „Wehrkraftzersetzer“, „Drückeberger“, und „Volksschädlinge“. Gerade den Marinerichtern stand der November 1918 mit dem Aufstand der Matrosen und der Revolution vor Augen. Das durfte sich nicht wiederholen. Die „Manneszucht“, also die Disziplin in der Truppe, sollte unbedingt aufrechterhalten werden. So richteten gerade die Marinekriegsgerichte ein beispielloses Blutbad an. Während die zivilen Gerichte des NS-Staates (Volksgerichtshof, Reichsgericht, Oberlandes-, Sonder- und Landgerichte) zusammen über 20.000 Todesurteile fällten, sind allein für die Kriegsgerichte 25.000 Todesurteile nachweisbar. Weil fast alle Akten der Luftwaffen-, viele Akten der Heeres- und manche Akten der Marinekriegsgerichte verloren gegangen sind, gehen Schätzungen sogar von bis zu 50.000 Todesurteilen der Kriegsgerichte aus, was aber nicht verifizierbar ist.⁶

Ab Mitte 1943 tat Hartwig Schlegelberger Dienst beim Gericht der Kriegsmarine Berlin. Es war für die Verfolgung von Straftaten der hier stationierten Nachrichtenstäbe, Nachschubverbände und sonstigen rückwärtigen Marineeinheiten zuständig. Dazu zählte auch das Oberkommando der Marine am „Tirpitzufer“, das heute nach einem der 1918 von der Marinejustiz hingerichteten aufständischen Matrosen „Reichpietschufer“ heißt. Eine Besonderheit der Kriegsgerichte lag darin, dass die dort tätigen Juristen sowohl als Ankläger als auch Richter eingesetzt werden konnten, allerdings nicht im selben Verfahren. Außerdem bedurften Urteile der Bestätigung durch den „Gerichtsherren“. Wurde sie nicht erteilt, musste neu verhandelt werden. Um die Tätigkeit Schlegelbergers, der bald zum Marinestabsrichter befördert werden sollte, am Gericht der Kriegsmarine Berlin ging es in der Nachkriegszeit. Auf die Urteile wird hier noch eingegangen. Das Gericht der Kriegsmarine Berlin setzte sich 1945 jedenfalls nach Schleswig-Holstein ab – und so kam auch Schlegelberger nach Flensburg.

Zu den wenigen grundlegenden Irrtümern der Westalliierten zählte, dass sie die nationalsozialistischen Kriegsgerichte nicht für verbrecherisch hielten. Manche waren sogar unter britischer Oberhoheit weiter als Disziplinargerichte für Verbände der Kriegsmarine tätig, die beim Minenräumen eingesetzt wurden. Allerdings konnten sie keine Todesurteile mehr fällen. Doch die Marinerichter selbst galten als unbelastet. So hatte auch Hartwig Schlegelberger keine Schwierigkeiten, nach kurzer „Kriegsgefangenschaft“ und Entnazifizierung in einen zivilen Beruf zu wechseln. Diesen fand er beim damaligen Kreis Flensburg-Land, wo er Leiter der Sozialabteilung wurde. Nachdem er auch der CDU beigetreten war, wählten ihn ihre Abgeordneten im Kreistag 1954 zum Landrat. Als solcher wurde Schlegelberger wegen seiner Dialogbereitschaft bekannt. Das galt auch für die dänische Minderheit, die oft in rechtswidriger Weise diskriminiert worden



Abb. 1 Hartwig Schlegelberger als Landrat im Kreis Flensburg-Land

war. Schlegelberger avancierte so zum politischen Hoffnungsträger der CDU, und Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel machte ihn 1961 zum Finanzminister. Doch noch zuvor geriet er wegen seines Vaters erstmals ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Nach Anfragen von SPD-Abgeordneten im Bundestag erkannte das Kieler Finanzministerium Franz Schlegelberger nämlich 1959 seine Pension als Staatssekretär ab, die sich mittlerweile auf 2894,04 DM im Monat belief (zum Vergleich: Die Höchstrente der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte lag zu dieser Zeit bei 475,00 DM monatlich!). Dagegen erhob Franz Schlegelberger Klage vor dem Verwaltungsgericht Schleswig, das ihm durch Urteil vom 8. November 1960 wieder die volle Pension zusprach. Zur Begründung führte das Gericht aus, Schlegelberger senior habe zwar „Pflichtwidrigkeiten“ begangen, ihm habe aber das Unrechtsbewusstsein gefehlt. Das Urteil löste einen Skandal aus, so dass das Kieler Finanzministerium in Berufung ging. Sie war noch anhängig, als Hartwig Schlegelberger Finanzminister werden sollte. Die Medien wiesen süffisant darauf hin, dass er mit seiner Ernennung zum Minister Beklagter seines in Flensburg mit ihm unter einem Dach lebenden Vaters würde.⁷ Von Hassel wusste jedoch einen Ausweg – und verlegte die Pensionsabteilung ins Innenministerium. Das Oberverwaltungsgericht Lüneberg wies dann am 3. Dezember 1962 die Klage Franz Schlegelbergers ab. Denn er habe durch

Eingriffe in die Rechtsprechung, den Erlass der „Polenstrafrechtsverordnung“ und seine Mitwirkung an der „Endlösung der Judenfrage“ schuldhaft gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit verstoßen. Darauf ging Franz Schlegelberger in die Revision. Nun sollte Sohn Hartwig 1963 Innenminister werden, wodurch er wieder zum Beklagten seines Vaters avanciert wäre. Die Pensionsabteilung musste daher erneut umziehen – diese Mal zurück ins Finanzministerium. Das glich dem Märchen vom Hasen und vom Igel: Wo der Sohn auch hinkam, der Vater Schlegelberger war schon da. Das Verfahren um die Pension endete 1966 mit einem Vergleich auf Vorschlag des Bundesverwaltungsgerichts. Danach erhielt Franz Schlegelberger die Höchstrente für Angestellte mit einem Zuschlag von 25 Prozent, was über 600,00 DM monatlich entsprach.

Der Streit um die Vergangenheit Schlegelbergers in den sechziger Jahren

Noch vor der Ernennung zum Minister ging es 1960 auch erstmals um Hartwig Schlegelbergers eigene Vergangenheit. So wandte sich der Göttinger Rechtsanwalt Dr. Fritz Passow im Dezember 1960 an Ministerpräsident von Hassel und bezichtigte Schlegelberger des versuchten Mordes. Passow hatte nämlich im Herbst 1944 einen Matrosen verteidigt, gegen den von Schlegelberger ohne zwingenden Grund die Todesstrafe beantragt worden war. Im ersten Verfahren erhielt der Matrose aber „nur“ drei Jahre und vier Monate Zuchthaus. Auch im zweiten Prozess wurde trotz erneuter Beantragung der Todesstrafe durch Schlegelberger „lediglich“ auf fünf Jahre Zuchthaus erkannt. Von Hassel bat den Göttinger Anwalt um nähere Angaben. Doch der fand erst im Oktober 1962 heraus, dass die Akten der Kriegsgerichte in einer Außenstelle des Bundesarchivs in Aachen-Kornelimünster lagen. Am 6. November 1961 wurde Schlegelberger zum Finanzminister ernannt, ohne dass von Hassel Nachforschungen veranlasst hätte.⁸

Ende 1962 bat auch das Bundespräsidialamt den Ministerpräsidenten um eine Untersuchung. Im Januar 1963 sichtete der Kieler Ministerialdirigent Dr. Neumann-Silkow in Kornelimünster die Akten der Kriegsgerichte. Bei dem von Passow geschilderten Fall ging es offenbar um den Matrosen Teuber, gegen den Schlegelberger am 11. April 1944 die Anwendung der „Volksschädlingsverordnung“ beantragt hatte.⁹ Die Eltern in Russland vermisster Soldaten waren von ihm um insgesamt 2.000 Mark betrogen worden, indem er vorgeschwindelt hatte, eine „Funkverbindung über Japan“ zu den Vermissten herstellen zu können.¹⁰ Auch die Staatsanwaltschaft Kiel nahm nun Ermittlungen gegen Schlegelberger auf. Der neu ins Amt gelangte Ministerpräsident Helmut Lemke ernannte ihn Anfang Mai 1963 gleichwohl zu seinem Nachfolger als Innenminister. Schlegelberger ließ die Amtsgeschäfte aber auf eigenen Wunsch zunächst ruhen.

Ende Mai 1963 erklärte Ministerpräsident Lemke dann, er habe sich „letzte Ge-

wisheit“ darüber verschafft, dass Schlegelberger „in keinem Fall gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Menschlichkeit“ verstieß. In einer Art „Ehrenerklärung“ führte Lemke aus: „Wenn Sie (d. i. Schlegelberger, Anm. d. Verf.) ... bei Verfolgung von eindeutigen Fahnenfluchtfällen zur Wahrung der Manneszucht der Truppe Härte zeigen mußten, haben Sie, wie jeder Soldat und Beamte, Ihre Pflicht getan, mit dem Ihnen von Recht und Gesetz vorgeschriebenen Mitteln die Schlagkraft der Truppe zu erhalten.“¹¹ Nun nahm Schlegelberger seine Arbeit als Innenminister auf. Lemkes markigen Worte erinnerten an seine Ausführungen vom Februar 1933. Damals hatte er als NSDAP-Bürgermeister in Eckernförde ausgerufen: „Wir alle, jeder an seiner Statt, sind dazu aufgerufen, die Hammerschläge des Dritten Reiches auszuführen.“ Der Kieler Oberstaatsanwalt Dr. Thamm beeilte sich mit der Erklärung, dass keine förmlichen Ermittlungen gegen Schlegelberger aufgenommen würden. Thamm hatte vor 1945 selbst eine Reihe von Todesurteilen beim Sondergericht Kiel erwirkt, konnte die Besatzungsmacht aber darüber täuschen.¹² So blieb er im Amt – und wurde ausgerechnet bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen eingesetzt.

Vor dem Hintergrund der vielen NS-Skandale in Schleswig-Holstein fand der „Fall Schlegelberger“ in der Öffentlichkeit manchen Widerhall.¹³ Dazu zählte, dass der SPD-Landtagsabgeordnete Jochen Steffen¹⁴ am 9. Mai 1963 einen offenen Brief an Schlegelberger richtete. Darin lobte er dessen politischen Stil, betonte aber: „Kein Staat kann es auf Dauer ertragen, wenn laufend Vertreter der Regierungen, der Verwaltung und oder der Parteien Anschuldigungen ausgesetzt werden, die sich gegen deren humane Substanz und Integrität richten ...“ Steffen bat Schlegelberger, den „unheilvollen Zustand des ‚Rechts‘ von damals“ darzulegen. Schlegelberger antwortete am 25. Mai 1963, als junger Mann den Staat für „einen ethischen Begriff“ gehalten zu haben. „Dass der preußische Staat ... einmal nicht mehr das sein würde“, sei für ihn unvorstellbar gewesen. Weiter erklärte Schlegelberger: „Die militärischen Straftaten mußten nach meiner Ansicht nach dem Gesetz und in der Schärfe des Gesetzes geahndet werden, um wenigstens die noch geringen Reste an staatlicher Substanz zu sichern ...“ Bei Verfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“ habe er sich dagegen bemüht, sie „auf ein Minimum an Zahl und ein noch realisierbares Strafmaß zu beschränken“. Dem Briefwechsel folgte eine Diskussion im NDR-Fernsehen am 7. Juni 1963, an der neben Steffen und Schlegelberger der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung, Ernst Hessenauer, teilnahm.¹⁵

Durch seine „Dialogbereitschaft“ schlug Schlegelberger sogar noch politisches Kapital aus dem Konflikt. Weder im Briefwechsel mit Steffen noch im Fernsehen wurde konkret auf seine Urteile eingegangen. So überstand er die Auseinandersetzung. Auch die Veröffentlichung eines Faksimiles im DDR-„Braunbuch“ zur Leitung der Hinrichtung des Matrosen Henze durch Schlegelberger 1944 scha-

**Bericht der Kriegsmarine
Berlin.**

J III 181/44

(1) Berlin-Charlottenburg, den 12.6.1944

1611
11.6.1944
21.39.02.81 77.100.

1. Juni 1944

An
den Vorstand
des Zuchthauses Brandenburg-Görden.

Am 19. Juni 1944 um 13.00 Uhr wird in der dortigen Anstalt das Todesurteil gegen den Matrosen IV Horst Henze, geboren am 22.8.1924 in Berlin, Religion gottgläubig, mit Fallbeil vollstreckt.

Der Scharfrichter *Kötter* aus Berlin ist mit der Hinrichtung beauftragt worden. Die Bekanntgabe an den Verurteilten erfolgt dort am gleichen Tage um 11 Uhr.

Mit der Leitung der Vollstreckung ist Mar.Stabsrichter Dr. Schlegelberger unter Zuziehung des Urkundsbeamten Marinejustizinspektors *Kothelie* beauftragt.

Der Verurteilte befindet sich im Wehrmachtuntersuchungsfängnis Berlin, Zweigstelle Tegel, Seidelstr. 3).

Das Polizeipräsidium Berlin Überführungsstelle ist ersucht, den Verurteilten am 19. Juni 1944 vormittags nach dort zu überführen. Um Annahme wird ersucht.

Es wird gebeten, den dortigen Anstaltsarzt zur Vollstreckung, zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage



Schlegelberger
Marine-Scharfrichter.

F. 1611

Abb. 2 Mitteilung Schlegelbergers über die Hinrichtung des Matrosen Horst Henze, 12.6.1944

dete ihm nicht.¹⁶ Er pflegte vielmehr weiter das Image eines aufgeschlossenen Politikers. So gab Schlegelberger in Flensburg mit dem dänischen Historiker und Generalkonsul Prof. Dr. Troels Fink und dem Bibliotheksdirektor Dr. Hans Peter Johannsen, dem Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, die d+d-Taschenbücher heraus. Anfang der siebziger Jahre publizierte er in dieser Reihe ein Bändchen „Der europäische Aufbruch“ mit politischen Aufsätzen, die 1971 auch in dänischer Sprache erschienen. Im Vorwort dazu reihte der Leiter der Studienabteilung der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig eine bildungsbürgerliche Schmeichelei für Schlegelberger an die andere.¹⁷ In Kopenhagen wäre dies – beim schwarzen Humor dänischer Intellektueller – wohl als Satire aufgefasst worden.¹⁸ In Flensburg dagegen war es ernst gemeint, was Poul Kürstein über Schlegelberger schrieb – es erschien sogar in den „Grenzfriedensheften“.¹⁹ Kürstein führte über Schlegelberger aus: „In ihm lebt die gute alte bürgerliche deutsche Bildung, die ihren Goethe und Schiller auswendig gelernt hat und ihre Zitate in einer geistvollen Weise anzuwenden weiß.“ Weiter hieß es: „In Schlegelberger steckt ... gar nicht so wenig von einem Philosophen.“ Und: „... Schlegelberger ... ist ... auch ein Sprachkünstler.“ Kürstein würdigte Schlegelbergers politische Karriere und lobte sein Verhalten gegenüber der dänischen Minderheit. Er ging auch auf seine Rolle im Nationalsozialismus ein und erklärte in Hinblick auf den Briefwechsel mit Jochen Steffen: „Im Gegensatz zu so vielen anderen hat Schlegelberger Rechenschaft über seine Stellung in diesem Zeitraum abgelegt.“ Kürstein meinte abschließend: „Um ihn selbst herum herrscht jetzt klare Luft!“ Doch Schlegelbergers Urteile lagen auch ihm und seinem Mentor Troels Fink nicht vor. Kurz zuvor war Schlegelberger als Minister ausgeschieden. Gerhard Stoltenberg berief ihn im Mai 1971 nicht in sein Kabinett. Der 57-Jährige wurde mit dem lukrativen Chefsessel der Schleswig-Holsteinischen Landesbank abgefunden.

Der Streit um die Vergangenheit Schlegelbergers Ende der achtziger Jahre

1979 mußte Schlegelberger auch bei der Landesbank ausscheiden. Er wurde nun Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Schleswig-Holstein und Vizepräsident des DRK auf Bundesebene. Am 9. November 1988 feierte er in Kiel seinen 75. Geburtstag. Zu den Gratulanten zählte Ministerpräsident Björn Engholm (SPD), der ihn als „aufrechten“ Streiter würdigte.²⁰ Doch ein halbes Jahr später holte die Vergangenheit ihn wieder ein. Der freie Journalist Ocke H. H. Peters berichtete über neue Fälle aus Schlegelbergers Tätigkeit als Marinerichter. Einer betraf eine 17-jährige Marinehelferin, die nach einem Luftangriff auf ihre Heimatstadt Frankfurt/Main ein „Führerbild“ von der Wand riss und rief: „Dem haben wir das alles zu verdanken!“ Schlegelberger verurteilte die Jugendliche wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu einem Jahr Gefängnis. Das war selbst der Ma-



Abb. 3 Überreichung des ersten Exemplars „Der europäische Aufbruch“ in dänischer Sprache: (v.l.) Vizekonsul Herluf Hansen (Dänisches Generalkonsulat) als Übersetzer des Bandes, Dr. Hartwig Schlegelberger als Verfasser und der Leiter der Dansk Centralbibliotek Jørgen Hamre für den Herausgeber (Studienafdelingen ved Dansk Centralbibliotek), 1971

rinführung zu scharf, die die Vollstreckung im Jugendstrafvollzug anordnete. Ein anderer Fall betraf den Matrosen Keller, der wegen Wehrdienstentziehung bei einem Kommando seine Strafe verbüßen musste, das vor den deutschen Linien an der Ostfront Hindernisse anlegte. Zu diesem Himmelfahrtskommando kehrte er nach einer Verwundung nicht zurück, sondern entzog sich mittels falscher Marschbefehle monatelang dem Fronteinsatz. Deshalb beantragte Schlegelberger gegen ihn am 6. April 1944 die Todesstrafe, die das Gericht der Kriegsmarine Berlin mit der Begründung verhängte, er sei „als ein Schädling innerhalb der Wehrmacht anzusehen“.²¹

Der Bericht von Ocke Peters konnte nur im Bremer „Weser Kurier“ erscheinen. Keine schleswig-holsteinische Tageszeitung war bereit, unangenehme Wahrheiten über den allseits hofierten Schlegelberger zu verbreiten. Die „Frankfurter Rundschau“ brachte dagegen sogar ein ganzseitiges Interview von Peters mit Schlegelberger, der dabei wieder eine geschmeidige Haltung einnahm. So distanzierte er sich vorsichtig von seiner Tätigkeit als Kriegsrichter. Zu Filbingers „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“, erklärte Schlegelberger: „Ach, das würde ich so bestimmt nicht sagen.“ Ansonsten flüchtete

er sich in Rechtfertigungen: So habe er die Marinehelferin „mit sechs Monaten“ bestraft, weil sie sonst von der Gestapo abgeholt worden wäre. Letzteres war bei den Kriegsgerichten jedoch eine seltene Ausnahme. Das Strafmaß lag doppelt so hoch wie Schlegelberger angab, und selbst die Marineführung milderte die Vollstreckung ab. Zum Fall Keller bemerkte er lakonisch: „Fahnenflucht war Fahnenflucht. Das war unsere Auffassung, auch wenn sie heute anders ist.“ Zur Volksschädlingsverordnung (VVO) behauptete er gar: „Ich glaube, das habe ich nie angewandt.“²² Doch Schlegelberger hatte die VVO im 1963 angezeigten Fall Teuber ebenso herangezogen wie in weiteren Verfahren. Seine juristisch fragwürdigen Antworten erschlossen sich aber nicht von selbst.

Die Vergangenheit Schlegelbergers konnte damit Mitte 1989 nicht mehr einfach ignoriert werden. Manche Politiker gingen auf Distanz. Die damalige Finanzministerin und spätere Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) etwa verzichtete auf ein offizielles Essen mit ihrem Vorgänger als Finanzminister.²³ Schon zuvor hatte Justizminister Dr. Klaus Klinger (SPD) eine kritische Haltung eingenommen. Doch bezeichnenderweise musste er Anfang Juni eigens eine „Bitte“ an die Staatsanwaltschaft Kiel richten, neue Ermittlungen aufzunehmen. Im Oktober 1989 stellte sich heraus, dass bis dahin nur lückenhafte Ermittlungen zur Tätigkeit Schlegelbergers als Kriegsrichter geführt worden waren. Man war nämlich 1963 nur zwei Fällen nachgegangen, zu denen Anzeigen vorlagen, und stützte sich im Übrigen auf die Angaben des Ministerialdirigenten Dr. Neumann-Silkow. Die Staatsanwaltschaft Kiel kannte also nicht einmal die Akten, über die sie 1963 erklärte, dass sich daraus keine Verdachtsmomente gegen Schlegelberger ergäben.²⁴ Erst 1989 stellte sie eigene Nachforschungen in Kornelimünster an. Doch am 12. Dezember 1989 stellte der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Horst-Alex Schmidt die Ermittlungen abermals ein.

Dazu gab die Staatsanwaltschaft Kiel eigens eine zweiseitige Presseerklärung heraus. Es hieß, Schlegelberger habe „lediglich als Vertreter der Anklage in insgesamt sechs Fällen sicher, in fünf weiteren Fällen möglicherweise – insoweit sind die Sitzungsprotokolle nicht mehr vorhanden – eine Todesstrafe beantragt, auf die allerdings nicht in allen Fällen erkannt worden war“. In Betracht kam nur noch Anstiftung zum Mord. Sie konnte nach Auffassung der Staatsanwaltschaft „nur bei Vorliegen einer Rechtsbeugung begangen werden kann, d. h. wenn 1. das angewendete Gesetz ungültig war, 2. ein an sich gültiges Gesetz in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht nicht richtig angewendet wurde oder 3. die ausgesprochene Strafe im Gegensatz zum Verbot der übermäßigen und grausamen Bestrafung stand.“ Dann hieß es, dass 1. gegen die NS-Kriegsgesetze „juristische Bedenken nicht zu erheben“, 2. keine Hinweise darauf vorlägen, dass „die damals geltenden Gesetze juristisch falsch angewendet wurden“, und 3. die „erkannten Todesstrafen durch die damals geltende Rechtsordnung gedeckt waren“.²⁵

Damit legitimierte die Staatsanwaltschaft Kiel das nationalsozialistische Unrecht und den daraus resultierenden Justizterror der Kriegsgenrichte – frei nach Hans Filbingers Motto: „Was damals Recht war, kann doch heute nicht Unrecht sein.“ Die Staatsanwaltschaft Kiel berief sich dabei auf die in den fünfziger Jahren entwickelte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, die im Rehse-Urteil von 1968 gipfelte.²⁶ Diese Rechtsprechung hatte zur Folge, dass in der Bundesrepublik kein Richter des Volksgenrichtshofes, der Sonder- und Kriegsgenrichte rechtskräftig verurteilt wurde. Das löste wütende Proteste aus. Selbst konservative Rechtsprofessoren wie Günter Spendel in Würzburg liefen dagegen Sturm.²⁷ Weite Teile der bundesdeutschen Rechtswissenschaft hatten sich 1989 von solchen Interpretationen der Rechtsbeugung verabschiedet, wie sie die Staatsanwaltschaft Kiel wiederaufleben ließ.²⁸ Der Zeitpunkt ihrer Presseerklärung war jedoch geschickt gewählt. Denn die überregionalen Medien richteten ihr Interesse im Dezember 1989 auf die friedliche Revolution in der DDR. Und die schleswig-holsteinische Presse brachte ohnehin nichts zum Fall Schlegelberger.

Mit der Einstellung des Verfahrens wurde eine der letzten Chancen vertan, einen NS-Richter zur Rechenschaft zu ziehen. Nur acht Jahre später ging der Bundesgerichtshof deshalb mit sich selbst, implizit aber auch der Staatsanwaltschaft Kiel ins Gericht. In einem Urteil wegen Rechtsbeugung von DDR-Richtern und Staatsanwälten erklärte der 5. (Berliner) Strafsenat: „Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hatte eine ‚Perversion der Rechtsordnung‘ bewirkt, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war, und die damalige Rechtsprechung ist angesichts exzessiver Verhängung von Todesstrafen nicht zu Unrecht oft als ‚Blutjustiz‘ bezeichnet worden. Obwohl die Korrumpierung von Justizangehörigen durch die Machthaber des NS-Regimes offenkundig war, haben sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des Unrechts auf diesem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die vom Volksgenrichtshof gefällten Todesurteile sind ungesühnt geblieben, keiner der am Volksgenrichtshof tätigen Berufsrichter und Staatsanwälte wurde wegen Rechtsbeugung verurteilt; ebensowenig Richter der Sondergenrichte und der Kriegsgenrichte. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte nicht zuletzt die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Diese Rechtsprechung ist auf erhebliche Kritik gestoßen, die der Senat als berechtigt erachtet.“²⁹ Doch bis heute konnte sich die Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrem Vorgehen im Fall Schlegelberger durchringen.

Doch noch eingeholt: Schlegelbergers Rücktritt 1995

Mit dem Persilschein der Staatsanwaltschaft Kiel war Schlegelberger 1989 noch einmal davongekommen. Kurz darauf legte er alle Ämter in Schleswig-Holstein

nieder, darunter auch den Vorsitz im Deutschen Grenzverein, und ging nach Berlin. Dort wurde er Präsident des DRK-Landesverbands, der sich finanziell übernommen hatte. So war versucht worden, in Friedenau ein ganzes Häuser-Karree für Zwecke des DRK zu erwerben. In der Bundeshauptstadt kam der Retter aus der norddeutschen Provinz zunächst gut an. Zu seinem achtzigsten Geburtstag im November 1993 gratulierte ihm sogar Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) und erklärte: „Unsere Jugend braucht Vorbilder wie Sie.“ Doch es kam, wie es kommen musste: Auch in Berlin holte Schlegelberger seine Vergangenheit ein. Hier herrschte selbst beim DRK ein anderer Wind als in Schleswig-Holstein. Mitarbeiter verlangten Aufschluss über die Vergangenheit ihres Präsidenten. Der Betriebsrat forderte eine „argumentative Auseinandersetzung“. Doch der DRK-Vorstand beschloss, sich damit „nicht zu befassen“. Der Hauptgeschäftsführer erklärte gar: Es sei „ein humanes und moralisches Gebot, nicht immer wieder die alten Sachen herauszuziehen.“³⁰

Doch nun griff der „Spiegel“ die Vorgänge auf. Im Februar 1995 brachte er einen Bericht über Schlegelberger und seine Tätigkeit als Kriegsrichter in Berlin zwischen 1943 und 1945. Erstmals wurde über den Fall Domke berichtet. Der auf Sylt stationierte Matrose hatte während eines Heimaturlaubs in Velten bei Berlin in der Kartenstelle gemeckert, weil er sich über die Warterei ärgerte: „So etwas nennt die Welt Urlaub! In der Heimat muß ich Kohldampf schieben, während ich bei meiner Einheit satt zu essen bekomme.“ Auf Antrag Schlegelbergers wurde Domke zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, um „zersetzende Elemente“ wie ihn „auszumerzen“. Den Lungenkranken treffe „die Strafe ohnehin härter als einen Gesunden“ – war Tuberkulose doch die traditionelle Zuchthaus-Krankheit. Zwei Jahre Zuchthaus erwirkte Schlegelberger gegen einen hochgradig Schwerhörigen und Verwirrten, der der Einberufung nicht gefolgt war. Der „durch Erbanlagen missratene Schwächling“ sollte laut Urteil „dorthin gebracht werden, wo asoziale Elemente im Kriege hingehören: in das Zuchthaus“. Dargestellt wurde auch der Fall Keller, gegen den auf Antrag Schlegelbergers als „übler Drückeberger“ und „Schädling innerhalb der Wehrmacht“ die Todesstrafe erging. Zudem fand die Hinrichtung des Matrosen Henze Erwähnung, den Schlegelberger am 19. Juni 1944 köpfen ließ.³¹

Über 50 Jahre lang hatte Schlegelberger unter tätiger Mithilfe der Landesregierung, der Justiz und der Medien im nördlichsten Bundesland den Deckel auf seiner Vergangenheit halten können. Doch nun war nichts mehr zu retten: Er musste seinen Rücktritt als DRK-Präsident erklären und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück. Hartwig Schlegelberger starb zwei Jahre später im Prominenten-Vorort Flintbek bei Kiel. Doch zehn Jahre nach seinem Tod wurden wieder Vorwürfe in Hinblick auf seine Vergangenheit laut. Nun ging es allerdings nicht um seine Tätigkeit als Marinerichter, sondern eine angebliche Agententätigkeit für die

Gericht der Kriegsmarine

Berlin

Gf. D. U. IV Nr. 111 / 1943

Urteil mit Gründen abgesetzt vom OBR.

am

Stabs-ober-inspektor

Mit den Gründen und der richterlichen
Unterschrift zu den Akten gebracht

am 4. November 1943

W. Lang
Stabs-ober-inspektor

Rechtskräftig geworden am 24. 11. 1943

W. Lang, den 24. 11. 1943

Stabs-ober-inspektor

Feldurteil

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen den Matr. Heinz D o m k e
- 0.4517/41 KS - Kommando 5./5. A.f.K.
geb. am 24. Oktober 1919 in Berlin
wegen Zersetzung der Wehrkraft

hat das am 28. Oktober 1943 in Berlin
zusammgetretene Feld. Kriegsgericht, an dem teilgenommen haben

als Richter:

Mar. Kriegsgerichtsrat Jaekel als Verhandlungsleiter,
Korv. Kapt. (Ing.) Franzen
Matr. Stabsgefr. Clemens

als Vertreter der Anklage:

Mar. Kriegsgerichtsrat Dr. Schlegelberger

als Urundsbeamter der Geschäftsstelle:

Mar. ~~Stabs-~~Justiz-ober-inspektor Nothelfer

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Zersetzung der Wehrkraft
zu 5 - fünf - Jahren Zuchthaus

verurteilt.

Er wird für wehrunwürdig erklärt. Die bürger~~e~~gründe

Abb. 4 Erste Seite des Feldurteils, mit dem der lungenkranke Matrose Heinz Domke 1943 auf Antrag Schlegelbergers wegen Meckerns („Zersetzung der Wehrkraft“) zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde

Staatssicherheit der DDR. Schon seit 2004 kursierten in Dänemark „Stasi-Dokumente“, die offenbar von einem früheren Major der Staatssicherheit namens Eckart Nikol lanciert worden waren, der sich nach der „Wende“ in Nordschleswig niedergelassen hatte. Danmarks Radio brachte schon 2004 eine darauf gestützte Radiosendung zur deutschen Minderheit in Dänemark. Ende November 2007 hieß es in „Flensburg Avis“ dann sogar: „Früherer CDU-Minister war möglicherweise Stasi-Spion“ („Tidligere CDU-minister var måske spion for Stasi“). Prof. Dr. Uwe Danker und Dr. Sebastian Lehmann vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig konnten jedoch rasch den Nachweis erbringen, dass es sich bei den zugrundeliegenden Dokumenten um Fälschungen handelte.³²

Hartwig Schlegelberger wurde am Ende doch von seiner NS-Vergangenheit eingeholt. Allerdings nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Berlin. Im nördlichsten Bundesland blieb er ungeachtet seiner Vergangenheit jahrzehntelang hoch angesehen. Das weist auf erhebliche Defizite an politischer Kultur hin. Erst seit einigen Jahren nimmt die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu.³³

Anmerkungen

- 1 Zu Franz Schlegelberger siehe die apologetische Kieler Dissertation von Arne Wulf, Staatssekretär Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Schlegelberger 1876-1990, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1991; vgl. dagegen: Eli Nathans, Franz Schlegelberger (Kritische Justiz, Der Unrechts-Staat III), Baden-Baden 1990, und Michael Förster, Jurist im Dienste des Unrechts, Baden-Baden 1995.
- 2 Lore-Maria Peschel-Gutzeit, Das Nürnberger Juristenurteil von 1948. Historischer Zusammenhang und aktuelle Bezüge, Baden-Baden 1995.
- 3 Tatsächlich sprach der Volksmund bei den Mitgliedern des NSKK spöttisch von den „Nationalsozialistischen Kellerkriegern“.
- 4 Rothenberger (1896 bis 1959), der sich vor 1930 und nach 1950 als Repetitor betätigte, war mit Schlegelberger senior gut bekannt, und wurde im August 1942 als Staatssekretär im Reichsjustizministerium quasi dessen Nachfolger. Siehe Klaus Bästlein, Vom Hanseatischen Richtertum zum nationalsozialistischen Justizverbrechen. Zur Person und Tätigkeit Curt Rothenbergers, in: Klaus Bästlein / Helge Grabitz / Wolfgang Scheffler (red.), „Für Führer, Volk und Vaterland ...“ Hamburger Justiz im Nationalsozialismus, hrsg. Von der Justizbehörde Hamburg, Hamburg 1992, S. 74-145.
- 5 Angaben nach: Fragebogen Hartwig Schlegelbergers der Dozentschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin vom 15. Februar 1942; Vorschlag des Reichsjustizministeriums zur Ernennung Schlegelbergers zum Landgerichtsrat vom 30. Juli 1942 (Kopien im Besitz des Verfassers).

- 6 Siehe Manfred Messerschmidt / Fritz Wüllner, Die Wehrmachtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus, Baden-Baden 1987; Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtsjustiz 1933-1945, Paderborn / München / Wien / Zürich 2005.
- 7 Angaben – auch im Folgenden – nach den Personalakten über Franz Schlegelberger im Bundesarchiv Berlin, Anlagebände zu den Prozessen um seine Pension nach 1945.
- 8 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.4.1963, Bericht „Widerrechtlich die Todesstrafe gefordert?“
- 9 Die „Volksschädlingsverordnung“ (VVO) war das Herzstück des NS-Kriegsstrafrechts. Nach ihren §§ 2 (Verbrechen bei Fliegergefahr) und 4 (Ausnutzung des Kriegszustandes) konnte der Strafraum für nahezu alle (§ 2) oder sogar sämtliche (§ 4) Delikte bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden. Mehr als die Hälfte der rund 20.000 von zivilen Gerichten verhängten Todesurteile stützte sich auf die VVO.
- 10 Angaben nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.4.1963, Bericht „Widerrechtlich die Todesstrafe gefordert?“
- 11 Zitiert nach Flensburger Tageblatt vom 29.5.1963, Bericht „Dr. Schlegelberger übt sein Minister-Amt wieder aus“.
- 12 Siehe Klaus-Detlev Godau-Schüttke, „Ich habe doch nur dem Recht gedient ...“ Die Renazifizierung der Justiz in Schleswig-Holstein nach 1945, Baden-Baden 1992.
- 13 Siehe Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 1945-1990, Kiel 1990 (Schriftenreihe Gegenwartsfragen Nr. 64).
- 14 Jochen Steffen (1922-1987), Studium der Politikwissenschaft, Hochschul-Assistent, Journalist, 1958 bis 1977 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 1965 bis 1975 SPD-Landesvorsitzender, 1967 und 1971 Spitzenkandidat seiner Partei bei den Landtagswahlen, 1980 Austritt aus der SPD, danach Schriftsteller und Kabarettist.
- 15 Der Briefwechsel und die Fernsehdiskussion finden sich in: Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.), Politischer Stil in einem Streitfall. Die Auseinandersetzung zwischen Minister Dr. Schlegelberger und dem Abgeordneten Steffen, o.O. o.J. (Kiel 1963).
- 16 Nationalrat der Nationalen Front der DDR (Hrsg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Berlin (Ost) 1965, 2. Aufl. 1968, Tafel 22. Siehe hierzu: Klaus Bästlein, Schleswig-Holstein: Ein deutsch-nationales Naturschutzgebiet für NS-Verbrecher? Zur politischen Natur im nördlichsten Bundesland nach 1945, in: Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz (Ev. Akademie Nordelbien. Dokumentation 7), hrsg. v. Urs J. Diederichs u. Hans-Hermann Wiebe, Segeberg o.J. (1985), S. 209-264, dort (S. 262) auch Wiedergabe des Todesurteils gegen Horst Henze. – Ders., „Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes“. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte Selbstreinigung 1957-1968, in: Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tuchel, Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 408-443.
- 17 Die dänische Ausgabe trug den Titel „Europa set fra den dansk-tyske grænse“ (Europa von der dänisch-deutschen Grenze gesehen), Skandia Verlag, Flensborg 1971.

- 18 Vgl. nur die bitterböse Darstellung des bildungsbürgerlichen Milieus in den Romanen von Hans Scherfig, *Den döde maend*, *Den forsvundene fuldmaegtigt* und *Det forsømte foraar*.
- 19 Heft 2/1971, S. 77-84.
- 20 Flensburger Tageblatt vom 15.11.1988, Bericht „Engholm würdigt Schlegelberger als ‚aufrechten‘ Streiter“.
- 21 „Weser Kurier“ vom 2.6.1989, Artikel „Neue Vorwürfe gegen Schlegelberger“ von Ocke H.H. Peters.
- 22 Frankfurter Rundschau vom 28.7.1989, Dokumentation „Namen kann ich nicht sagen, die gehen weg“ von Ocke H.H. Peters.
- 23 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 9.9.1989, Bericht „Der lange Schatten“.
- 24 Anzeigenblatt „Goden Dag, leve Lüüd“ (Kiel) vom 4.10.1989, Bericht „Kieler Staatsanwaltschaft kannte die Akten gar nicht“ von Ocke H.H. Peters.
- 25 Kopie der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Kiel im Besitz des Verfassers.
- 26 Hans-Joachim Rehse (1902-1969) war 1942 Kammergerichtsrat und Hilfsrichter im 1. Senat des Volksgerichtshofes. Zusammen mit Roland Freisler fällte er von 1942 bis 1945 zumindest 231 Todesurteile. 1945 setzte er sich nach Schleswig-Holstein ab und wurde 1950 Verwaltungsrichter in Schleswig. Das Landgericht Berlin verurteilte ihn 1967 wegen Beihilfe zum Mord zunächst in drei Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus. Doch der 5. Strafsenat des BGH hob das Urteil 1968 auf und legte mit seiner Interpretation der Rechtsbeugung einen Freispruch nahe (vgl. *Neue Juristische Wochenschrift* 1968, S. 1339 ff). Das Landgericht Berlin sprach Rehse daraufhin tatsächlich frei. Weil er bald darauf verstarb, wurde das Urteil rechtskräftig.
- 27 Günter Spendel, *Rechtsbeugung durch Rechtsprechung. Sechs strafrechtliche Studien*, Berlin/New York 1984.
- 28 Vgl. Dirk Quasten, *Die Judikatur des Bundesgerichtshofes zur Rechtsbeugung im NS-Staat und in der DDR*, Berlin 2003; Christiane Freund, *Rechtsbeugung durch Verletzung übergesetzlichen Rechts*, Berlin 2006.
- 29 Zitiert nach der Ansprache des Präsidenten des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Günter Hirsch beim Festakt aus Anlass des 100. Geburtstages von Hans von Dohnanyi am 8. März 2002, in: Jutta Limbach, Herta Däubler-Gmelin, Günter Hirsch, Winfried Meyer, Klaus von Dohnanyi (Hrsg.,), *Erinnerung an Hans von Dohnanyi*, Berlin 2003 (Beiträge zum Thema *Widerstand 1933-1945*).
- 30 *Der Spiegel* Nr. 8/1995, S. 94 f.
- 31 Ebenda.
- 32 Siehe hierzu den Beitrag in dieser Festschrift von Uwe Danker und Sebastian Lehmann, „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“.
- 33 Positive Erwähnung verdient hier das „Flensburger Tageblatt“, das seit einiger Zeit seine jahrzehntelange totale Blockade gegenüber einer regionalen Berichterstattung zur NS-Zeit aufgegeben hat. So konnte dort am 21. Mai 2008 ein kritischer Überblicksbeitrag von Sebastian Lehmann zu Hartwig Schlegelberger unter der Überschrift „Lange ein Tabu: Nazis in Schleswig-Holstein“ erscheinen.

Ina Carstensen (1898-1985)

Zur Geschichte des Aufbaues eines demokratischen Schulwesens nach 1945

von *JOHANNES JENSEN*

Mit Ina Carstensen wird auf eine Persönlichkeit hingewiesen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur eine wichtige Rolle bei der Aufgabe übernahm, das Schulwesen in Schleswig-Holstein wieder aufzubauen und ihm eine demokratische Struktur zu geben. Als Schulrätin wirkte sie von 1946 bis 1949 in den Kreisen Husum und Eiderstedt und von 1948 bis 1962 als Stadtschulrätin in Flensburg, eine Zeit lang sogar in allen drei Amtsbereichen, indem sie dann von Freitag bis Montag auch in Husum und Tönning amtierte. Man kann sich heute kaum noch eine Vorstellung davon machen, unter welchen äußerst schwierigen Bedingungen dies zu geschehen hatte. Die britische Militärregierung hatte das Ziel vorgegeben, in Deutschland die nationalsozialistischen und rassistischen Denkweisen zu überwinden und die Deutschen zur parlamentarischen Demokratie zu erziehen.¹ Die Lehrer waren zum größten Teil, ob aus Überzeugung, aus Opportunismus oder durch Zwang, dem sich nur wenige zu widersetzen wagten, Parteimitglieder geworden. Sie galten jetzt als politisch belastet und wurden bis zu ihrer eventuellen Entlastung aus ihren Ämtern entfernt. Die Zahl der Schulkinder hatte in Schleswig-Holstein durch die vielen Flüchtlingsfamilien stark zugenommen. Es fehlte also an Lehrern, an mit allem Nötigen ausgestatteten Schulräumen, an Schulbüchern – viele waren von nazistischen und rassistischen Spuren durchzogen gewesen und von der Militärregierung eingezogen worden – und selbst an Schreibpapier. Erschwerend hinzu kam in Südschleswig das dramatische Anwachsen der dänischen Bewegung, deren Forderung nach eigenen Schulen berücksichtigt werden musste, wobei die Schulaufsicht zwangsläufig in das Spannungsfeld nationalpolitischer Gegensätze geriet. Die Schulgeschichte dieser ca. sechzig Jahre zurückliegenden Periode ist noch nicht geschrieben, und sie wäre nach Meinung des Verfassers dieses Textes ohne die Kenntnis des umfangreichen persönlichen schriftlichen Nachlasses von Ina Carstensen aus dieser Zeit auch gar nicht zu schreiben. Er ruht bisher unbeachtet in der Obhut ihrer Nichte Gertrud Mauruschat, die zusammen mit ihren Brüdern Hans Christian und Siegfried Carstensen langfristig bereit ist, ihn einem Archiv zu übergeben, damit er dort archivalisch registriert und der wissenschaftlichen Benutzung zugänglich gemacht werden kann. Papiere eher

amtlichen Charakters sind nach ihrem Tod von ihrem Bruder Dr. Hans Carstensen und seinen Söhnen 1985 teils dem Flensburger Stadtarchiv übergeben worden, wo sie als „Ablieferung von Ihrem Bruder“ unter der Signatur XII HS, 01921 registriert worden sind, teils in Husum nach Aussage von Hans Christian Carstensen 1985 bei dem damaligen Husumer Stadtarchivar Brar Riewerts privat abgeliefert worden. Diese Ablieferung ist jedoch im Archiv des Kreises Nordfriesland unter den Beständen des Husumer Stadtarchivs nicht registriert worden und muss vorläufig als verschollen gelten.

Die folgenden Ausführungen über Ina Carstensen beruhen vorwiegend auf den Informationen, die aus ihren eigenen Aufzeichnungen oder Veröffentlichungen stammen, sie kennzeichnen also ihr Bild von sich selbst, von ihrer Amtsauffassung als Schulrätin in dieser Zeit, von Mitarbeitern, Vorgesetzten, Politikern, von der wünschenswerten Entwicklung des schleswig-holsteinischen Schulwesens und nicht zuletzt auch von der Überwindung der nationalen Gegensätze beiderseits der deutsch-dänischen Grenze.

Ina Carstensen brachte für die Rolle, die sie übertragen bekam, gute biografische Voraussetzungen mit. Väterlicherseits stammte sie in dritter Generation aus einer nordfriesischen Lehrerfamilie. Ihr Großvater Hans Carstensen (1834-1919), geboren in Klockries und zuletzt Lehrer in Wittbek, war nach seiner Pensionierung mit seiner Frau auf den Hof ihrer Familie „Bremsbüll“ in der Gemeinde Uberg bei Tondern gezogen. Hier lernte Ina seit ihrem dritten Lebensjahr in vielen Aufenthalten die dänische Sprache, dänische Lebensweise und die entspannte Atmosphäre zwischen Dänisch- und Deutschgesinnten in der eigenen Familie und zwischen Nachbarn kennen und schätzen.² Ihr Vater Christian Carstensen (1867-1946) war sein Berufsleben lang Lehrer und später Konrektor an der Knaben-Volksschule in Husum und angesehener Kreisbrandmeister und Chef der Freiwilligen Feuerwehr Husum, bis die Nationalsozialisten ihn 1933 aus diesem Amt entfernten, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. Politisch war er linksliberal eingestellt und seit 1903 in Husum aktives Mitglied der „Fortschrittlichen Volkspartei“, aus der nach 1918 die republiktreue „Deutsche Demokratische Partei“ und nach 1931 die „Deutsche Staatspartei“ wurde. Die aufgeweckte Tochter Ina war schon seit 1912 eine interessierte ZuhörerIn, wenn bedeutende Politiker zu Wahlreden nach Husum kamen und am Abend bei Carstensen zum Essen eingeladen wurden.³ Ihre Mutter Emma Carstensen war ebenfalls ausgebildete Lehrerin, musste aber gemäß der für Frauen damals geltenden Vertragsklausel, dass „mit dem Tage der Eheschließung“ das Dienstverhältnis aufhöre, ihren Beruf aufgeben, als sie Christian Carstensen heiratete. Sie engagierte sich danach für die volle Gleichberechtigung der Frauen, begleitete ihren Mann zu Parteiversammlungen, als Frauen dort noch gar nicht zugelassen waren. Während des Ersten Weltkrieges holte der Husumer Bürgermeister sie in den Lebensmittelausschuss für die Ver-

Abb. 1
Ina Carstensen 1951 in
der britisch-deutschen
Begegnungsstätte Wilton
Park in England



sorgung der Kinder und sozial Schwachen, weil Männer sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hatten. Er sorgte dafür, dass sie als erste Husumerin das deutsche Kriegsverdienstkreuz bekam. Nach dem Krieg war sie die erste Frau, die sich in das Husumer Stadtparlament wählen ließ. Hier kam sie u. a. in den Lebensmittel- und den Wohnungsausschuss, wo es die schwierigsten sozialen Probleme zu lösen gab. In den Schulausschüssen setzte sie sich für die Errichtung einer Mittelschule und für den Ausbau des Lyzeums zu einem vollen Mädchengymnasium ein.⁴ Die Stadt hat sie mit einer Emma-Carstensen-Straße geehrt. Ina Carstensen selbst erfuhr die Benachteiligung von Frauen dadurch, dass sie auf ein Mädchengymnasium in Kiel gehen musste, um das Abitur erlangen zu können. Die Ausbildung zur Volksschullehrerin sollte nur ein Umweg für das eigentlich gewünschte Medizinstudium sein. Als die junge Lehrerin aber Ende des Ersten Weltkrieges gebeten wurde, in der Anfangsklasse der Husumer Bürgerschule zu unterrichten, entdeckte sie ihre Begeisterung für den Lehrerberuf⁵, die bis zu ihrer Pensionierung anhielt.

Trotz des ausgeübten Drucks, der am 22. Juni 1933 durch den Kollegen und spä-

teren Ortsgruppenleiter der NSDAP in Husum Thomas Eichner vor ihrer eigenen Klasse bis zur körperlichen Bedrohung erhöht wurde⁶, trat sie nicht der Partei bei. So gehörte Ina Carstensen zu den „nicht gerade zahlreichen Deutschen, die sich wegen ihres persönlichen Verhaltens und ihrer politischen Haltung in der Weimarer Republik und unter der nationalsozialistischen Diktatur keine Vorwürfe zu machen oder machen zu lassen brauchten, und die den 8.5.1945 (die deutsche Kapitulation) persönlich als wirkliche Befreiung erleben konnten“. So schreibt es Reimer Hansen in GFH 1/2008 über Johann Ohrtmann, in seinen Ausführungen zu dessen „Lebenserinnerungen als historische Quelle“. ⁷ Ohrtmann wurde als Regierungsschulrat einer der Vorgesetzten der Schulrätin Ina Carstensen, mit dem sie auf gleicher politischer Ebene gut zusammenarbeiten sollte. Sogar sein friedenspolitisches Engagement teilte sie, indem sie in der Flensburger Friedensgesellschaft wiederholt Vorträge hielt und dort Mitglied wurde. Als Pazifist hatte Ohrtmann seine friedenspolitischen Vorstellungen auch auf die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze angewendet, als er schon 1931 optimistisch vorausschauend schrieb, „dass es bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, in einem Jahrzehnt aus der Atmosphäre nationalpolitischer Verhetzung in eine anständige friedliche Stimmung zu kommen. Und das ist eine Lehre, die sich vielleicht auch an anderen Grenzen anwenden lässt.“⁸ Auch diese Aussage trifft auf die Haltung und das Wirken Ina Carstensens in den kommenden schweren Auseinandersetzungen zu, die sie – neben guten und beglückenden Erfahrungen – als Stadtschulrätin in Flensburg durchstehen musste. Gegen Ende ihrer Zeit in Flensburg hatte sie auch bei ihren Gegnern aus der Anfangszeit Respekt und Ansehen erworben, so dass sogar ihr mächtigster Feind von damals, der Chefredakteur des Flensburger Tageblattes Dr. Hanno Schmidt (CDU), am Ende der Ratssitzung, in der er 1959 zum Stadtpräsidenten gewählt worden war, mit den Worten auf sie zuging: „Ich möchte gern das Kriegbeil zwischen uns begraben. Sind Sie einverstanden?“ „Seitdem arbeiten wir gut zusammen“, lautete ihr Kommentar in ihren Aufzeichnungen. ⁹ Einen „Treppenwitz der Weltgeschichte“ nannte sie die Situation, in der sie in einer Schulleiterfrage „mit der CDU gegen SPD und SSW“, also mit ihren „einstigen grimmigsten Feinden“ gegen ihre Freunde kämpfte. „Aber das ist das Schicksal eines Menschen in leitender Stellung, der nach pädagogischem Gewissen handelt und nicht nach politischen Gesichtspunkten“, notierte sie „in den letzten Stunden des Jahres“ in einem Rückblick auf 1959. ¹⁰ Ein sehr spätes Ergebnis ist, dass die Stadt Flensburg ihre Dankbarkeit Ina Carstensen gegenüber erst vor wenigen Jahren dadurch ausgedrückt hat, dass sie eine Straße nach ihr benannt hat, nachdem die von Johann Orthmann vorausgesagte „anständige friedliche Stimmung“ beiderseits der deutsch-dänischen Grenze endlich eingetreten ist. ¹¹

Angefangen hatte Ina Carstensens neue Karriere im März 1946, als sie mehrfach



Abb. 2 Grundsteinlegung für die neue Volksschule auf der Rude durch die Stadtschulrätin Ina Carstensen, 23.6.1960. Rechts der Flensburger Stadtpräsident Dr. Hanno Schmidt

von dem für das Schulwesen verantwortlichen Regierungsdirektor Hans Steppat in Begleitung des höchsten für das Erziehungswesen in Südschleswig zuständigen englischen Offiziers Major Nash Unterrichtsbesuch bekam. Das Ergebnis war deren Bitte an sie, das Amt der Schulrätin in den Kreisen Husum und Eiderstedt zu übernehmen. Sie versuchte mit verschiedenen Gründen abzulehnen, bis sie erfuhr: „Wenn ich es nicht annähme, käme ein Flüchtling, und das könnte ich doch unserem Volkstum gegenüber nicht verantworten.“ Während die meisten der einheimischen Lehrer als belastete Mitglieder der NSDAP noch vom Dienst suspendiert waren, konnte man vielen der als Flüchtlinge ins Land gekommenen Lehrer wegen fehlender Papiere nicht nachweisen, ob sie Parteimitglieder gewesen waren oder nicht. Es drohte eine „Überfremdung“ der Lehrerschaft. Als sie dem mit ihr befreundeten Husumer Rechtsanwalt Dr. Goslar Carstens von der bevorstehenden Ernennung erzählte, war dieser hocheifrig und sagte „immer wieder: Du tust es für unser Volkstum“.¹² Am Ende ihrer Zeit als Schulrätin in den beiden Kreisen sollte sie am 9. Juli 1948 notieren, dass sie den Anteil der Flüchtlingslehrer von 59 Prozent auf 41 Prozent heruntergedrückt habe.¹³ Auch den örtlichen britischen Chef der F.S.P. (Field Security Police), Captain

Calcott, besuchte sie noch und fragte ihn, ob er gegen ihre Berufung etwas einzuwenden hätte. Seine Antwort: „Oh no, you are a member of the Denazification Committee; I should be very glad to see you here.“ Ina Carstensen war zu dem Zeitpunkt Mitglied des Entnazifizierungsausschusses in Schleswig, in dem sie hoffte, nun noch besser ihren suspendierten Kollegen helfen zu können. „Erst in dem Augenblick werde ich mit dem unerfreulichen Amt versöhnt sein, wenn ich den ersten abgesetzten Kollegen habe retten können.“¹⁴ Nachdem der Ausschuss die ersten drei Lehrer zur Wiedereinstellung vorgeschlagen hatte, fragte der inzwischen zum Major beförderte Mr. Calcott Ina Carstensen, ob sie diese kenne, worauf sie antwortete, sie würde keinen einzigen Fall vorlegen, wenn sie „für den betreffenden Lehrer nicht uneingeschränkt geradestehen könnte“. Seine Reaktion: „Oh, very good, so I shall recommend in Kiel each teacher, whom you will recommend.“ Ina Carstensen notierte in ihrem Tagebuch: „Wie bin ich glücklich!“ Nach diesem Erfolg fühlte sie sich nach zweieinhalb Monaten schon ganz wohl in ihrem neuen Amt. Mit ihrem Vorgesetzten Regierungsdirektor Steppat verband sie eine so große innere Übereinstimmung, dass er ihr sagen konnte: „Ich glaube, Sie sind vor 100 Jahren einmal meine Schwester gewesen!“ Im Tagebuch nannte sie ihn seitdem häufig „Mein Brüderlein“, und der Entnazifizierungsausschuss hieß bei ihr nun ironisierend „Entbräunungsausschuss“.¹⁵ Ina Carstensen, familiär ungebunden, ging als Vollblutpädagogin völlig in ihrer Aufgabe auf, indem sie mit dem Auto mit Chauffeur, das man ihr gestellt hatte, die Schulen in beiden Kreisen besuchte, um die Schulaufsicht wahrzunehmen, aber auch um die jeweiligen Verhältnisse mit eigenen Augen zu sehen und zu erleben und mit Schulleitern, Bürgermeistern und Gemeinderäten Lösungen zu finden. Dabei kam es ihr zugute, dass sie mit den Einheimischen jederzeit auch Plattdeutsch reden konnte. Gerade diese Möglichkeit, überall dort, wo ihre Hilfe und Vermittlung im Interesse der Verbesserung der Unterrichtsbedingungen nötig war, auch hinfahren zu können, schien im Frühjahr 1948 bedroht zu sein, weil die Kreisverwaltung ihr das Auto und den Chauffeur streichen wollte. Der neue Oberkreisdirektor (später Landrat) Borzikowsky, der zu ihr in diesem Zusammenhang sagte: „Warum fahren Sie immer? Lassen Sie die Leute doch zu sich kommen!“, bekam von ihr im Tagebuch attestiert, dass er „vom Schulwesen nicht den leisesten Schimmer!“ hätte. Und das ist noch das Mildeste, was dort über ihn steht.¹⁶

Diese Erfahrung hat wenig später mit dazu beigetragen, dass sie, wenn auch schweren Herzens, das Angebot annahm, sich als Stadtschulrätin in Flensburg wählen zu lassen. Aus den entscheidenden Gesprächen mit dem dänischen Oberbürgermeister I.C. Möller und dem deutschen Oberstadtdirektor Drews notierte sie in ihrem Tagebuch zwei wichtige Feststellungen: 1. I.C. Möller: „Sie wissen, ich bin Däne; ich weiß, Sie sind Deutsche; ich erwarte nicht, dass Sie

die dänischen Schulen bevorzugen, aber dass Sie keinen Unterschied machen.“ 2. „Wir wünschen, dass sich der Schulrat in den Schulen aufhält.“ Das war ja ganz in ihrem Sinn: „Und Borzikowsky!!“, fügte sie im Tagebuch hinzu. Da in Flensburg die nationale Auseinandersetzung auf dem Höhepunkt stand, nachdem bei der Kommunalwahl am 24. Oktober 1948 wider Erwarten noch einmal eine dänische Mehrheit in die Flensburger Ratsversammlung eingezogen war, wurde es unendlich schwer für die Stadtschulrätin, bei dem Zustrom zu den dänischen Schulen ihre Vorschläge zur Verwendung von Schulgebäuden, Klassenräumen und Ausstattungen so zu gestalten, dass beide Seiten zufrieden waren. Denn „keinen Unterschied“ zu machen, bedeutete für die deutsche Seite schon Verrat an der deutschen Sache, was zu heftigen Angriffen im Flensburger Tageblatt unter der Überschrift „Die Stadtschulrätin und die deutschen Schulen“ führte.¹⁷ Ina Carstensen's Standpunkt kommt in ihrem aufschlussreichen Bericht über die Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden des Flensburger Lehrervereins Vollert im Tagebuch vom 5.10.1949 zum Ausdruck, nachdem sie bemerkt hatte, dass sie nicht mehr zu den Versammlungen des Vereins eingeladen wurde. Sie erfuhr, dass man sie nicht mehr einlud in der Hoffnung, dass sie dadurch von selbst aus dem Verein austreten würde. Grund: „Weil Sie doch Dänin sind!“ Fast blieb ihr die Sprache weg: „Ich – Dänin?“ Und ihr Kommentar: „Das übersteigt ja noch turmhoch die Anwürfe des Tageblatts, das mich ‚prodänisch‘ und ‚dänenfreundlich‘ nennt! Ich habe ihm gesagt, dass ich nie ein Hehl aus meiner Sympathie für die dänische Kultur, bes. für das vorbildliche Schul- und Bibliothekswesen, gemacht hätte.“ Die ersten drei genannten Angriffspunkte konnte sie leicht widerlegen. Die vierte Forderung an sie: „Ich müsste die Eltern, die ihre Kinder in die dänische Schule geschickt hätten, veranlassen, dass sie ihre Kinder wieder ummeldeten“, beantwortete sie zusammenfassend so: „Mir scheint, mein einziges Verbrechen ist, dass ich zu demokratisch erzogen bin u. es nicht fertigmache, jemanden in Sachen der Gesinnung zu beeinflussen.“ Die Behauptung Vollerts, in Husum sage man, ihr Vater würde sich im Grabe umdrehen, wenn er ihr Verhalten miterlebt hätte, kommentierte sie mit der folgenden Aussage: „Vater, der die Duldsamkeit u. das Verständnis für andere Menschen in Person war! Vater, der mir 1934 nach dem Mord an Schleicher und Röhm sagte: was wird aus dem deutschen Volk? Ach, wären wir bei Dänemark geblieben, was für eine ruhige Entwicklung hätten wir dann gehabt!“ Vater, der meine ganze Jugend hindurch mir Verständnis für (die) dänischgesinnten Verwandte(n) und Freunde anerkundete!“ Ina Carstensen schien es dennoch, dass Vollert kein Verständnis dafür aufbrachte. „Wie kann er auch! Er ist Holsteiner, er kennt nicht das Hin und Her in den schleswigschen Familien, in denen der eine Bruder deutsch-, der andere dänischgesinnt ist, ohne dass darum ein Zwiespalt in die Familien kommt.“¹⁸ Ina Carstensen stand mit dieser schon aus ihrem Elternhaus mitgebrachten

demokratischen Einstellung genau auf dem Standpunkt der „Kieler Erklärung“ vom 26.9.1949 mit den Kernsätzen: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“ Sie hatte diese „Kieler Erklärung“ erst neun Tage vor dem eben geschilderten Gespräch am Tage ihrer Annahme in Schleswig-Holsteinischen Landtag in ihrem Tagebuch als großen Fortschritt begrüßt und in der folgenden Zusatzbemerkung die historische Wurzel ihrer eigenen Einstellung dazu verraten: „Nichts könnte aber besser zeigen, wie weit wir in Deutschland von demokratischem Denken entfernt sind, als die Tatsache, dass dieses Abkommen als etwas Besonderes gepriesen wird! Dabei enthält es im Grunde weiter nichts als lauter Selbstverständlichkeiten, allgemeine Menschenrechte, die jedem Menschen unsrer Tage – 160 Jahre nach der Französischen Revolution – heilig sein sollten!“¹⁹ Damit war sie aber dem damaligen Stand des politischen Bewusstseins der meisten ihrer schleswig-holsteinischen Landsleute weit voraus.

In der Zeit der sozialdemokratischen Regierungen in Kiel verkehrte Ina Carstensen in jeder Beziehung „auf Augenhöhe“ mit vielen Politikern und hohen Beamten dort. Am 13. 8. 49 wurde ihr angeboten, als Landesdirektorin in das Ministerium für Volksbildung einzutreten. Sie lehnte ab mit der Bemerkung, das könne nur etwas werden, wenn man vorher die Regierung nach Flensburg verlege, und erinnerte daran, dass sie schon vor zwei Jahren einen Vorschlag des Regierungsdirektors Steppat, sie zur Regierungsschulrätin in Kiel zu machen, mit der gleichen Bemerkung im Hinblick auf Husum abgelehnt habe.²⁰

Am 18.1.1950 hatte sie während des Besuches von Bundespräsident Theodor Heuß in Flensburg, der bis 1933 acht Jahre für die DDP, die liberale Partei ihres Vaters, im Reichstag gesessen hatte, „die Freude, ... mit Heuß am Tisch zu sitzen ... Heuß hat eine wohltuend schlichte Art, sich zu geben, und einen köstlichen Humor. Als ich ihm sagte, mir schiene, er wäre sich seiner Würde gar nicht so bewusst u. nähme sie nicht ernst genug, sah er mich mit seinen großen schelmischen Augen lange an u. sagte: Sie haben´s richtige Gefühl – i´ werd´s halt nie lernen!“ Im Deutschen Haus habe er eine wunderbare Rede gehalten, „eine der schönsten, die ich je gehört habe. ... Eine Rede, die Deutsche und Dänen mit gleicher Zustimmung hörten.“²¹

Ina Carstensen hatte sich in den ersten Jahren nach dem Krieg und in ihrem Amt stark für die Schulreform von 1948 eingesetzt. Sechzig Jahre danach, im Jahre 2008, kann man nicht umhin, mit einem bitteren Nachgeschmack an die Jahrzehnte verbissener Diskussionen um Schulreformen in Schleswig-Holstein zu denken, wenn man Ina Carstensens Tagebucheintrag vom 2.2.1951 liest: „Vorgestern nahm der neue Landtag (Mehrheit von CDU und BHE) ein Gesetz an, das die Schulreform von 1948 beseitigt. Nun gehen wir wieder mit Riesenschritten rückwärts, nun ist es aus mit der sechsjährigen Grundschule, mit Englisch

als Pflichtfach in *allen* Schulen vom 5. Schuljahr an, mit völliger Lernmittel- und Schulgeldfreiheit – kurz mit all den schönen Errungenschaften des Jahres 1948. ... Ein schwarzer Tag in der Schulgeschichte unseres Landes!“²²

Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, welch ein Schatz an Informationen aus dieser Zeit des Aufbaues eines demokratischen Schulwesens in Schleswig-Holstein in Ina Carstensen's schriftlichem Nachlass zu finden ist, ein Schatz, der danach verlangt, gehoben zu werden. Man hat den Eindruck, dass sie sich der historischen Bedeutung ihrer Rolle in der schleswig-holsteinischen Schulgeschichte bewusst gewesen ist und auch deswegen alles aufgeschrieben hat, was ihr bemerkenswert erschien.

Übersicht über den Nachlass

Lehrerkalender: 1947, 1948, 1949, 1952, 1953/54, 1954/56, 1956/57 (rot), 1956/57 (blau), 1957/58, 1958/59, 1959/60, 1960/61, Jahreskalender 1962 von N.N. Brinck, Holzimport – Hobel- und Sägewerk Flensburg, 1962/63, Taschenkalender 1964, Taschenkalender 1965. In diesen Lehrerkalendern zeichnete sie zunächst nur ganz knappe Daten zu den täglichen Ereignissen auf. Mit der Zeit wurden sie immer ausführlicher, ergänzt mit Kommentaren und Wertungen zu welt-, bundes- und landespolitischen Ereignissen. An Hand dieser Notizen, nach ihrem Gedächtnis und evt. nach anderen Unterlagen arbeitete sie dann ihre ausführlicheren Tagebücher aus, manchmal täglich oder Tag für Tag im Rückblick auf einen längeren Zeitraum.

Tagebücher:

- 14.08.1930-07.12.1938,
- 09.12.1938-30.01.1946,
- 01.02.1946-25.08.1948,
- 26.08.1948-06.08.1949,
- 07.08.1949-25.05.1950,
- 28.05.1950-15.03.1951,
- 16.03.1951-17.03.1952,
- 03.05.1952-15.09.1952,
- 16.09.1952-29.03.1953,
- 01.04.1953-29.01.1955,
- 01.04.1953-29.01.1955,
- 03.06.1957-24.12.1957.

Ein Manuskript über die Reaktionen auf ihren Weggang aus Husum und über die erste Zeit im Amt als Stadtschulrätin in Flensburg. 25 Seiten auf Karteikarten in A5.
Kollegbuch mit verschiedenen Aufzeichnungen vom 2.11.1956 bis 29.5.1957,
Kollegbuch mit verschiedenen Aufzeichnungen vom 20.12.1959 bis 5.8.1963.

Neben den hier genannten Materialien enthält der Nachlass noch eine Fülle von Papieren und Aufzeichnungen – auch Tonbandaufzeichnungen – aus anderen Lebensphasen, zur Geschichte des Hofes Bremsbüll und der Lehrerfamilie Carstensen und eine große Fotosammlung der eifrig fotografierenden Ina Carstensen.
Anmerkungen

- 1 Kurt Jürgensen: Die Briten in Schleswig-Holstein (1945-1949), Neumünster 1989, S. 41 f.
- 2 Ina Carstensen: Jeg mødte danskheden paa Bremsbøl-gård, in: Jørgen Hamre og Johann Runge (Red.): Barn og ung i Sydslesvig 1900-1982. Udgivet af Studiefælle-lingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig. Bd. I, Flensburg 1986. S. 13-26. Anmerkungen dazu in: Bd. II. 1986. S. 477 f.
- 3 Ina Carstensen, (s. Anm. 2, Bd. I), S. 16 f.
- 4 Ina Carstensen, (s. Anm. 2, Bd. I), S. 17. Vgl. auch Husumer Nachrichten vom 24.2. 1970.
- 5 Ina Carstensen, (s. Anm. 2, Bd. II), S. 477.
- 6 Notiz in Ina Carstensen's Lehrerkalender vom Sonnabend, dem 17. August 1963, als Thomas Eichner um zehn Uhr in ihren Garten kommt und sie ihn hinausjagt, wonach sie die Situation vom 22. 6. 1933 schildert. Diesem Kollegen konnte sie auch nach 30 Jahren nicht verzeihen. Ausführlich zum 22. Juni 1933 in Ina Carstensen's Tagebuch vom 14. 8.1930 bis 7.12.1938.
- 7 Reimer Hansen: Die Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns (1898-1978) als historische Quelle. Teil 1 in: Grenzfriedenshefte 4/2007, S. 245-258. Teil 2 in: Grenzfriedenshefte 1/2008, S. 3-20, S. 3 f.
- 8 Reimer Hansen, (s. Anm. 7, Teil 2), S. 10 f.
- 9 Ina Carstensen: Kollegbuch mit verschiedenen Aufzeichnungen vom 20.12.1959 bis 5.8.1963. Jahresrückblick am 31.12.1959, zum 30.4.1959.
- 10 Ina Carstensen, (s. Anm. 7) 9.2.1960.
- 11 Die Ina-Carstensen-Straße liegt im Neubaugebiet Kauslund-Süderfeld im Osten der Stadt.
- 12 Ina Carstensen, Tagebuch vom 1.2.1946 bis 25.8.1948, 1.3.-28.3.1946.
- 13 Ina Carstensen, (s. Anm.10) zum 9.7.1948.
- 14 Ina Carstensen, (s. Anm. 8) 22.4.1946.
- 15 Ina Carstensen, (s. Anm. 8) 14.6.1946.
- 16 Ina Carstensen, (s. Anm. 8) 27.2.1948.
- 17 Ina Carstensen, Tagebuch vom 7.8.1949 bis 25.5.1950, 24.10. und 26.10.1949. Flensburger Tageblatt 22., 26. und 27.10.1949.
- 18 Ina Carstensen, (s. Anm. 12) 5.10.1949.
- 19 Ina Carstensen, (s. Anm. 12) 26.9.1949.
- 20 Ina Carstensen, (s. Anm. 12) 13.8.1949.
- 21 Ina Carstensen, (s. Anm. 12) 18.1.1950.
- 22 Ina Carstensen, Tagebuch vom 28.5.1950 bis 15.3.1951, 2.2.1951.

„Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“?

Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“

von UWE DANKER und SEBASTIAN LEHMANN

Einleitung

In den „Grenzfriedensheften“ legt Jörn-Peter Leppien 1983 unter dem Titel „Das waren keine Menschen mehr“ einen Beitrag vor, der die von Pastor Johannes Meyer 1944/1945 geführte Chronik der Kirchengemeinde Ladeland einer eingehenden quellenkritischen Würdigung unterzieht.¹ Da zeitgleich, nämlich November und Dezember 1944, das KZ-Ladeland existiert hat, interessieren die Fragen, ob die Eintragungen tatsächlich wie datiert „Sylvester 1944“ vorgenommen wurden, wie verlässlich sie sind, auch welche Rolle des nach dem Kriegsende um die Würdigung der Leiden im örtlichen KZ geradezu vorbildlich bemühten Johannes Meyer angenommen werden darf. Bedeutende und komplexe Fragen, die Leppien in seiner „quellenkritischen Studie“ auf vorbildliche Weise bearbeitet und, als guter Didaktiker, schließlich – bei unklar bleibender Beweislage – den Leserinnen und Lesern das eigene Urteil bzw. die eigene Thesenbildung überlässt. Die Erinnerung an dieses Musterbeispiel gelungener und zugleich sehr relevanter Quellenkritik ermutigt uns, anhand eines weniger bedeutenden Beispiels ebenfalls den Sinn der „Historisch-kritischen Methode“ unter Beweis zu stellen. Im November 2007 sorgt der Fernsehauftritt eines ehemaligen Mitarbeiters der DDR-Staatssicherheit im dänischen Fernsehen für Aufsehen, jedenfalls nördlich der Grenze: Vor laufender Kamera nämlich präsentiert Eckhard Nickol, nach eigener Darstellung ehemaliger Oberstleutnant der Staatssicherheit in der Hauptverwaltung Aufklärung, Dokumente über Stasi-Aktivitäten in Sønderjylland und Schleswig-Holstein.² Die gezeigten Papiere scheinen für die 1950er Jahre eine massive Stasi-Unterwanderung der deutschen Minderheit zu beweisen und zugleich – gewissermaßen en passant – führende Köpfe der schleswig-holsteinischen Christdemokratie der 1950er und 1960er Jahre als willentliche Zuträger der Staatssicherheit zu enttarnen. Journalistisch fraglos eine Sensation. Dänische Printmedien, insbesondere im Grenzgebiet, reagieren in der sekundären Berichterstattung entsprechend aufgeregt, teilweise jedoch außerordentlich unvorsichtig: So titelt die zweisprachige Zeitung „Flensborg Avis“ am 29. November 2007 klar und deutlich: „Tidligere CDU-minister var måske spion for Stasi.“ Diese ebenso schlichte wie reißerische Tatsachenbehauptung der Schlagzeile wird im eigentlichen Artikel mit einem Bezug zum Fernsehbeitrag versehen, ohne jedoch die Echtheit der Unterlagen zu überprüfen oder wirklich zu hinterfragen.

Der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Stephan Richter, will es darauf genauer wissen, er bittet uns als Mitarbeiter des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte um eine Einschätzung aus historisch-wissenschaftlicher Perspektive. Von den drei im dänischen Fernsehen präsentierten Dokumenten wird uns eines in Kopie vorgelegt; erst spät halten wir alle drei „Originaldokumente“ in Händen. Das Kerndokument ist vierseitig, als „Geheime Vorlage des Staatssekretariats für Staatssicherheit der DDR für den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik“ deklariert, auf allen Seiten mit einem auffälligen Diagonalbalken versehen und laut Ablageanweisung dem Ministerpräsidenten „persönlich vorzutragen“ und lediglich in drei Exemplaren im Büro des Staatssekretariats für Staatssicherheit der DDR zu archivieren. Datiert ist es auf den 19. November 1953, es ist mit einer handschriftlichen Tagebuch-Nr. versehen und unleserlich abgezeichnet. Und es birgt einen offensichtlich brisanten Inhalt!

Das Dokument

Der Betreff lautet: „Die deutsche Minderheit in Nordschleswig, heutiges Dänemark, Bund der Nordschleswiger“, eine kurze Übersicht verweist auf die Rolle des Bundes der Nordschleswiger als Interessenverband der deutschen Minderheit in Dänemark. Diese sei „überwiegend revanchistisch eingestellt“, bei ihr fänden sich viele ehemalige SS- und SA-Leute. Der Bund trete für die Wiederangliederung Nordschlewigs an Deutschland, also die Beseitigung der 1920 durch Volksabstimmung entstandene Grenze ein. Laut „Einschätzung“ des Staatssekretariats für Staatssicherheit sei der Bund der Nordschleswiger als „der verlängerte Arm der revanchistischen Landesregierung in Kiel, Bundesland Schleswig-Holstein“ einzuordnen. Diese Landesregierung bestehe „aus ehemaligen Nazis“, und sie fordere „eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1933“. Die Landesregierung sei auch „aktiv beteiligt an der Unterdrückung der dänischen Menschen, die heute in Schleswig-Holstein leben“.

Soweit zusammengefasst und kurz zitiert die auf der ersten Seite des Dokuments zu findende straffe politische Einordnung der deutschen Minderheit und des Bundes der Nordschleswiger. Der Rest des Dokuments gehört dem Themenfeld „Personen und Kontakte“. Hier offenbart „die Hauptabteilung XV, Abteilung Abwehr“, dass sie „mehrere ‚geheime Informanten‘ in Schleswig-Holstein geworben“ habe, die, so das Dokument, „den Bund der Nordschleswiger von der imperialistischen BRD aus steuern.“ 1951 habe man den „GI ‚Fritz‘“ angeworben, und zwar „auf der Grundlage vorhandenen Materials aus der Nazizeit unter Druck“, wie es offen heißt. Es sei deshalb „keine Legende bei der Anwerbung zum Einsatz gebracht“ worden, man habe ihm lediglich die Möglichkeit eingeräumt, „seine

Staatssekretariat für Staats-
sicherheit der DDR

19.11.1953

Tgl - Nr: 17.003/53
Geh. Nr: 17.003/53

Berlin

Der Leiter

Geheime Vorlage des Staatssekretariats für Staatssicherheit der
DDR für den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Re-
publik

Betrifft: Die deutsche Minderheit in Nordschleswig, heutiges Dän-
mark. Bund der Nordschleswiger

1. Übersicht

Der Bund der Nordschleswiger vertritt die Interessen der deutschen Minderheit in Dänemark. Diese ist überwiegend revanchistischeinge- stellt und in ihrer sind viele ehemaligen SS und SA- Leute organi- siert. Die Zielstellung des Bundes ist ständig darauf gerichtet, daß Nordschleswig wieder Deutschland West angegliedert wird. In diesen faschistisch- revanchistischen Bestrebungen wird der Bund der Nordschleswiger vor allen durch die alten Faschisten in der Lan- desregierung Schleswig- Holstein unterstützt. Dabei treten einige der ehemaligen faschistischen Politiker in besonderer Weise hervor. Der Bund der Nordschleswiger kämpft vor allen um die Rehabilitierung von Mitgliedern, die 1945 von der dänischen Regierung inhaftiert und enteignet wurden. Viele dieser Mitglieder waren in der Waffen- SS und aktiv an Mordaktionen gegen die dänische Bevölkerung, vor allem gegen dänische Kommunisten und Arbeiterbewegungen beteiligt. 1945 wurden über 3000 von ihnen in Ferhus in Dänemark und in anderen Gefängnissen interniert.

2. Einschätzung

Der Bund der Nordschleswiger ist der verlängerte Arm der revanchis- tischen Landesregierung in Kiel, Bundesland Schleswig- Holstein. Diese Regierung besteht aus ehemaligen Nazis, die heute in revanchisti- schen Organisationen Westdeutschlands aktiv sind und die eine Wieder- herstellung Deutschlands in den Grenzen von 1933 fordert. Diese Regierung ist auch aktiv beteiligt an der Unterdrückung der dän- ischen Menschen, die heute in Schleswig- Holstein leben. Das Ziel der deutschen Minderheit in Dänemark ist, revanchistisches Gedankengut zu verbreiten, die dänische staatliche Ordnung zu sabotieren und die Enteignung rückgängig zu machen.

3. Personen und Kontakte

Das Staatssekretariat, die Hauptabteilung XV, Abteilung Abwehr, hat mehrere "Geheime Informanten" in Schleswig- Holstein geworben, die den Bund der Nordschleswiger von der imperialistischen BRD aus steuern. Außerdem hat sie die Arztzieher der imperialistischen Beeinflussung des Bundes der Nordschleswiger ausgemacht.

1951 wurde der GI "Fritz", XV 91/ 51 geworben. Seine Werbung erfolgte durch das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, Deck- name des außenpolitischen Nachrichtendienstes der DDR (APN) geworben. Die damalige Registrierung war AP/ A- 91/51. Mit der Umstrukturierung

Abb. 1 Das „Stasi-Dokument“. Erste Seite des untersuchten, insgesamt vierseitigen und angeblich aus dem Jahr 1953 stammenden Dokuments

faschistische Vergangenheit als Marinerichter und seine unmittelbare Beteiligung an Todesurteilen ... wieder gut zu machen.“ Dann folgt der Klarnamen: Dr. Hartwig Schlegelberger, jetzt „Mitarbeiter im Landratsamt Flensburg, Mitglied der CDU“. Seine Partei plane, ihn 1954 zum Landrat von Flensburg-Land zu wählen und außerdem sei „vorgesehen, Dr. Schlegelberger mit der Hilfe sowjetischer GI (Geheimer Informanten) in den Landtag von Schleswig-Holstein wählen zu lassen“. Schlegelberger pflege engen politischen und privaten Kontakt zu Kai-Uwe von Hassel, Mitglied des Landtages und – so das Dokument – mutmaßlich in Kontakt mit dem britischen Geheimdienst MI 5 stehend. Es folgt eine Auflistung von acht konkret benannten Themenfeldern, über die Schlegelberger in den letzten zwei Jahren berichtet habe. Anschließend wird ein weiterer „Geheimer Informant“ mit dem Decknamen „Notar“ eingeführt, der ebenfalls 1951 „aus der Parteaufklärung der KPD Westdeutschlands geworben“ worden sei und dem CDU-Landesvorstand angehöre: Dr. Helmut Lemke. Dieser habe bereits „während des Zweiten Weltkrieges für die Parteaufklärung“ der KPD gearbeitet, also, wie wir heute sagen würden: Widerstand geleistet. Seine „Mitarbeit gegen das Hitlerregime“ habe sich „auf seine humanistische Weltanschauung“ gegründet. Für Lemkes Zusammenarbeit mit der Stasi liefert das Dokument als Begründung, „dass Lemke nie wieder Krieg haben“ wolle. Lemke berichte über seine „politische Tätigkeit“ und liefere insbesondere Informationen über einzelne Personen.

Perspektivisch beabsichtige die Stasi, in den Vorstand der deutschen Minderheit in Dänemark einzudringen, den englischen Geheimdienst MI 5 und das Bundesamt für Verfassungsschutz bei ihren Tätigkeiten in Nordschleswig einer „operativen Beobachtung“ zu unterwerfen, weitere Personen insbesondere mit nationalsozialistischer Vergangenheit anzuwerben und schließlich auch „innerhalb der dänischen Minderheit geheime Informanten“ zu gewinnen. Abschließend führt das Dokument noch zwei weitere Kontakte auf, den (unfreiwilligen, unbewussten, nämlich über Dritte betriebenen:) „Abschöpfkontakt zu dem Chefredakteur der Zeitung ‚Der Nordschleswiger‘ Ernst Siegfried Hansen“ sowie die für 1954 geplante Anwerbung eines angeblichen Journalistikstudenten in Flensburg; gemeint sein könnte damit der Sozialdemokrat Joachim Steffen, der als Politikstudent und Assistent des Politikwissenschaftlers Michael Freund an der Universität Kiel ohne förmlichen Abschluss bleibt, 1954 Landesvorsitzender der Jungsozialisten wird, und ab 1955 als Chefredakteur der sozialdemokratischen „Flensburger Presse“ wirkt.³

Die Fragen

Ein heißes Dokument, so scheint es. Zugleich ein Dokument mit anscheinend absurden Geschichten – oder? Was machen Historiker, wenn sie versuchen, die Echtheit und den Wert einer Quelle zu bestimmen? Sie fragen sich, kann die

Geschichte wahr sein? Passen die Informationen zur bekannten historischen Realität, gibt es eventuell Widersprüche, die nun wirklich nicht in die Zeit oder in das Dokument passen? Finden sich Fehler, die nicht als irrtümlich zu erklären sind? Passt das Dokument zum Absender, ist es also in diesem Fall „behörden-gerecht“, verfasst, nämlich so, wie die Spitze der Stasi-Behörde im Jahr 1953 Dokumente verfasste? Wird das Dokument dem angeblichen oder tatsächlichen Adressaten gerecht? Entsprechen also Inhalt und Form der angeblichen Intention, in diesem Fall der Information des DDR-Ministerpräsidenten? Oder gibt es vielleicht andere Absichten, mutmaßliche Ziele des Dokuments? Lässt sich anhand von Schreibmaschinen-Type, Papierbeschaffenheit und anderen Äußerlichkeiten die Datierung bestätigen oder widerlegen? Und: Sind die enthaltenen Informationen in Bezug auf die handelnden Akteure jedenfalls vorstellbar? Bei unterstellten Geheimdienstaktivitäten dürfen wir schon fantasie-reich sein, trotzdem wird man auch Formulierungen genau betrachten!

Viele Fragen, wir beschränkten uns zunächst auf die Vorstellung der genannten schleswig-holsteinischen Akteure und auf die Frage nach der Echtheit des Dokumentes: Was also sagen die Fachleute der Birthler-Behörde zu diesem vorgeblichen Stasi-Dokument und was sagt uns unsere eigene Kompetenz als Historiker?

Die Akteure

Wer eigentlich sind die genannten Akteure? Wer sind jene, deren Erwähnung als „Geheime Informanten“ für manche noch heute so skandalträchtig erscheint? Es sind mit Dr. Hartmut Schlegelberger, Dr. Helmut Lemke und Kai-Uwe von Hassel die profiliertesten CDU-Politiker im Schleswig-Holstein der 1950er und 1960er Jahre.

Der 1913 in Deutsch-Ostafrika geborene Kai-Uwe von Hassel beginnt seine politische Karriere nach dem Krieg als Bürgermeister von Glücksburg, ab 1950 gehört er dem Landtag an und ist stellvertretender Landespartei-vorsitzender der CDU.⁴ 1954 wird von Hassel Ministerpräsident in Nachfolge des verstorbenen Friedrich-Wilhelm Lübke.⁵ In seine Amtszeit fallen wichtige Entscheidungen, wie etwa die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955, aber auch unangenehme Affären wie der Fall Heyde-Sawade, der Probleme Schleswig-Holsteins im Umgang mit der „braunen Vergangenheit“ beispielhaft offenbart.⁶ 1963 wechselt von Hassel in das Amt des Bundesverteidigungsministers, später wird er Bundestagspräsident. Sein Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten ist der ebenfalls im „Stasi-Dokument“ erwähnte Helmut Lemke, „GI Notar“. Der promovierte Jurist beginnt 1950 als Mitglied des Landesvorstands der CDU schon seine zweite politische Karriere.⁷ Denn als nationalsozialistischer Bürgermeister in Eckernförde (1933-1937) und in Schleswig (1937-1945) ist er bereits in der NS-Zeit in durchaus verantwort-



Abb. 2 Kai-Uwe von Hassel anlässlich der Eröffnung des Landtags 1954

licher Position gewesen, ein Umstand, der sich für sein späteres Fortkommen als Landespolitiker als kaum hinderlich erweisen soll. In das Kabinett von Hassel tritt er 1954 zunächst als Kultusminister ein, wechselt im folgenden Jahr ins Innenressort, um 1963 das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Anwürfe wegen seiner „braunen Vergangenheit“ begleiten die Ära Lemke, bis er 1971 Amt und CDU-Landesvorsitz an den jungen Gerhard Stoltenberg übergibt. Als Landtagspräsident verschafft er sich im Zeitraum von 1971 bis 1983 über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung.

Hartwig Schlegelberger, Sohn des NS-Justizstaatssekretärs Franz Schlegelberger und promovierter Einser-Jurist, macht nach dem Krieg von Flensburg aus schnell Karriere.⁸

Sein in dem „Bericht“ 1953 vorhergesagter politischer Werdegang deckt sich in beeindruckender Präzision mit der späteren „Wirklichkeit“: Im Oktober 1954 wählt der Kreisausschuss Flensburg-Land Schlegelberger einstimmig zum Landrat. Jedoch scheint es die Quelle mit den „bekanntenen“ Fakten nicht so genau zu nehmen, denn Schlegelberger ist 1953 keineswegs nur „Mitarbeiter im Landratsamt“, sondern bereits kommissarisch vertretungsweise Landrat. 1958, ebenfalls wie „vorhergesagt“, wird er Mitglied im Landtag, Vorsitzender des Finanz-



Abb. 3
Ministerpräsident
Dr. Helmut Lemke (1907-1990)

ausschusses, 1961 Finanzminister unter Kai-Uwe von Hassel. Von Lemke wird Schlegelberger 1963 zum Innenminister berufen. Noch vor seiner Vereidigung geht eine Strafanzeige beim Kieler Oberstaatsanwalt Dr. Thamm – ehemaliger Chefankläger des schleswig-holsteinischen NS-Sondergerichts – ein: Sie bezichtigt Schlegelberger des versuchten Mordes, begangen als Marinekriegsgerichtsrat 1944 in Berlin. Obwohl weitere Fälle auftauchen, geht Schlegelberger nahezu unbeschadet aus der Affäre hervor. Sein Dienstherr Lemke lässt die Akten prüfen und findet nichts Beanstandenswertes. Ein offener Briefwechsel und eine respektvolle Fernsehdiskussion mit Oppositionspolitiker Jochen Steffen belegen einen zu diesem Zeitpunkt bemerkenswerten öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Erst in den 1990er Jahren hat Schlegelbergers Wirken als Marinerichter, vor allem seine Mitwirkung an Todesurteilen als Staatsanwalt, wirkliche Konsequenzen: Auf öffentlichen Druck und beharrliche Journalistenrecherche – insbesondere des Kieler Journalisten Ocke H. H. Peters – legt der nunmehr 81-Jährige 1995 als Präsident des Berliner Deutschen Roten Kreuzes sein Amt nieder.

Neben ihrer prominenten Rolle als christdemokratische Landespolitiker eint

Schlegelberger und Lemke eine „braune Vergangenheit“. Wir können festhalten: Der eine ist unzweifelhaft ein überzeugter und aktiver Nationalsozialist gewesen, der andere ein „verstrickter“ Marinerichter. Aber: Zu Stasi-Spitzeln macht sie das noch lange nicht!

Der Stasi-Experte

Die Behörde der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ reagiert auf unsere Anfrage sofort und entgegenkommend. Der Mitarbeiter, der für die frühen 1950er Jahre als Fachmann ausgewiesene Dr. Helmut Müller-Enbergs übermittelt eine schriftliche Stellungnahme, die mit einem eindeutigen Fazit endet. Es lautet: „M. E. handelt es sich um eine plumpe Totalfälschung.“⁹ Unter den Gründen führt er an, dass verschiedene genannte Registriernummern so nie existiert hätten, auch habe das im Dokument genannte (Tarn-)„Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ zum genannten Zeitpunkt noch keine inoffiziellen Mitarbeiter angeworben, die „Bezeichnung ‚Geheimer Informant‘“ habe es beim Ministerium für Staatssicherheit nie gegeben, richtig hätte es Anfang der 1950er Jahre „Geheimer Informator“ heißen müssen.

Der Experte mutmaßt weiter, dass bei einer derart hohen Anzahl an Fehlern bei behördeninternen Regeln nicht davon ausgegangen werden könne, dass es sich um eine Eigen-Fälschung der DDR-Staatsicherheit handele, „die etwa zu Desinformationszwecken angefertigt wurde.“ Vielmehr deuteten viele Einzelheiten des Dokuments „lediglich einen westlichen Kenntnisstand über Gepflogenheiten des MfS an, der durchaus fehlerhaft war“. Er, Müller-Enbergs, vermute mit angeführten Gründen, dass die Fälschung ab 1962 vorgenommen worden sei. Dafür gereicht hätten – bezogen auf Stasi-Interna – eine „gediegene Zeitungslektüre“ sowie die „Kenntnis einiger westdeutscher Broschüren“.

Soweit die Einschätzung der Birtler-Behörde, die ausschließlich auf formalen Kriterien basiert.¹⁰

Der regionalhistorische Blick

Auch die genaue inhaltliche Lektüre des Dokuments weist Auffälligkeiten auf, die den Schluss einer Fälschung nahe legen: Soll man ernsthaft glauben, dass ein Ministerpräsident der DDR bereit gewesen sei, für eine halbseitige und ziemlich belanglose inhaltliche Expertise über den Bund der Nordschleswiger und die deutsche Minderheit Nordschleswig weitere dreieinhalb Seiten Text über Informanten und Kontakte zu lesen, Informationen über denkbare zukünftige Landratskandidaten in Flensburg-Land oder (noch) nachrangige Landesvorstands-

mitglieder der schleswig-holsteinischen CDU aufzunehmen? Eine lebensferne Vorstellung von Interessen, Zeithaushalt und Speicherfähigkeit von Informationen bei hochrangigen Entscheidungsträgern!

Auch fallen plumpe regionalhistorische Missverständnisse und Fehler ins Auge: Die deutsche Minderheit und ihre Funktionäre sind 1953 mit anderen Fragen beschäftigt als mit einem zu dieser Zeit längst überlebten Kampf um eine Verlagerung der deutsch-dänischen Grenze nach Norden! 1953 bemüht sich die deutsche Minderheit nach der „Rechtsabrechnung“ des dänischen Staates mit einer ganzen Reihe während der NS-Zeit illoyaler, deutschgesinnter dänischer Staatsbürger darum, als Minderheit (wieder) anerkannt und abgesichert zu werden.¹¹ Zwar dominiert eine eigentümliche Opfermentalität in ihren Reihen und gibt es in der Tat auch immer wieder Töne zu hören, die man als „revanchistisch“ einordnen könnte. Aber zugleich bemüht sich die Minderheit um demonstrative Loyalität zum dänischen Staat.

Wenn es in dem angeblichen Stasi-Dokument heißt, dass diese Grenzrevisionspolitik von einer Landesregierung in Kiel unterstützt werde, „die eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1933 fordert“, so kann man nur müde lächeln, denn der gegenwärtige deutsch-dänische Grenzverlauf wurde bereits 1920 im Rahmen der Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Friedensvertrages festgelegt. Das Deutschland des Jahres 1933 hatte Nordschleswig längst verloren! – Kenner der Minderheitengeschichte des ersten Nachkriegsjahrzehnts könnten weitere Ungereimtheiten notieren. Wir belassen es bei diesen drei deutlichen Aspekten.

Auch passen biografische Details im Fall Schlegelberger einfach zu gut, um sie in einem Stasi-Papier des November 1953 anzusiedeln: Tatsächlich wird Schlegelberger 1954 Landrat von Flensburg Land, tatsächlich wird er in den Landtag gewählt, tatsächlich gerät er auch später in die Bredouille als ehemaliger NS-Marinerichter – eine Vergangenheit übrigens, die vor dem Jahr 1963 weder in Ost- noch in Westdeutschland bekannt und damit noch gar nicht skandalisierungsfähig war.

Die Ergebnisse

Nein, Schleswig-Holstein ist in den 1950er-Jahren nicht von konkurrierenden Geheimdiensten regiert worden! Diese Quelle ist keine Stasi-Schlüsselquelle aus dem Jahr 1953. Sie stellt eine Fälschung dar. Die neue Frage lautet: Wann mag wer zu welchem Zweck dieses Dokument gefälscht haben? – Wir halten zwei Antworten für denkbar: Erstens könnte es sich eine dann sehr gelungene APO-Parodie aus den 1960er Jahren handeln, zweitens jedoch eine in diesem Fall dilettantische, dem Zweck retrospektiver Aufregung und dem pekuniären

Dokumentenhandel dienende Fälschung aus dem Ex-Stasi-Milieu. Wir können keine abschließenden Antworten liefern, aber für beide denkbaren Lösungen einige Hinweise geben.

Zur Möglichkeit eins: Auch wir kommen auf dem Weg der Inhaltsanalyse zu einem mutmaßlichen Fälschungszeitraum – und damit vielleicht zu einer völlig neuen Bedeutung und Realität dieser Quelle! Das besondere Interesse an den namentlich genannten Akteuren, die verwendeten biografischen Einzelheiten bis hin zu den Vorwürfen der Marinegerichtstätigkeit im Fall Schlegelberger und manch anderes deuten auf eine Entstehung dieses Dokuments im Jahrfünft ab 1963. Eine Hypothese, die nicht abwegig erscheint, ist unsere „APO-Spur“: Während bezogen auf Hartwig Schlegelberger seine Verstrickung in das NS-Unrechtsregime drastisch deutlich gemacht wird, verzichtet das Dokument im Fall Helmut Lemke vollständig darauf, seine Vergangenheit als Bürgermeister und „Alter Kämpfer“ auch nur zu erwähnen. Der Hinweis, er habe während der NS-Herrschaft und auch danach noch mit der KPD zusammengewirkt aufgrund seiner „humanistischen Weltanschauung“, könnte so auch als Satire gelesen werden. Auf diese Weise könnte man auch den im Dokument befindlichen zusammenhanglosen Satz deuten, der lautet: „Auch er wurde nicht unter Legende geworben, sondern unter dem Namen APO.“ Jedenfalls halten wir es für nicht ausgeschlossen, dass hinter dem gesamten Dokument ziemlich gewitzte und intelligente Angehörige der schleswig-holsteinischen Außer-Parlamentarischen Opposition stecken, die – vielleicht im Jahr 1967 oder 1968 – einen groben bis böswilligen Scherz über den zu diesem Zeitpunkt amtierenden und in APO-Medien abgekanzelten Landsvater sowie seinen Minister und Stellvertreter machen!

Und beide – sowohl Lemke als auch Schlegelberger – stellen Reizfiguren der aufbegehrenden Studierenden in Kiel und Flensburg dar. Das gilt insbesondere für Schlegelberger, denn in seiner Funktion als schleswig-holsteinischer Innenminister zwischen 1963 und 1971 ist er ein natürlicher Antagonist der Studentebewegung: Beispielsweise als Schlegelberger 1967 die Verantwortung dafür übernehmen muss, dass schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbeamte Kommilitonen als V-Männer zum Ausspionieren der Studentenszene anheuern;¹² oder als der Innenminister im Juni 1969 den Kieler Landtag in eine stacheldrahtbewehrte Festung verwandelt, um das Hohe Haus gegen Studierende zu schützen, die gegen eine Verschärfung des universitären Ordnungsrechts demonstrieren.¹³ Ob man diese These oder andere Überlegungen zugrunde legen mag, eines bildet bei diesem Ansatz eine konstitutive Konstante: Wer derartige Fälschungen – mit beträchtlichem Aufwand – produziert, ist in jedem Fall an Öffentlichkeit interessiert. Denn ohne öffentliche Wahrnehmung passiert nichts, tritt kein Effekt ein. Es kann nach unseren Recherchen aber inzwischen als ziemlich sicher gelten, dass die Dokumente vor November 2007 keine breitere Öffentlichkeit erreichen,

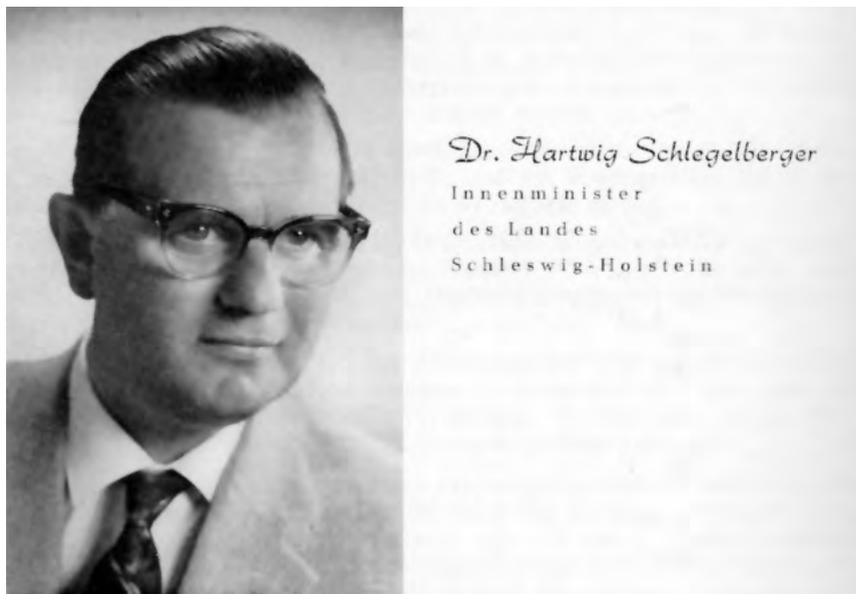


Abb. 4 Dr. Hartwig Schlegelberger 1963. Aufnahme aus einer vom Landesbeauftragten für Staatsbürgerliche Bildung herausgegebenen Dokumentation des Briefwechsels und der Fernsehdiskussion zwischen Jochen Steffen und Hartwig Schlegelberger über dessen Vergangenheit als Marinerichter

in Medien jedenfalls nicht erörtert werden. Gesetzt den Fall, studentische Satiren seien spurlos verschüttet und – aus ihrer Eigensicht – damals „vernünftige Medien“ hätten geschwiegen: Sowohl von Hassel, Lemke als auch Schlegelberger selbst wären wohl von dem Verdacht zumindest überrascht worden. Regierungspolitiker, konfrontiert mit derartigen Spionagevorwürfen, werden in der Regel den Verfassungsschutz einschalten, um jegliche Verdachtsmomente auszuschließen und „Missverständnisse“ zu vermeiden. Ein Innenminister muss dafür nur im eigenen Haus handeln. – Unsere Nachfrage beim schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz ergibt jedoch, dass dieser zur Aufklärung der Vorgänge nicht beitragen kann.¹⁴ Es deutet also einiges darauf hin, dass die APO-These nicht trägt, oder in dem Fall, dass als – etwa in den 1960er Jahren – das Dokument gespielt wird, tatsächlich quasi keine Öffentlichkeit erreicht wird und zugleich keine offensichtlichen amtlichen Spuren entstehen. – Eine nicht unrealistische, weiterhin denkbare Option!

Das Landeskriminalamt bietet auf unsere Anfrage ebenfalls seine Unterstützung an. Der Leiter der Dokumentenabteilung, Lothar Pieper, ist entgegenkommend

und nimmt sich des Falls an, kann jedoch auch nur begrenzt weiterhelfen. Die Untersuchung von Papier und Schrifttype¹⁵ ergeben, dass alle drei von uns vorgelegten Dokumente mit hoher Wahrscheinlichkeit mit derselben Schreibmaschine mit geringem zeitlichen Abstand verfasst worden sind. Es handelt sich dabei um eine mechanische Typenhebel-Schreibmaschine unbekanntes Fabrikats¹⁶, was leider keine Rückschlüsse auf den Entstehungszeitraum der Dokumente zulässt – die Type aber ist seit 1928 in Gebrauch. Auch das Papier gibt keine präzisen Hinweise; einzelne, aber nicht alle Dokumente sind auf Thermokopierpapier gefertigt, also auf beschichtetem Papier zur Herstellung von Kopien. Das gibt es in den 1950er Jahren weder in Westdeutschland noch in der DDR. Erst in den frühen 1960er Jahren finden hier erste Versuche zur Herstellung von Thermokopierpapier statt. – Das ist ein weiterer Beleg für die Fälschung der Dokumente, jedoch kein eindeutiger Hinweis auf den Fälschungszeitpunkt.

So spricht also einiges dafür, dass die vorschnell für relevant erklärten und in Schlagzeilen gehobenen „Dokumente“ dilettantische Fälschungen aus der Zeit nach 1990 darstellen, vielleicht sogar nach 1997, wie andere meinen.¹⁷ Als Intention der Fälschungsarbeit wäre also das anzunehmen, das im November 2007 für eine kurze Zeit eingetreten ist: die retrospektive Skandalisierung im Zusammenspiel mit einer Preistreiberei für die „Originale“; selbst wir kennen den gezahlten Preis nicht.

Der Preis sei uns auch egal. Denn die „Dokumente“ sind ihr Geld und das entfachte Strohfeuer nicht wert. Aber sie lieferten uns die Möglichkeit, den Sinn, Wert und die Leistungskraft ernsthafter historischer Quellenkritik vorzuführen. Wie ausgeführt: Ganz im Sinne des zu ehrenden Kollegen Jörn-Peter Leppien!

Anmerkungen

- 1 Jörn-Peter Leppien: „Das waren keine Menschen mehr.“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, in: Grenzfriedenshefte 3/1983, S. 143-185. Auch als Sonderpublikation des Grenzfriedensbundes, Flensburg 1983.
- 2 Die Sendung lief am 25.11.2007 um 21.50 Uhr auf dem öffentlich-rechtlichen Sender DR 2 unter dem Titel „Mindretal 2:2. Stasi i Sønderjylland“.
- 3 Vgl. zur Biografie von Joachim Steffen: Uwe Danker: „Wir machen die Zukunft wahr!“, Landespolitik 1967-1983, die Åra Stoltenberg-Steffen, in: derselbe, Die Jahrhundert-Story Band 2, Flensburg 1999, S. 228-247; Uwe Danker, Ingrid Schilf, Jürgen Weber (Hrsg.): Jochen Steffen. Eine Dokumentation, Kiel 1990; Jens-Peter Steffen (Hrsg.): Jochen Steffen, Personenbeschreibung. Biographische Skizzen eines streitbaren Sozialisten, Kiel 1997.
- 4 Vgl. zur Vita Kai-Uwe von Hassels (*21.4.1913, †8.5.1997) den Beitrag im Biogra-

- phischen Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 12. Neumünster 2006, S. 167-174 sowie die eher im journalistischen Bereich anzusiedelnde Publikation von Volker Koop: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie. Köln 2007.
- 5 Vgl. Uwe Danker: Mit Fehlstart in vier Jahrzehnte Regierungspolitik. 1950-1967, Landespolitik in der Ära Bartram, Lübke, von Hassel und Lemke, in: derselbe, Die Jahrhundert-Story Band 3, Flensburg 1999, S. 148-167.
 - 6 Vgl. Uwe Danker: „Die Täter bildeten ein Kartell des Schweigens.“, Die unglaubliche Affäre Heyde/Sawade 1959, in: derselbe, Die Jahrhundert-Story Band 3, Flensburg 1999, S. 168-187; Klaus-Detlev Godau-Schüttke: Die Heyde-Sawade-Affäre, Baden-Baden 1998; Klaus Bästlein: Schleswig-Holstein: Ein deutsch-nationales Naturschutzgebiet für NS-Verbrecher?, in: U.J. Diederichs, H.H. Wiebe (Hrsg.), Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, (Segeberg 1985), S. 209-264; Bernd Kasten: „Das Ansehen des Landes Schleswig-Holstein.“ Die Regierung von Hassel im Umgang mit Problemen der nationalsozialistischen Vergangenheit 1954-1961, in: ZSHG 118 (1993), S. 267-284; Uwe Danker: Der Landtag und die Vergangenheit. Das Thema „Vergangenheitsbewältigung“ in Schleswig-Holsteinischen Landtag 1947-1992, in: DG 17 (2006), S. 187-208; derselbe: Vergangenheitsbewältigung‘ im frühen Bundesland Schleswig-Holstein, in: Landeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1998, S. 26-43; Uwe Danker, Astrid Schwabe: Die Nachgeschichte. Neubeginn, Kontinuitäten und Nachwirkungen, in: dieselben, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005, S. 157-184.
 - 7 Vgl. zu Dr. Helmut Lemke genannt von Soltenitz (*29.9.1907, †15.4.1990) die Einleitung zur Festgabe anlässlich seines 80-jährigen Geburtstags: Uwe Barschel, Kurt Jürgensen, Horst Wuttke (Hrsg.): Reden, Ansprachen, Gedanken 1954-1983, Neumünster 1987, die seine Rolle in der NS-Zeit wohlwollend beleuchtet. Vgl. zu seiner nicht unerheblichen formalen Belastung seine Personalakte als Rechtsanwalt, die auch Unterlagen aus seinem Entnazifizierungsverfahren beinhaltet, LAS Abt. 786, Nr. 11409. Seine Rolle als NSDAP-Mitglied seit 1932 und als NS-Bürgermeister in Schleswig und Eckernförde wurde in den 1960er und 1970er Jahren insbesondere von linken und studentischen Kreisen thematisiert.
 - 8 Vgl. zu Dr. Hartwig Schlegelbergers Werdegang die wenigen Unterlagen aus seiner Personalakte als Innenminister, LAS Abt. 611, Nr. 11258, als Rechtsanwalt, LAS Abt. 786, Nr. 11766, sowie die Akten seines Entnazifizierungsverfahrens, LAS Abt. 460.4, Nr. 209. – Ein ausführlicher Beitrag über den „Fall Hartwig Schlegelberger“ von Klaus Bästlein findet sich in der vorliegenden Festschrift.
 - 9 Schriftliche Mitteilung Dr. Helmut Müller-Enbergs an die Autoren vom 13.12.2007. Dazu bereits Uwe Danker, Sebastian Lehmann, „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“, in: Flensburger Tageblatt, 19.12.2007.
 - 10 Vgl. die ausführlichere Analyse aus der Perspektive der „Stasi-Experten“ bei Thomas Wegener Friis, Helmut Müller Enbergs: Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione. Analyse und Hintergrund einer Aufsehen erregenden Fälschung, in: Grenzfriedenhefte 1/2008, S. 21-36.

- 11 Vgl. als Einführung Frank Lubowitz: Die deutsche Minderheit in Nordschleswig 1945-1955, in: Jørgen Kühl, Robert Bohn (Hrsg.): Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005, S. 93-108; Sabine Lorek: Rechtsabrechnung – Retsopgør. Politische Säuberung nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordschleswig, Neumünster 1998.
- 12 Vgl. Der Spiegel 4/1968 vom 22.1.1968, S. 26 f.: „M 3951 KN“.
- 13 Im Nachgang der Demonstration veröffentlichte die Studentenzeitung „res nostra“ unter der Überschrift „Orgasmus der Staatsgewalt“ eine Karikatur mit der Darstellung eines Penis, auf den Schlegelbergers Kopf montiert war. Dies führte nicht nur zur Streichung öffentlicher Fördermittel und damit zur Einstellung der Zeitung, sondern auch – nachdem in einer „Blitzaktion“ die Karikatur in der Unimensa als Plakat vertrieben worden war – zu einem (erfolglosen) Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung und zu verdeckten Einsätzen ziviler Polizeibeamter auf dem Campus. Das Verfahren ist dokumentiert in LAS Abt. 352, Nr. 1635.
- 14 Schriftliche Mitteilung der Abteilung Verfassungsschutz im schleswig-holsteinischen Innenministerium an die Autoren vom 15.1.2008.
- 15 Schriftgröße: Pica, konstanter Schriftzeichenabstand: ca. 2,60 mm, Typenbezeichnung: Pica 117, Typenhersteller: Iris-Type GmbH, Berlin. Schriftliche Mitteilung Lothar Pieper an die Autoren vom 31.3.2008.
- 16 Dokumentiert ist die Verwendung der Schrifttype bei folgenden Schreibmaschinenherstellern/-fabrikaten: Continental, Erfurt, Fortuna, Groma, Mercedes, Rheinmetall, Underwood, Urania.
- 17 Vgl. Wegener Friis und Müller-Enbergs (wie Fußnote 10), S. 32 ff.

Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?

von JØRGEN KÜHL

Zur Aktualität von Minderheitenfragen

Seit nunmehr zwanzig Jahren prägen ethnische und nationalistische Auseinandersetzungen Europa.¹ In den letzten beiden Jahrzehnten kam es u. a. zu blutigen Auseinandersetzungen und umfassenden Vertreibungen, in den Kriegen im vormaligen Jugoslawien in den Jahren 1991-1999 gar zu Völkermord an muslimischen Bosniern, begangen von ethnischen Serben.² Allerdings sei auch vermerkt, dass erwartete blutige Konflikte zwischen den großen russischen Minderheiten sowie den neuen Mehrheitsnationen in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen nach deren Unabhängigkeit im Sommer 1991 ausgeblieben sind. Ebenso ruhig verhalten haben sich trotz wiederholter Spannungen auch die kompakten ungarischen Minderheiten in Südosteuropa, die in etlichen Regionen sogar die Mehrheitsbevölkerung bilden. Dies verhindert hat in beiden Fällen auch die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, die in ihren sogenannten Kopenhagener Kriterien von 1993 u. a. die Regelung von Minderheitenfragen als Voraussetzung für die Aufnahme in die EU definierte. Hinzu kommen positive Einflüsse des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie der NATO, die ebenfalls jeder für sich Minderheitenprobleme als zentrale Politikpunkte aufgefasst haben.³

Das erste Halbjahr 2008 zeigte jedoch eine erneute Zunahme ethnisch motivierter Spannungen: Am 17. Februar erklärte trotz vehementer Proteste Serbiens und Warnungen Russlands das seit dem Sommer 1999 unter internationalem Protektorat stehende Kosovo/Kosova⁴ seine staatliche Unabhängigkeit und wurde bis zum 15. Juni von 43 der 192 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch die USA und wichtige europäische Länder, als neuester Staat Europas anerkannt. Einige EU-Staaten wie Spanien, Rumänien, Zypern und die Slowakei⁵ verweigern diesem neuen Staat hingegen die Anerkennung, nicht zuletzt aus Furcht vor einem Präzedenzfall, der nationalistischen und separatistischen Bestrebungen von nationalen Minderheiten und Nationen ohne eigenen Staat innerhalb ihrer Grenzen Auftrieb geben könnte.

In Georgien bereiten die abtrünnigen autonomen Republiken Abchasien und Südossetien Unabhängigkeitserklärungen vor. Russland betrachtet diese Entwicklung sogar mit Wohlwollen und nutzt diese als Drohkulisse gegen Georgien

und dessen Pläne, Mitglied der NATO zu werden. Nach einem kurzen Krieg mit massiver russischer Intervention Anfang August 2008 erklärten beide Republiken ihre Unabhängigkeit und wurden daraufhin von Russland anerkannt. Belgien wurde im Sommer 2008 aufgrund einer langwierigen Regierungskrise und erheblichen Interessenkonflikten zwischen Flamen und Wallonen ebenfalls als Kandidat einer Aufteilung in zwei Staaten gehandelt. In Großbritannien sah sich der Ministerpräsident Gordon Brown Ende März 2008 dazu veranlasst, angesichts der Bestrebungen der Schottischen Nationalistenpartei für ein Referendum zur Unabhängigkeit in einer Rede die staatliche Einheit der verschiedenen Nationen im Vereinigten Königreich zu beschwören.⁶ Griechenland verhinderte auf dem NATO-Treffen Anfang April 2008 in Bukarest eine beabsichtigte Mitgliedschaft Makedoniens durch ein Veto, weil dieser seit 1991 international unter der Bezeichnung FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) anerkannte Staat nicht von der Nutzung des Namens Makedonien Abstand nehmen würde.⁷ Griechenlands ultimative Forderungen erklärten sich aus Befürchtungen vor etwaigen dem nördlichen Nachbarland unterstellten Irredentaansprüchen auf die nordgriechische Provinz Makedonien.⁸

Minderheiten-, Nationalitäten- und Grenzkonflikte sind also nach wie vor hochaktuell im heutigen Europa und werden es vermutlich auch in den kommenden Jahrzehnten weiterhin sein, die auch weiterhin Fragen des Status, der Befriedung und der Rechte beinhalten werden.⁹ Dabei stellt sich nach wie vor die Frage nach friedlichen Beispielen der Konfliktlösung, die womöglich als Vorbild oder Inspiration dienen könnten. In diesem Zusammenhang wird seit 1989 in vielen verschiedenen Kontexten auf das deutsch-dänische Minderheitenmodell verwiesen, das neben den Regelungen für die deutschsprachige Minderheit in Südtirol sowie den schwedischsprachigen Åland-Inseln in Finnland als besonders gelungenes Modell interpretiert worden ist.¹⁰

Das deutsch-dänische Minderheitenmodell

Es kann heute kein ernsthafter Zweifel daran bestehen, dass der vor mehr als 150 Jahren entzündete nationale Gegensatz im deutsch-dänischen Grenzland tatsächlich in den letzten fünf Jahrzehnten überwunden worden ist. Obgleich es hin und wieder und aus unterschiedlichen Anlässen und Beweggründen zu politischen Differenzen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung kommt, hat sich das Verhältnis zwischen beiden insgesamt gesehen positiv entwickelt. Der Frieden in dieser europäischen Grenzregion ist gesichert. Weder Minderheiten noch Mehrheiten ziehen die Grenze in Zweifel, sondern haben sich angesichts intensiver europäischer Integration mit ihr als konstitutiver Faktor für das Selbstverständnis zurechtgefunden.

Die hier über Jahrzehnte entstandenen Minderheitenregelungen liegen auch im europäischen Vergleich auf sehr hohem Niveau. Gleichwohl gibt es Defizite, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Förderungen der Minderheiten. Hinzu kommt, dass sie in der Regel für Außenstehende, die keinerlei direkten Kontakt zu ihnen haben, beinahe unsichtbar sind und somit kaum oder gar nicht wahrgenommen und verstanden werden.

In den letzten Jahren ist dies auch seitens der Expertengremien des Europarates zum Monitoring der Umsetzung der europäischen Minderheitenschutzinstrumente, dem Rahmenübereinkommen zum Schutze nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, angemerkt und zum Teil auch kritisch bewertet worden.¹¹ Auch hinsichtlich der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen den Bevölkerungen beiderseits der Grenze – mit und insbesondere ohne Einbeziehung der beiden nationalen Minderheiten, die sich traditionell wegen der sprachlichen, kulturellen und historischen Verbindungen zum jeweiligen „Mutterland“ als prädestinierte Mittler der Kontakte über die Grenze sehen – hat sich insbesondere in den letzten zehn Jahren einiges getan.¹² Die beiden nationalen Minderheiten kooperieren miteinander in vielfältiger Weise: in gemeinsamen Veranstaltungen und Projekten, im 2004 durch eine Initiative der damaligen schleswig-holsteinischen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack ins Leben gerufenen „DialogForumNorden“, in dem Minderheiten, politische Akteure sowie Grenzverbände auf deutscher Seite kooperieren,¹³ sowie auf internationaler Ebene in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen.¹⁴ All diese Initiativen haben ebenfalls zu einer nachhaltigen Entspannung im Grenzland zwischen Deutsch und Dänisch geführt. Dennoch stellt sich nach wie vor die grundlegende Frage: Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?

Obleich es im Selbstverständnis, der Wahrnehmung sowie der numerischen Größe zwischen den beiden Minderheiten der Deutschen in Dänemark und der Dänen in Deutschland zum Teil erhebliche Unterschiede gibt, lassen sich dennoch aufgrund der Entwicklungen seit 1920 eine Reihe von Prinzipien feststellen, die sich auf beide Minderheiten beziehen und die insgesamt für die deutsch-dänischen Minderheitenregelungen und dem Grenzfrieden bezeichnend sind.¹⁵ Zusammen bilden diese Elemente die Grundlage für das nachhaltige deutsch-dänische Minderheitenmodell, das sich insbesondere im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte entwickelt hat.¹⁶ Zentrale Elemente der Konfliktlösung und somit des Minderheitenmodells sind dabei insgesamt 20 Elemente, die zusammen wirken:¹⁷

- Grenzziehung durch Plebiszite 1920 und somit Legitimierung durch die praktische Umsetzung des vom US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson als politisches Prinzip definierten Rechts der nationalen Selbstbestimmung.

- Akzeptanz der Grenze trotz Irredenta und Separatismusbestrebungen.
- Keine kontinuierliche Tradition von Gewalt und Vertreibungen von Minderheiten; Auseinandersetzungen werden ohne Anwendung oder Androhung politischer Gewalt ausgetragen.
- Es bestehen keine religiösen Konflikte zwischen Deutschen und Dänen. Dennoch verfügen beide Minderheiten über eigenständige religiöse Organisationen und Gemeinden.
- Die Rechtsabrechnung mit der deutschen Minderheit in Dänemark nach 1945 bildet die Basis für den demokratischen Wiederaufbau der Minderheitenverbände und somit auch für die allmähliche Reintegration der deutschen Minderheit in die dänische Gesellschaft.
- Umfassende kulturelle Autonomie für die deutsche und dänische Minderheit mit jeweils eigenen Schulen, Verbänden und Organisationen.
- Funktionelle Autonomie für beide Minderheiten ohne direkte Einmischung der Behörden in innere Belange der Minderheitenverbände.
- Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit ist eine private Angelegenheit, die vom den Behörden anerkannt, aber nicht hinterfragt oder kontrolliert wird („Minderheit ist, wer will“). Auch Hinzugezogene sowie Personen ohne traditionelle oder genealogische Bindungen zu den Minderheiten können aus freiem Willen und jederzeit die nationale Identität bzw. Identifikation wechseln.
- Politische Partizipation durch eigene Parteien auf kommunaler und regionaler Ebene, zum Teil gefördert bzw. ermöglicht durch Sonderregelungen für Minderheitenparteien bei Kommunalwahlen (Dänemark) und Landtagswahlen (Deutschland).
- Institutionalisierte Dialog zwischen Behörden und Minderheit in Kontaktschüssen, Gremien etc. auf nationaler Ebene sowie zum Teil auch auf regionaler und lokaler Ebene.
- Moderierende Kräfte auf beiden Seiten haben eine Eskalation der Spannungen verhindert; hinzu kommt eine Mäßigung der politischen Forderungen seitens der Minderheiten.
- Gleichberechtigung im schulischen und politischen Bereich durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, die zu einer langfristigen und positiven Entwicklung im Grenzland beigetragen haben.¹⁸
- Wertegemeinschaft zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland seit 1949, wobei Demokratie und Marktwirtschaft grundlegende Faktoren sind. Dies wurde durch die gemeinsame Mitgliedschaft im Europarat und der Teilhabe am europäischen Integrationsprozess verstärkt.
- Gemeinsame sicherheitspolitische Interessenlage nach 1945 sowie militärische Kooperation in der NATO seit 1955.
- Internationale und bilaterale Kooperation in politischen und wirtschaftlichen



Abb. 1 Der dänische Staatsminister Hans Christian Hansen und Bundeskanzler Konrad Adenauer nach der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, 29.3.1955

Fragen sowie im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Mehrheiten.

- Das besondere, von beiden Staaten anerkannte und geförderte Verhältnis zwischen Minderheit und Mutterland ¹⁹ ermöglicht einen ungehinderten kulturellen Austausch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren sowie bei der Pflege zwischenmenschlicher Verbindungen über die Grenze.
- Beide Staaten sind wohlhabend und können sich verhältnismäßig teure Minderheitenregelungen leisten, wie etwa die in vielen Bereichen vorhandene Duplizität von Bildungseinrichtungen und kulturellen Institutionen, wobei beide Seiten beide Minderheiten finanziell fördern. Aufgrund des immensen wirtschaftlichen Wachstums nach 1949 sowie später Stabilisierung auf einem hohen Niveau trotz unterschiedlicher Wirtschaftszyklen in den beiden Staaten konnte somit durch finanzielle Förderungen positive Rahmenbedingungen für den Grenzfrieden geschaffen und kontinuierlich ausgebaut werden. Dabei leistet Dänemark seit den 1990er Jahren asymmetrisch den weitaus größten

Anteil der Gesamtförderung an beide Minderheiten, einschließlich der Bezeichnung im Bildungsbereich.²⁰

- Hinsichtlich der Behandlung der Minderheiten gibt es bei aller Unilateralität eine Gegenseitigkeit, die zu einer weitgehenden Parallelität der minderheitenpolitischen Rahmenbedingungen geführt hat.
- Diese wird durch freiwillige einseitige Regelungen erweitert. Dazu gehört beispielsweise in Schleswig-Holstein seit 1997 die Möglichkeit, im Kreis Nordfriesland in Gemeinden mit friesischer Bevölkerung auf Kosten der Gemeinde auf den Ortstafeln in kleinerer Schrift unter der offiziellen Bezeichnung die jeweilige friesische Bezeichnung anzuführen, 2007 um entsprechende Regelungen für eine dänische (aber auch niederdeutsche) Beschriftung erweitert. Im April 2008 wurden in Flensburg die Ortstafeln um den dänischen Zusatz „Flensborg“ erweitert. Nördlich der Grenze stieß ein entsprechender Wunsch der deutschen Minderheit auf eine überwiegend abweisende Reaktion bei der dänischen Bevölkerung.²¹ Auf dänischer Seite wurden im Zuge der Strukturreform 2005 Sonderregelungen geschaffen zur Erleichterung der politischen Partizipation der deutschen Minderheit, einschließlich der Schaffung von beratenden Mandaten für die Minderheit in den neuen Großkommunen, in denen eine direkt gewählte Vertretung nicht erreicht werden konnte.²²
- Aufgrund der Befriedung des Konflikts ist ein in weiten Teilen sich selbst tragender und verstärkender Effekt entstanden, wobei die Vorstellung von einem besonders gelungenen Modellfall an sich einen positiven Effekt auf die Minderheitenpolitik und zunehmend auch dem Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen hat. Dies hat bisher allerdings nichts an der Diagnose ändern können, dass bei den gesellschaftlichen Majoritäten beiderseits der Grenze und exponentiell zunehmend mit der Entfernung zur Grenze das Verhältnis zu den Minderheiten durch Indifferenz und Ignoranz geprägt ist.

Diese Grundelemente charakterisieren sowohl die deutsche Minderheit in Dänemark als auch die dänische in Deutschland. Im deutsch-dänischen Grenzland haben diese Faktoren und Prozesse ohne Zweifel zur Befriedung und Transformation der Minderheitenfrage beigetragen. Daraus lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres eine allgemeingültige Vorbild- oder Modellfunktion bei der Lösung von Problemen anderer der insgesamt mehr als 350 Minderheiten mit schätzungsweise 85 Millionen Angehörigen in Europa ableiten.²³

Dennoch wird seit Anfang der 1960er Jahre insbesondere in Aussagen von deutschen und dänischen Politikern häufig unterstellt, dass das deutsch-dänische Modell eine europa-, gar weltweite Vorbildfunktion hat.²⁴ Insbesondere nach den großen politischen Umwälzungen seit 1989 hat sich das deutsch-dänische Minderheitenmodell in gewisser Hinsicht zunehmend zu einer sich selbst erfüllenden Versprechung entwickelt, wobei die Beschwörungen der Modellhaftigkeit und die



Abb. 2 Flaggenparade beim Jahrestreffen (Årsmøde) der dänischen Minderheit in Flensburg 1970

kontinuierliche Hervorhebung der Minderheitenregelungen als Vorbild für andere Minderheitenprobleme an sich eine positive Rückkoppelung auf die Wahrnehmung und den Status der Minderheiten geführt hat: Die unterschiedlichen Akteure werden darin Teilhaber am Modell und sichern durch Einbeziehung/Inklusion und kontinuierliche, zum Teil auch ritualisierte rhetorische Bestätigung gegenseitig eine positive Bewertung der Minderheitenregelungen. Dies hat wiederum zu einem positiven Ansatz in der symbolischen Minderheitenpolitik geführt, wobei in den letzten Jahren die Existenz der Minderheiten zunehmend als Glücksfall und als besonderer kultureller, sprachlicher sowie wirtschaftlicher Mehrwert für beide Staaten bezeichnet wird.

Dieser vermeintliche und unterstellte „Mehrwert“ wurde 2006 schließlich zum Gegenstand einer Kompetenzanalyse der nationalen Minderheiten als besonderer Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion. Das Ergebnis der vom Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages an die Europäische Akademie Bozen vergebenen Studie wurden Anfang März 2008 vorgestellt.²⁵ Dabei wurde der „Mehrwert“ der Minderheiten für die Region zwar prinzipiell festgestellt, nur wird dieser nicht umfassend und positiv in der Grenzregion genutzt. So wurde u. a. festgestellt: „Obwohl die Minderheiten über eine Vielzahl

an Kompetenzen verfügen, werden diese im Rahmen der zahlreichen Regionalentwicklungsstrategien kaum berücksichtigt“, obgleich die vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten der Minderheiten die Attraktivität der Grenzregion in den Bereichen Politik, Kultur, Bildung, soziale und wirtschaftliche Fragen sowie auf internationaler Ebene erhöhen.²⁶

Abschließende Bewertung

Das „Modell Schleswig“ ist unter besonderen externen Bedingungen entstanden, die sich nicht ohne große Vorbehalte auf andere Regionen übertragen lassen. Was im deutsch-dänischen Grenzraum nützlich, konstruktiv, funktionell und zweckdienlich gewesen ist, muss nicht unbedingt in anderen Regionen entsprechend funktionieren. Dabei muss pointiert werden, dass sich im deutsch-dänischen Grenzland nationale Minderheiten auf beiden Seiten sowie konzentriert innerhalb von jeweils fünfzig Kilometern von der gemeinsamen Grenze entfernt befinden. Die Ausgangslage ist demnach von einer Symmetrie der Minderheiten gekennzeichnet, die einer impliziten Gegenseitigkeit sowie einem beiderseitigen Interesse an nachhaltigen Minderheitenregelungen förderlich ist. Zudem handelt es sich heute um relativ kleine Gruppen, die zwischen fünf und zehn Prozent der jeweiligen regionalen Bevölkerung ausmachen, mit einer großen Spannweite von wenigen Familien in einer Ortschaft bis zu einem Anteil von bis zu einem Drittel in den Gemeinden.

Die heutigen demografischen Merkmale der Minderheiten stellen hier keinerlei potenzielle Bedrohung der Grenze mehr dar. Vielmehr wird beispielsweise die deutsche Minderheit in der 2007 entstandenen Großkommune Aabenraa/Apenrade als vorteilhaft bei dem Bemühen betrachtet, Arbeitskräfte aus Deutschland anzuwerben. Heute werden die deutsche Minderheit und ihre Bildungseinrichtungen von dänischen Politikern oft als Argument für eine aktive Arbeitsmarktpolitik genutzt, um für deutsche Zuzügler attraktiv zu sein. Dies bezeichnet eine fundamentale Entwicklung im Verständnis und im Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland.

Diese Dimensionen und Besonderheiten müssen beachtet werden, da sie so nirgendwo in Westeuropa gegeben sind und in den Grenzregionen in Mittel- und Osteuropa lediglich in einer Reihe von Fällen anzutreffen sind. Dennoch werden die Minderheitenregelungen im deutsch-dänischen Grenzland häufig als besonders gelungenes Beispiel für eine nachhaltige Konfliktlösung angesehen. Auch wenn das deutsch-dänische Minderheitenmodell somit nicht in Gänze übertragbar oder exportierbar ist, hat es dennoch eine europäische Dimension. Seine einzelnen Elemente können sehr wohl vorteilhaft für die Analyse und die Lösung bei anderen europäischen Minderheitenkonflikte sein. Das deutsch-dänische Modell

ist eines von den wenigen Beispielen dafür, wie es konkret möglich gewesen ist, eine nachhaltige Lösung für ein entzündetes Minderheitenproblem zu finden. Die deutsch-dänische Erfahrung ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, dass die Beteiligten im dänisch-deutschen Grenzland den „Stein der Weisen“ gefunden haben, der als universelles Werkzeug zur Lösung nationaler Konflikte zu bezeichnen ist. Weder Dänemark noch Deutschland können trotz kontinuierlicher positiver Einschätzung und Hervorhebung ein Patent auf ein Modell anmelden, das als Blaupause in anderen Konfliktregionen angewendet werden kann. Dazu sind jeweils die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu unterschiedlich. Wir können feststellen, dass das Zusammenleben, die Koexistenz, der gegenseitige Respekt, die Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Dänen, zwischen den alteingesessenen Minderheiten und den jeweiligen Mehrheiten funktioniert. Wir können eine Vielzahl von Ursachen, Voraussetzungen und begleitender Faktoren hinauskrystallisieren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Der Grenzfrieden funktioniert also. Dennoch ist es weiterhin notwendig, näher auch im europäischen Vergleich zu ergründen und kritisch zu hinterfragen, wieso ausgerechnet dieses Grenzland, dessen neuere und neueste Geschichte durch nationale Gegensätze, Spannungen und Konflikte, im 19. Jahrhundert auch von zwei blutigen Kriegen, sowie wiederholten Grenzänderungen gezeichnet ist, tatsächlich und real zu einem nachhaltigen Beispiel friedlichen Zusammenlebens in einem Grenzland mit nationalen Minoritäten auf beiden Seiten der Grenze geworden ist. Für die Grenzlandforschung bietet sich somit weiterhin ein weites Untersuchungs- und Betätigungsfeld.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu den ethnischen Spannungen seit 1989 Ulrich Schneckener: *Auswege aus dem Bürgerkrieg*, Frankfurt am Main 2007. Eine vielschichtige Bestandsaufnahme zu Minderheitenfragen in Europa bieten Ingvar Svanberg/Ingmar Söhrman (Hg.): *Minoriteter i Europa*, Stockholm 2004. Einen lexikalischen Ansatz bieten Karl Cordell/Stefan Wolff (Hg.): *The Ethnopolitical Encyclopedia of Europe*, Basingstoke/New York 2004. Siehe ferner zu einer sowohl theoretisch als auch durch empirische Fallbeispiele belegte essayistischen Analyse der Ursachen und Zusammenhänge nationaler und ethnischer Spannungen und Gewalt neuerdings David D. Laitin: *Nations, States and Violence*, Oxford 2007.
- 2 Siehe u.a. Wolfgang Benz: *Völkermorde im 20. Jahrhundert*, Wien 2008; Kristian Gerner/Klas-Göran Karlsson: *Folkmordens historia*, Stockholm 2005; Norman M. Naimark: *Fires of hatred*, Cambridge/London 2002.
- 3 Siehe die konzentrierte Darstellung der Minderheitenpolitik dieser Organisationen

- in Jørgen Kühl: Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003, S. 95-97. Siehe ferner die Beiträge in Jørgen Kühl/Marc Weller (Hg.): *Minority Policy in Action*, Aabenraa/Flensburg 2005.
- 4 Siehe z.B. Wolfgang Petrisch/Robert Pichler: *Kosovo-Kosova*, Klagenfurt 2005.
 - 5 Dabei handelt es sich um Bestrebungen insbesondere im Baskenland und Katalonien in Spanien, der ungarischen Minderheiten in der Slowakei und Rumänien sowie dem seit 1974 besetzten nördlichen Teil Zyperns, der sich 1983 unter dem Namen Türkische Republik Nordzyperns die Unabhängigkeit erklärte, allerdings nur durch die Türkei anerkannt wird. Siehe zu Katalonien zuletzt Walther L. Bernecker/Torsten Eßer/Peter A. Kraus: *Eine kleine Geschichte Kataloniens*, Frankfurt am Main 2007. Vergleiche zur Komplexität nationaler und ethnischer Identifikationsprozesse bei den Ungarn in Rumänien die wichtige Studie Rogers Brubaker/Margit Feischmidt/Jon Fox/Liana Grancea: *Nationalist Politics and Everyday Ethnicity in a Transylvanian Town*, Princeton 2006.
 - 6 Siehe zur Geschichte Schottlands zuletzt T. M. Devine: *The Scottish Nation 1700-2007*, London 2006.
 - 7 Am 2.4.2008 schaltete der Weltverband der Auslandsgriechen (World Council of Hellenes Abroad) gar eine ganzseitige Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in der eine Lösung der Namesfrage im griechischen Sinne als eine „Herausforderung für die regionale Stabilität“ bezeichnet wurde, weil die Namesfrage „mit einer permanenten Politik territorialer Ansprüche an einen Teil von Griechenland verbunden, der historisch auf eine über dreitausendjährige griechische Identität zurückblickt und mit dem Schmerz und den Leiden der dort lebenden Völker verbunden ist“.
 - 8 Vgl. zur Geschichte Makedoniens neuerdings Stefan Troebst: *Das makedonische Jahrhundert*, München 2007.
 - 9 Siehe zur Thematik der Minderheitenrechte in europäischer Perspektive z.B. Patrick Thornberry/Maria Amor Martin Estebanez: *Minority rights in Europe*, Strasbourg 2004; Marc Weller (Hg.): *The Rights of Minorities in Europe*, Oxford 2006; Christoph Pan/Beate Sibylle Pfeil (Hg.): *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa*, Wien/New York 2006. Eine differenzierte Bestandsaufnahme zur Situation der Minderheiten in Mittel- und Osteuropa bietet die Zeitschrift *Osteuropa*, 11, November 2007. Vgl. zudem zur aktuellen Lage in den Staaten des Ostseeraumes Sia Spiliopoulou Åkermark/Leena Huss/Stefan Oeter/Alastair Walker (Hg.): *International Obligations and National Debates: Minorities around the Baltic Sea*, Mariehamn 2006. In diesem Sammelband finden sich u.a. Beiträge zu den Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark: Jørgen Kühl/Karen Margrethe Pedersen: *The German Minority in Denmark*, S. 39-107; Stefan Oeter/Alastair Walker: *The Case of the Federal Republic of Germany*, S. 227-299.
 - 10 Siehe zur Signifikanz und Relevanz der deutsch-dänischen Erfahrung Jørgen Kühl: *Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa*, Aabenraa 2003. Vgl. ferner Jørgen Kühl/Robert Bohn (Hg.): *Ein europäisches Modell?*, Bielefeld 2005.
 - 11 Siehe zur Kritik der Expertengremien des Europarats Jørgen Kühl (Hg.): *København-Bonn Erkläringerne 1955-2005*, Aabenraa 2005, S. 551-577, sowie Jørgen Kühl: *Der Europarat, Dänemark, Deutschland und die Minderheiten*, in: *Grenzfriedenshefte*

- 4/2002, S. 223-258. Die offizielle schleswig-holsteinische Bewertung der Minderheitenpolitik findet sich u.a. in Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein. Bericht 2005-2010, Kiel 2008. Am 9. Juli 2008 wurde der Evaluationsbericht des Europarats hinsichtlich der Umsetzung der Sprachencharta in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht, siehe European Charter for Regional or Minority Languages: Application of the Charter in Germany. 3rd monitoring cycle, Council of Europe/Conseil de l'Europe, Strasbourg, 9 July 2008.
- 12 Siehe zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Interaktion und Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland die Studien Martin Klatt: Fra modspil til medspil?, Aabenraa 2006; Jørgen Kühl: Vom nationalen Konflikt zur friedlichen Kooperation und Koexistenz, Aabenraa 2006. Bestandsaufnahmen im europäischen Vergleich bieten Christian Banse/Holk Stobbe (Hg.). Nationale Grenzen in Europa, Frankfurt am Main 2004; Almut Kriele/Emanuel Richter (Hg.): Politisches Handeln in transnationalen Räumen, Baden-Baden 2005, wobei auch die deutsch-dänische Grenzregion Beachtung findet.
 - 13 Siehe Renate Schnack: Das Land Schleswig-Holstein und die Minderheiten in den 1980er und 1990er Jahren, in: Jørgen Kühl/Robert Bohn: Ein europäisches Modell?, Bielefeld 2005, S. 248-64.
 - 14 Vgl. Jørgen Kühl: The Federal Union of European Nationalities, Aabenraa 2000.
 - 15 Zur Geschichte der Nationalitäten- und Minderheitenfrage im deutsch-dänischen Grenzland siehe Jørgen Kühl: Mindretallene i Sønderjylland/Slesvig 1864-2004 in: Steinar Imsen (Hg.): Grenser og grannelag i Nordens historie, Oslo 2005, S. 72-122.
 - 16 Siehe auch Jørgen Kühl: Ein nachhaltiges Minderheitenmodell. Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47, 2004, 15. November 2004, S. 22-27.
 - 17 Die Signifikanz und Relevanz dieser Elemente wird umfassend dargelegt, analysiert und diskutiert in Jørgen Kühl: Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003.
 - 18 Siehe ferner die kritische Würdigung der Wirkungsgeschichte der Bonn-Kopenhagener Erklärungen Jørgen Kühl: Sustainable Peace and Cooperation in Borderlands: The Danish-German Bonn-Copenhagen Declarations 1955-2005, in: European Yearbook of Minority Issues, Vol. 5, 2005/6, The Netherlands: 2007, S. 117-140.
 - 19 Vgl. zur Thematik Minderheit und „Mutterland“ die Analyse in Jørgen Kühl: Minderheiten und ihr „Mutterland“. Nationale Identifikation über die Grenzen, in: Martin Rheinheimer (Hg.): Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks, Neumünster 2006, S. 387-404.
 - 20 Siehe dazu die Darstellung in Kühl/Bohn 2005, S. 448-59. Die asymmetrische finanzielle Förderung wird insbesondere im Bildungsbereich deutlich. Während Dänemark ca. 50 % des Gesamtetats des Dänischen Schulvereins für Südschleswig finanziert, betrug der Anteil der deutschen Bundes- und Landesmittel am Etat der deutschen Schulen in Nordschleswig im Jahre 2007 lediglich 16,8 %. Im Vergleich umfasste der dänische Staatszuschuss 62,8 %, der zusätzliche zweckgebundene dänische Staatszuschuss weitere 7,8 % sowie kommunale dänische Förderungen 3,3 %. Vgl.

Der Nordschleswiger, 5.4.2008.

- 21 Siehe dazu die Publikation: BDN Dokumentation zum Thema zweisprachige Ortschaften, Juli 2007. Eine Analyse der Debatte bietet das Konferenz-Paper Jørgen Kühl: Main developments in the field of minority protection and non-discrimination: Denmark, Minority Policies in Transition – Experiences and Trends around the Baltic Sea. Symposium, Swedish Collegium for Advanced Study in the Social Sciences, Uppsala (Sweden), 16. November 2007.
- 22 Die Sonderregelungen werden umfassend analysiert in Jørgen Kühl (Hg.): København-Bonn Erklæringerne 1955-2005, Aabenraa 2005, S. 533-45.
- 23 Die Zahl der nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Europa ist nicht genau feststellbar, da unterschiedliche Analysen derselben Datengrundlage zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Die hier genannt Schätzung basiert auf Jørgen Kühl: Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003, S. 29-41. Christoph Pan/Beate Sibylle Pfeil: Minderheitenrechte in Europa, Wien 2002, S. 1, gelangen hingegen zu einer Gesamtzahl von 337 Minderheiten mit insgesamt 105 Millionen Angehörigen (allerdings nur bezogen auf 36 europäische Staaten mit jeweils mehr als einer Million Einwohner). Die Schätzungen von Pan und Pfeil sind die Quellengrundlage für die oftmals verbreitete Einschätzung, dass jeder siebte Europäer Angehöriger einer nationalen Minderheit sei, was allerdings bei Kühl 2003 bezweifelt wird.
- 24 Siehe dazu Jørgen Kühl (Hg.): København-Bonn Erklæringerne 1955-2005, Aabenraa 2005, S. 16-32.
- 25 Kompetenzanalyse: Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion: „Miteinander, Füreinander“, Bozen 2008.
- 26 Ebenda, S. 1-2.

Schleswigsche Geschichtsperspektiven

Geschichte zwischen Deutsch und Dänisch aus der Sicht eines Grenzgängers

von GERRET LIEBING SCHLABER

Einleitung

Die Teilung des alten Schleswiger Landes in Deutsch und Dänisch hat sich besonders spürbar auch im Geschichtsverständnis niedergeschlagen: Man betrachtet die Vergangenheit, und oft selbst die Lokalgeschichte, mit deutschen oder mit dänischen Augen. Wenn auch die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg gerade unter Historikern heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, werfen die nationalen Traditionen noch immer ihre Schatten. Man setzt unterschiedliche Schwerpunkte, benutzt teilweise andere Begriffe und stellt Zusammenhänge primär im Rahmen des jeweiligen Nationalstaats her. Lokale, regionale und überregionale Perspektiven ohne nationale Brille sind noch immer eine vergleichsweise junge Erscheinung, die erst nach und nach die alten Geschichtsbilder aufhellt. Im Folgenden soll ein Versuch unternommen werden, einige der wichtigsten Aspekte der schleswigschen Geschichte aus regionaler Perspektive zu zeigen. Vieles wird dem geneigten Leser wohl erst auf den zweiten Blick neu vorkommen. Doch genau dies ist der Sinn dieses kleinen Beitrags, der natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Er möchte dazu beitragen, die Geschichte des Grenzlands stärker als bisher von den nationalen Sichtweisen zu lösen, und aufzeigen, dass so auch bekannte und gut erforschte Bereiche unserer regionalen Historie noch immer mit neuen Erkenntnissen aufwarten können.

Nationalisierung der Frühgeschichte und des Mittelalters

Wir wissen heute recht wenig über jene ferne Zeit vor dem Eintritt des späteren Herzogtums in das Licht der (Zivilisations-) Geschichte. Ein bemerkenswertes Relikt wohl aus der Zeit der Völkerwanderung ist die Sage vom Häuptlingssohn Offa bzw. Uffe, der trotz körperlicher Unterlegenheit sein Territorium gegen übermächtige Gegner verteidigt hatte. In der dänischen Nationalromantik wurde dieser Kampf an der Eider als erfolgreiche Verteidigung gegen den vermeintlich übermächtigen Gegner aus dem Süden (also Deutschland) ausgelegt, während auf deutscher Seite eher die wahrscheinlich westgermanische Herkunft des Sa-

genhelden hervorgehoben wurde. Dass jener Kampf, wenn es ihn überhaupt gegeben hat, in einer Zeit stattfand, in der von deutschen und dänischen Staaten und Völkern noch lange keine Rede sein konnte, interessierte dabei nicht. In der Wikingerzeit wurde die Region ein Teil der christlich geprägten Welt. Hedeby (Akkusativ: Haithabu) wuchs zu einem Handelsplatz von internationaler Bedeutung heran und wurde in die Befestigungsanlagen des Dannewerks mit einbezogen. Für die nationale dänische Geschichtsschreibung war dieser Ort der südliche Vorposten nordischer Kultur, der gegen Feinde aus dem Süden zu verteidigen war. Symbol für die nationale Vereinnahmung ist auch das Nydamboot, dessen „Rückgabe“ an Dänemark noch heute mitunter gefordert wird und dessen Ausleihe vom Gottorfer Landesmuseum ins vom Fundort wesentlich weiter entfernte Kopenhagener Nationalmuseum 2003 von manchem als „Heimkehr“ gefeiert wurde. Die deutsche Seite versuchte ihrerseits, möglichst viel von der im 19. Jahrhundert wie auch heute noch ungemein populären Wikingerkultur für sich zu beanspruchen. Aber: Hedeby war in erster Linie ein Handelszentrum für eine große Region und hatte internationale Ausstrahlung, wie es zahlreiche archäologische Funde belegen. Dass die Wikingerkultur heute zumindest auf offizieller Ebene und in der Forschung als gemeinsames Erbe betrachtet wird, zeigt nicht zuletzt der von Deutschland, Dänemark, Schweden, Island und Kanada gemeinsam getragene Wunsch, das Dannewerk und den Hedebyer Ringwall als Weltkulturerbe anerkennen zu lassen.

Die Entstehung des Territorialherzogtums Schleswig wurde noch kontroverser ausgelegt: In der dänischen Geschichtsschreibung betonte man, dass das Herzogtum immer ein Kronlehen und von Rechts wegen integraler Bestandteil Dänemarks gewesen sei. Die Rolle der schleswigschen Herzöge, deren Stammvater zudem der Bruder- und Königsmörder Abel war, wurde negativ bewertet, zumal sie als Wegbereiter für den deutsch-holsteinischen Einfluss angesehen wurden – wobei Graf Gerhard III. von Holstein als „der kahle Graf“ galt, der die Reichskrise ab 1326 zur Ausdehnung seiner Macht ausnutzte. In der deutschen Geschichtsschreibung betrachteten etwa Otto Brandt und später auch Wilhelm Klüver die Heirat Abels mit Mechtild, der Tochter des Grafen Adolf IV. von Schauenburg, als Auftakt für eine eigentlich ganz natürliche Einheit Schleswig-Holsteins, die es durch die tatkräftigen Grafen nur zu vollenden galt – unter denen Gerhard III. als „der Große“ einen besonderen Rang einnahm.¹ Aus regionaler Perspektive lässt sich hingegen hervorheben, dass das Herzogtum Schleswig gerade unter den ersten Herzögen Handel und Städte einen deutlichen Aufschwung nahmen. Als Streitobjekt der sich von mindestens 1326 bis 1435 hinziehenden Konflikte zwischen dänischen und holsteinischen Herrschern wurde es allerdings in seiner Entwicklung gehemmt und ist demzufolge als eigentlicher Verlierer dieser Auseinandersetzung zu betrachten.

Kein anderes Ereignis des Spätmittelalters wurde später derart als „historisch verbrieftes Recht“ überstrapaziert wie die Übereinkunft von Ripen 1460. Während man aus dänischer Sicht eher die erneuerte Anerkennung des 1435-60 abgetrennten Schleswiger Herzogtums als dänisches Kronlehen hervorhob, sahen die deutschen Schleswig-Holsteiner in diesem „Privileg“ die Garantie für Selbstverwaltung und Einheit der beiden Herzogtümer. Übersehen wurde dabei, dass mit der Ripener Handfeste in erster Linie eine Lösung gefunden worden war, welche neuen Konflikten konkurrierender Landesherrn vorbeugen sollte.² Das Herzogtum Schleswig war fortan kein umstrittenes Randgebiet mehr, sondern ein beinahe zentral gelegener Teil eines Konglomeratstaates.

Weiterhin übersahen beide Seiten, dass es mit der Unteilbarkeit schon 1490 ein Ende hatte. Zwar gingen die Teilungen quer durch beide Herzogtümer, deren Rahmen gewahrt blieb, und erst die Teilung von 1544 hatte dauerhafte Konsequenzen. Fakt ist jedoch, dass die königlichen und gottorfischen Landesteile politisch lange Zeit verschiedene Wege gingen. Die Gottorfer Herzöge als „geborene“ Gegner des dänischen Königtums darzustellen, ist dabei ebenso wenig angemessen wie die Bezeichnung der Teilungen als „Irrsinn“.³ Tatsächlich waren gerade die ersten Jahrzehnte nach der Teilung eine Zeit wirtschaftlicher Prosperität. Diese endete jedoch abrupt, nachdem sich König Christian IV. – als Holsteiner Herzog oberster Befehlshaber im niedersächsischen Reichskreis – zum Führer der protestantischen Partei im 30-jährigen Krieg erklärt hatte und schon bald schwere Niederlagen gegen die kaiserlichen Truppen einstecken musste. Dass Christians Kriege für die Region letztlich eine epochale Katastrophe waren, wird zumindest auf dänischer Seite von der Popularität dieses Königs überstrahlt, der in Kopenhagen viele großartige Bauwerke hinterlassen hat, der Stadtgründer von Glückstadt (wo er ebenfalls hochbeliebt ist) oder Kristiansand war und heute noch Held der dänischen Königshymne ist.

Nationalistische Verwerfungen im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Beschäftigung mit der Geschichte zu einer eigenständigen Wissenschaft. Dies verlief Hand in Hand mit der zunehmenden Nationalisierung. Damals herrschte das Verständnis, dass die ältesten Rechte und nicht die aktuellsten die größte Autorität besitzen. Auf diese Weise versuchten beide Seiten, möglichst alte „Grundgesetze“ zur Legitimation ihrer Ansprüche zu finden. Die dänische Seite berief sich auf den dänischen Ursprung Schleswigs im Mittelalter und hielt die „deutsche Überfremdung“ von Teilen der Bevölkerung nach Jahrhunderten für umkehrbar. Derweil entdeckten die Schleswig-Holsteiner die Ripener Handfeste von 1460 und bildeten aus dem durch die historische Entwicklung längst ad absurdum geführten und ohnehin halb missverstandenen

Teilsatz „dat se bleven ewich tosamende ungedeelt“ ihr wirksamstes politisches Schlagwort. Mit diesen einander widersprechenden und längst überlebten Geschichts-Abrissen begründeten beide Seiten ihren Rechtsanspruch auf ganz Schleswig. Die nach heutigem Verständnis widersinnige Projektion „historischer Rechte“ in die Neuzeit war ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, welches in der Region einen Flächenbrand auslösen sollte. Dieser Missbrauch von Geschichte muss uns dauerhaft eine eindringliche Warnung sein.

Die nationale „Erweckung“ war zunächst eine Angelegenheit der höher gebildeten Stände, die jedoch in den 1840er Jahren immer größere Bevölkerungsteile erfasste und letztlich alles Andere überlagerte. Beide Bewegungen schufen sich ihre Märtyrer: den Sylter Juristen Uwe Jens Lornsen, der für seine entschieden liberale Programmschrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ mit Kündigung, Haft und Exil büßen musste, und den Haderslebener Kaufmann Peter Hiort Lorenzen, der in der schleswigschen Ständeversammlung als erster Dänisch zu sprechen wagte, obwohl hier nur Deutsch offizielle Verhandlungssprache war. Dass es beiden hauptsächlich um Liberalisierung und Demokratisierung ging und kaum um nationale Vorrechte, wurde hinter einem ständig dichter werdenden Mythengeranke immer weniger sichtbar.

1848 trat Frederik/Friedrich VII. die Regentschaft an. In der dänischen Geschichtsschreibung als der Geber des Grundgesetzes gefeiert,⁴ in der schleswig-holsteinischen hingegen lange als Unterdrücker geschmäht, lässt eine regionale Perspektive ein sehr viel nüchterneres Urteil zu. Der letzte Oldenburger im Mannesstamm hatte nur wenig Ambition zur Herrschaft, was erheblich dazu beigetragen hat, dass die europäische Revolution von 1848 in Dänemark mit dem Grundgesetz vom 5. Juni 1849 einen nachhaltigen Erfolg brachte. Dass dieses wie das ebenfalls für seine Zeit ausgesprochen liberale Staatsgrundgesetz der Schleswig-Holsteiner auf Vorarbeiten im Umfeld der noch gemeinsamen Zentralverwaltung zurückgreifen konnte, wurde auf beiden Seiten, welche die demokratische Pionierleistung ganz für sich in Anspruch nahmen, übersehen. Den beiden Verfassungen vorausgegangen war die „Erhebung“ bzw. der „Aufbruch“ (oprør) der Schleswig-Holsteiner, in Kopenhagen herrschte der „Geist von 1848“. Der Bürgerkrieg – mehr oder weniger fälschlich oft als deutsch-dänischer Krieg bezeichnet – wurde weder im dänischen Kernland noch in Holstein ausgefochten. Mit Ausnahme von Kolding und Fredericia war ausschließlich das Herzogtum Schleswig Schauplatz des Krieges, und die blutigste Schlacht am 25. Juli 1850 in Idstedt wurde in Dänemark als militärischer Triumph, bei den unterlegenen Schleswig-Holsteinern als moralischer Sieg und Verpflichtung für kommende Generationen mythifiziert.⁵ Natürlich berührten die Ereignisse auch die Bevölkerung im Königreich und in den deutschen Staaten. Doch es waren die Schleswiger, die sich nun auf die eine oder andere Seite zu schlagen hatten



Karikatur „Sinnbild der Treue. Schleswigs Sträuben gegen gewaltsame Theilung 1848“, gedruckt bei S. Hertz in Hamburg, in der das Herzogtum als Hund dargestellt wird, den ein dänischer und ein preußischer Soldat aufzuteilen versuchen

– oft gegen ihre eigenen Nachbarn und Verwandten.⁶ Zwar wurden die Kämpfe von regulären Truppen aus allen Teilen des Gesamtstaats und von Freiwilligen und Verbündeten der Schleswig-Holsteiner geführt. An den Schlachtorten aber kamen auch Zivilpersonen ums Leben bzw. verloren all ihr Hab und Gut. Ausgerechnet Friedrichstadt, die Stadt der religiösen Toleranz, wurde bei der vollkommen sinnlosen Belagerung Anfang Oktober 1850 durch die schleswig-holsteinische Armee schwer zerstört.⁷

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges waren für beide Seiten fatal.⁸ Die Gesamtmonarchie wurde zwar noch einmal wiederhergestellt, doch der Konflikt blieb ungelöst. Dänemark konnte keine Politik gegen den Willen des Deutschen Bundes führen, zu dem Holstein und Lauenburg weiterhin gehörten. Die Entlassung von Beamten, die sich 1848-50 gegen den Staat gestellt hatten, die Ausweisung von 21 (zunächst 33) „Landesverrätern“ (darunter die Augustenburger), die Anstellung zahlreicher Reichsdänen in öffentlichen Ämtern und vor allem die das Dänische bevorzugende Sprachpolitik in Mittelschleswig wurden in der dänischen Politik als notwendig erachtet. Auf der anderen Seite machte die politisch aktive deutsche Öffentlichkeit, die Schleswig-Holstein immer mehr

zu einem Symbol für ihre 1848 einstweilen gescheiterten Einheitsbestrebungen.⁹ Jede Kleinigkeit, die berechtigt oder unberechtigt als national dänisch ausgelegt werden konnte, wurde als Beispiel für die Unterdrückung aufgebauscht.¹⁰ Nicht zuletzt aus Angst hiervor kamen notwendige Reformen, die im Königreich durch den Systemwechsel beschleunigt wurden, in Schleswig nur zaghaft voran.

Die im November 1863 erlassene Gesamtstaatsverfassung, die (zunächst) nur für Dänemark und Schleswig gelten sollte, wurde Anlass für den nächsten Krieg. In der deutschen Geschichtsschreibung folgte man weitgehend Bismarcks Legitimation für den Krieg, dass jene Verfassung ein Bruch der Vereinbarungen vom Januar 1852 darstelle und die Einheit der Herzogtümer gerettet werden müsse. Für Dänemark war der Krieg dagegen ein überfallartiger Angriff, der mit einer Niederlage endete, die sich dauerhaft als nationales Trauma festsetzen sollte. Nüchtern betrachtet muss man dagegen festhalten, dass wie schon 1848-50 das Herzogtum Schleswig gleichsam Gegenstand und fast alleiniger Schauplatz aller Kriegshandlungen war, worunter neben den Schlachtorten vor allem das wochenlang belagerte Sonderburg zu leiden hatte.

Ein weiterer, oft übersehener Aspekt ist, dass vor der „eiderdänischen“ Entscheidung von 1863 die holsteinische Verfassungskrise stand. Als Folge unlösbar erscheinender Konflikte auch mit dem Deutschen Bund, u. a. um den Einfluss holsteinischer Vertreter im Reichsrat der Monarchie, mussten 1858 sowohl die Gesamtstaats- als auch die innere Verfassung für Holstein ausgesetzt werden, und auch fünf Jahre später war man einer Lösung nicht näher gekommen. Überhaupt verdient die gleichzeitige Zugehörigkeit Holsteins zur dänischen Monarchie und zum Deutschen Bund bzw. Kaiserreich (bis 1806) viel größere Aufmerksamkeit. Bisher wurde Holstein auf deutscher Seite fast immer mit Schleswig gemeinsam betrachtet, und in der dänischen Geschichtsschreibung wurde das Land südlich der Eider auch in Gesamtdarstellungen überwiegend ignoriert.¹¹

Die Zeit unter dem preußisch dominierten Kaiserreich von 1871 wurde in der dänischen Geschichtsschreibung vor allem als Zeit der Unterdrückung, aber auch des nationalen Selbstbehauptungswillens verstanden. In der deutschen Geschichtsschreibung spielte der ab 1864 eigentlich ebenfalls enttäuschte schleswig-holsteinische Regionalismus keine große Rolle mehr. Dass die Region trotz vieler zeitgemäßer Fortschritte und eines bis 1914 währenden wirtschaftlichen Aufschwungs immer mehr an den Rand geriet und die im früheren Gesamtstaat wesentlich mächtigeren schleswigschen Städte mit Ausnahme von Flensburg von zahlreichen jütischen Städten überflügelt wurden, wird auf deutscher Seite ebenso oft übersehen wie auf dänischer Seite die wichtige Tatsache, dass zahlreiche Versuche, das Dänentum zu unterdrücken, selbst in der härtesten Phase des Konflikts oftmals an den im Kaiserreich geltenden rechtsstaatlichen Schranken scheiterten.¹²

Der Grenz- und Kulturkampf des 20. Jahrhunderts

Ab 1914 wurden die Probleme in der Region von der weltpolitischen Entwicklung überschattet, als die europäischen Großmächte den bis dahin furchtbarsten Krieg der Geschichte führten. Deutsche wie dänische junge Schleswiger mussten sich daran beteiligen, und viele sahen ihre Heimat nicht wieder.¹³ Nach dem Ende des Krieges sollte die Grenze gemäß dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ neu geordnet werden. Aus dänischer Sicht bedeutete dies die Erfüllung einer lange Zeit gehegten und durch den Prager Friedensvertrag von 1866 legitimierten Hoffnung, aus deutscher Sicht einen ungerechtfertigten Eingriff in die territoriale Integrität,¹⁴ zumal Dänemark nicht am Krieg beteiligt gewesen war. Der Abstimmungskampf brachte die nationalen Emotionen erneut zum Kochen, denn jeder musste sich möglichst dauerhaft entweder für die eine oder andere Seite entscheiden, Alternativen oder Kompromisse gab es nicht. Welche inneren Konflikte dies bei vielen ausgelöst haben muss, ist noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Zudem wird übersehen, dass das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nicht gleichbedeutend mit einem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ist, denn auf beiden Seiten blieben bedeutende Minderheiten als „Verlierer“ zurück, deren Existenz in einem Nationalstaat geradezu widernatürlich – und bedrohlich – erschien. Die Grenze wurde zwar rücksichtsvoller gezogen als die meisten anderen in Europa, die Regeln für die Abstimmung aber waren unverkennbar durch realpolitische Erwägungen bestimmt.

Die meisten Dänen konnten mit der neuen Grenze zufrieden sein, doch für die deutsche Seite wog der Verlust schwer. Nordschleswig wurde mit Dänemark administrativ so eng vereint wie noch nie in seiner langen Geschichte, also deutlich über die gefühlte „historische Wiedervereinigung“ hinaus.¹⁵ Beide Seiten sahen sich fortan auch weiterhin durch den nationalen Gegenpart bedroht. Der „Kulturkampf“ war wesentliches Element des Neuaufbaus nach dem Krieg, für gemeinsame Bestrebungen gab es keinen Raum. Beide Landesteile befanden sich mehr denn je in einer unbequemen Randlage und gerieten in immer stärkere Abhängigkeit von Zuschüssen der Zentrale – und von der nationalen Politik.¹⁶ Die trennende Grenze wurde zum Mittelpunkt der alten Region Schleswig. Diese Tendenz verstärkte sich, als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Zwar mussten sich die deutschen Grenzaktivisten zunächst zurückhalten, weil das Hitlerregime an guten Beziehungen zu Dänemark interessiert war. Doch je aggressiver die deutsche Außenpolitik wurde und je stärker die deutsche Minderheit nazistische Strukturen und Positionen annahm, desto größer musste in Dänemark die Furcht vor Deutschland werden. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen am 9. April 1940 nahm ein neuer Tiefpunkt deutsch-dänischer Geschichte seinen Anfang. Für Dänemark war dies ein Trauma mit etwa 2000 Toten, Leben

in Angst und Zerrüttung der Wirtschaft. Aus deutscher Sicht hingegen erscheint die Besetzung Dänemarks als ein Nebenschauplatz, der im Gesamtkontext des Zweiten Weltkriegs und vor dem Hintergrund unsäglicher, von Deutschen und in deutschem Namen verübter Massenverbrechen wenig Beachtung fand. Hinzu kommt, dass Südschleswig (außer Helgoland) vergleichsweise glimpflich durch den Krieg kam. Bei einem derart komplexen, zeitlich noch nahe liegenden und bei vielen Menschen mit oft sehr schmerzhaften Erinnerungen verbundenen Thema ist eine nüchterne Betrachtung besonders schwierig. Eine pauschale kollektive Einteilung in „Helden“ und „Schurken“ führt nicht zum Ziel, wenn es gilt, die wirklichen individuellen Opfer und Täter zu benennen. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen, weder nördlich noch südlich der Grenze, wobei die unterschiedliche nationale Perspektive selbstverständlich zu sehr unterschiedlichen Diskussionsschwerpunkten führt.

Die Frage der Minderheiten hatte das deutsch-dänische Verhältnis erst recht kompliziert gemacht. Die Kollaboration weiter Teile der deutschen Minderheit in Nordschleswig unter der Besetzung und die „Rechtsabrechnung“ ab 1945 sind seither ebenso Gegenstand deutsch-dänischer Kontroversen gewesen wie das starke Anwachsen der dänischen Minderheit in Südschleswig nach dem vollständigen materiellen und moralischen Zusammenbruch des Deutschen Reichs. Zwar geriet die in Dänemark und von der dänischen Minderheit aufgeworfene Frage nach einer neuerlichen Grenzverschiebung relativ bald in den Hintergrund realer Politik, dafür bestimmten namentlich in Südschleswig Kulturkampf und das Problem der Minderheitenrechte in den folgenden Jahren das Klima. Das alte Schleswig war mehr denn je zerrissen, doch lenkte kurioserweise eben dieser Konflikt überall die Aufmerksamkeit auf die „Schleswigfrage“.

1955 half die große Politik, die deutsch-dänischen Reibereien in und um Schleswig zu beenden. Mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen wurden die Rechte der Minderheiten garantiert. Zudem wurde die Kooperation vor allem durch den deutschen NATO-Beitritt 1955 und den dänischen EG-Beitritt 1972 immer enger. Trotzdem drifteten Nord- und Südschleswig weiter auseinander: Der Ausbau des Sozialstaats, die Wirtschafts- und Steuerpolitik, die Entwicklungen der Medien u. a. machten den Nationalstaat zu einer immer dominanteren Größe, unter der regionale Probleme immer weniger Beachtung fanden. Außerhalb des engen Zirkels der Minderheiten gab es kein grenzüberschreitendes Bewusstsein mehr. Die nunmehr endgültig akzeptierte Grenze wurde angesichts der Entspannung im Grenzland geradezu zum Identitätssymbol des einstigen Schleswig.

Dies änderte sich erst in den 1990er Jahren, als Politiker auf beiden Seiten der Grenze erkannten, dass die weitere Entwicklung im Grenzland nur durch Zusammenarbeit über die Grenze hinweg nachhaltig positiv entwickelt werden kann. Von Einzelfällen abgesehen ist es jedoch nach wie vor schwierig, wirklich regionale

Perspektiven zu entwickeln. Auf die lange gemeinsame Geschichte Schleswigs verweist man dabei bisher kaum. Vielleicht wird sich dies ändern, wenn künftig auch die konfliktreicheren Zeiten stärker als bisher aus gemeinsamem Blickwinkel betrachtet werden.

Schon mit kleinen Perspektivänderungen kann man neues Licht auf die Vergangenheit werfen, denn eine schleswigsch-regionale Perspektive ist nun einmal anders als eine explizit deutsche oder dänische. Auch wenn in der Forschung verschiedene, auch „gesamt-schleswigsche“ Aspekte immer häufiger Beachtung finden,¹⁷ erscheinen nach wie vor ärgerliche Darstellungen, die nationale Zerrbilder früherer Zeiten weiterhin in den Köpfen verankern.¹⁸ Ein nüchterner, sachlicher und von nationalen Einschränkungen befreiter Blick kann der „Geschichte in den Köpfen“ zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Entschleierung zählebiger, meist nationaler Mythen bieten und nicht zuletzt als Argumentationshilfe für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dienen.

Anmerkungen

- 1 Ein deutliches Beispiel für diese Sichtweise bietet Otto Brandt u. Wilhelm Klüver: Geschichte Schleswig-Holsteins. Kiel ⁸1981, S.81 ff. und besonders S. 121 ff.
- 2 Zur Kritik an diesen alten Geschichtsbildern v.a. Reimer Hansen: Was bedeutet up ewig ungedeelt? – Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts, in: GFH 4/1996, S. 215-232. – Carsten Jahnke: „dat se bliven tosamende ewich ungedelt“. Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort, in: ZSHG 128, 2003, S. 45-60.
- 3 So bei Klaus Kellmann: Geschichte Schleswig-Holsteins, in: Werner Künzel u. Werner Relleke: Geschichte der deutschen Länder, Münster 2005, S. 371.
- 4 Selbst in einer modernen Studie wie Henning Koch u. Kristian Hvidt: Danmarks Riges Grundlove 1849, 1866, 1915, 1953, København 2000, wird auf S. 7 pathetisch über das Grundgesetz vom 5.6.1849 geschrieben, dass es als Geschenk an das Volk von Frederik VII. gegeben worden sei.
- 5 Manfred Jessen-Klingenberg u. Jörn-Peter Leppien: Die Schlacht bei Idstedt: zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: GFH 3/2001, S. 159-182.
- 6 Beispielsweise war der eiderdänische Vorkämpfer der 1840er Jahre Orla Lehmann der Vetter des späteren Vorsitzenden des Deutschen Nationalvereins Theodor Lehmann. Siehe hierzu u.a. Johannes Jensen: Martin und Orla Lehmann. Vom gesamtstaatlichen Denken zum dänischen Nationalismus im 19. Jahrhundert, in: GFH 4/2001, S. 227-252.
- 7 Inge Adriansen: Reflexionen über den Kampf um Friedrichstadt 1850, in: GFH 1/2001, S. 3-16.

- 8 Das wohl bekannteste Dokument eines Schleswigers, dessen Interessen buchstäblich zwischen die Fronten gerieten, ist das Tagebuch des Breder Spitzenhändlers Jens Wulff (1774-1858): *Kniplingskræmmer Jens Wulffs dagbog. Uddrag ved Peter Kr. Iversen*, in: *Sønderjyske Årbøger 1954*, S. 185-266.
- 9 Harald Biermann: *Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung*. Düsseldorf 2006, v.a. S. 166-201.
- 10 Markante Beispiele aus der Medizinalverwaltung bei: Gerret L. Schlaber: *Medizinalpolitik zwischen den Fronten. Nationale Blockaden und versäumte Reformen 1850-1864*, in: *GFH 2/2003*, S. 83-100.
- 11 Einzig in der 1962 begründeten, von Politiken herausgegebenen *Danmarks Historie* sind zwei Bände erschienen, die auch Holstein umfassen: H.V. Gregersen: *Slesvig og Holsten indtil 1830*. København 1981. Lorenz Rerup: *Slesvig og Holsten efter 1830*. København 1982. Allerdings sind diese noch deutlich von einer national-dänischen Perspektive geprägt.
- 12 So finden sich beispielsweise im Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, E 1, zahlreiche Prozessakten der Redakteure von *Flensborg Avis*, vor allem des Chefredakteurs und Reichstagsabgeordneten Jens Jessen. Zwar kam es mehrfach zu Verurteilungen und Gefängnisstrafen vor allem wegen Beleidigung (wobei dieser Straftatbestand auch sehr weit ausgelegt wurde), doch gab es auch wiederholt Freisprüche, und die dänischen Redakteure strengten ihrerseits mit wechselndem Erfolg Prozesse gegen deutsche Widersacher wegen Beleidigungsdelikten an.
- 13 In zahlreichen nordschleswigschen Gemeinden wurden die Kriegsoffer auch nach dem Tod getrennt behandelt, indem man entweder zwei verschiedene Monumente (z.B. in Hadersleben) oder aber gemeinsame Denkmäler mit getrennten Namenslisten (z.B. in Buhrkall) errichtete.
- 14 Laut Kellmann, S. 377 (s. Anm. 3) wurde 1920 „der Vertrag von Ripen gebrochen“.
- 15 Otto Didrik Schack: *Grænsesind*. København 1970, S. 180. In seiner Ansprache am 11.7.1920 in Düppel forderte der Graf, dass man sich nicht mehr Sønderjyder nennen sollte, weil von nun an alle Dänen seien.
- 16 Siehe hierzu Morten Andersen: *Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning*. Aabenraa 2008.
- 17 Zu den bei Gerret L. Schlaber: *Vom Umgang mit der gemeinsamen Geschichte*, in: *GFH 4/2005*, S. 288, in Anm. 14 genannten Titeln sind seither u.a. hinzugekommen: Morten Andersen (s. Anm. 16); Leif Hansen Nielsen: *Ad industriens veje*. Aabenraa 2007 [allerdings mit deutlichem Schwerpunkt auf Nordschleswig]; Gerret L. Schlaber: *Hertugdømmet Slesvigs forvaltning*. Flensborg 2007; Andrea Teebken: *Nationalisierte Grenzräume*. Aalborg 2008 (Ph.D.-Arbeit). Vergessen werden darf an dieser Stelle nicht, dass in den vergangenen 15 Jahren zahlreiche Werke in deutsch-dänischer Zusammenarbeit entstanden sind.
- 18 Z.B. Kellmann (s. Anm. 3), aber auch Reimer Pohl: *Kleine Geschichte der Stadt Schleswig*, in: 804 bis 2004 – 1200 Jahre Schleswig. Schleswig 2004, S. 24.

Schriftenverzeichnis Jörn-Peter Leppien

von *HANS-F. ROTHERT*

I. Selbständige Schriften

1. Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909-1929. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung und zur Problematik des Nationalismus (QuFGSH, Bd. 77), Neumünster 1981
2. „Das waren keine Menschen mehr...“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie. Sonderpublikation aus GFH 3/1983, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1983
3. Mädels-Landjahr in Schleswig-Holstein. Einblicke in ein Kapitel nationalsozialistischer Mädchenerziehung 1936-1940, Neumünster 1989 (mit Annemarie Leppien)
4. Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Ladelund, Schleswig-Holstein, hrsg. v. d. Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund, Ladelund 1990 (mit Klaus Bästlein u. Johannes Tuchel). 2., verb. Aufl. 1995. Dänische Ausgabe, Ladelund 1990. 2. verb. Aufl. 2006. Niederländische Ausgabe, Ladelund 1990. Englische Ausgabe, Ladelund 2003
5. Flensburg in der Volksabstimmung 1920. Ein Quellenheft für den Unterricht an Flensburger Schulen, hrsg. v. Stadtarchiv Flensburg (Materialien aus dem Stadtarchiv, H. 5), Flensburg 1995 (mit Immo Doege u. a.)
6. „Operation Lion“. Henrik V. Ringsted und der Istedt-Löwe 1945 – ein Quellenbericht / Henrik V. Ringsted og Istedløven 1945 – en kildemateriale fortæller. Auf der Grundlage eines Beitrags aus GFH 2/1995, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Städtischen Museum Flensburg, Flensburg 1995

II. Aufsätze und Beiträge

1. Rufer in der Wüste. Vergessener Vorkämpfer gegen Nationalismus. Zum 125. Geburtstag von Theodor Brix aus Angeln, in: Kieler Nachrichten, 16.4.1969, S. 8

2. Vom Müllermeister zum Redakteur. Ein Kapitel schleswig-holsteinischer Zeitungsgeschichte – Jürgen Brix aus Angeln, in: Kieler Nachrichten, 21.1.1970, S. 19. – Unter dem Titel „Dem Gedenken eines Itzehoer Redakteurs. Zum 140. Geburtstag des Schriftleiters Jürgen Brix“ erneut abgedruckt in: Norddeutsche Rundschau, 3.1.1970
3. Theodor Brix – ein Kritiker der preußischen Nordschleswig-Politik (1888-1905), in: ZSHG 95 (1970), S. 159-194
4. Sein Ziel war die Verständigung. Zum 100. Geburtstag des dänischen Historikers Aage Friis, in: Kieler Nachrichten, 15.8.1970, S. 8. – Unter dem Titel „Aage Friis zum 100. Geburtstag“ erneut abgedruckt in: Der Nordschleswiger, 15.8.1970, S. 3
5. Aage Friis und das dänisch-deutsche Verhältnis, in: GFH 1970, S. 94-101
6. Die Brüder Jürgen und Theodor Brix aus Brunsholm. Ein Beitrag zum Selbstverständnis der deutschen Schleswig-Holsteiner in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JbA 34 (1970), S. 14-29
7. Sozialdemokratie und Nordschleswig-Frage 1912 bis 1924, in: ZSHG 96 (1971), S. 341-356
8. Jürgen Brix, in: Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Bd. 2, Neumünster 1971, S. 80 f.
9. Theodor Brix, in: ebd., S. 81-83
10. Noch einmal: Deutschland, deine Schleswig-Holsteiner, in: GFH 1972, S. 69-71
11. Selskabet til forskning i arbejderbevægelsens historie. Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: GFH 1972, S. 149-151
12. Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Eine kritische Bestandsaufnahme „traditioneller“ Geschichtsauffassungen am Beispiel Wilhelm Klüver, in: GFH 1972, S. 195-203, und 1973, S. 24-34
13. Letztes Faustpfand der Dänen. Zur Erstürmung der Düppeler Schanzen vor 110 Jahren – Die Frage nach dem Sinn, in: Kieler Nachrichten, 22.4.1974, S. 20. – Unter dem Titel „Der Sturm auf die Düppeler Schanzen vor 110 Jahren. Die Frage nach dem Sinn des Kampfes“ erneut abgedruckt in: GFH 1974, S. 153-155, sowie in: Korrespondenz Deutsches Schleswig, 1974, S. 21 f.

14. Das Jahr 1864 in heutiger Sicht. Bemerkungen zum Thema: Krieg und Frieden in der geschichtlichen Bildung, in: Schleswig-Holstein 1974, S. 132-134
15. „Suaviter in modo, fortiter in re“. Zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Alexander Scharff, in: GFH 1974, S. 171-175
16. In memoriam Georg Reinhardt, in: GFH 1974, S. 177 (mit Manfred Jessen-Klingenberg)
17. Gewinn, Gewissen und Geschichtswissenschaft, in: Schleswig-Holstein 1975, S. 100 f.
18. Die nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig. Ein Diskussionsbeitrag zu einem Abriss der letzten 150 Jahre schleswigscher Geschichte, in: GFH 1976, S. 21-26 (mit Peter Hopp u. Manfred Jessen-Klingenberg). – Erneut abgedruckt in: Der Nordschleswiger, 14.4.1976
19. Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, in: Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Referate einer deutsch-dänischen Wissenschaftlerkonferenz in der Akademie Sankelmark im November 1975. Red.: Ekkehard Krüger (Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, N. F., H. 30/31), Sankelmark 1976, S. 61-69
20. Alexander Scharff zum 75. Geburtstag, in: MSHG 4 (Juli 1979), S. 5-7
21. Das Problem Idstedt, in: GFH 1979, S. 140-152 (mit Manfred Jessen-Klingenberg u. Hans-F. Rothert)
22. Tradition und Zukunft – Zum Beispiel: Martin Rade, in: GFH 1981, S. 117-124
23. Historiker – Diplomat – Wegbereiter. Zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Troels Fink, in: GFH 1982, S. 111-114
24. Gedanken zu Aufgaben und Verantwortung des Landeshistorikers, in: MSHG 12 (März 1982), S. 34-38 (mit Manfred Jessen-Klingenberg u. Hans-F. Rothert)
25. Verfolgung und Widerstand am regionalgeschichtlichen Beispiel des Konzentrationslagers Ladelund 1944, in: Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Resümee einer Ausstellung (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, H. 10), Flensburg 1984, S. 44-49
26. „Dichtung“, „Wahrheit“ und die Arbeit des Historikers, in: GFH 1984, S. 76-79

27. Das KZ Ladelund 1944. Zur Konzeption einer Ausstellung, in: GFH 1984, S. 123-132
28. Wegbereiter der deutsch-dänischen Verständigung. Zum 80. Geburtstag von Professor Dr. Alexander Scharff, in: GFH 1984, S. 162 f.
29. Nachwort zu: Julius Bogensee, Das Kriegsende in Flensburg, in: GFH 1985, S. 37-39
30. Schule im Grenzland. Von der nationalen Konfrontation zur Kooperation, in: Auguste-Viktoria-Schule Flensburg 1886-1986, bearb. v. Hans-Jörg Herold u. a. (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, H. 13), Flensburg 1986, S. 88-119
31. Kinderlandverschickung (KLV), in: ebd., S. 141-152
32. Ausstellungsprojekt „KZ Ladelund“, in: ebd., S. 174-177
33. Dänische Mädchen an einer deutschen Töchterschule. Aus der 100-jährigen Geschichte der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg, in: GFH 1986, S. 87-98
34. Geschichte lernen im Museum. Möglichkeiten des Unterrichts in einer Gemäldeausstellung, in: GFH 1987, S. 106-119 (mit Marianne Risch)
35. Düppel 1864. Bemerkungen zum Thema: Krieg und Frieden in der geschichtlichen Bildung. Mit einem Nachwort v. Manfred Jessen-Klingenberg, in: GFH 1989, S. 16-22
36. „Grenzen trennen nicht nur, sie verbinden!“ Zum 50. Todestag von Martin Rade am 9. April 1990, in: GFH 1990, S. 49-61
37. Friedliche Grenzbegehung, in: GFH 1990, S. 97-100
38. Ladelund – Stätte historisch-politischer Bildung. Einführung in die Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“, in: GFH 1990, S. 252-258, und in: Zur Ausstellung KZ Ladelund 1944, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1991, S. 15-21
39. KZ-Ausstellung in Ladelund: Dunkelstes Kapitel nordfriesischer Geschichte dokumentiert, in: Nordfriesland 93 (1991), S. 7 f.
40. Zur Vermittlung von Regional- und Zeitgeschichte. Denkmäler und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein, in: MSHG 40 (Dezember 1991), S. 13-18. – In überarbeiteter Form unter dem Titel „Denkmäler und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. Sieben Thesen zur Vermittlung von Regional- und Zeitgeschichte“ abgedruckt in: GFH 1992, S. 175-182

41. Debatte um ein Denkmal. Die Grenzfriedenshefte und der Idstedt-Löwe, in: GFH 1992, S. 3-6
42. Martin Rade. Patriot, Europæer, Verdensborger. En demokrat over for Slesvig-spørgsmålet, in: Slesvigske grænselære (Vandkunsten 1992, H. 7/8), København 1992, S. 105-115
43. „Die schweigende Mehrheit in Aktion“. Demonstration Flensburger Schulen für die Wahrung der Menschenrechte, in: GFH 1992, S. 226-231
44. Zur Geschichte des KZ Ladelund – Forschung und Vermittlung, in: Nationalsozialismus in Nordfriesland. Beiträge von der Fachkonferenz am 60. Jahrestag der „Machtergreifung“ in Bredstedt, hrsg. v. Nordfriisk Instituut u. v. Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Bredstedt 1993, S. 66-70
45. Der Denkmalschützer und Gestalter, in: Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Der Schulleiter Henry Mohrdieck 1986-1993, Flensburg 1993, S. 45-60 (mit Marcus Holstein)
46. Grenzfriedenshefte und regionale Zeitgeschichte, in: Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. Erwartungen und Aufgaben, Flensburg 1993, S. 5 f.
47. Redaktionelle Verantwortung. Zu den Auslassungen H. Unverhaus in den Heften 49 und 50 der Mitteilungen, in: MSHG 51 (April 1997), S. 21-25
48. Lorenz Rerup, 1928-1996, in: GFH 1997, S. 60 f.
49. „Mahnmal als Vorbild“. Einweihung eines Denkzeichens zur Erinnerung an die Deportierten aus dem Lager Frøslev 1944/45 – ein Pressebericht, in: GFH 1998, S. 273-281
50. Henrik Becker-Christensen neuer dänischer Generalkonsul in Flensburg, in: GFH 1998, S. 295-297
51. Ida Marquardsen: Das „Flensburger Heimatlied“, in: Verliebt in Flensburg. Liebesgeschichten aus der Fördestadt, hrsg. v. Eckhard Bodenstern, 1. u. 2. Aufl. Husum 1998, S. 127-129
52. Die „Jahrhundert-Story“. Anmerkungen zu einer außergewöhnlichen landesgeschichtlichen Trilogie, in: GFH 1999, S. 261-266
53. Friedensverein, in: Schleswig-Holstein Lexikon, hrsg. v. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt u. Ortwin Pelc, Neumünster 2000, S. 155 (2., erw. u. verb. Aufl. 2006, S. 178)

54. Friesenwall, in: ebd., S. 158 (S. 183)
55. Grenzfriedensbund, in: ebd., S. 189 (S. 219)
56. Idstedt-Löwe, in: ebd., S. 239 (S. 273)
57. Konzentrationslager, in: ebd., S. 286 (S. 326)
58. „Erinnerung braucht Orte“. Das Mahnmal am Grenzübergang Harrislee/ Padborg, in: GFH 2001, S. 51-58 (mit Karl-Hermann Rathje)
59. Noch einmal: das Problem Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Landesgeschichte und Landesbibliothek. Studien zur Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins. Hans-F. Rothert zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Dieter Lohmeier u. Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 191-211 (mit Manfred Jessen-Klingenberg). – Erneut abgedruckt unter dem Titel „Die Schlacht bei Idstedt 1850. Zum Wandel ...“ in: GFH 2001, S. 159-188
60. 50 Jahre Grenzfriedenshefte, in: GFH 2003, S. 3-8
61. Hitler in Kiel 1938 (zusammen mit Annemarie Leppien). Abdruck aus Mädel-Landjahr in Schleswig Holstein, Neumünster 1989, in: Erinnerungen der Kieler Kriegsgeneration 1930/1960, hrsg. v. Christa Geckeler, Husum 2003, S. 9-12
62. Zum Streit um die SSW-Mandate im schleswig-holsteinischen Landtag, in: GFH 2005, S. 121-126 (mit Gerret Liebing Schlaber)
63. Das „Zünglein an der Waage“. Interview mit der Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk (SSW), in: GFH 2006, S. 197-210
64. Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: GFH 2006, S. 277-294
65. Landjahr, in: Schleswig-Holstein Lexikon, hrsg. v. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt u. Ortwin Pelc, 2., erw. u. verb. Aufl. Neumünster 2006, S. 344
66. Ehemalige im Portrait: Käte Lassen. Malerin von Rang, in: JbAVS 2006/2007 (2007), S. 121-130 (mit Christina Mahn)
67. Ehemalige im Portrait: Lilly Wolff. Ein Opfer des Holocaust, in: JbAVS 2006/2007 (2007), S. 131-143 (mit Bernd Philipson)

III. Herausgegebene Schriften

1. Grenzfriedenshefte. Jg. 29. ff., Flensburg 1981 ff.
2. Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Jahrbuch 2001/2002 ff., Flensburg 2002 ff.
3. Auguste-Viktoria-Schule Flensburg 1886-1986. (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, H. 13), Flensburg 1986 (mit Hans-Jörg Herold u.a.)
4. Jüdisches Leben und die Novemberpogrome 1938 in Schleswig-Holstein. Aufsätze, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1988
5. Klaus Bästlein, Der 9. April, ein Brief und die Folgen. Der Fall Svend Johannsen, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1990
6. Tilman Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1990
7. Perke Heldt, Die politische Macht liegt in unserer Hand. Paul Dölz, Arbeiterbewegung und USPD in Tönning 1918-22, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. v. Deutschen Gewerkschaftsbund, Kreis Nordfriesland, Flensburg 1990
8. Zur Ausstellung KZ Ladelund 1944, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1991
9. Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Der Schulleiter Henry Mohrdieck 1986-1993. Eine Dokumentation, hrsg. v. d. Auguste-Viktoria-Schule Flensburg, Flensburg 1993 (mit Claus-Peter Schmidt u.a.)
10. Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. Erwartungen und Aufgaben, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1993
11. Johannes Jensen, „Was ist des Friesen Vaterland?“ Das erste „Volksfest der Nordfriesen“ am 10. Juni 1844, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Nordfriisk Instituut, Flensburg 1994
12. Oliver Schultz, Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen (zweispr. deutsch - polnisch), hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1994. 2., verb. Aufl. 1999
13. Manfred Jessen-Klingenberg, „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen“. Vorrede zum Forschungsprogramm des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG), hrsg. v. Grenzfriedensbund, d. Arbeitskreis zur Erforschung des Na-

tionalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) u. d. Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Flensburg 1995

14. Jannes Priem u. Willem Torsius, Vergeben – nicht vergessen. Beiträge zum 50. Jahrestag der Befreiung in Ladelund am 4. Mai 1995 (zweispr. deutsch-niederländisch). (Schriftenreihe der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, H. 1), Ladelund 1995. 2., verb. Aufl. 1999
15. Henrik Skov Kristensen u. Matthias Scharl, Harrislee-Bahnhof – eine „Station auf dem Weg in die Hölle“. Die Deportation dänischer Gefangener aus dem Internierungslager Frøslev in deutsche Konzentrationslager 1944/45 (zweispr. deutsch - dänisch). Hrsg. Grenzfriedensbund u. Historisk Samfund for Sønderjylland, Flensburg 1996
16. Manfred Jessen-Klingenberg, Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte, Bd. 20), Malente 1998 (mit Reimer Hansen)
17. Christoph Wiegand u. Anke Spoorendonk, „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Schülerinnen und Schüler gestalten ein Mahnmal (zweispr. deutsch-dänisch), hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, Flensburg 1998
18. Matthias Scharl, „Zur Aufrechterhaltung der Manneszucht“. Drei Todesurteile in der Geltinger Bucht im Mai 1945, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. v. d. Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg 2000
19. Hans-Christian Pust, Höhere Mädchenbildung in der Kaiserzeit. Zur Geschichte der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg 1886-1918 (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Bd. 31), Flensburg 2000
20. Henrik Skov Kristensen, Eine Station auf dem Weg in die Hölle. Harrislee-Bahnhof und die Deportation dänischer Gefangener aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager. Mit einem Beitrag von Anke Spoorendonk (zweispr. deutsch - dänisch). Hrsg. Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, Grenzfriedensbund, Historisk Samfund for Sønderjylland, Flensburg u. Aabenraa 2002
21. Bernd Philipsen, Der Bismarck-Turm auf dem Scheersberg. Einst ein nationales Symbol, heute ein Wahrzeichen der Landschaft Angeln, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Flensburg u. Quern 2003
22. Reimer Hansen, Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft. Studien

zur Geschichte Schleswigs, Holsteins und Dithmarschens (Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte, Bd. 22), Malente 2005 (mit Uwe Danker u. Manfred Jessen-Klingenberg)

23. Matthias Scharfl, Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. v. d. Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg u. Schleswig 2006

IV. Rezensionen

1. Wolfram Dufner, Geschichte Schwedens. Ein Überblick, Neumünster 1967, in: JbA 34 (1970), S. 222
2. Alexander Scharff, Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Manfred Jessen-Klingenberg (Kieler Historische Studien, Bd. 6), Stuttgart 1969, in: JbA 34 (1970), S. 200 f., und sehr viel ausführlicher in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographie-Unterricht 14 (1972/73), S. 378-382
3. Merian. Schleswiger Land, Hamburg 1971, in: GFH 1971, S. 57 f.
4. Johann Runge, Christian Paulsens politische Entwicklung (QuFGSH, Bd. 57), Neumünster 1969, in: GFH 1971, S. 120-122
5. Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Bd. 1, hrsg. v. Olaf Klose, Neumünster 1970, in: JbA 35 (1971), S. 209-211
6. Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969, in: JbA 35 (1971), S. 211-213
7. Manfred Jessen-Klingenberg, Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-gesellschaft von 1918 bis 1968, Kiel 1971, in: GFH 1971, S. 268 f.
8. Hans Dietrich Lehmann, Der „Deutsche Ausschuß“ und die Abstimmungen in Schleswig (QuFGSH, Bd. 55), Neumünster 1969, in: JbA 35 (1971), S. 213-215
9. Hans-Friedrich Rother, Die Anfänge der Städte Oldenburg, Neustadt und Heiligenhafen (QuFGSH, Bd. 59), Neumünster 1970, in: JbA 35 (1971), S. 218 f.
10. Ernst von Salomon, Deutschland deine Schleswig-Holsteiner, Hamburg 1971, in: JbA 35 (1971), S. 224-228

11. Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665-1965, Neumünster 1965 ff.: Bd. 1, T. 2 (1965); Bd. 3, T. 1(1965); Bd. 4, T. 1 (1967); Bd. 5 (1969); Bd. 6 (1968), in: GFH 1971, S. 264-267, u. in: Schleswig-Holstein 1972, S. 190 f.
12. Harboe Kardel, Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Organisation der deutschen Volksgruppe in der Zeit von 1920 bis 1970, Apenrade 1971, in: JbA 36 (1972), S. 171-173, und ausführlicher in: ZSHG 97 (1972), S. 275-280; s. dazu auch: ZSHG 98 (1973), S. 317-320
13. Renate Erhardt-Lucht, Die Ideen der Französischen Revolution in Schleswig-Holstein (QuFGSH, Bd. 56), Neumünster 1969, in: JbA 36 (1972), S. 166-169
14. Jacob Kronika, Den sidste slesviger og Ulsnæsmordene, Flensburg 1971, in: JbA 36 (1972), S. 169-171
15. Årbog for Arbejderbevægelsens Historie, Bd. 1, København 1971, in: GFH 1972, S. 150
16. Årbog for Arbejderbevægelsens Historie, Bd. 2, København 1972, in: GFH 1973, S. 159
17. Wilhem Klüver, Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866. Grundzüge und Hauptdaten, Kiel 1972, in: JbA 38 (1974), S. 173-176
18. Sigrid Wriedt, Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Christiana Albertina im Zeitalter des dänischen Gesamtstaats 1773-1852 (QuFGSH, Bd. 64), Neumünster 1973, in: JbA 38 (1974), S. 179
19. Reimer Hansen, Friedrich Christoph Dahlmann, in: Deutsche Historiker, Bd. 5, hrsg. v. H. U. Wehler, Göttingen 1972, in: ZSHG 100 (1975), S. 322 f.
20. Gerd Callesen, Socialdemokratiet og internationalismen. Kilder til belysning af det danske socialdemokratis syn på det slesvigske spørgsmål 1906-24, København 1973, in: ZSHG 100 (1975), S. 336-339
21. Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Informationen und Materialien, Flensburg 1972, in: VSWG 62 (1975), S. 548 f.
22. Aage Friis, Die Bernstorffs und Dänemark. Ein Beitrag zur politischen und kulturellen Entwicklungsgeschichte des dänischen Staates 1750-1835, Bd. 2: Johann Hartwig Ernst Bernstorff im Conseil Friedrichs V., Bentheim 1970, in: VSWG 62 (1975), S. 552 f.
23. Hedwig Sievert (Hrsg.), Kiel in alten Ansichtskarten, Frankfurt/M. 1977, in:

ZSHG 104 (1979), S. 409 f.

24. Gottlieb Japsen (Hrsg.), Politiske breve fra Thomas Ries, in: Sønderjyske Årbøger 1976, in: ZSHG 104 (1979), S. 342 f.
25. Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte, hrsg. v. Klaus Bästlein u. a. (Schriftenreihe des Nordfriisk Instituut, Nr. 73), 2., verb. Aufl. Bredstedt 1983, in: GFH 1984, S. 154-158
26. Alexander Scharff, Schleswig-Holsteinische Geschichte. Ein Überblick. Neuausgabe von Manfred Jessen-Klingenberg, 4., aktualisierte Aufl. Freiburg, Würzburg 1984, in: GFH 1984, S. 272 f.
27. Zur Geschichte und Problematik der deutsch-dänischen Beziehungen von der Wikingerzeit bis in die Gegenwart. Empfehlungen zu ihrer Behandlung im Geschichtsunterricht, hrsg. v. Karl-Ernst Jeismann (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Bd. 37), Braunschweig 1984, in: GFH 1984, S. 273-275
28. Manfred Jessen-Klingenberg u. Kurt Jürgensen, Schleswig-Holstein wird ein demokratisches Bundesland (1945-1950). Schleswig-Holsteinische Geschichte in Lichtbildern, hrsg. v. Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (Begleitheft zur Diareihe), Kiel 1985, in: GFH 1985, S. 131 f.
29. Manfred Jessen-Klingenberg u. Ulrich March, Kleiner Atlas zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Braunschweig 1986, in: GFH 1987, S. 52-54
30. Hans-Jürgen Buchhorn, Vertrautes Gefühl. Augenblicke einer Landschaft. Photographien und Gedanken, 2. Aufl. Schleswig 1986, in: GFH 1988, S. 74 f.
31. Hans-Wilhelm Langholz, Die Schlei. Eine norddeutsche Fördelandschaft, Rendsburg 1987, in: GFH 1988, S. 70 f.
32. Hildegard Elsner, Haithabu – ein Handels- und Gewerbezentrum der Wikingerzeit. Schleswig-Holsteinische Geschichte in Lichtbildern, hrsg. v. Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein (Begleitheft zur Diareihe, Nr. 2), Kiel 1987, in: GFH 1989, S. 117 f.
33. Handbuch Schleswig-Holstein 1988, bearb. v. Walter Bausenhardt u. Karl-Robert Schwarze, 24. Aufl. Kiel 1988, in: GFH 1990, S. 84 f.
34. Alexander Scharff, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Überblick. Neu-

ausgabe von Manfred Jessen-Klingenberg, 5., aktualisierte u. überarb. Aufl.
Freiburg, Würzburg 1991, in: GFH 1992, S. 125 f.

35. Hildegard Elsner, Wikinger-Museum Haithabu: Schaufenster einer früheren
Stadt, Neumünster 1989, in: GFH 1992, S. 126 f.

Abkürzungen

GFH	Grenzfriedenshefte
JbA	Jahrbuch des Angler Heimatvereins
JbAVS	Auguste-Viktoria-Schule Flensburg. Jahrbuch
MSHG	Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
QuFGSH	Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Dr. Klaus Bästlein
Cosimaplatz 2
12159 Berlin

Dr. Eckhard Bodenstein
Hærulfsvej 12
DK-6330 Padborg

Prof. Dr. Uwe Danker
Institut für Zeit- und
Regionalgeschichte
Prinzenpalais 1 b
24837 Schleswig

Dr. Detlef Garbe
KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Jean-Dolidier-Weg 75
21039 Hamburg

Prof. Dr. Reimer Hansen
Rhodeländerweg 40 b
12355 Berlin

Lothar Hay
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein
Vorsitzender des
ADS-Grenzfriedensbundes e.V.
Marienkirchhof 6
24937 Flensburg

Lars N. Henningsen, dr. phil.
Studieafdelingen og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Peter Hopp
Nietzschestraße 13
24116 Kiel

Dr. Johannes Jensen
Weberkoppel 12
24321 Behrendorf/Stöfs

Ove Jensen, M.A.
Hasselbrookstraße 131
22089 Hamburg

Prof. Dr. Manfred Jessen-Klingenberg
Langsoll 7
24254 Rumohr

Jørgen Kühl, ph.d.
A.P. Møller-Skolen
Auf der Freiheit
24837 Schleswig

Dr. Sebastian Lehmann
Institut für Zeit- und
Regionalgeschichte
Prinzenpalais 1 b
24837 Schleswig

Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg

Bernd Philipsen
Munkenholt 42
24944 Flensburg

Dr. Hans-Christian Pust
Jägerhofallee 6
71638 Ludwigsburg

Peter Rodewald
ADS-Grenzfriedensbund e.V.
Marienkirchhof 6
24937 Flensburg

Dr. Hans-F. Rothert
Holmredder 82
24107 Kiel

Dr. Matthias Scharl
Friedrichstal 55
24939 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdelingen og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Hans Schultz Hansen, prof. dr. phil.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Ingrid Schumann
ADS-Grenzfriedensbund e.V.
Marienkirchhof 6
24937 Flensburg

Anke Spoorendonk, MdL
Achter de Möhl 35
24955 Harrislee

Foto S. 159: Bernd Mittelstaedt, 2008

Manfred Jessen-Klingenberg, Dr. Jörn-Peter Leppien: Forscher, Vermittler, Anreger Foto: Joachim Stöcken, 1982

Reimer Hansen, Zur Bedeutung der Eider als historischer Grenze Abb. 1: Det Kongelige Bibliotek København; Abb. 2: Riksarkivet Stockholm

Lars N. Henningsen, Eine schleswigsche Lateinschule als Brückenbauer zwischen „Eiderdänen“ und „Schleswig-Holsteinern“ um 1790 Abb. 1: Museum Sønderjylland – Institut for sønderjysk Lokalhistorie; Abb. 2: Ove Malling: Store og gode Handlinger af Danske, Norske og Holstenere, København 1777; Abb. 3: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig; Abb. 4: Haderslev Byhistoriske Arkiv

Hans-Christian Pust, Schleswig-Holsteinische Nagelungsdenkmäler im Ersten Weltkrieg. Ein Überblick Abb. 1-3: Postkarten-Sammlung Hans-Christian Pust

Hans Schultz Hansen, Die Gründung von „Grænsesoggenes Danske Samfund“ 1933 Abb. 1 u.2: Museum Sønderjylland – ISL

Bernd Philipsen, „Die Affäre C. G. Jung“ und der Rabbiner von Friedrichstadt Abb. 1: Stadtarchiv Friedrichstadt; Abb. 2: Aniela Jaffé (Hrsg.): Erinnerungen – Träume – Gedanken von C.G. Jung, Zürich 1962; Abb. 3: C.G. Jung-Archiv der Bibliothek der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Signatur Hs 1056: 2744

Matthias Scharlt, Störenfriede in den Augen der NS-Obrigkeit. Die Anwendung des „Heimtückegesetzes“ im Raum Flensburg Abb. 1 u. 2: Gemeinschaftsarchiv Schleswig-Flensburg

Peter Hopp, Pastor Johannes Schmidt-Wodder und der Rostock-Mythos Abb. 1: Archiv/ Historische Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe, Aabenraa; Abb. 2: Aksel Olesen, Fra utrykte kilder, Aabenraa 1951, S. 35

Detlef Garbe, Die nordfriesischen Außenkommandos des KZ Neuengamme. Geschichte und Gedenken Abb. 1: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Karte: graphische werkstätten feldstraße, Hamburg); Abb. 2: Foto: Detlef Garbe

Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Hans Schmidt – ein ganz normaler Nationalsozialist Abb. 1 u. 2: Privatbesitz

Klaus Bästlein, Der Fall Hartwig Schlegelberger Abb. 1: Gemeinschaftsarchiv Schleswig-Flensburg; Abb. 2: Nationalrat der Nationalen Front der DDR (Hg.), Braunbuch. Kriegs- und Nationalverbrecher in der Bundesrepublik ..., Berlin (Ost) 1965, 2. Aufl. Tafel

22; Abb. 3: GFH 2/1971, S. 76; Abb. 4: Bundesarchiv/Militärarchiv

Johannes Jensen, Ina Carstensen (1898-1985). Zur Geschichte des Aufbaues eines demokratischen Schulwesens nach 1945 Abb. 1 u. 2: Privatbesitz Gertrud Mauruschat, Lütjenburg

Anke Spoorendonk, Ein Denkzeichen am Grenzübergang Harrislee/Padborg Abb. 1: Henrik Skov Kristensen, Eine Station auf dem Weg in die Hölle. Harrislee-Bahnhof und die Deportation dänischer Gefangener aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager ..., Aabenraa/Flensburg 2002. Graphische Bearbeitung eines Fotos vom Bahnhof des KZ Neuengamme: Jörn-Peter Leppien/Bernd Mittelstaedt; Abb. 2 u. 3: Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“. Fotos: Ludwig Hecker; Abb. 4: Gerhard Paul, Widerstand an der Grenze. Das „Café Waldheim“ und das Ehepaar Lützen, in: Zwischen Konsens und Kritik. Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933-1945, Flensburg 1999

Uwe Danker / Sebastian Lehmann, „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“ Abb. 1: Kopie im Institut für Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig; Abb. 2: Landesarchiv Schleswig-Holstein; Abb. 3: Uwe Barschel, Kurt Jürgensen, Horst Wuttke (Hgg.), Reden, Ansprachen, Gedanken 1954-1983, Neumünster 1987; Abb. 4: Landesbeauftragter für Staatsbürgerliche Bildung Schleswig-Holstein (Hg.), Politischer Stil in einem Streitfall. Die Auseinandersetzung zwischen Minister Dr. Schlegelberger und dem Abgeordneten Steffen, Kiel 1963

Jørgen Kühl, Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland? Abb. 1 u. 2: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek

Gerret Liebing Schlaber, Schleswigsche Gesichtsperspektiven. Geschichte zwischen Deutsch und Dänisch aus der Sicht eines Grenzgängers Abb.: Idstedt-Gedächtnishalle

Postvertriebsstück
C 3340 F
Entgelt bezahlt
ADS-Grenzfriedensbund e.V.
Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg
ISSN 1867-1853